



**Donau-Universität Krems**

Department für Migration und Globalisierung

# **Frauen und die Wirtschaftskrise**

## **Soziale Dienstleistungszentren als Antwort auf Konjunktur- und Strukturkrise in Wien**

Gudrun Biffel, Anna Faustmann, Isabella Skrivanek

Oktober 2010

Studie im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und  
des Österreichischen Gewerkschaftsbunds





**Donau-Universität Krems**

Department für Migration und Globalisierung

# **Frauen und die Wirtschaftskrise**

## **Soziale Dienstleistungszentren als Antwort auf Konjunktur- und Strukturkrise in Wien**

Gudrun Biffli, Anna Faustmann, Isabella Skrivanek

Schriftenreihe Migration und Globalisierung  
Oktober 2010

Projektleitung: Gudrun Biffli  
Wissenschaftliche Mitarbeit: Anna Faustmann, Isabella Skrivanek

Dieser Bericht wurde vom Department für Migration und Globalisierung im Auftrag Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und des Österreichischen Gewerkschaftsbunds erstellt.

Die in der Publikation geäußerten Ansichten liegen in der Verantwortung der Autor/inn/en und geben nicht notwendigerweise die Meinung der Arbeiterkammer Wien oder der Donau-Universität Krems wieder.

© Edition Donau-Universität Krems, Department für Migration und Globalisierung

ISBN: 978-3-902505-41-5  
DUK-interne Projektnummer: 281233133

Zitierweise:

Biffli, Gudrun, Faustmann, Anna, Skrivanek, Isabella (2012) Frauen und die Wirtschaftskrise. Vernetzung sozialer Dienstleistungen als Antwort auf Konjunktur- und Strukturkrise in Wien. Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien und des Österreichischen Gewerkschaftsbunds. Schriftenreihe Migration und Globalisierung (Edition Donau-Universität Krems).



# FRAUEN UND DIE WIRTSCHAFTSKRISE –

## Soziale Dienstleistungszentren als Antwort auf Konjunktur- und Strukturkrise in Wien

### Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis .....	I
Abbildungsverzeichnis .....	IV
Tabellenverzeichnis .....	VII
Hauptaussagen .....	1
Einleitung .....	10
1. Die Wirtschaftskrise und ihr Effekt auf den Wiener Arbeitsmarkt .....	11
2. (Sozio-)Demografische und ökonomische Rahmenbedingungen Wiens .....	15
2.1. Bevölkerungsentwicklung von Wien relativ zu Österreich - Wien ist anders! .....	15
2.1.1. Wanderungen prägen die Bevölkerungsentwicklung Wiens .....	18
2.2. Wien wieder der ‚Schmelztiegel Europas‘ .....	20
2.2.1. Abgrenzungen des Migrations-/Herkunftshintergrundes in Wien: Methodisches .....	20
2.2.2. Abgrenzung der Hostbevölkerung nach religiösem Bekenntnis: Methodisches .....	23
2.2.3. Zunehmende Vielfalt der Glaubensformen in Österreich, vor allem aber in Wien .....	25
2.3. Ausgeprägte räumliche Segregation von Personen mit Migrationshintergrund in Wien .....	30
2.3.1. Ungleiche Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund auf Wiener Bezirke .....	30
2.3.2. Zur Segregation von ethnischen Minderheiten und MigrantInnen .....	32
2.4. Dimension der räumlichen Segregation von Einheimischen und Personen mit Migrationshintergrund unter besonderer Berücksichtigung der Religionszugehörigkeit .....	36
2.4.1. Regionales Muster der Segregation in Wien ist anders als in anderen Großstädten Europas .....	38
2.5. Sozioökonomischer Hintergrund der Bevölkerung Wiens aus einer räumlichen Konzentrationsperspektive .....	43
2.5.1. Struktur der räumlichen Konzentrationen nach Alter und Geschlecht sowie Migrationshintergrund .....	43
2.5.2. Struktur der Wohnungskategorien nach räumlicher Migrationskonzentration .....	45
2.5.3. Räumliche Struktur der Bildungssituation .....	46
2.5.4. Einbürgerungen und deutsche Umgangssprache nach räumlichem Konzentrationsgrad .....	49
2.5.5. Struktur der Erwerbsintegration nach räumlichem Konzentrationsgrad .....	52
2.6. Besonderheiten des 2. Bezirks - Leopoldstadt .....	60
2.6.1. Zusammensetzung der Bevölkerung .....	60
2.6.2. Haushaltsstrukturen .....	70
2.6.3. Wirtschaftsstrukturen .....	73
2.6.4. Die jüngere Arbeitsmarktentwicklung Wiens .....	78
2.7. Zusammenfassung .....	84

3.	Beschäftigung und Wohlfahrtsmodelle im internationalen Vergleich.....	85
3.1.	Erwerbsquote .....	85
3.2.	Beschäftigungsquote .....	91
3.3.	Arbeitslosenquoten .....	96
3.3.1.	Exkurs: Diskrepanz zwischen internationaler und nationaler Arbeitslosenquote in Österreich .....	100
3.3.2.	Lohnunterschiede nach dem Geschlecht: ein komplexer Wirkungsmechanismus .....	101
3.3.3.	Erklärungsmuster für den 'gender-pay-gap' aus theoretischer Sicht .....	106
3.3.4.	Überlegungen zur kleinräumigen Organisation von sozialen Dienstleistungszentren .....	108
4.	Sozialwirtschaft in Ländern mit hoher Versorgungsdichte .....	109
4.1.	Niederlande .....	110
4.1.1.	Familienpolitik .....	111
4.1.2.	Altenbetreuung/-pflege .....	111
4.1.3.	Der soziale Dienstleistungssektor.....	112
4.2.	Dänemark .....	113
4.2.1.	Familienpolitik.....	114
4.2.2.	Altenbetreuung/-pflege .....	114
4.2.3.	Der soziale Dienstleistungssektor.....	115
4.3.	Schweden.....	115
4.3.1.	Familienpolitik.....	116
4.3.2.	Altenbetreuung/-pflege .....	117
4.3.3.	Der soziale Dienstleistungssektor.....	118
4.4.	Frankreich .....	118
4.4.1.	Familienpolitik.....	118
4.4.2.	Altenbetreuung/-pflege .....	120
4.4.3.	Der soziale Dienstleistungssektor.....	120
4.5.	Österreich .....	121
4.5.1.	Familienpolitik.....	122
4.5.2.	Altenbetreuung/-pflege .....	123
4.5.3.	Der soziale Dienstleistungssektor.....	126
4.5.4.	Soziale Dienste in Wien-Leopoldstadt.....	127
5.	Versorgungsstruktur mit sozialen Dienstleistungen und regionale Herausforderungen in Wien-Leopoldstadt.....	133
5.1.	Gebietsbetreuung - Grätzelbeirat.....	134
5.2.	Die Finanzierung der Gebietsbetreuung.....	135
5.3.	Altenbetreuung/Pflege .....	135
5.4.	Handlungsoptionen für eine nachhaltige Versorgung mit sozialen Dienstleistungen.....	136
6.	Soziale Dienste, regionale Infrastrukturmaßnahmen und ihre Finanzierung .....	138
6.1.	Industrialisierung und flexible Spezialisierung der sozialen Dienstleistungen .....	139
6.2.	Die Frage der Finanzierung.....	140

7. Gedanken zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums.....	140
Literaturverzeichnis.....	143
Statistischer und methodischer Anhang .....	148
Zur methodischen Vorgehensweise .....	148
Qualitative Interviews.....	148
Verwendete Daten.....	148
Volkszählung 2001 .....	148
Arbeitsmarktdatenbank (AMDB) .....	149
Eurostat .....	151
Kindertagesheimstatistik .....	152

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Reales Wirtschaftswachstum (BIP real, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %) .....	12
Abbildung 2: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung, der registrierten Arbeitslosigkeit und des Arbeitskräfteangebots der Unselbständigen in Österreich (Veränderung gegenüber dem Vorjahr, absolut).....	12
Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Wien im Vergleich zu Österreich (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %) .....	13
Abbildung 4: Arbeitslosenquote nach Geschlecht und Bundesländern 2009 .....	14
Abbildung 5: Entwicklung der Arbeitslosigkeit von In- und AusländerInnen in Wien im Vergleich zu Österreich .....	15
Abbildung 6: Bevölkerungsentwicklung Österreichs und Wiens im Vergleich (Hauptvariante).....	16
Abbildung 7: Veränderung der Wanderungsdynamik in Wien und Österreich .....	17
Abbildung 8: Wanderungsbilanzen von Wien: 1996-2050 .....	19
Abbildung 9: Verteilung der Zunahme der 1.Generation MigrantInnen( Foreign born) nach Herkunftsregion.....	19
Abbildung 10: Anteil der Bevölkerung mit nicht-österreichischem Hintergrund bzw. Nicht-Host-Religionsbekenntnis nach Alter (Wien 2001).....	25
Abbildung 11: Bevölkerungspyramide nach Religionsbekenntnis (Wien 2001) .....	27
Abbildung 12: Alterspyramiden nach ausgewählter Religionszugehörigkeit (Wien 2001).....	28
Abbildung 13: Bevölkerung mit Nicht-Österreichischem Hintergrund nach Gemeindebezirken .....	31
Abbildung 14: Bevölkerung bis 14 Jahre mit Nicht-Österreichischem Hintergrund nach Gemeindebezirken .....	31
Abbildung 15: Entscheidungsbaum nach Brimicombe .....	38
Abbildung 16: .....	41
Abbildung 17: Schwellenanalyse - Ergebnisse der Brimicombe-Typologie nach Migrationshintergrund und Religionsbekenntnis .....	42
Abbildung 18: Durchschnittsalter nach Migrationshintergrund und regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien .....	44
Abbildung 19: Frauenanteil nach Migrationshintergrund und regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien ..	45
Abbildung 20: Wohnsituation nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien .....	46
Abbildung 21: Bildungsniveau nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien.....	48
Abbildung 22: Anteil der 10- bis 14-jährigen Kinder, der eine AHS besucht nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien .....	49
Abbildung 23: Anteil der österreichischen Staatsangehörigen an den Personen mit Migrationshintergrund nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien .....	50
Abbildung 24: Anteil der Personen mit ausschließlich nicht-deutscher Umgangssprache nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien .....	51
Abbildung 25: Erwerbsquote der Männer (15 bis 64 Jahre) nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien .....	52
Abbildung 26: Erwerbsquote der Frauen (15 bis 64 Jahre) nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien	53
Abbildung 27: Arbeitslosenquote nach regionaler Migrationskonzentration und Geschlecht in Wien 2001 .....	55
Abbildung 28: Arbeitslosenquoten nach regionaler Migrationskonzentration in Wien .....	56
Abbildung 29: Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen nach Geburtsland in Österreich: 2001 .....	57



Abbildung 30: Selbständigenquote der Männer nach Migrationshintergrund in Wien: 2001 .....	58
Abbildung 31: Selbständigenquote der Frauen nach Migrationshintergrund in Wien: 2001.....	59
Abbildung 32: Selbständigenquote nach regionalem Konzentrationsgrad .....	60
Abbildung 33: Entwicklung der Bevölkerung in Wien 2., Leopoldstadt nach breiten Altersgruppen, 2002-2009 (je 1. Quartal) .....	62
Abbildung 34: Binnen- und Außenwanderung nach Wiener Bezirken 2002-2008, je 1.000 EinwohnerInnen .....	63
Abbildung 35: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2001 (Volkszählung) in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich .....	64
Abbildung 36: Bevölkerung nach Herkunftsregion 2001 (Volkszählung) in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich .....	65
Abbildung 37: Wanderung nach Staatsangehörigkeit in Wien zwischen 2002 und 2008 .....	66
Abbildung 38: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung)	67
Abbildung 39: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien und Österreich nach Geschlecht 2008 .....	68
Abbildung 40: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung) und 2008 (Statistik Austria).....	68
Abbildung 41: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien 2., Leopoldstadt nach Geschlecht 2001 (Volkszählung).....	70
Abbildung 42: Bevölkerung nach Lebensform in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung) .....	71
Abbildung 43: Bevölkerung nach Haushaltsgröße in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung) .....	72
Abbildung 44: Bevölkerung nach Haushaltszusammensetzung in Wien 2., Leopoldstadt 2001 (Volkszählung).....	73
Abbildung 45: Relative Wertschöpfungsdynamik in den österreichischen Bundesländern (Kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005).....	77
Abbildung 46: Relative Produktivitätsentwicklung (Wertschöpfung je EWT zu konstanten Preisen) in den österreichischen Bundesländern (Kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005).....	77
Abbildung 47: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich (alle ohne öffentlich Bedienstete), nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort) .....	81
Abbildung 48: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort) .....	81
Abbildung 49: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009.....	82
Abbildung 50: Anteil der AMS-SchulungsteilnehmerInnen, der Arbeitslosen und der beim AMS Vorgemerkten an der Bevölkerung 21-64 nach regionalen Geschäftsstellen des AMS in Wien in % (September 2009).....	83
Abbildung 51: Anteil der arbeitsfähigen VollsozialhilfebezieherInnen und Richtsatzergänzungen in Wien in % der Bevölkerung zwischen 21 und 64 Jahren nach regionalen Geschäftsstellen des AMS in Wien (September 2009) ....	84
Abbildung 52: Erwerbsquoten der Männer nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten .....	87
Abbildung 53: Erwerbsquoten der EU-Bürger (EU-27) bzw. drittstaatsangehörigen Männer gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2008 .....	88
Abbildung 54: Erwerbsquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten .....	90

Abbildung 55: Erwerbsquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2008 .....	91
Abbildung 56: Beschäftigungsquoten der Männer nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten .....	93
Abbildung 57: Beschäftigungsquoten der EU-Bürger (EU-27) bzw. Drittstaatsangehörigen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2008 .....	93
Abbildung 58: Beschäftigungsquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten.....	95
Abbildung 59: Beschäftigungsquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2008.....	95
Abbildung 60: Arbeitslosenquoten der Männer nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten .....	97
Abbildung 61: Arbeitslosenquoten der EU-Bürger bzw. drittstaatsangehörigen Männer gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2008.....	98
Abbildung 62: Arbeitslosenquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten.....	99
Abbildung 63: Arbeitslosenquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2008.....	99
Abbildung 64: Langfristige Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Österreich nach nationaler Definition* .....	100
Abbildung 65: Gender Pay-Gap (Differenz des durchschnittlichen Stundenlohns der Frauen in % der Männerlöhne) und Frauenerwerbsquote (2006) .....	102
Abbildung 66: Gender Pay-Gap (Differenz des durchschnittlichen Stundenlohns der Frauen in % der Männerlöhne) 1995-2006 .....	102
Abbildung 67: Berufliche Gender Segregation der Beschäftigung .....	103
Abbildung 68: Beschäftigung nach Geschlecht, Betriebsgröße und Gemeindegröße 2006 .....	106
Abbildung 69: Ausgaben für Familienpolitik und ihre Komponenten in ausgewählten OECD Ländern (in % des BIP) 2003..	107
Abbildung 70: Positive Korrelation zwischen der Beschäftigungsquote der Frauen und dem kaufkraftbereinigtem BIP pro Kopf (PPP): 2005.....	109
Abbildung 71: Sozialschutzausgaben in %des BIP in ausgewählten Ländern Europas .....	121
Abbildung 72: Bundes- und LandespflegegeldbezieherInnen pro 100 EinwohnerInnen und Bundesland (Stichtag 31. 12. 2008) .....	124
Abbildung 73: Bundes- und LandespflegegeldbezieherInnen pro 100 EinwohnerInnen und Bundesland und durchschnittliche Pflegegeldausgaben pro BezieherIn (Stichtag: 31. 12. 2008).....	125
Abbildung 74: Kindertagesheime nach Betreuungsform 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich .....	128
Abbildung 75: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich	128
Abbildung 76: Kindertagesheime nach Erhalter 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich.....	129
Abbildung 77: Kindertagesheime nach offenen Wochen und Öffnungszeiten 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich .....	130
Abbildung 78: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich .....	131
Abbildung 79: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 in Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich .....	131

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Wiener Bevölkerung nach den verschiedenen Untersuchungsebenen der Herkunft.....	22
Tabelle 2 : Wiener Bevölkerung nach Herkunftsstatus und Migrationshintergrundkonzept.....	23
Tabelle 3: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis (Wien 2001 nur gültige Fälle).....	24
Tabelle 4: Religionsbekenntnis nach Herkunftsregion in Österreich 2001 in %.....	26
Tabelle 5: Religionsbekenntnis nach Herkunftsregion in Wien 2001 in %.....	27
Tabelle 6: Wohnbevölkerung in den Wiener Bezirken, 1. Quartal 2009.....	61
Tabelle 7: Wohnbevölkerung nach breiten Altersgruppen in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich, 1. Quartal 2009	61
Tabelle 8: Wirtschaftsleistung der österreichischen Bundesländer 2007, Bruttoregionalprodukt (BRP) (laufende Preise) und Beschäftigte (ArbeitnehmerInnen).....	74
Tabelle 9: Wirtschaftsleistung der österreichischen Bundesländer 2007 nach Sektoren, Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laufende Preise) und Beschäftigte (ArbeitnehmerInnen).....	75
<b>Tabelle 10: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (ÖNACE 2008) in Wien im Vergleich zu Österreich 2009</b> .....	76
Tabelle 11: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Wien im Vergleich zu Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Arbeitsort).....	79
Tabelle 12: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Wien im Vergleich zu Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Wohnort).....	79
Tabelle 13: Erwerbsquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft.....	86
Tabelle 14: Erwerbsquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft.....	89
Tabelle 15: Beschäftigungsquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft.....	92
Tabelle 16: Beschäftigungsquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft.....	94
Tabelle 17: Arbeitslosenquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft.....	96
Tabelle 18: Arbeitslosenquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft.....	98
Tabelle 19: Anteil der Kinder mit berufstätiger Mutter (Vollzeit, Teilzeit zusammen) nach Betreuungsform 2009 in den Modellbezirken, Bundesländern und Österreich.....	153

## Hauptaussagen

Der demographische Wandel in Verbindung mit Zu- und Abwanderungsbewegungen und damit zusammenhängend einem unterschiedlichen Ausmaß der Alterung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund stellen neue Anforderungen an das soziale Dienstleistungsangebot.

Der unzureichende Ausbau der sozialen Dienstleistungen, allen voran der Kinderbetreuung und der Versorgung mit erschwinglicher Pflege und Betreuung, ist ein Grund für die nach wie vor gering ausgeprägte Aufteilung von Haus- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen. Um eine Professionalisierung der haushaltsnahen Dienstleistungsbereiche zu forcieren und um ein adäquates Versorgungsnetz aufzubauen, bedarf es eines gezielten kleinräumigen Ausbaus der Infrastruktur.

### **Stärken und Schwächen des zweiten Wiener Gemeindebezirks:**

Wien-Leopoldstadt hat zusammen mit dem 20. Bezirk den höchsten Migrationsanteil, gefolgt vom 5. Bezirk und den Gürtelbezirken 15., 16. und 17. In diesen Bezirken liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund über 50%. Leopoldstadt gewinnt EinwohnerInnen durch Zuwanderung aus dem Ausland, Einheimische wandern ab. Beim 2. Bezirk ist die Migrationsbevölkerung stark heterogen im Gegensatz zu den anderen Bezirken, die starke ethnisch-kulturelle und religiöse Konzentrationen aufweisen. Die Bevölkerung ist im Schnitt jung, vor allem aber wegen einem überdurchschnittlich hohen Anteil der Bevölkerungen im erwerbsfähigen Alter (und weniger über 65 und unter 15-Jährigen). Die wichtigsten Herkunftsregionen der MigrantInnen sind das ehemalige Jugoslawien, die EU-12-Mitgliedsländer und die Türkei. Der Bildungsgrad der Bevölkerung liegt in Leopoldstadt unter dem Wiens, vor allem der der Frauen, wobei der Anteil der Personen mit Hilfsarbeiterqualifikation besonders hoch ist. Vor allem Personen mit Migrationshintergrund haben hohe Arbeitslosenquoten, und zwar Männer und Frauen. Dies dürfte zum Teil auf das geringe Bildungsniveau zurückzuführen sein und die geringe Kapazität Wiens, Jobs für einfache Qualifikationen zu schaffen.

- Leopoldstadt ist gekennzeichnet durch eine hohe Wertschöpfung im marktwirtschaftlich orientierten Produktions- und Dienstleistungssektor, sowie in der öffentlichen Verwaltung, in Wissenschaft und Forschung.
- Die Beschäftigungsintensität in einfachen Berufen und Tätigkeiten, vor allem auch in den personenbezogenen Dienstleistungen außer Handel und Reinigungsdienste, ist gering.
- Der Anteil von MigrantInnen mit geringem Bildungsgrad ist sehr hoch, daher ist die Beschäftigungsquote zum Teil gering, aber die Arbeitslosenquote hoch.
- Der Anteil von Menschen am Rand des Arbeitsmarktes gemessen an SozialhilfebezieherInnen ist besonders hoch.
- Es zeigt sich eine polarisierte Bildungsstruktur der Bevölkerung (Aushöhlung der Mitte, vor allem unter MigrantInnen).

### **Die Wirtschaftskrise und ihr Effekt auf den Arbeitsmarkt**

Die österreichische Wirtschaft, die bis in den Herbst 2008 sehr erfolgreich war, ist im Laufe des Jahres 2009 zunehmend von der internationalen Krise erfasst worden. Die österreichische Wertschöpfung

schrumpfte im Jahr 2009 um 3,6 %, nachdem das reale BIP im Jahr 2008 noch um 2 % expandierte. Im internationalen Vergleich ist der Konjunkturunbruch in Österreich besonders ausgeprägt.

Gemessen an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit traf die Krise Wien infolge des hohen Dienstleistungsanteils an der Beschäftigung weniger stark als Gesamtösterreich. Das Niveau der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Arbeitslosenquote, ist in Wien allerdings mit 8,5 % im Jahr 2009 höher als in Österreich (7,2 %).

AusländerInnen sind vom Anstieg der Arbeitslosigkeit stärker betroffen als InländerInnen. In Wien hatten allerdings sowohl InländerInnen als auch AusländerInnen in der jüngsten Krise einen geringeren Anstieg der Arbeitslosigkeit als im Schnitt Österreichs.

### **Sozio-ökonomische und demographische Situation Wiens und räumliche Segregation**

Die geopolitische Lage Wiens hat sich durch den Fall des Eisernen Vorhangs, den Beitritt Österreichs in die EU und die Osterweiterung der EU signifikant geändert. Wien rückt wieder ins Zentrum und wird infolge einer dynamischen Zuwanderung zu einer multikulturellen, multiethnischen, multireligiösen und vielsprachigen Stadt.

Die Zusammensetzung der Personen mit Migrationshintergrund ändert sich im Laufe der Zeit: kamen in den 1960er und 1970er überwiegend ‚Gastarbeiter‘ aus dem damaligen Jugoslawien und der Türkei, so waren es in den 1980er Jahren zunehmend Flüchtlinge aus dem damaligen Ostblock. In den 1990er Jahren waren es einerseits Flüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien, andererseits Personen aus den mittel-osteuropäischen Ländern. Gegen Ende der 1990er Jahre und in den 2000er Jahren gewann die Zuwanderung von Familienangehörigen (eingebürgerter) MigrantInnen an Bedeutung sowie die Zuwanderung aus fernerer Ländern.

Die Personen mit Migrationshintergrund sind nicht auf alle Bezirke Wiens gleich verteilt. Den geringsten AusländerInnenanteil haben mit Werten unter 10% die Bezirke nördlich der Donau (21., 22. Bezirk) sowie im Südwesten (13., 23.). Die höchsten Anteile gibt es in den Bezirken zwischen Donaukanal und Donau im 2. und 20. Bezirk, gefolgt vom 5. Bezirk und den Gürtelbezirken 15., 16. und 17.

Die Verteilungsmuster der türkischen und ex-jugoslawischen Bevölkerung sind einander ähnlich (Konzentration auf Altbauwohngebiete); die beiden Gruppen grenzen sich aber voneinander ab. Die räumliche Trennung der Personen mit türkischem und ex-jugoslawischem Migrationshintergrund von den Einheimischen ist größer als im Fall von MigrantInnen aus den alten und neuen EU-MS. MigrantInnen aus den EU 14 leben aufgrund ihrer besseren sozioökonomischen Position von der türkischen und ex-jugoslawischen Wohnbevölkerung klar räumlich getrennt.

Problematisch sind die klein dimensionierten Frei- und Erholungsflächen in den Altbauwohngebieten mit hohem Magrationsanteil, nicht zuletzt aufgrund der beengten Wohnverhältnisse der MigrantInnen: der Anteil der Personen, die in großen Haushalten mit fünf und mehr Personen leben, ist im zweiten Bezirk mit 15,3 % deutlich höher als im Wien-Durchschnitt (9,4 %). Das verursacht einen starken Nutzungsdruck, der vielfach Anlass für Konflikte mit der Bevölkerung dieser Wohnviertel gibt.

Die Konzentration erleichtert den Aufbau einer ethnischen Infrastruktur. MigrantInnen leisten in diesen wirtschaftlich schwachen Gebieten einen wichtigen Beitrag zur Nahversorgung. Für funktionierende ethnisch-religiöse oder kulturelle Netzwerke (etwa türkische Moscheen oder exjugoslawische Turnvereine) ist die notwendige kritische Masse meist vorhanden.

Die räumliche Segregation zwischen und innerhalb einzelner ethnischer Gruppen ist in hohem Maße auf die soziale Situation zurückzuführen. Da gewisse ethnische Gruppen ein geringes Bildungsniveau und damit geringe Einkommenschancen haben, kommt es zu einer Konzentration dieser Gruppen auf einzelne Gebiete mit geringen Wohnkosten. Somit ist eine gewisse ethnisch-kulturelle Ghettobildung eher die Folge eines geringen sozio-ökonomischen Status als des Wunsches nach einem von der Aufnahmepopulation getrennten Lebensraums.

Die räumliche Konzentration einer ethnisch-kulturellen Gruppe trägt dazu bei, dass man nicht Deutsch als Umgangssprache spricht. So weist zum Beispiel die Gruppe mit türkischem Migrationshintergrund, welche in ‚Enclave: focused‘ Gebieten lebt (wo sie mehr als 50% der Migrationspopulation stellen), einen deutlich höheren Anteil an Personen auf, die nicht Deutsch als Umgangssprache verwenden, als dies bei TürkInnen der Fall ist, die in anderen Regionstypen wohnen. Das ist ein Muster, das sich auch bei anderen Herkunftsregionen beobachten lässt. Das ist zum Teil auch mit dem Bildungsniveau zu erklären: mit steigendem Bildungsgrad nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, dass man mehrsprachig ist.

Die Stadt Wien hat über eine Kombination von Sanierungsmaßnahmen des Altbaubestandes, der Ausweitung des Wohnungsneubaus und der Entwicklung von Programmen der integrierten Stadtentwicklung eine gezielte Strategie zur Erhaltung eines gewissen Maßes an sozialer Kohäsion verfolgt. Im Verbund mit wirtschafts- und arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen konnte auf diese Weise nicht nur eine Imageverbesserung der Bezirke mit hohem MigrantInnenanteil, sondern auch eine Verbesserung der Lebenschancen der MigrantInnen und des Wirtschaftsstandortes Wiens erzielt werden. Leopoldstadt hat über den Ausbau des Areals des vormaligen Nordbahnhofs eine deutliche wirtschaftliche Belebung und Durchmischung der Bevölkerung erreicht.

Große Herausforderungen bestehen aber weiterhin im Bildungsbereich. An diesem Punkt muss ein Überdenken der Infrastrukturausstattung mit sozialen Diensten ansetzen, und zwar sowohl was die frühkindliche Förderung anbelangt als auch die schulische Förderung der Schulkinder, und die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen mit der dazu nötigen Kinderbetreuung.

Mit steigendem Anteil der MigrantInnen im Wohngebiet steigt die Arbeitslosenquote, und zwar für Männer und Frauen, Einheimische und MigrantInnen gleichermaßen. Am höchsten sind die Arbeitslosenquoten von Personen mit türkischem Migrationshintergrund, von Personen aus Afrika und dem Nahen Osten, sowie von Personen aus dem sonstigen Europa, die in Enklaven mit hoher Migrationsdichte wohnen.

Während das geringe Bildungsniveau und der hohe Anteil Jugendlicher zur Erklärung der überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten von Personen mit türkischem Migrationshintergrund herangezogen werden kann, gilt das nicht für Personen aus Afrika und dem Nahen Osten. Das Bildungsniveau der Personen aus diesen Herkunftsregionen ist im Schnitt sehr hoch. Es gibt aber Hinweise darauf, dass Diskriminierung beim Zugang zum Arbeitsmarkt und auf dem Arbeitsplatz eine

wichtige Rolle spielt. Diesem Punkt ist bei der Entwicklung von Instrumenten für die Förderung der Integration ins Erwerbsleben nachzugehen. Während Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen die Beschäftigungschancen von Personen mit türkischem Hintergrund am ehesten verbessern dürften, ist die Integration der Personen aus Afrika und dem Nahen Osten vor allem mit Antidiskriminierungsmaßnahmen zu unterstützen.

Dass der Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeitslosigkeit bei MigrantInnen weniger stark ausgeprägt ist als bei Einheimischen dürfte einerseits auf die unterschiedliche Betroffenheit von Diskriminierung am Arbeitsmarkt zurückgehen, andererseits auf die bessere Einbindung der Einheimischen in soziale Netzwerke und 'Seilschaften', die bei der Arbeitsbeschaffung hilfreich sind. Die Netzwerke der MigrantInnen sind mit Ausnahme von einigen Herkunftsregionen und Bildungsschichten derzeit nicht in der Lage, ähnliche Unterstützungen anzubieten.

Frauen mit und ohne Migrationshintergrund haben in Wien etwa gleich hohe Beschäftigungsquoten, während Migrantinnen im Österreich-Schnitt geringere Beschäftigungsquoten als Einheimische haben. Männer mit Migrationshintergrund haben in Wien und im Österreich-Schnitt eine niedrigere Beschäftigungsquote als Männer ohne Migrationshintergrund.

Männer und Frauen mit Migrationshintergrund haben in Wien ebenso wie im Österreich-Schnitt höhere Arbeitslosenquoten. Im 2./20. Bezirk sind Personen mit Migrationshintergrund relativ zum Wiener Schnitt stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Personen ohne Migrationshintergrund. Der Anteil des 2./20. Bezirks an den Wiener Arbeitslosen mit Migrationshintergrund ist bei Männern etwas höher als bei Frauen (13,5% gegenüber 12,4%). Der 2./20. Bezirk liegt bei den Arbeitslosenanteilen, gemessen an der Bevölkerung, an zweiter Stelle hinter dem 10. Bezirk.

Die Region des 2./20. Bezirks hat besondere Integrationsprobleme von Personen mit einfachen Qualifikationen. Das sieht man daran, dass der Anteil von arbeitsfähigen Personen, die VollsozialhilfebezieherInnen sind, in dieser Region von allen Regionen Wiens am höchsten ist, gefolgt vom 21. und 10. Bezirk.

Die Vereinbarkeit von Kinderbetreuungspflichten und einer Vollzeitberufstätigkeit ist für Mütter (Eltern) in Wien hinsichtlich des institutionellen Betreuungsangebots eher möglich als in den Bundesländern. Dass in Wien trotzdem weniger Frauen, die ihr Kind im Kindergarten haben, arbeiten gehen als im Schnitt Österreichs mag aufs erste verwundern, dürfte aber ein Hinweis darauf sein, dass es in Wien oft nicht leicht für Personen mit Migrationshintergrund ist, eine Arbeit aufzunehmen, insbesondere wenn sie keine passende Berufsbildung haben.

### **Beschäftigung im internationalen Vergleich**

Österreich zählt zu den Ländern in der EU, die im Schnitt eine etwas überdurchschnittliche Integration der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-64) ins Erwerbsleben aufweisen. Die Erwerbsquote der Männer lag 2009 bei 81 % gegenüber 77,8 % in EU-27 und 79,2 % in den EU-15-Ländern, die der Frauen bei 69,6 % gegenüber 64,3 % in EU-27 und 65,9 % in der EU-15.

Die Höhe und die Altersstruktur der Erwerbsquoten unterscheiden sich unter Frauen stärker zwischen den EU-Mitgliedstaaten als unter Männern, und zwar unabhängig von der Herkunftsregion. Die

Unterschiede in der Einbindung der Frauen ins Erwerbsleben sind stärker vom jeweiligen Wohlfahrtsmodell geprägt als die der Männer.

Im Ländervergleich zeigen sich vor allem Unterschiede in den Erwerbs- und Beschäftigungsquoten am unteren und oberen Ende des Altersspektrums, nicht zuletzt eine Folge der unterschiedlichen Bildungs- und Pensionssysteme, die bestimmende Elemente eines jeden Sozialmodells sind. Österreich hat im EU-Vergleich eine hohe Beschäftigungsquote unter Jugendlichen – eine Folge der großen Bedeutung der dualen Ausbildung in der Lehre–, und eine geringe unter den Älteren – eine Folge des zum Teil institutionell bedingten frühen Erwerbsaustritts.

Die Arbeitslosenquoten der Männer liegen im Schnitt der EU-27 im Jahr 2009 bei 9,1 % (Österreich 5,1 %), jene der EU-Bürger liegen mit 11,4 % über diesem Schnitt (in Österreich mit 6 %), jene der drittstaatsangehörigen Männer liegen mit 20,2 % erheblich über dem Schnitt (in Österreich 14,2 %). Die Arbeitslosenquoten der Frauen waren 2009 in der EU-27 mit 8,9 % (Österreich 4,6 %), anders als noch 2008, niedriger als die der Männer; auch bei den EU-Bürgerinnen lagen die Arbeitslosenquoten mit 11,7 % über dem Gesamt-Schnitt (in Österreich mit 7,6 % ebenso); jene der drittstaatsangehörigen Frauen waren mit 18,2 % deutlich höher als der EU-Schnitt (in Österreich 10,8 %).

#### **Lohnunterschiede nach dem Geschlecht: ein komplexer Wirkungsmechanismus**

In Österreich hat sich die berufliche Geschlechtersegmentierung der Erwerbsarbeit seit den 1960er Jahren nur wenig verändert, trotz einer starken Steigerung der Frauenbeschäftigung. Die Lohnunterschiede nach Geschlecht gehören in Österreich zu den höchsten in der EU.

Ein wichtiger Erklärungsfaktor für die internationalen Unterschiede in den Stundenlöhnen zwischen Männern und Frauen ist in der beruflichen und branchenspezifischen Gender-Segmentation der Beschäftigung zu sehen, sowie im unterschiedlichen Bildungs- und Erwerbsverhalten. Das unterschiedliche Bildungsverhalten schlägt sich vor allem in einer anderen Berufswahl nieder und das Erwerbsverhalten unterscheidet sich vor allem in der Erwerbsarbeitszeit. Dadurch dass Frauen sich im Haupterwerbsalter häufiger als Männer aus dem Erwerbsleben zurückziehen bzw. ihre Arbeitszeit reduzieren, können sie seltener als Männer in den Genuss einer Senioritätentlohnung bzw. von Überstundenzahlungen kommen.

Österreich hat im EU-Vergleich vergleichsweise wenig in die Ausweitung der so genannten produktiven sozialen Infrastruktur investiert, d.h. in den Ausbau eines leistbaren Angebots an Kinderbetreuung, Pflege und anderen (haushaltsnahen) sozialen Dienstleistungen. Gleichzeitig ist Österreich großzügig bei der Auszahlung von Geldleistungen an Haushalte: Transferleistungen machen in Österreich 27,4 % des Haushaltseinkommens von Personen im arbeitsfähigen Alter aus, im Vergleich zu 15,8 % im OECD-Durchschnitt.

In Österreich verbleiben in der Folge im Vergleich zu den nordischen Ländern mehr Arbeitsressourcen im Haushalt. Das äußert sich im Wesentlichen in einem überdurchschnittlichen Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen. Dieses Verhaltensmuster trägt dazu bei, dass es in Österreich eher zu einer Verknappung von Arbeitskräften, insbesondere Fachkräften, kommt als in den nordischen Ländern. Davon geht einerseits ein Zuwanderungsdruck von Arbeitskräften aus dem Ausland aus, andererseits ein Trend zur Urbanisierung (Aushöhlung des ländlichen Raums). Letzterer wird von der



Abwanderung gut qualifizierter Frauen aus dem ländlichen Raum geprägt, die auf eine soziale Infrastruktur zurückgreifen wollen, um ihre Erwerbs- und Einkommenschancen langfristig zu verbessern.

## **Sozialwirtschaft in Ländern mit hoher Versorgungsdichte**

### *Niederlande*

In den Niederlanden sind die Familienleistungen steuerfinanziert. Kindergeld wird allen EinwohnerInnen für Kinder unter 18 Jahren gewährt, für die Unterhalt geleistet wird. Hingegen ist das Pflegesystem beitragsfinanziert (Krankenversicherungen). Im Allgemeinen werden Pflegesachleistungen angeboten. Seit 1. Jänner 2007 liegen verschiedene Verantwortlichkeiten, wie etwa Heimhilfe oder Transport von Älteren und Behinderten, bei den Kommunen, mit dem Ziel, den lokalen sozialen Zusammenhalt zu stärken. In den meisten Fällen muss ein privater Kostenbeitrag entrichtet werden, der einkommensabhängig und in den einzelnen Kommunen unterschiedlich hoch ist. Die Verlagerung der sozialen Dienste auf den Erwerbsarbeitsmarkt erklärt das ‚Beschäftigungswunder‘ der Niederlande in hohem Maße sowie die hohe Resistenz gegen konjunkturelle Krisen.

### *Dänemark*

In Dänemark sind die sozialen Dienste steuerfinanziert. Das Kindergeld wird für Kinder mit Wohnsitz in Dänemark bis zum Alter von 18 Jahren gewährt. Bei Kindern unter neun Jahren besteht Anspruch auf Beurlaubung zur Kinderbetreuung. Das Pflegesicherungssystem ist in Dänemark universell und wird dezentralisiert von den Gemeinden organisiert. Es basiert auf Sachleistungen im Fall von Pflegebedürftigkeit, spezielle Geldleistungen werden nicht gewährt.

Die Kombination aus einer starken marktwirtschaftlichen Ausrichtung mit einem universellen Wohlfahrtsstaat, der im Wesentlichen Sachleistungen für alle sozialen Bedürfnisse und Abdeckung von Risiken anbietet, macht Dänemark zu einem viel beachteten flexiblen und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaftsmodell. Die flexible Organisation der sozialen Dienste und ihr hoher Grad der Professionalität ist eine Voraussetzung dafür, dass die Flexibilitätsanforderungen im Erwerbsleben (Flexicurity) ohne einen Verlust der Lebensqualität erfüllt werden können.

### *Schweden*

Schweden hat ein pauschales, steuerfinanziertes Kindergeld mit Zulagen für große Familien, das für alle Kinder bis 16 Jahre mit Wohnsitz (mehr als sechs Monate pro Jahr) in Schweden gewährt wird. Jugendlichen zwischen 16 und 20 Jahren, die eine weiterführende Schule besuchen, wird eine vergleichbare Beihilfe gewährt. Das schwedische Kindergeld hängt von der Anzahl der Kinder ab.

Die Organisation und Finanzierung der Pflegeleistungen obliegt den Gemeinden. Generell wird das Ziel verfolgt, den älteren Menschen ein weitgehend unabhängiges Leben so lange wie möglich im eigenen Heim zu ermöglichen. In den letzten 15 Jahren wurden daher auch die institutionellen Betreuungsarrangements reduziert und die mobilen sozialen Dienste ausgebaut.

Die Pflegeleistungen werden in Schweden grundsätzlich als Sachleistungen erbracht. Geldleistungen sind unüblich, und es gibt keine nationalen Richtlinien dazu. Es besteht ein gutscheinähnliches

System, mit dem Personen Anspruch auf Pflegeleistungen geltend machen können. Das Niveau der Selbstbeteiligung ist in Schweden niedrig.

### *Frankreich*

In Frankreich basieren Sozialleistungen ebenso wie in Österreich auf einem erwerbszentrierten Sozialversicherungsmodell. Frankreich bietet die größte Variationsbreite an staatlich geförderten privaten und öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten. Die Familienleistungen werden durch Arbeitgeberbeiträge und Steuern finanziert. Kindergeld wird ab dem zweiten Kind, bis zum Alter von 20 Jahren gewährt.

Auch die Pflegeleistungen sind beitrags- und steuerfinanziert. Bei Pflegebedürftigkeit werden beitragsfinanzierte Zulagen und Beihilfen gewährt, die keiner Bedürftigkeitsprüfung unterliegen, teils aber einkommensabhängig sind. Bei Pflegebedürftigkeit im Alter ist in Frankreich eine Pflegebeihilfe vorgesehen. Diese wird ab Vollendung des 60. Lebensjahres gewährt. Der Anspruch hängt vom Ausmaß der Pflegebedürftigkeit ab, die Höhe der gewährten Pflegebeihilfe ist einkommensabhängig. Diese Geldleistungen werden vom Staat und den Kommunen finanziert. Die Pflege in Wohn- oder Pflegeheimen wird durch die Krankenversicherung finanziert.

In dem zentralistisch ausgerichteten französischen sozialen Dienstleistungssektor übernimmt der Zentralstaat eine starke lenkende und kontrollierende Funktion. Der Spielraum der Gemeinden ist infolge eingeschränkt.

### *Sozialwirtschaft in Österreich*

In Österreich sind die Familienleistungen durch Arbeitgeberbeiträge sowie durch Steuern finanziert. Seit einigen Jahren gewährt Österreich ein Kinderbetreuungsgeld, unabhängig von einer früheren Erwerbstätigkeit oder Pflichtversicherung. Das Kinderbetreuungsgeld wird immer nur für das jüngste Kind gewährt und steht in fünf Varianten, die sich in Höhe und Bezugsdauer unterscheiden, zur Verfügung. Anspruch auf Familienbeihilfe haben Eltern mit Kindern unter 18 Jahren, bei Kindern in Ausbildung kann Familienbeihilfe bis zum 26. Lebensjahr bezogen werden.

Pflegeleistungen fallen in Österreich in die Kompetenzen des Bundes und der Länder. Die Geldleistungen in Form von Pflegegeld und Förderungen der 24-Stunden-Pflege werden von Bund und Ländern aus Steuern finanziert. Das österreichische Pflegesystem beruht auf zwei Säulen, nämlich dem universellen bedürfnisgeprüften Pflegegeld und den ambulanten, teilstationären und stationären Pflegediensten. In Österreich werden bis zu 80 % der pflegebedürftigen Menschen zu Hause von Familienmitgliedern, Pflegediensten oder privaten Pflegepersonen betreut.

Soziale Dienstleistungen werden in Österreich weitestgehend im Nonprofit-Sektor organisiert.

### **Soziale Dienste, regionale Infrastrukturmaßnahmen und ihre Finanzierung**

Internationale Erfahrungen zeigen, dass es eine komplexe soziale Infrastruktur braucht, wenn man – im Sinne der Chancengleichheit – Männern und Frauen die gleichen Lebenschancen geben will. Eine gut funktionierende, professionelle soziale Infrastruktur ist die Voraussetzung dafür, dass Frauen entsprechend ihrer Interessen und Ausbildungsniveaus in den Wirtschaftsprozess eingebunden sind und einer beruflichen Karriere nachgehen können.

## **„Industrialisierung“ und flexible Spezialisierung der sozialen Dienstleistungen**

Angesichts der immer knapper werdenden budgetären Ressourcen in den sozialen Diensten bedarf es einer Effizienzsteigerung der Organisation der sozialen Dienste. Mit Unterstützung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie lassen sich Organisationsabläufe beschleunigen bzw. neu organisieren. So lassen sich aus der Auslagerung von gewissen Tätigkeiten auf spezielle Agenturen oder auf die eine oder andere Gemeinde in einem Gemeindeverbund (Gehalts- und Lohnverrechnung, Organisation der Betreuungsdienste, der Fahrtendienste etc.) Kostenersparnisse erzielen, die für eine Individualisierung und Verbesserung der Versorgungsleistung eingesetzt werden können.

Bei der Umsetzung eines integrierten Systems sozialer Dienstleistungen ist nicht nur an die Koordination der inhaltlichen, funktionalen Aufgaben zu denken, sondern auch an die Koordination der Akteure auf den verschiedenen administrativen Ebenen und Funktionen.

Eine größer angelegte arbeitsteilige Organisationsform schafft Arbeitsplätze für eine Vielfalt von Kompetenzen, die in ihrem Zusammenwirken eine umfassende Betreuung und/oder Förderung der Betroffenen sicher stellen. Ein Zusammenschluss, um ‚economies of scale‘ und eine Professionalisierung der sozialen Dienste zu erreichen, ist nicht nur eine Option für den ländlichen sondern auch den städtischen Raum.

## **Handlungsoptionen für eine nachhaltige Versorgung mit sozialen Dienstleistungen**

Ohne Beschäftigungswachstum ist die Erhaltung der Qualität der Sozial- und Gesundheitsdienste angesichts der Alterung der Bevölkerung schwierig, da der Großteil der Finanzierung in Österreich aus den Lohnnebenkosten (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerabgaben) erfolgt. Eine effizientere Organisation der sozialen Dienste, im Wesentlichen über integrierte Systeme, ist aber ein Gebot der Stunde, soll die Versorgungsqualität in einer alternden Gesellschaft und steigendem Kostendruck nicht leiden.

Unter integrierten Systemen ist die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Versorgungsdiensten, die Einbindung von Abholdiensten und Zubringerdiensten, die Koordination zwischen den unterschiedlichen Orten und Arten der Leistungserbringung (Betreuung, Erziehung, Förderung, Haushalt) sowie die Anbindung an die Freizeitgestaltung zu verstehen.

Mobilität und Flexibilität werden zu Kernkriterien für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, d.h. einer beruflichen Entfaltungsmöglichkeit von Frauen und Männern ohne Beeinträchtigung der Familien- und Freizeit.

## **Umsetzung und Finanzierung**

Mithilfe von EU-Ziel-2-Fördermitteln konnte im Volkert-Allierten-Viertel ein „**Grätzelmanagement**“ eingeführt werden, das in die **Gebietsbetreuung** der Stadt Wien überführt wurde und von der Stadt Wien finanziert wird. Der Hauptstandort der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im zweiten Bezirk wurde 2008 vom Karmeliterviertel ins Stuwerviertel (Max-Winter-Platz) verlegt, das zu den aktuellen Sanierungszielgebieten Wiens zählt. Das Volkert-Allierten-Viertel ist ein Gebiet, wo Menschen mit geringer Ausbildung und hohem Migrationsanteil (AusländerInnenanteil bei ca. 40 %) leben.

Im Volkert- Alliierten-Viertel gibt es einen „Grätzelbeirat“, der als Kommunikationsplattform zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen innerhalb eines überschaubaren Gebiets fungieren sowie Ideen und Initiativen aus dem Grätzel fördern soll. Die Gebietsbetreuung Stadterneuerung im zweiten Bezirk übernimmt dabei die Koordinationsfunktion.

Weiters gibt es die Bassena-Stuwerviertel; das ist eine Einrichtung der außerschulischen Nachmittagsbetreuung im Stuwerviertel, die außerdem die Parkbetreuung am Max-Winter-Platz macht. Zusätzlich gibt es eine Fülle von Aktivitäten, die den sozialen Zusammenhalt sicher stellen und die Innovationskraft fördern sollen.

Für die Umsetzung der Koordination einer umfassenden integrativen sozialen Dienstleistungsinfrastruktur, die auf alle Belange Rücksicht nimmt, braucht es aber eine Start-Up Finanzierung. Der Zusammenschluss von Akteuren bzw. die Koordination von unterschiedlichen Einrichtungen, die sich auf gewisse Spezialbereiche konzentrieren, bedarf finanzieller Anreize, etwa Förderbeiträge in Abhängigkeit von einer Kooperation, Integration und Spezialisierung. Für die Umsetzung wäre eine Bund-Länderaktion vorstellbar, die einen Innovationsfonds für die Schaffung eines integrierten Sozialsystems speist, aus dem Gemeindebezirke unter bestimmten Auflagen Förderungen erhalten können. Dabei kann es sich um rückzahlbare Kredite ebenso handeln wie um Investitionsförderungen. Auch die ESF-Förderungen können in ein derartiges dezentrales regionales Entwicklungsszenarium eingebunden sein.

### **Gedanken zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums**

International ist zu beobachten, dass es im Gefolge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu einer zunehmenden Urbanisierung kommt. Räumliche Konzentrationsprozesse finden sowohl zwischen Großstädten (Metropolisierung) als auch auf intraregionaler Ebene (Abwanderung aus dem ländlichen/peripheren Raum in Regionalzentren) statt.

Diese Entwicklungen sind in Zusammenhang mit grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu sehen. Traditionelle Vorstellungen über die Lebensweise und Organisationssysteme, die die Erhaltung des Regionalstandorts zum Ziel hatten, verlieren an Bedeutung. Ebenso die traditionellen Lebensformen – unsere Gesellschaften sind von zunehmender Mobilität und Flexibilität geprägt, sowohl in der Arbeitswelt als auch im Privatleben.

Die Raumplanung muss auf diese Entwicklungen reagieren und gestaltend eingreifen. Dabei ist an eine stärkere Integration der Gemeinwesenarbeit in das Wirtschaftssystem zu denken. Daraus ergeben sich nicht nur Wachstumspotenziale sondern auch Wohlfahrtsgewinne. Dezeit ist die Theorie der Gemeinwesenökonomie noch in einem Entwicklungsstadium, in dem wissenschaftliche Erkenntnisse aus verschiedenen Disziplinen einfließen, mit dem Ziel, die Wohlfahrt aller in unseren Gesellschaften nachhaltig zu sichern. Ansätze gelebter Solidarökonomien, die bis dato als Alternativ- oder Komplementärstrukturen wahrgenommen werden, bergen in sich Elemente einer nachhaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationsform.

## Einleitung

Die vorliegende Studie untersucht die Versorgung des 2. Wiener Gemeindebezirks — Leopoldstadt — mit sozialen Diensten. Fokus der Analyse ist die Herausarbeitung der Rolle der sozialen Dienste für die Integration der Bevölkerung ins Erwerbsleben, für die Stabilisierung des Familieneinkommens und in der Folge das wirtschaftliche Entwicklungspotenzial des Bezirks. Die Untersuchung ist vor dem Hintergrund der derzeitigen wirtschaftlichen Krise zu sehen, die substantielle Beschäftigungsverluste in der marktorientierten Wirtschaft ausgelöst hat. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen und Ausgaben für die Arbeitslosenunterstützung wurden verstärkt eingesetzt, um die Familieneinkommen zu stabilisieren und die Kaufkraft zu erhalten. Es wurden aber keine Weichenstellungen vorgenommen, die die Sozialwirtschaft, in der hohe und steigende Anteile der Bevölkerung Arbeit finden, auf neue und stabile Beine stellen. Die Organisationsstruktur der Arbeit verharnt weiterhin in einer am Familienerhalter ausgerichteten Industriegesellschaft mit einer hohen Verbleibsquote der Betreuungsarbeit in den Haushalten. Nur ansatzweise kommt es zu einer Aufweichung der Rolle von Mann und Frau in der Aufteilung von Haus- und Erwerbsarbeit in Richtung einer von partnerschaftlichem Denken geprägten modernen Dienstleistungsgesellschaft. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in dem unzureichenden Ausbau der sozialen Dienstleistungen, allen voran der Kinderbetreuung und der Versorgung mit erschwinglicher Pflege und Betreuung. Um eine Professionalisierung dieser Dienstleistungsbereiche zu forcieren und um ein adäquates Versorgungsnetz aufzubauen, bedarf es eines gezielten kleinräumigen Ausbaus der Infrastruktur, etwa über soziale Dienstleistungszentren (one-stop-shop), in denen Nachfrage und Angebot zusammengeführt werden. Ein Aspekt in dem Zusammenhang ist die Professionalisierung und arbeitsteilige Organisation der sozialen Dienstleistungen unter Einbindung aller derzeitigen Angebote in ein umfassendes Informationsnetzwerk (Plattform). Damit werden einerseits Arbeitsplätze geschaffen, und zwar auf allen Qualifikationsebenen, andererseits werden infolge einer effizienteren Organisation Arbeitsressourcen freigesetzt, die derzeit in häuslicher Betreuungsarbeit gebunden sind. Eine institutionelle Neuorientierung der Organisation der sozialen Dienste soll sicherstellen, dass es im kommenden Wirtschaftsaufschwung zu keiner Verknappung von Fachkräften kommt, die inflationäre Tendenzen auslösen und das Wirtschaftswachstum beeinträchtigen könnte. Die vorliegende Arbeit setzt sich zum Ziel, Grundlagen für die Entwicklung einer derartigen Neuausrichtung zu erarbeiten.

In einem **einleitenden Kapitel** wird auf die wirtschaftliche Krise und ihre Auswirkung auf den Wiener Arbeitsmarkt eingegangen. In weiterer Folge wird im **zweiten Kapitel** die Bevölkerungsentwicklung Wiens dargestellt, die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund und die Beschäftigungslage, und zwar aus einer konjunkturellen und strukturellen Perspektive (nach Branchen, Berufen und Bildung). In dem Zusammenhang wird der Grad der Einbindung ins Erwerbsleben aus einer Gender- und Integrationsperspektive durchleuchtet.

In einem **dritten Kapitel** wird untersucht, wie sich die Beschäftigungslage von Männern und Frauen im internationalen Umfeld darstellt. Hier liegt der Schwerpunkt auf dem Herausarbeiten der Rolle der Dienstleistungen für die Beschäftigungsquote von Männern und Frauen sowie die Implikationen für den gender pay gap, die Bildungsneigung und die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

In einem **vierten Kapitel** wird untersucht, welche Organisations- und Finanzierungsformen der sozialen Dienste in Ländern mit einer hohen Versorgungsdichte üblich sind. Beispielhaft wird auf die Situation in Holland, Dänemark, Schweden und Frankreich eingegangen. Daraus wird ersichtlich, dass unterschiedliche räumliche institutionelle und sozio-ökonomische Rahmenbedingungen eine Vielfalt von Umsetzungsmodellen erforderlich machen.

In einem **fünften Kapitel** kommt es zu einer Gegenüberstellung Wiens - Bezirk Leopoldstadt — mit drei weiteren Pilotregionen Österreichs, nämlich Neunkirchen – einer alten Industrieregion in NÖ, Osttirol – einem ländlichen Abwanderungsraum und Schwechat – einer dynamischen Zuwanderungsregion aus Wien und geringer sozialer Infrastruktur. Aus diesen anders gearteten Herausforderungen ergeben sich unterschiedliche regionale Entwicklungskonzepte für die soziale Infrastruktur.

Der Frage der Finanzierung wird im **sechsten Kapitel** nachgegangen, wobei vor Ort erkundet wird, welche Förderungsmöglichkeiten es derzeit gibt, welche neu aufzubauen wären und ob es Möglichkeiten der Umschichtung von alten Förderungen/Typen auf die neuen Herausforderungen gibt.

In Hinblick auf ein zukünftiges Monitoring und eine etwaige Evaluierung der Pilotprojekte werden in einem eigenen kurzen **siebenten Kapitel** Überlegungen zur Raumordnung und den theoretischen Konzepten zur Erklärung regionaler Wachstumsunterschiede angestellt. Dabei gilt der Rolle der sozialen Dienste im Sinne einer Gemeinwesenökonomie besonderes Augenmerk.

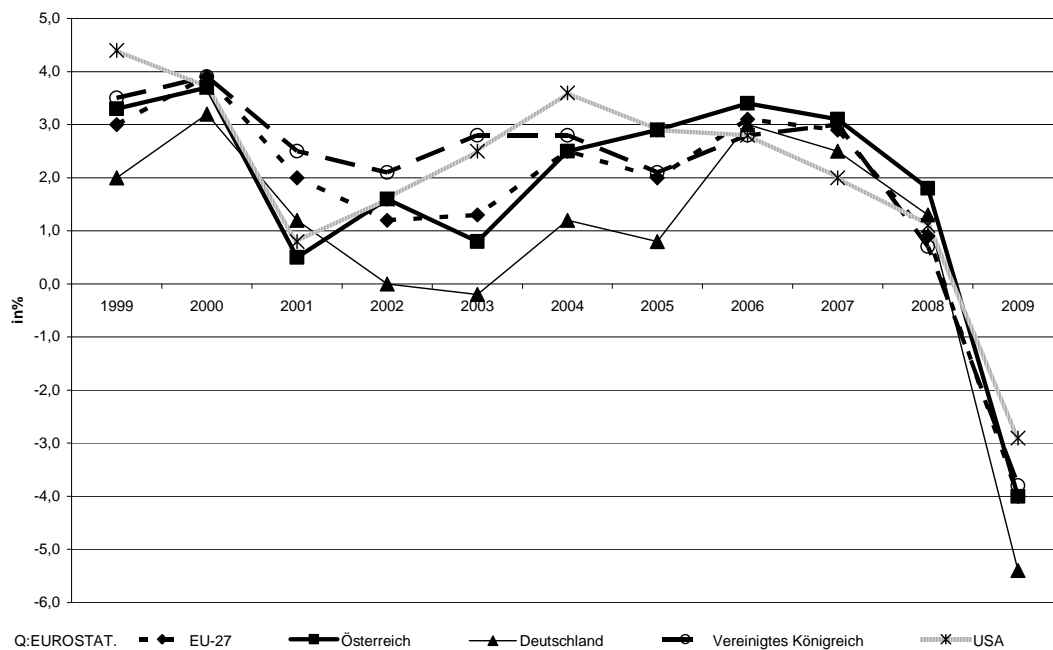
## **1. Die Wirtschaftskrise und ihr Effekt auf den Wiener Arbeitsmarkt**

Die österreichische Wirtschaft, die bis in den Herbst 2008 sehr erfolgreich war, ist im Laufe des Jahres 2009 zunehmend von der internationalen Krise erfasst worden. Die starke internationale Vernetzung und Offenheit Österreichs nach außen, die für den großen wirtschaftlichen Erfolg der Vergangenheit wesentlich verantwortlich war, führt dazu, dass sich Österreich gegen Schocks von außen wenig schützen kann. Der Transmissionsmechanismus beeinträchtigt einerseits die Nachfrage nach den Gütern der heimischen Produktion infolge des Einbruchs der Exporte, andererseits verringert sich der Ertrag der Auslandsinvestitionen.

In der Folge schrumpft die österreichische Wertschöpfung im Jahr 2009 um 3,6%, nachdem das BIP im Jahr 2008 real noch um 2% expandierte. Im internationalen Vergleich ist der Konjunkturunbruch in Österreich besonders ausgeprägt. Aus Abbildung 1 ist ersichtlich, dass die Rezession Österreich etwas später erfasste als Deutschland, dass sie aber ebenso stark ausgeprägt ist.

Der Effekt auf den Arbeitsmarkt ist unerwartet stark. (Abbildung 2) Die Zahl der unselbständig Beschäftigten lag im Jahresdurchschnitt 2009 um 47.000 oder 1,4% unter dem Vorjahresniveau. Dieser Rückgang unterschätzt aber noch den tatsächlichen Beschäftigungseffekt der Krise, da sich Betriebe, die in Schwierigkeiten kamen, bemühten, ihre Beschäftigten über Kurzarbeit weiter zu beschäftigen.

**Abbildung 1: Reales Wirtschaftswachstum (BIP real, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)**



**Abbildung 2: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung, der registrierten Arbeitslosigkeit und des Arbeitskräfteangebots der Unselbständigen in Österreich (Veränderung gegenüber dem Vorjahr, absolut)**



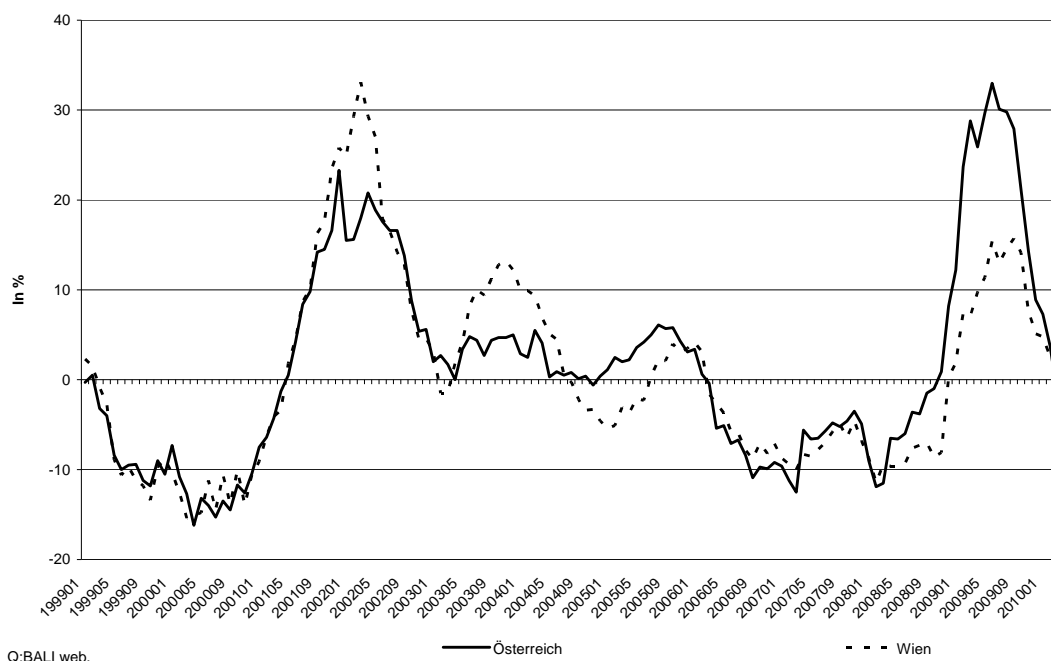
Der Natur des Konjunkturerinbruchs entsprechend, verschlechterte sich die Beschäftigungslage vor allem in der exportorientierten Sachgüterproduktion, am Bau und im Transport. Das sind alles Bereiche, in denen Männer überdurchschnittlich stark Beschäftigung finden. Sie sind es daher, die ihre Arbeitsplätze weg brechen sehen. In der Folge verringerte sich die Zahl der unselbständig beschäftigten Männer um 44.900 oder 2,5% gegenüber dem Vorjahr, während Frauen, die eher in Bürotätigkeiten, im Gesundheits- und Sozialbereich sowie im Bildungswesen tätig sind, von der Krise

relativ verschont blieben. Die Zahl der unselbständig beschäftigten Frauen verringerte sich in der Folge ‚nur‘ um 2.000 oder 0,1%.

In Wien fiel der Beschäftigungseinbruch etwas schwächer aus als im Schnitt Österreichs. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 7.100 oder 0,9% (Männer: -6.100 oder -1,5%, Frauen: -900 oder -0,2%).

Gemessen an der Entwicklung der Arbeitslosigkeit liegt Wien infolge des hohen Dienstleistungsanteils an der Beschäftigung besser als der Schnitt Österreichs (Abbildung 3). Jedoch intensivierte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit auch in Wien, allerdings mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung erst ab dem Frühjahr 2009. Das Niveau der Arbeitslosigkeit, gemessen an der Arbeitslosenquote, ist in Wien allerdings mit 8,5% im Jahr 2009 weiterhin höher als im Schnitt Österreichs. Jedoch unterscheidet sich die Höhe der Arbeitslosigkeit nach dem Geschlecht deutlich. In Wien ist die Arbeitslosenquote der Männer deutlich höher als im Schnitt Österreichs (2009: 10,1% gegenüber 7,9%), während die der Frauen nur leicht über dem Österreich-Schnitt liegt (6,9% gegenüber 6,3%) (Abbildung 4).

**Abbildung 3: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Wien im Vergleich zu Österreich (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)**



AusländerInnen sind vom Anstieg der Arbeitslosigkeit stärker betroffen als InländerInnen. In Wien hatten allerdings sowohl InländerInnen als auch AusländerInnen in der jüngsten Krise einen geringeren Anstieg der Arbeitslosigkeit als im Schnitt Österreichs. Aus dem längerfristigen Verlauf der Arbeitslosigkeit nach Staatsbürgerschaft ist ersichtlich, dass AusländerInnen ein stärkeres Konjunkturmuster aufweisen als InländerInnen. So ist etwa in der Phase der Hochkonjunktur die Arbeitslosigkeit der AusländerInnen stärker gesunken als die der InländerInnen und in der Krise mehr gestiegen. (Abbildung 5)

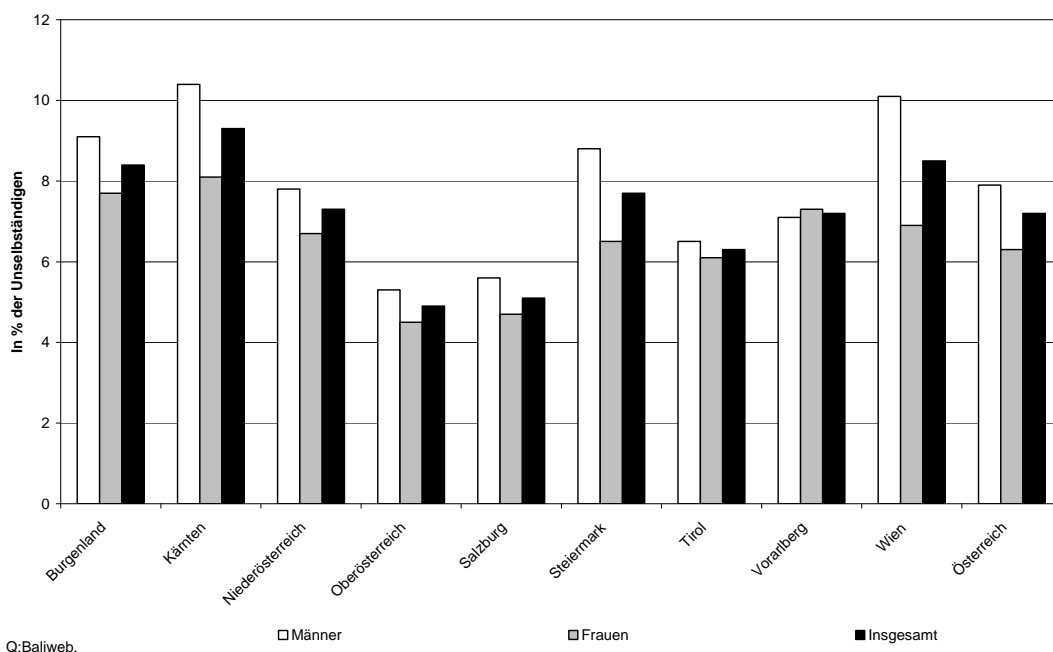


Dies ist einerseits eine Folge der im Schnitt schlechteren Qualifikationsstruktur der AusländerInnen — je geringer die Qualifikation, desto geringer die Hortung von Arbeitskräften in Zeiten des Nachfrageausfalls — andererseits der stärkeren Konzentration der AusländerInnen auf konjunkturreagible Branchen, d.h. exportorientierten Beschäftigungszweigen. Auch die Betriebsgröße, in der In- und AusländerInnen typischerweise arbeiten, hat einen Einfluss auf die Weiterbeschäftigungschancen: Kleinbetriebe haben eine geringere Eigenkapitalbasis und können daher in einer Phase des Nachfrageeinbruchs ihre Arbeitskräfte in geringerem Maße halten/horten als Großbetriebe. Das geht auch aus der Inanspruchnahme des arbeitsmarktpolitischen Instrumentes der Kurzarbeit hervor. AusländerInnen sind zunehmend in KMU beschäftigt, was ihre durchgehende Beschäftigungssicherheit beeinträchtigt.

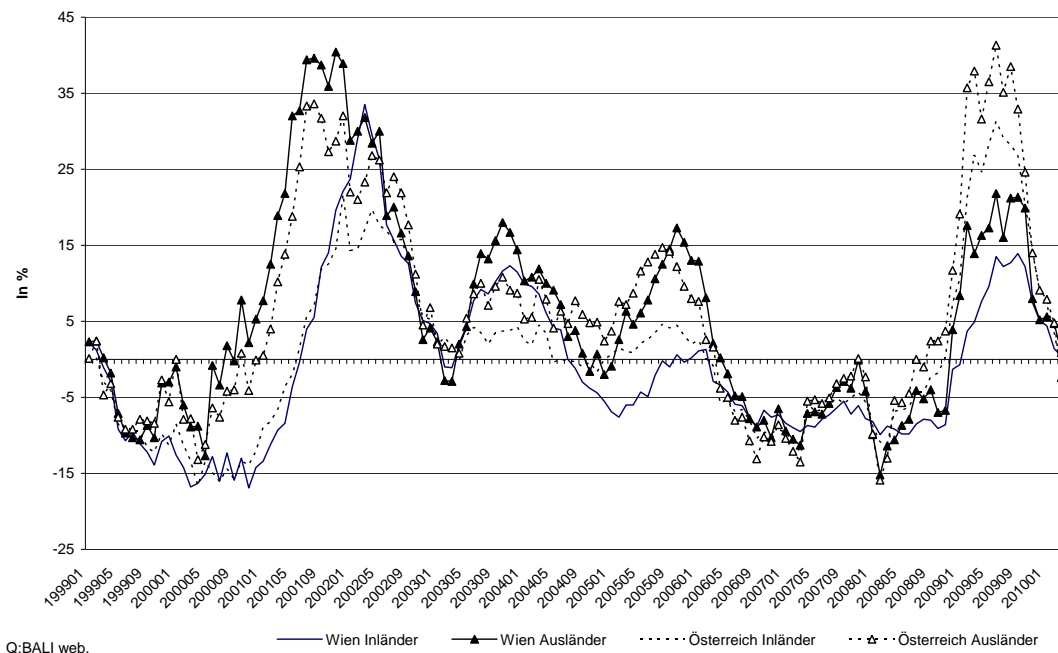
Die Krise auf dem Arbeitsmarkt spiegelt sich aber nicht nur im Anstieg der Arbeitslosigkeit sondern auch in einem Aufbau der stillen Reserve. Wie aus Abbildung 2 ersichtlich ist, hat auch das Arbeitskräfteangebot, also die Summe aus unselbständiger Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, ein merkliches Konjunkturmuster, d.h. in Zeiten der guten Konjunktur treten arbeitswillige Personen aus der stillen Reserve aus dem Haushalt ins Erwerbsleben ein, und in einer schlechten ziehen sie sich wieder in den Haushalt zurück. In der jüngsten Krise war der Rückzug in den Haushalt besonders rasch und ausgeprägt.

Die geringere Betroffenheit des Wiener Arbeitsmarktes von der Krise ist eng verbunden mit der stabilisierenden Wirkung auf Beschäftigung und Familieneinkommen, die von dem im Vergleich zu Österreich dichten Netz an sozialen Dienstleistungen ausgeht.

**Abbildung 4: Arbeitslosenquote nach Geschlecht und Bundesländern 2009**



**Abbildung 5: Entwicklung der Arbeitslosigkeit von In- und AusländerInnen in Wien im Vergleich zu Österreich**



## 2. (Sozio-) Demografische und ökonomische Rahmenbedingungen Wiens

Dieses Kapitel stellt die Bevölkerungsstruktur der Stadt Wien nach sozioökonomischem und Migrations-Hintergrund sowie räumlichen Konzentrationen detailliert dar. Dabei wird in Kapitel 2.1 bis 2.5 auf Forschungserkenntnisse zurückgegriffen, die im Rahmen einer Studie zur Situation der MigrantInnen in Wien gemacht wurden (Biffel et al 2008). Die dort gewonnenen Erkenntnisse wurden um neue Berechnungen im Rahmen der vorliegenden Studie ergänzt. Die Zusammenführung der Forschungsarbeit erlaubt einen sehr differenzierten Einblick in die spezifischen Herausforderungen im zweiten Wiener Gemeindebezirk, die einerseits den sozialwirtschaftlichen Sektor entscheidend mitprägen, andererseits Anhaltspunkte für Neuorientierungen in der Entwicklung des sozialen Dienstleistungssektors liefern.

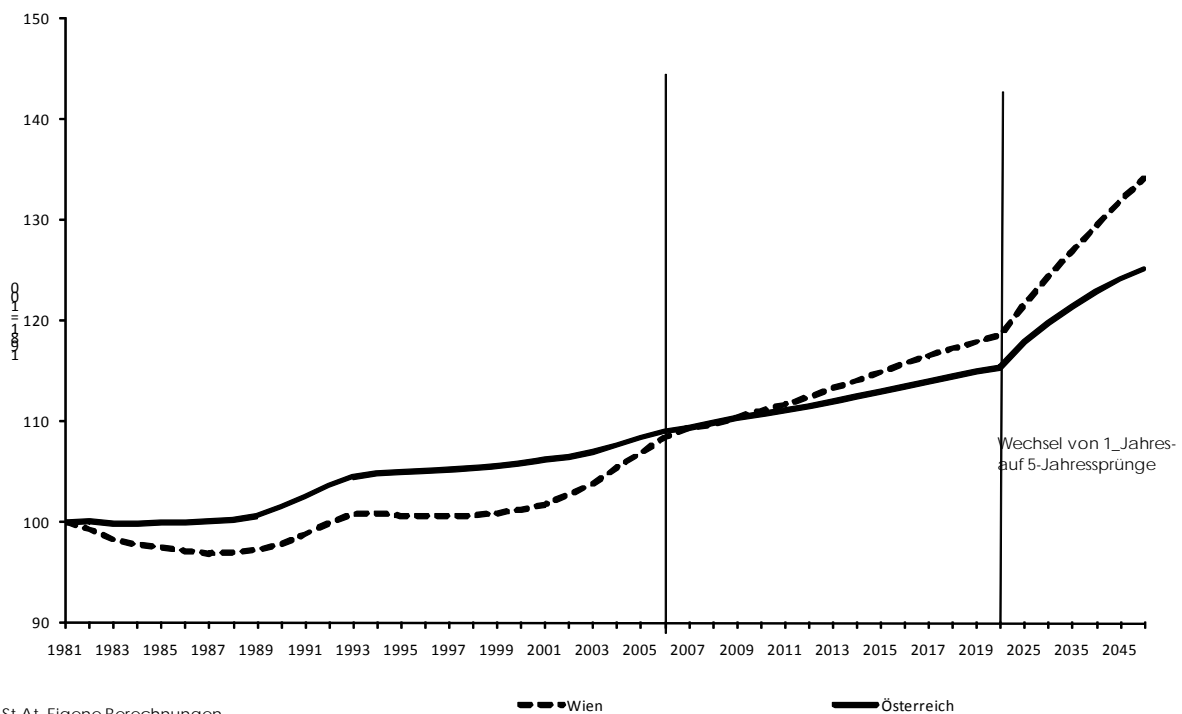
### 2.1. Bevölkerungsentwicklung von Wien relativ zu Österreich - Wien ist anders!

Lange Zeit hatte Wien die geringste natürliche Bevölkerungsentwicklung aller Bundesländer, sodass Nettozuwanderung und zeitweise Nettoabwanderung im Gefolge des wirtschaftlichen Strukturwandels und der regionalen Migrationspolitik die Einwohnerzahl bestimmten. Wiens Bevölkerungszahl verringerte sich in den 1980er Jahren und erreichte erst in den Jahren der Zuwanderungswelle, die im Gefolge des Falls des Eisernen Vorhangs einsetzte, eine Trendwende. Erst im Jahre 1992 konnte mit 1.530.000 EinwohnerInnen der Stand des Jahres 1981 wieder erreicht werden. Zwar blieb der Bevölkerungsanstieg in Wien auch in der Boomphase der

Bevölkerungsentwicklung von 1988-1993 hinter dem der westlichen Bundesländer zurück, er war aber doch deutlich dynamischer als in den südlichen Bundesländern.

Die Wende in der Bevölkerungsdynamik blieb Wien bis jetzt erhalten, sodass Wien im Jahre 2006 den Wachstumsrückstand der Bevölkerung im Vergleich zu Österreich, der sich seit dem Jahre 1981 aufgebaut hatte, überwinden konnte (Abbildung 6). Jedoch bleibt Wien auf dem höheren Wachstumspfad relativ zu Österreich, im Wesentlichen als Folge der zunehmenden Zuwanderung aus Zentralosteuropa. Der jüngste Zuwanderungsschub kam selbst für die Demographen so unerwartet, dass die letzten 10 Jahre eine Unzahl von Bevölkerungsprognoserevisionen sahen - kaum war eine langfristige Prognose erstellt, war sie schon wieder obsolet, da sich die Migrationen als unkontrollierbar und unprognostizierbar erwiesen. (Hanika, 2005 und 2007) Daraus ist ersichtlich, dass man sich bei der Prognose der Migrationen nicht an Trends der Vergangenheit orientieren kann. Es zeigt aber auch, dass die Unplanbarkeit der Migrationen eine systematische Integrationspolitik erschwert. Dies vor allem deshalb, weil die Alters- und Geschlechtsstruktur der Zuwandernden nicht der der einheimischen Bevölkerung entspricht, sondern je nach Auslöser für die Zuwanderung unterschiedliche Schwerpunkte in der Alters- und Geschlechtzusammensetzung hat. So brachte etwa die Flüchtlingswelle im Gefolge des Zerfalls von Jugoslawien überdurchschnittlich viele Mütter mit Kindern nach Österreich. Im Gegensatz dazu war die Zuwanderung von ‚Gastarbeitern‘ der 1960er und 1970er Jahre dominiert von Männern im Haupterwerbsalter ohne Familienanhang, während die jüngste Zuwanderung tendenziell auf jüngere Erwerbwillige, Studierende und Familiennachzug konzentriert ist. In dem einen und anderen Fall sind die Anforderungen an die Infrastruktur und der Bedarf an Integrationsmaßnahmen unterschiedlich.

**Abbildung 6: Bevölkerungsentwicklung Österreichs und Wiens im Vergleich (Hauptvariante)**

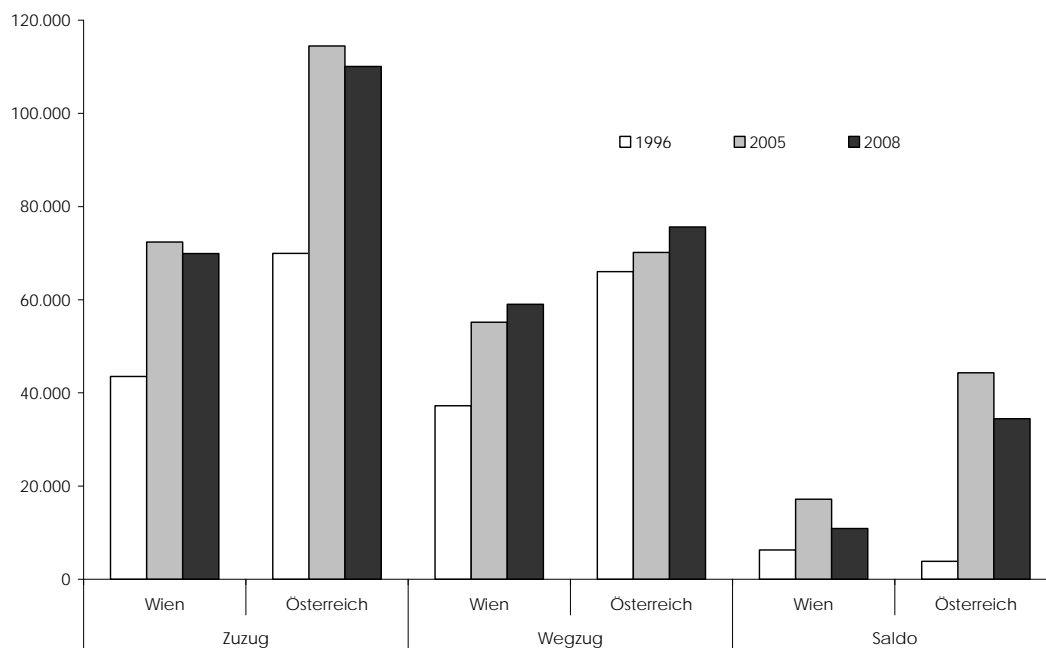


Die tatsächliche Zuwanderung und die endogene Dynamik seit den frühen 2000er Jahren, die aus der EU-Integration resultiert, legt nahe, dass mit einer anhaltend hohen Zuwanderung zu rechnen ist,

zumindest bis zur Mitte der 2020er Jahre. Vor allem Wien wird der Gewinner bei der Zuwanderung sein (Abbildung 7).

In der Folge dürfte die Zahl der EinwohnerInnen Wiens von derzeit (2008) 1.680.170 bis zum Jahr 2015 auf 1.759.700 (Hauptvariante, +79.500 oder 4,7%) ansteigen. Nach 10 Jahren würde die Bevölkerungszahl Wiens dem Hauptszenarium zufolge neuerlich um rund 103.400 oder 5,9% steigen. Wien wird den neuen Prognosen zufolge künftig infolge der Zuwanderung das stärkste Bevölkerungswachstum aller neun Bundesländer aufweisen. (Statistik Austria vom 6. 10. 2009) Aber auch die Fertilität beginnt sich nicht zuletzt im Gefolge der starken Zuwanderung langsam zu erholen; sie entspricht seit jüngerer Zeit dem Bundesdurchschnitt und dürfte dort auch längerfristig verharren.

**Abbildung 7: Veränderung der Wanderungsdynamik in Wien und Österreich**



Q: St.At.

Es gibt Gründe, die dafür sprechen, dass die Zuwanderung dynamischer sein wird als im Hauptszenarium angenommen. Exakte Prognosen der Migrationen sind allerdings infolge der Komplexität der auslösenden Faktoren von Migrationen schwer vorzunehmen und zu argumentieren. Gesellschaftliche, wirtschaftliche, politische und andere Umbrüche können Auslöser für Migrationen sein; weder das Timing noch die Größenordnung dieser Komponenten der Wanderungen ist abschätzbar. Jedoch haben gewisse Segmente der Migration eine endogene Dynamik, die sich aus der Geschichte der Zuwanderung ebenso ergibt wie aus der Globalisierung und internationalen gesetzlichen Rahmenbedingungen, allen voran der zunehmenden Akkordierung der Migrationspolitik innerhalb der EU, so etwa dem Umgang mit AsylwerberInnen und Flüchtlingen sowie der Mobilität von EU-StaatsbürgerInnen. Letztere Faktoren legen nahe, dass die Migrationsdynamik mittel- bis längerfristig eher zunehmen wird.

### 2.1.1. Wanderungen prägen die Bevölkerungsentwicklung Wiens

Die Wiener Einwohnerzahl wächst über die Zuwanderung, woraus sich eine zunehmende gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt ergibt. Diese gilt es so zur Entfaltung zu bringen, dass dadurch auch das wirtschaftliche Wachstumspotenzial und die Innovationskraft gefördert werden und gleichzeitig der gesellschaftliche Zusammenhalt bestehen bleibt.

Im Zeitraum zwischen 2001 und 2008 betrug der Wanderungssaldo insgesamt 122.100 Personen. Beinahe der gesamte Bevölkerungsanstieg Wiens ist eine Folge der Zuwanderung. Die positiven Gesamteffekte resultieren ausschließlich aus der Außenwanderung; der Binnenwanderungssaldo war abgesehen von einem leichten Plus 2002 während des gesamten Zeitraumes negativ. Die Außenwanderung erreichte ihren Höhepunkt in den Jahren 2004 und 2005 - allein in diesen beiden Jahren wanderten knapp 50.000 Personen aus dem Ausland zu. Im Jahr 2006 kam es als Folge des NAG 2005<sup>1)</sup> zu einem starken Rückgang der Nettozuwanderung von Außen auf 12.200. (Abbildung 8)

Der Hauptgrund für den Rückgang der Zuwanderung im Jahr 2006 liegt in der Erschwernis der Familienzusammenführung von Personen, die kein ausreichendes Einkommen haben, um ihre Familie in Österreich zu erhalten. Die Entwicklung seither zeigt aber, dass die Abschwächung der Zuwanderung nur vorübergehend war. Allein durch das Fallen der Übergangsregelungen bezüglich der Freizügigkeit von Personen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten (NMS10) im Jahr 2011 dürfte es zu einer neuerlichen Dynamik der Nettozuwanderung kommen. Zwischen 2001 und 2008 stieg die Zahl der in Wien lebenden ausländischen StaatsbürgerInnen um rund 78.000 auf 330.600; das sind 19,7% der Wiener Bevölkerung. Im gleichen Zeitraum wurden 210.000 Personen eingebürgert. Eine Zerlegung der Wanderungsbilanzen nach Staatsangehörigkeit zeigt, dass der Wanderungssaldo der InländerInnen sowohl was die Binnen- als auch was die Außenwanderung betrifft negativ ist, während jener der AusländerInnen in beiden Fällen positiv ist.

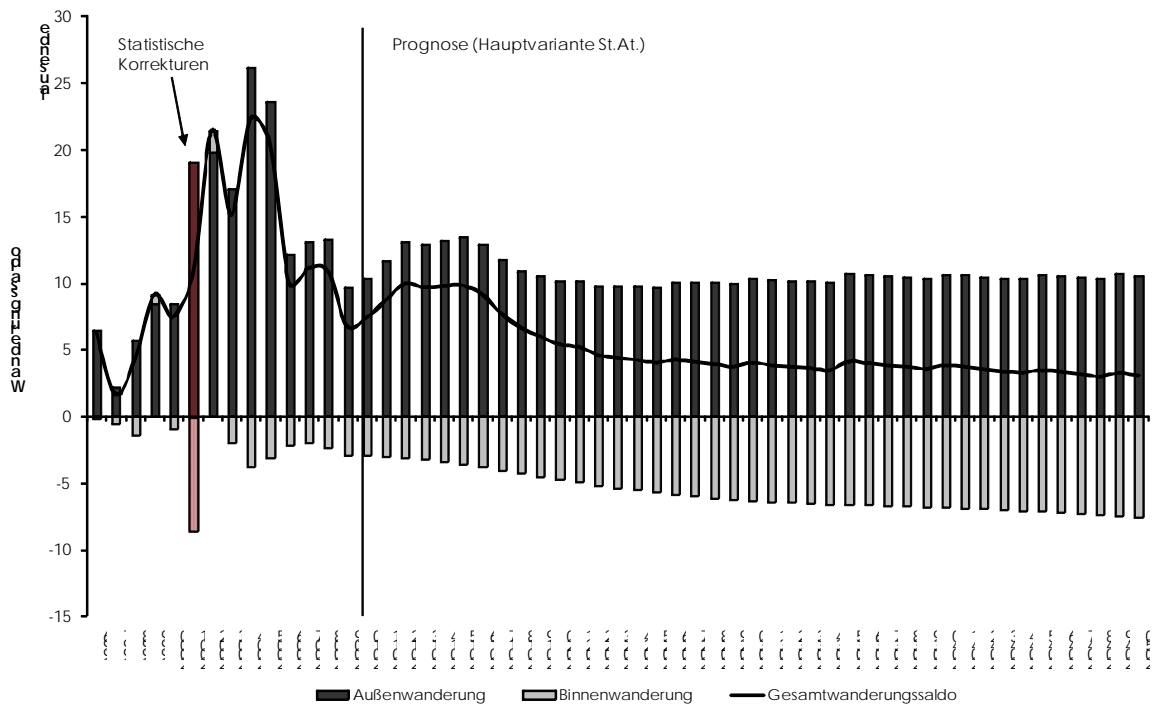
Aus einem Vergleich der Einwohnerzahlen nach dem Geburtsland ist der Effekt der Zuwanderung eher ersichtlich als aus der Differenzierung nach der Staatsbürgerschaft. Die starke Zuwanderung führte zu einem Ansteigen der Zahl der in Wien lebenden im Ausland geborenen Personen (Foreign born). Seit der Volkszählung 2001 stieg der Anteil der Foreign born an der Bevölkerung Wiens auf 504.500 bzw. 29,9% der Gesamtbevölkerung. Dies ist ein Anstieg um 6,3 Prozentpunkte bzw. 138.300 Personen gegenüber 2001. Von dieser Zunahme entfallen auf die EU-14-Staaten 17.518, die NMS10 14.121 sowie Rumänien und Bulgarien 12.716 Personen. Die Zuwanderung aus den EU-Staaten machte also ein Drittel der gesamten Zuwanderung aus. Die Zahl der Foreign born aus den traditionellen Gastarbeiterregionen (Türkei und ehem. Jugoslawien ohne Slowenien) erhöhte sich um 46.500, das war ein weiteres Drittel der Gesamtzunahme. Die Zuwanderung aus weiter entfernten Regionen<sup>2)</sup> machte mit 60.835 Personen bzw. 44% den größten Teil aus. (Abbildung 9)

---

<sup>1)</sup> Für Details zur Wirkungsweise des Fremdenpakets 2005 siehe Expertise zur Niederlassung von Drittstaatsangehörigen (*Biffi – Bock-Schappelwein, 2006*).

<sup>2)</sup> Bei den verfügbaren Publikationen der Statistik Austria gibt es das Problem, dass im Jahr 2001 eine andere Zuordnung der Staaten zu Europa und Asien vorgenommen wurde als 2007. Da die Ergebnisse nicht für alle Staaten publiziert wurden, ist eine genauere regionale Zuordnung nicht möglich.

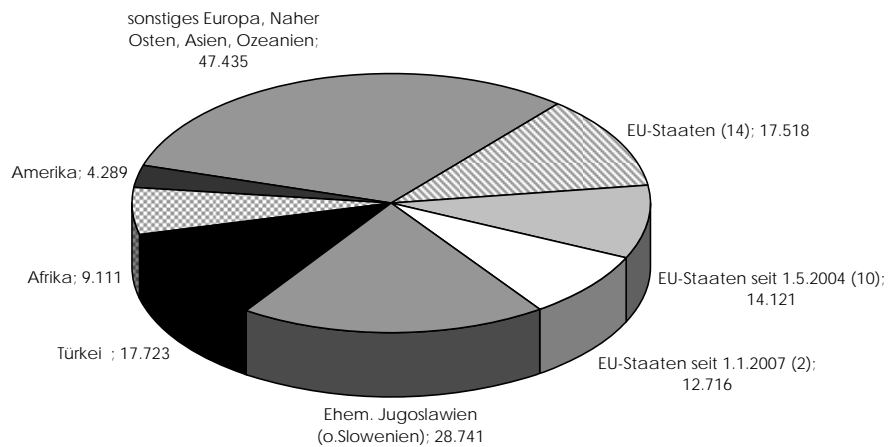
**Abbildung 8: Wanderungsbilanzen von Wien: 1996-2050**



Q: St.At.

**Abbildung 9: Verteilung der Zunahme der 1.Generation MigrantInnen( Foreign born) nach Herkunftsregion**

*Differenz zwischen Volkszählung 2001 und Bevölkerungsstand 1.1.2009 (+138.254 Foreign born)*



Q: St. At. Eigene-Berechnungen.

Innerhalb der einzelnen Regionen sind es meist einzelne wenige Staaten, die für den größten Teil der Zuwanderung verantwortlich sind. Bei den EU 14 ist es Deutschland, bei den NMS10 Polen und beim ehemaligen Jugoslawien Serbien und Montenegro. Zahlenmäßig starke Zuwanderungsländer aus anderen Regionen waren in diesem Zeitraum Rumänien, Bulgarien, Russland, Ägypten, Nigeria, Indien und China. Viele andere Länder fallen allein genommen zahlenmäßig nicht stark ins Gewicht, jedoch gibt es eine große Zahl an Herkunftsstaaten, die in diesem Zeitraum eine Steigerung ihrer Population in Wien um 50% oder mehr zu verzeichnen hatten.

Es gibt aber auch Herkunftsregionen, die heute weniger Personen in Wien stellen als noch 2001. Hierzu zählen im Wesentlichen drei Länder: Slowenien, Kroatien und Bosnien.

## **2.2. Wien wieder der ‚Schmelztiegel Europas‘**

Die geopolitische Lage Wiens hat sich durch den Fall des Eisernen Vorhangs, den Beitritt Österreichs in die EU und die Osterweiterung der EU signifikant geändert. Wien rückt wieder ins Zentrum und wird in der Folge zu einer multikulturellen, multiethnischen und vielsprachigen Stadt. Die Herausforderung besteht darin, ein integratives Klima zu schaffen, das an jenes der Gründerzeit des vorigen Jahrhunderts anschließen kann, als Wien der 'Schmelztiegel Europas' war (Lichtenberger, 1997). Die damalige Zeit ging in die Geschichte Wiens als eine der innovativsten ein, in der neue Wege im Bereich der Wissenschaft, kulturellen Entfaltung und gesellschaftlichen sowie wirtschaftlichen Entwicklung beschritten wurden.

Um das Ausmaß der ethnisch-kulturellen Heterogenität in Wien im Vergleich zu Österreich und innerhalb Wiens festzumachen, wird auf die differenzierte Datenbasis aus der Volkszählung 2001 zurückgegriffen. Ausgehend von diesen Datenanalysen und der Feststellung regionaler Konzentrationen von Personen mit Migrationshintergrund wird die Dynamik über die Zeit untersucht, wenn auch auf einer weniger differenzierten und differenzierbaren Datenbasis.

### **2.2.1. Abgrenzungen des Migrations-/Herkunftshintergrundes in Wien:**

#### **Methodisches**

Die vorliegende Analyse der Daten der Volkszählung 2001 unterscheidet zwischen ÖsterreicherInnen (Host<sup>3</sup>) und MigrantInnen bzw. Personen mit Migrationshintergrund. Zu den letzteren werden Personen gezählt, die selbst nach Österreich zugewandert sind (erste Generation), sowie Personen die zwar in Österreich geboren wurden, aber eine ausländische Staatsbürgerschaft haben. Diese Unterscheidung ermöglicht eine Aussage über die Rolle der Staatsbürgerschaft für die Integration von MigrantInnen ins Erwerbsleben. Die Erfassung des Migrationshintergrundes über Geburtsland und Staatsangehörigkeit entspricht jener von Statistik Austria. In der vorliegenden Arbeit wird für diese Abgrenzung der Begriff "Herkunft" verwendet. Der weitere Kreis der Personen mit Migrationshintergrund wird über die zusätzliche Berücksichtigung der Umgangssprache geschätzt. Wenn die Umgangssprache einer fremden Herkunftsregion zugeordnet werden kann, so werden jene

---

<sup>3</sup> Nach Poulsen et al. (2001, S. 2072) versteht man unter Host: "... the most powerful group . . . whose members have the greatest influence, through a variety of economic, social, cultural and political processes, on its residential pattern". Die Hostgruppe muss aber keine homogene Gruppe sein (Martikainen, 2005, S. 4).

Personen, die ansonsten in die Hostgruppe gefallen wären, der Herkunftsregion zugeordnet. Damit können im Wesentlichen Personen der 2. Generation erfasst werden.

Beispiel: Eine in Österreich geborene Person, welche auch die österreichische Staatsbürgerschaft hat, gibt als Umgangssprache "Türkisch" oder "Türkisch und Deutsch" an. Da es sich hierbei mit hoher Wahrscheinlichkeit um die so genannte zweite Generation handelt, kann diese Person der Herkunftsregion "Türkei" zugeordnet werden.

Im Folgenden wird die Zuordnung der Sprache zu Herkunftsregionen vorgenommen, und zwar in den Bereichen, in denen es vergleichsweise leicht möglich ist und die für die Wiener Zuwanderungspopulation von großer Bedeutung sind:

- |  |                      |
|--|----------------------|
| • Slowakisch, Slowenisch, Tschechisch, Ungarisch, Polnisch   | EU-NMS10             |
| • Albanisch, Bosnisch, Kroatisch, Mazedonisch, Serbisch  | ehem. Jugoslawien    |
| • Türkisch   | Türkei               |
| • Italienisch, Dänisch, Finnisch, Griechisch Holländisch, Norwegisch, Schwedisch   | EU 14 + EFTA         |
| • Bulgarisch, Rumänisch, Russisch, Ukrainisch  | sonstiges Europa     |
| • Hebräisch, Arabisch, sonstige afrikanische Sprachen  | Afrika + Naher Osten |
| • Chinesisch, Indisch, Indonesisch, Japanisch, Koreanisch<br>Persisch, Philippinisch, Thailändisch, Vietnamesisch,<br>sonstige asiatische Sprachen | Asien                |

Diese Vorgehensweise erlaubt keine eindeutige Zuordnung einiger Sprachen zu einem Herkunftsland. Zum Beispiel kann Englisch oder Spanisch keinem Herkunftsland eindeutig zugeordnet werden. Auch ist anzunehmen, dass gewisse fremde Sprachen (Englisch) auch von Personen ohne Migrationshintergrund als Umgangssprache verwendet werden. In diesen Fällen wurde eine Zuordnung unterlassen. Auch bei den anderen Sprachen bleibt eine kleine Unschärfe, insbesondere bei österreichischen Volksgruppen wie den Kroaten, Slowenen und Sinti und Roma. Daraus ergibt sich eine gewisse Überschätzung, die allerdings mehr als kompensiert wird durch die Unterschätzung infolge der Nichtberücksichtigung der eben erwähnten Sprachen, allen voran deutsch (Tabelle 1).

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, hatten 16% der Wiener Bevölkerung zum Zeitpunkt der Volkszählung eine ausländische Staatsbürgerschaft. Wenn man das Geburtsland als Indikator für das Ausmaß der Zuwanderung heranzieht (foreign born), so steigt der Anteil an der Wiener Bevölkerung auf 23,6%. Aus einer Kombination dieser beiden Merkmale erhält man eine Information über das Ausmaß der ersten Generation sowie der in Österreich geborenen AusländerInnen. Damit steigt der Anteil dieser Abgrenzung von MigrantInnen an der Bevölkerung Wiens auf 25,9%. Wird letztlich auch noch die Sprache miteinbezogen, steigt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund auf 29,7%. Dieser Wert dürfte eher eine Untergrenze des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund darstellen, da die Umgangssprachen Englisch, Französisch und Spanisch nicht zugeordnet werden konnten und Volksgruppen in Wien eine sehr geringe Zahl stellen. Es ist aber auch denkbar, dass Host-Personen, welche mit einer Person mit Migrationshintergrund in einem Haushalt leben, ebenfalls eine andere Umgangssprache als Deutsch angegeben haben und demnach zur MigrantInnengruppe gezählt wurden. Dieser Faktor ist ein etwas größeres Gegengewicht zur Untererfassung, dürfte aber doch nicht ausgleichend wirken.



**Tabelle 1: Wiener Bevölkerung nach den verschiedenen Untersuchungsebenen der Herkunft**

	Staatsangehörigkeit	Geburtsland	Herkunft <sup>4)</sup>	Migrationshintergrund <sup>5)</sup>
Österreich	1.301.859	1.183.834	1.149.270	1.090.183
Sonstige EU 14 + EFTA	26.257	44.434	47.061	49.002
EU-NMS10	24.250	68.523	70.105	79.852
ehem. Jugoslawien (ohne SL)	112.634	124.812	143.412	164.980
Türkei	39.119	47.321	55.959	72.780
Sonstiges Europa	9.291	19.168	19.735	20.968
Afrika + Naher Osten	9.895	18.674	19.355	22.345
Asien	18.825	34.451	35.657	40.740
Amerika + Ozeanien	5.334	8.553	8.967	8.967
Staatenlos, unbekannt	2.659	353	602	306
Gesamt	1.550.123	1.550.123	1.550.123	1.550.123

	Staatsangehörigkeit	Geburtsland	Herkunft	Migrationshintergrund
Österreich	84,0	76,4	74,1	70,3
Sonstige EU 14 + EFTA	1,7	2,9	3,0	3,2
NMS10	1,6	4,4	4,5	5,2
Ehem. Jugoslawien (ohne SL)	7,3	8,1	9,3	10,6
Türkei	2,5	3,1	3,6	4,7
Sonstiges Europa	0,6	1,2	1,3	1,4
Afrika + Naher Osten	0,6	1,2	1,2	1,4
Asien	1,2	2,2	2,3	2,6
Amerika + Ozeanien	0,3	0,6	0,6	0,6
Staatenlos, unbekannt	0,2	0,0	0,0	0,0
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Statistik Austria (Volkszählung 2001), eigene Berechnungen.

Aus Tabelle 2 ist ersichtlich, dass eine Unterscheidung der diversen Gruppen einen großen Unterschied in den Größenordnungen ausmacht, insbesondere für Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunft und Alter. So haben etwa zum Zeitpunkt der VZ 2001 39.119 Personen in Wien die türkische Staatsangehörigkeit, 47.321 sind in der Türkei geboren aber 55.959 weisen eine Kombination aus diesen beiden Merkmalen auf (Herkunftsprinzip). Unter Berücksichtigung der Umgangssprache erhöht sich diese Zahl auf 72.768. Somit können mit Hilfe der Umgangssprache um 30% mehr Personen mit Migrationshintergrund erfasst werden als nur nach dem Herkunftsprinzip.

Unter den Personen mit einem EU 14/EFTA Migrationshintergrund besitzt rund die Hälfte die österreichische Staatsangehörigkeit. Die ersten beiden Spalten von Tabelle 2 bilden im Wesentlichen die zweite Zuwanderergeneration ab, bei einigen Gruppen (EU 14 (Deutschland), Amerika + Ozeanien + Naher Osten) kann das wahre Ausmaß der Migration infolge von Zuordnungsproblemen bei der Umgangssprache nicht vollständig erfasst werden. Dennoch zeigen sich zwischen den einzelnen Herkunftsregionen große Unterschiede. 35% der Personen mit türkischem Hintergrund sind der 2. Generation zuzurechnen, bei Personen mit jugoslawischem Hintergrund sind es 24,3%; bei asiatischstämmigen hingegen nur 15,3%, bei Personen mit Wurzeln im sonstigen Europa gar nur 8,5%.

<sup>4)</sup> Kombination aus Geburtsland und Staatsangehörigkeit

<sup>5)</sup> Herkunft ergänzt um Zuordnung nach Umgangssprache

Aus Abbildung 10 wird ersichtlich, dass es sich bei den Personen, die nach dem Herkunftsprinzip Host zugeordnet werden (Österreich geboren und österreichische Staatsbürgerschaft), die aber eine andere Umgangssprache als Deutsch sprechen, im Wesentlichen um junge Menschen handelt, die der zweiten Generation zuzurechnen sind.

**Tabelle 2 : Wiener Bevölkerung nach Herkunftsstatus und Migrationshintergrundkonzept**

Absolut	Host (nach Herkunftsprinzip)	in Ö geboren, ausl. Staatsb.	im Ausl. geboren, Ö Staatsb.	im Ausl. geboren, ausl. Staatsb.	Gesamt
Host (Österreich)	1.090.183				1.090.183
Sonstige EU 14 + EFTA	1.937	2.588	22.134	22.343	49.002
NMS10	9.720	1.591	44.792	23.749	79.852
Ehem. Jugoslawien (ohne SL)	21.442	18.689	30.557	94.292	164.980
Türkei	16.809	8.645	16.961	30.365	72.780
Sonstiges Europa	1.200	580	9.640	9.548	20.968
Afrika + Naher Osten	2.949	684	9.025	9.687	22.345
Asien	5.030	1.206	15.815	18.689	40.740
Amerika + Ozeanien		402	3.566	4.999	8.967
Gesamt	1.149.270	34.385	152.490	213.672	1.549.817

Spaltenprozent	Host	in Ö geboren, ausl. Staatsb.	im Ausl. geboren, Ö Staatsb.	im Ausl. geboren, ausl. Staatsb.	Gesamt
Host (Österreich)	94,9				70,3
Sonstige EU 14 + EFTA	0,2	7,5	14,5	10,5	3,2
NMS10	0,8	4,6	29,4	11,1	5,2
Ehem. Jugoslawien (ohne SL)	1,9	54,4	20,0	44,1	10,6
Türkei	1,5	25,1	11,1	14,2	4,7
Sonstiges Europa	0,1	1,7	6,3	4,5	1,4
Afrika + Naher Osten	0,3	2,0	5,9	4,5	1,4
Asien	0,4	3,5	10,4	8,7	2,6
Amerika + Ozeanien		1,2	2,3	2,3	0,6
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Zeilenprozent	Host	in Ö geboren, ausl. Staatsb.	im Ausl. geboren, Ö Staatsb.	im Ausl. geboren, ausl. Staatsb.	Gesamt
Host (Österreich)	100,0				100,0
Sonstige EU 14 + EFTA	4,0	5,3	45,2	45,6	100,0
NMS10	12,2	2,0	56,1	29,7	100,0
Ehem. Jugoslawien (ohne SL)	13,0	11,3	18,5	57,2	100,0
Türkei	23,1	11,9	23,3	41,7	100,0
Sonstiges Europa	5,7	2,8	46,0	45,5	100,0
Afrika + Naher Osten	13,2	3,1	40,4	43,4	100,0
Asien	12,3	3,0	38,8	45,9	100,0
Amerika + Ozeanien		4,5	39,8	55,7	100,0
Gesamt	74,2	2,2	9,8	13,8	100,0

Q: St. At. (Volkszählung).

Im Folgenden wird auch die zunehmende Heterogenität der Glaubensmuster der Wiener Bevölkerung untersucht, nicht zuletzt weil soziale Dienstleistungen auch den besonderen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen müssen, die auf anderen — zum Teil religiös geprägten — Verhaltensmustern als denen der Alteingesessenen Wiens basieren.

### 2.2.2. Abgrenzung der Hostbevölkerung nach religiösem Bekenntnis: Methodisches

Die Einheimischen und MigrantInnen nach Glaubenszugehörigkeit abzugrenzen, ist bei weitem schwieriger und daher mit Vorsicht zu interpretieren. Bei der Volkszählung 2001 gab nur rund die Hälfte der EinwohnerInnen an, römisch-katholisch zu sein (49,2% der Gesamtbevölkerung bzw. 51,3%

der Personen, die zum Religionsbekenntnis Auskunft gegeben haben). 25,6% (26,8%) gaben an ohne Bekenntnis zu sein. Bei beiden Gruppen ist die überwiegende Mehrheit (> 80%) Host nach der Herkunftsabgrenzung. Daher dürfte eine Abgrenzung der Hostgruppe nach dem katholischen Glauben allein eher problematisch sein. Wir nehmen daher an (in Anlehnung an Brimicombe (2007) für London) dass die Wiener Bevölkerung primär eine christlich-säkulare Gesellschaft ist. Als Host für die Auswertungen nach Religionsbekenntnis werden daher die Gruppen römisch-katholisch, evangelisch und ohne Bekenntnis zusammengefasst. Christlich-orthodoxe und andere christliche Kirchen und Gemeinschaften werden nicht zur Hostgruppe gezählt. Daher wird die ‚Hostgruppe‘ nach Religionszugehörigkeit in Personen mit, und Personen ohne Migrationshintergrund untergliedert (Tabelle 3).

Anders als Brimicombe, der die Fälle "ohne Angabe" der Hostgruppe zugeordnet hat, schließen wir diese Fälle (65.705 Personen) aus der Analyse aus. Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass bestimmte Personengruppen überdurchschnittlich oft keine Angabe zu ihrem Religionsbekenntnis gemacht haben. So haben etwa Personen jüdischen Bekenntnisses einen gewissen Vorbehalt, Angaben zu ihrem Glauben zu machen. Weiters gibt es Hinweise dafür, dass der Anteil der Personen römisch-katholischen Glaubens unter den Foreign Born unterschätzt wird und der der Gruppe "ohne Bekenntnis" überschätzt wird.

**Tabelle 3: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis (Wien 2001 nur gültige Fälle)**

Grundgliederung		Religion <6>		Religion <6> + Migrationshintergrund	
Bezeichnung	Anzahl	Bezeichnung	Anzahl	Bezeichnung	Anzahl
Host (römisch-katholisch)	762.089	Host (=katholisch, evangelisch, o.B.)	1.232.177	Host (Österreich)	1.022.473
Orthodox	93.294	Orthodox	93.294	Host (Migrant)	209.494
Evangelisch	72.492	Andere christliche	20.493	Orthodox	93.278
Andere christliche	20.493	Israelitisch	6.988	Andere christliche	20.485
Israelitisch	6.988	Islamisch	121.149	Israelitisch	6.981
Islamisch	121.149	Andere nicht christliche	10.317	Islamisch	121.117
Andere nicht christliche	10.317			Andere nicht christliche	10.314
Ohne Bekenntnis	397.596				
<b>Gesamt</b>	<b>1.484.418</b>	<b>Gesamt</b>	<b>1.484.418</b>	<b>Gesamt</b>	<b>1.484.142</b>

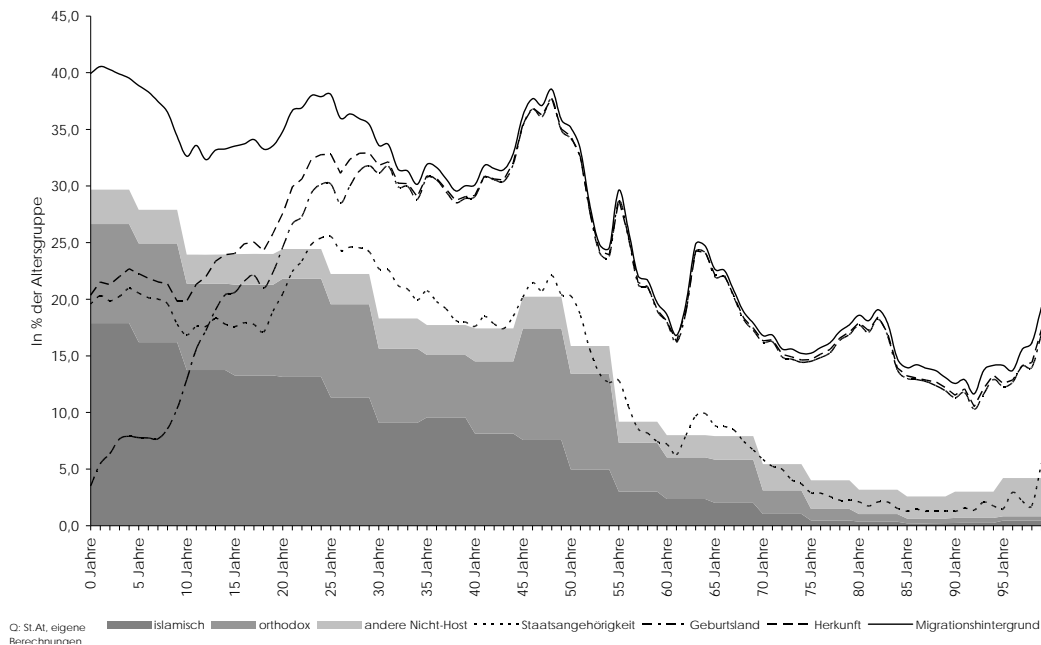
Q: Statistik Austria (Volkszählung), eigene Berechnungen.

Aus Abbildung 10 ist ersichtlich, dass sowohl der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Herkunft und Sprache) als auch jener mit einem Nicht-Host-Religionsbekenntnis in der Wiener Bevölkerung höchst unterschiedlich auf das Alter verteilt ist. Eine große Konzentration gibt es in der Altersgruppe zwischen 45 und 50 Jahren. In dieser Altersgruppe beträgt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Wien zwischen 35% und 40%. Bei dieser Gruppe handelt es sich im Wesentlichen um 'GastarbeiterInnen', d. h. MigrantInnen der ersten Generation aus den 1960er und 1970er Jahren. Weiters wird ersichtlich, dass bei den jüngeren Personen der Anteil jener, die selbst zugewandert sind, wieder geringer wird, nicht jedoch der Anteil jener, die über ihre Staatsangehörigkeit und/oder Umgangssprache als Personen mit Migrationshintergrund identifiziert werden. In der Gruppe der unter 5-Jährigen beträgt deren Anteil knapp über 40%.

Abbildung 10 veranschaulicht auch, dass es in Wien im Gefolge der Zuwanderung und einer unterschiedlichen Kinderzahl nach Religionsbekenntnis zu einer deutlichen Verschiebung der Glaubensbekenntnisse weg vom römisch-katholischen Glauben hin zum islamischen und christlich-

orthodoxen Glauben gekommen ist. (vgl. *Goujon et al., 2006*) In der Gruppe der unter 5-Jährigen sind 29,7% der Bevölkerung der Nicht-Host-Gruppe zuzurechnen, von denen der Großteil islamischen Glaubens ist (17,9% der gesamten Altersgruppe).

**Abbildung 10: Anteil der Bevölkerung mit nicht-österreichischem Hintergrund bzw. Nicht-Host-Religionsbekenntnis nach Alter (Wien 2001)**



### 2.2.3. Zunehmende Vielfalt der Glaubensformen in Österreich, vor allem aber in Wien

Die zunehmende Heterogenität der österreichischen Bevölkerung nach Glaubensbekenntnis ist sowohl verknüpft mit der Einwanderung von Personen mit einem anderen als dem römisch-katholischen Glaubensbekenntnis nach dem 2. Weltkrieg, als auch einer zunehmenden Säkularisierung der Einheimischen, vor allem der Stadtbevölkerung. Waren vor dem 2. Weltkrieg österreichweit noch mehr als 90% der Bevölkerung römisch-katholisch, so waren es 2001 nur noch 73,6%. Die zweitstärkste Konfession stellen die Protestanten mit 4,7% (376.000) - das ist ein geringerer Anteil als noch 1971 (6%) aber höher als in der ersten Republik (2,7%). An dritter Stelle folgen Personen muslimischen Glaubens mit einem Anteil von 4,2% an der Bevölkerung (339.000). Der Anteil der orthodoxen Christen ist etwas geringer mit 2,2% der Bevölkerung (179.000). Personen, die sich zum israelitischen Glauben bekennen, sind infolge des Holocaust eine verschwindend kleine Minderheit - nämlich 0,1% oder 8.140 Personen<sup>6)</sup>, nach etwa 200.000 oder 3% in der ersten Republik.

<sup>6)</sup> Nach Angaben der Israelitischen Kultusgemeinde ist die Zahl der bekennenden Juden allerdings höher. <http://www.restitution.or.at/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=88&mode=thread&order=0&thold=0>

Besonders auffällig ist der starke Anstieg der Zahl von Menschen ohne religiöses Bekenntnis (963.300 oder 12%), eine Folge eines längerfristigen Trends zur Säkularisierung unter den ÖsterreicherInnen sowie der verstärkten Zuwanderung aus alten EU-Ländern und Übersee, insbesondere Asien<sup>7)</sup>.

Die Verteilung der Religionszugehörigkeit auf Herkunftsregionen ist sehr unterschiedlich. Während die ÖsterreicherInnen (österreichische Staatsbürger, in Österreich geboren) zu 80,5% römisch-katholisch sind, ist die Struktur der Religionszugehörigkeit von EU-StaatsbürgerInnen wesentlich heterogener. Vor allem der Anteil von ProtestantInnen und Personen ohne religiöses Bekenntnis ist wesentlich höher. Unter den Personen aus dem früheren Jugoslawien ist die Verteilung relativ ausgewogen zwischen KatholikInnen, Orthodoxen und MuslimInnen. Bei AsiatInnen ist die Verteilung besonders breit, weist aber Konzentrationen von KatholikInnen, MuslimInnen, Personen ohne Bekenntnis und anderen nicht christlichen Religionen auf. Im Gegensatz dazu haben die TürkInnen eine noch stärkere Konzentration auf einen Glauben als die ÖsterreicherInnen (95% Muslime), (Tabelle 4).

In Summe hat die gesamte Population der MigrantInnen eine relativ ausgewogene Verteilung auf römisch-katholische Christen (32,9%) und Muslime (27,3%); in weiterer Reihenfolge kommen orthodoxe Christen (15%), Personen ohne religiöses Bekenntnis (14,4%), sowie evangelische Christen (6,8%).

Im Gegensatz zu Österreich ist die Wiener einheimische Bevölkerung wesentlich seltener römisch-katholisch (60% gegenüber 80,5%) und häufiger ohne Bekenntnis (28,6% gegenüber 11,7%). Auch sind Wiener (host) seltener als die Österreicher bereit, Angaben zu ihrem religiösen Bekenntnis zu machen (4% ohne Angaben gegenüber 1,7% in Österreich). Auch die Personen aus der EU 14 plus EFTA, die in Wien wohnen, sind seltener als im Rest Österreichs römisch-katholisch und wesentlich häufiger ohne Bekenntnis. Das gilt auch für Personen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten (Tabelle 5).

**Tabelle 4: Religionsbekenntnis nach Herkunftsregion in Österreich 2001 in %**

Religionsbekenntnis der Bevölkerung nach Herkunft in %		Religion								Summe	
		römisch-katholisch	orthodox	evangelisch	andere christliche Kirchen/Gemeinschaften	israelitisch	islamisch	andere nicht-christliche Gemeinschaften	ohne Bekenntnis		ohne Angabe
Herkunft	Österreich (Host)	80,5	0,3	4,4	0,7	-	0,7	0,1	11,7	1,7	100,0
	sonstige EU15+EFTA	49,3	1,6	19,4	2,5	0,2	0,7	0,2	21,1	5,1	100,0
	früheres Jugoslawien (ohne Slowenien)	25,0	33,5	1,2	0,7	0,1	28,0	-	7,7	3,8	100,0
	neue EU-Staaten	61,9	0,5	5,9	1,2	0,4	0,5	0,1	25,4	4,1	100,0
	Türkei	0,3	0,8	-	0,1	0,1	95,2	-	1,5	1,9	100,0
	sonstiges Europa	19,4	34,3	14,8	8,2	1,7	2,2	0,1	15,0	4,4	100,0
	Naher Osten	10,8	8,9	0,8	4,1	13,1	49,8	0,6	6,3	5,5	100,0
	Asien	20,0	2,6	2,2	2,5	1,1	23,0	21,7	21,5	5,4	100,0
	Amerika+Ozeanien	46,7	0,5	9,0	6,0	1,3	0,4	0,7	28,5	6,9	100,0
	Afrika	17,4	7,4	5,4	6,3	0,4	46,0	1,0	10,2	5,9	100,0
	unbekannt	32,5	7,9	5,8	2,5	1,5	21,2	2,0	19,4	7,1	100,0
	Gesamt	73,6	2,2	4,7	0,9	0,1	4,2	0,2	12,0	2,0	100,0

Q: Statistik Austria (Volkszählung), eigene Berechnungen.

Generell ist zu sagen, dass die Glaubensvielfalt in Wien größer ist als in Gesamtösterreich, und zwar bezüglich aller Herkunftsregionen.

<sup>7)</sup> Mehr zur historischen Entwicklung der Religionszugehörigkeit der ÖsterreicherInnen mit einer Projektion bis 2051 in *Goujon et al.* (2006).

**Tabelle 5: Religionsbekenntnis nach Herkunftsregion in Wien 2001 in %**

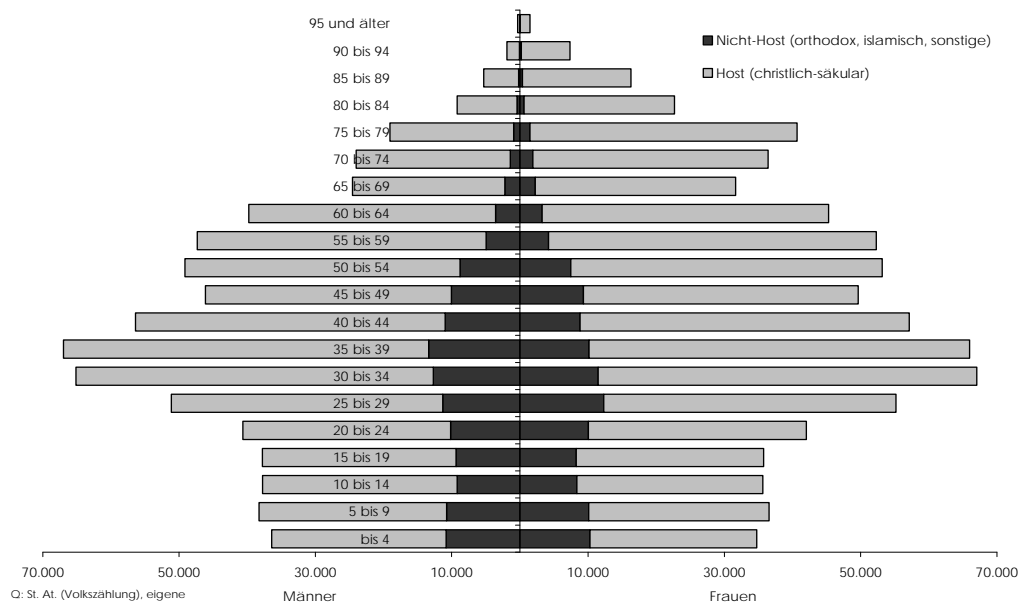
	römisch-katholisch	orthodox	evangelisch	andere christliche Kirchen/Gemeinschaften	israelitisch	islamisch	andere nicht-christliche Gemeinschaften	ohne Bekenntnis	ohne Angabe	Gesamt
Host (Österreich)	60,0	0,3	5,1	1,1	0,2	0,4	0,2	28,6	4,0	100,0
sonstige EU14 + EFTA	33,3	3,9	16,6	2,9	0,6	1,3	0,4	33,7	7,4	100,0
NMS10	53,2	0,5	4,5	1,1	1,0	0,5	0,1	34,0	5,0	100,0
ehem. Jugoslawien (ohne SL)	19,4	46,0	0,8	0,9	0,1	16,0	0,0	12,3	4,4	100,0
Türkei	0,7	1,5	0,1	0,1	0,2	92,5	0,1	2,4	2,5	100,0
sonstiges Europa	11,9	37,0	6,5	7,4	5,5	1,4	0,1	24,2	6,0	100,0
Afrika + Naher Osten	8,4	8,8	2,3	4,7	6,1	54,0	0,9	9,1	5,7	100,0
Asien	21,3	3,2	1,8	2,6	1,6	22,7	19,1	22,6	5,2	100,0
Amerika + Ozeanien	32,9	0,6	9,2	5,8	3,1	0,6	0,8	38,8	8,3	100,0
Gesamt	49,2	6,0	4,7	1,3	0,5	7,8	0,7	25,6	4,2	100,0

Q: Statistik Austria (Volkszählung), eigene Berechnungen.

Abbildung 11 und Abbildung 12 machen besonders deutlich, in welchen Altersgruppen die Zuwanderungspopulation angesiedelt ist. Daraus ist ersichtlich, dass der Schaffung eines gegenseitigen Verständnisses für die Glaubensvielfalt in Kindergärten ebenso wie in Schulen besonderes Augenmerk zu schenken ist - etwa über den verpflichtenden Ethikunterricht für alle, in dem Menschenrechte ebenso wie vergleichende Religionsforschung thematisiert werden<sup>8</sup>). Aber auch bei der Pflege und Betreuung ist zu bedenken, dass es nicht nur die sprachliche Vielfalt ist, die eine Herausforderung für optimale Betreuung ist, sondern auch religiös geprägte ethnisch-kulturelle Vielfalt (etwa über mehr weibliche Frauenärzte).

**Abbildung 11: Bevölkerungspyramide nach Religionsbekenntnis (Wien 2001)**

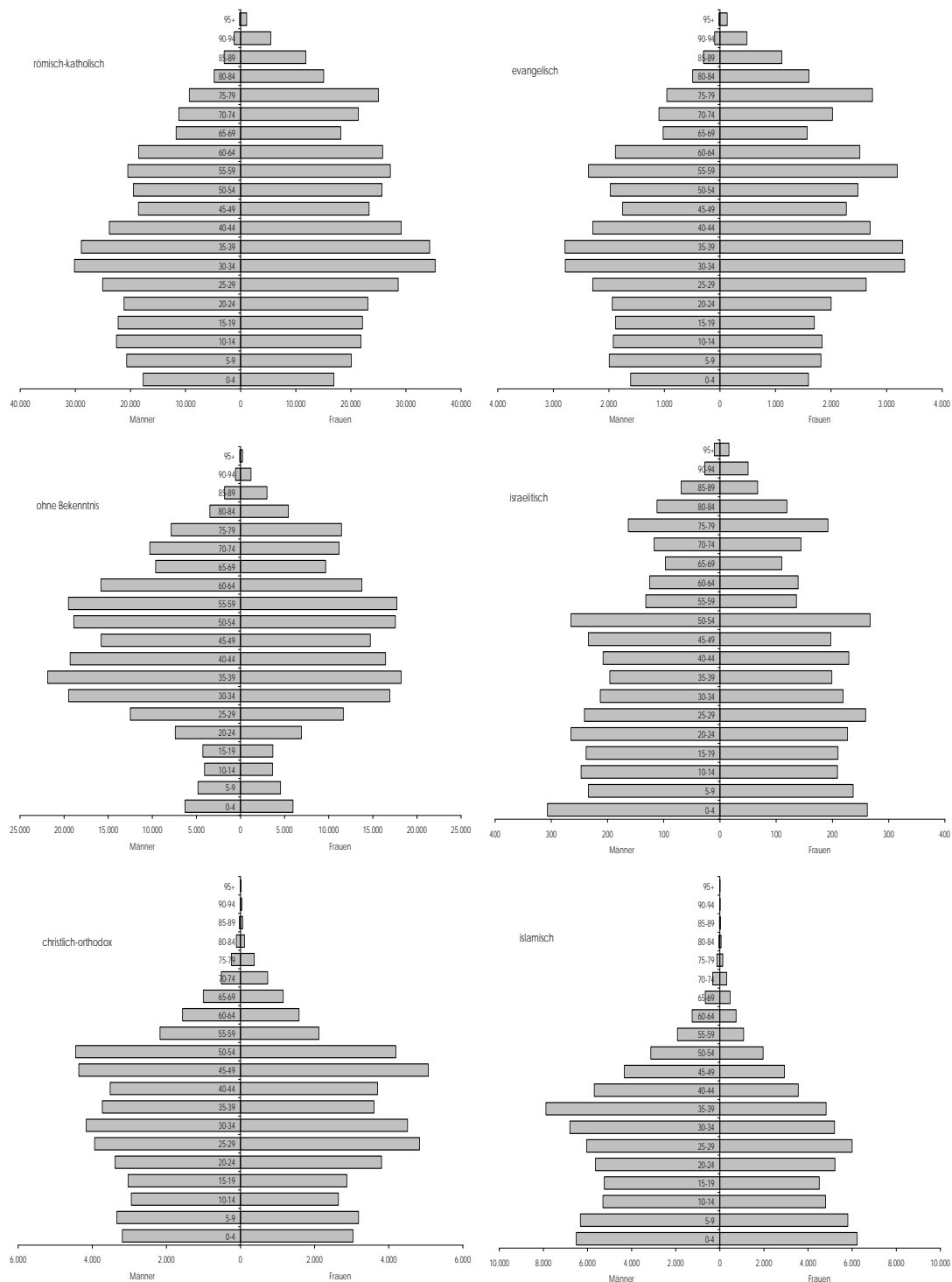
Nur gültige Werte - Fälle ohne Angabe sind nicht enthalten



Q: St. At. (Volkszählung).

<sup>8</sup>) Näheres hierzu bei Bucher : <http://www.sbg.ac.at/pth/people/bucher/evaluation.htm>

**Abbildung 12: Alterspyramiden nach ausgewählter Religionszugehörigkeit (Wien 2001)**



Q: St. At. (VZ).

Es wird aber auch ersichtlich, dass Menschen im mittleren Alter und vor allem Kinder in vergleichsweise hoher Zahl ein anderes Glaubensbekenntnis haben als die Einheimischen. Das bedeutet, dass Vorkehrungen zu treffen sind, die sicherstellen, dass der Glaube praktiziert werden kann ohne dass dadurch Konflikte zwischen Migrationsgruppen und mit der Aufnahmepopulation entstehen. Insbesondere auch in der Arbeitswelt, u.a. in sozialen Diensten im weitesten Sinn, ist ein Dialog zu

finden/zu organisieren, der sicherstellt, dass keine Konflikte in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt entstehen, die aus Unwissen, Unverstand und mangelndem Respekt für ein anderes, religiös motiviertes Verhaltensmuster entstehen können.

Die Förderung des Zusammenlebens und des Zusammenarbeitens von Personen mit und ohne Migrationshintergrund setzt voraus, dass die Vielfalt innerhalb ebenso wie zwischen Glaubensgemeinschaften anerkannt wird. Das Wissen über die Vielfalt bewirkt, dass 'One size fits all' - Strategien in Wien noch weniger von Erfolg gekrönt sein können als anderswo in Österreich.

Was das Erwerbsverhalten anbelangt zeigt Biffl (2007), dass Religion bei Männern kaum einen Effekt auf die Erwerbsquote hat, bei Frauen allerdings schon; vor allem muslimische Frauen sind häufiger Hausfrauen ohne zusätzliche Erwerbsarbeit, obschon die Unterschiede zwischen Herkunftsregionen zum Teil markant sind. So sind die Erwerbsquoten der Türkinnen, die ja zu 95% Muslime sind, merklich geringer als die der muslimischen Frauen aus Bosnien, Mazedonien und Montenegro. Auch Jüdinnen haben eine ähnlich geringe Erwerbsquote wie Musliminnen. Die große Vielfalt der altersspezifischen Erwerbsmuster der Frauen nach Herkunftsregion und Religionszugehörigkeit lässt vermuten, dass die Einflussfaktoren vielschichtig sind und mit der Schwierigkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie ebenso zu tun haben wie mit der unterschiedlichen Bildungsstruktur nach Herkunftsregion und kulturell geprägten Verhaltensmustern.

Bevor auf die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Bildungsgrad im 2. Wiener Gemeindebezirk (Leopoldstadt) genauer eingegangen wird, wird die regionale Konzentration der Personen mit Migrationshintergrund und den sozio-ökonomischen Status im Vergleich zu den Einheimischen dargestellt.

Aus Tabelle 2 und Abbildung 10 ist ersichtlich, dass Wien seit den 1960er Jahren im Gefolge der Zuwanderung unterschiedlichster Personengruppen zunehmend multikultureller wurde. Waren es in den 1960er und 1970er Jahren überwiegend ‚Gastarbeiter‘ aus dem damaligen Jugoslawien und der Türkei, sowie Flüchtlinge aus dem damaligen Ostblock, die nach Österreich kamen und sich letztendlich niederließen, so waren es in den 1980er und frühen 1990er Jahren überwiegend Flüchtlinge, insbesondere aus dem zerfallenden Jugoslawien. Gegen Ende der 1990er Jahre gewann die Zuwanderung von Familienangehörigen (eingebürgerter) MigrantInnen an Bedeutung und dominierte die Einwanderung in der ersten Hälfte der 2000er Jahre.

Um den sozioökonomischen Hintergrund räumlicher Konzentrationen von Kulturen feststellen zu können, muss über einfache räumliche Segregationsindikatoren hinausgegangen werden. *Brimicombe* (2007) hat eine derartige Typologie für London entwickelt, die wir auf Wien anwenden. Wir gehen allerdings in der Analyse weiter als Brimicombe, indem wir den sozialökonomischen Hintergrund von Menschen in verschiedenen Regionstypen stärker beleuchten.

Die Typologie wird für Wien auf Zählbezirksebene auf Basis der Volkszählungsdaten 2001 erstellt, wobei Typen nach der Verteilung der Einheimischen und ihrer Durchmischung mit Personen mit Migrationshintergrund unterschieden werden.

In der Folge wird auf den Grad der räumlichen Segregation von Personen mit Migrationshintergrund eingegangen. In dem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie Nachbarschaft gelebt wird. In welchem



Maße ist es ein Nebeneinander oder ein Miteinander? Welche Rolle in dem Zusammenhang die ethnischen Medien spielen, ist ebenfalls eine offene Frage, die es, etwa nach dem Muster von Deutschland, zu erheben gilt (Eckhard - Greger 2000, Kogoj, 1998/99).

In dem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob Wien nicht immer mehr Ähnlichkeiten im Besiedlungsmuster und in der zunehmenden Heterogenität ihrer Einwohner mit Städten gewinnt, die im Gefolge der Entkolonialisierung Zuwanderung aus den vormaligen Kolonien erhielten, etwa London und Rotterdam. In jenen Städten spricht man von ethnischen Minderheiten und ihren unterschiedlichen Verhaltensmustern, während wir in Wien von Personen mit Migrationshintergrund sprechen. Die Herausforderungen für ein friedliches Zusammenleben und die Schaffung von institutionellen Rahmenbedingungen, die allen gleiche Lebenschancen eröffnen, sind hier und da sehr ähnlich.

### **2.3. Ausgeprägte räumliche Segregation von Personen mit Migrationshintergrund in Wien**

Um gezielter auf die Bedürfnisse der Bevölkerung Wiens eingehen zu können, ist es in einem ersten Schritt notwendig, sich über die räumliche Verteilung der Menschen nach Alter, Geschlecht, Herkunft und sozio-ökonomischem Status Klarheit zu verschaffen. Dazu wird in einem ersten Schritt auf die Volkszählung 2001 zurück gegriffen.

Zunächst wird überprüft, ob MigrantInnen auf die Bezirke gleich verteilt sind. In weiterer Folge wird untersucht, was die Literatur im In- und Ausland zur räumlichen Konzentration von MigrantInnen oder ethnischen Minderheiten zu sagen hat. Im Anschluss daran werden auf der Typologie der räumlichen Konzentration von Brimicombe aufbauend komplexe Konzentrationsindikatoren für Wien berechnet.

#### **2.3.1. Ungleiche Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund auf Wiener Bezirke**

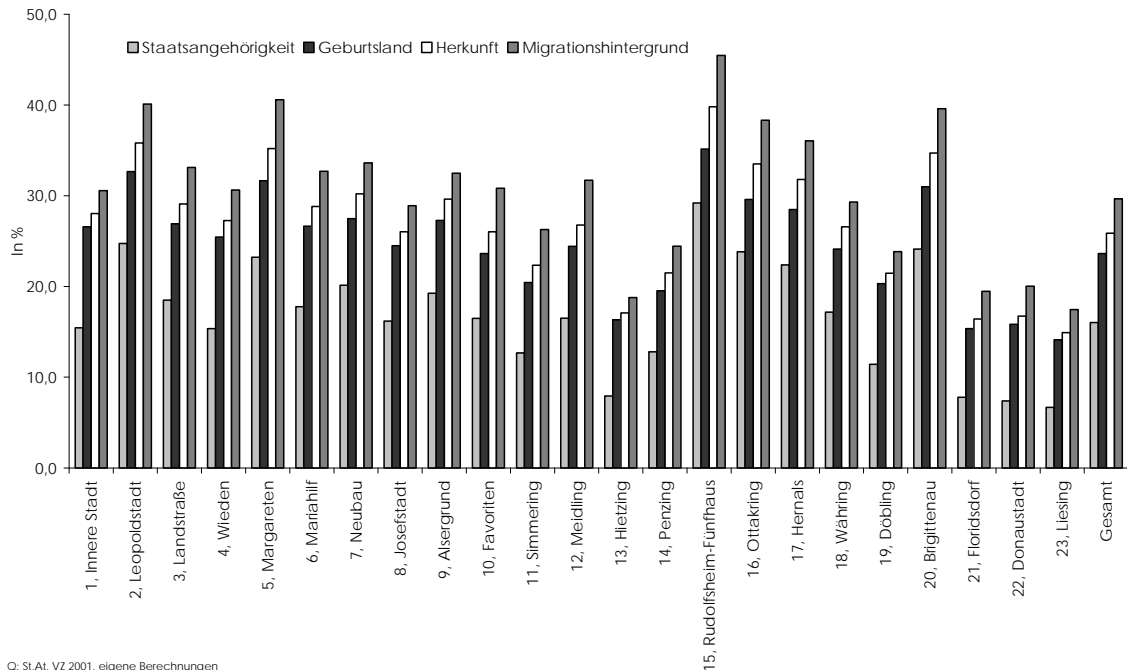
Aus Abbildung 13 ist ersichtlich, dass die ausländische Bevölkerung bzw. die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ungleich auf das Wiener Stadtgebiet verteilt ist. Wie schon weiter oben vermerkt, hatten zum Zeitpunkt der Volkszählung 16% der Wiener Bevölkerung eine ausländische Staatsangehörigkeit, 23,6% waren 1.Generation MigrantInnen und geschätzte 30% hatten einen Migrationshintergrund.

Den geringsten AusländerInnenanteil haben mit Werten unter 10% die Bezirke nördlich der Donau (21., 22. Bezirk) sowie im Südwesten (13., 23.). Die höchsten Anteile gibt es in den Bezirken zwischen Donaukanal und Donau im 2. und 20. Bezirk, gefolgt vom 5. Bezirk und den Gürtelbezirken 15., 16. und 17. Die Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund folgt diesem Muster, wobei die Anteilswerte entsprechend höher sind.

Etwas anders sieht das Bild aus, wenn man nur die Bevölkerung unter 15 Jahren zum Vergleich heranzieht. Wie weiter oben aus Abbildung 10 ersichtlich, ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund höher als in der Gesamtbevölkerung. 19,1% der Kinder unter 15 besaßen 2001

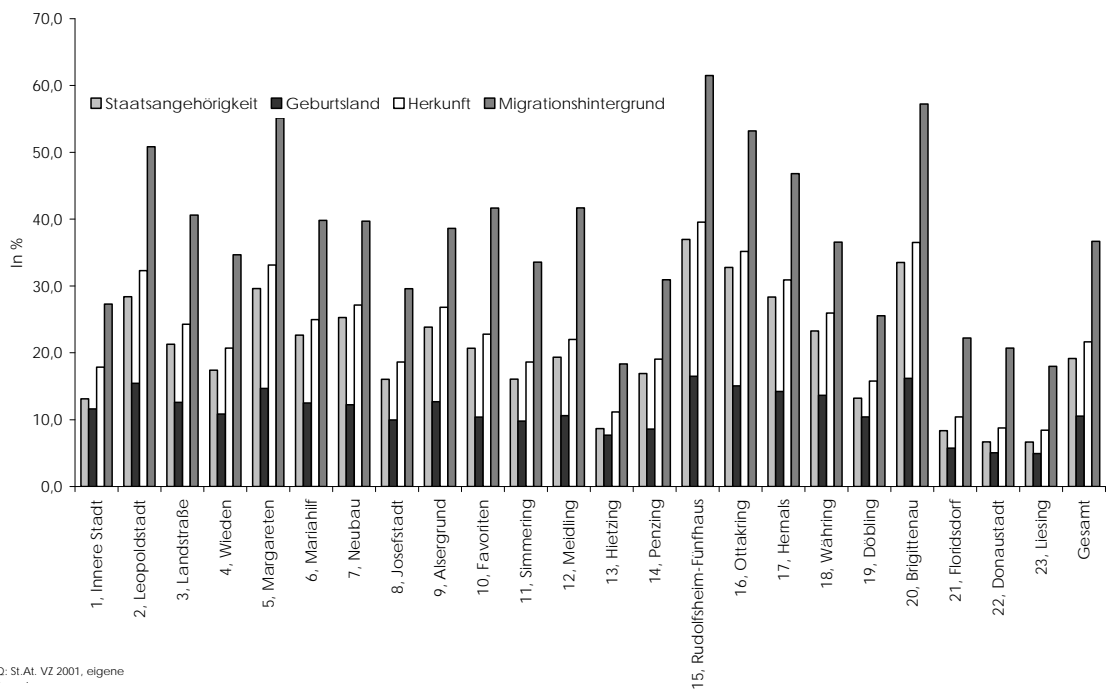
eine ausländische Staatsbürgerschaft, aber nur 10% wurden im Ausland geboren. Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund betrug 2001 36,7%. In den Bezirken 2, 5, 15, 16 und 20 liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund über 50% (Abbildung 14).

**Abbildung 13: Bevölkerung mit Nicht-Österreichischem Hintergrund nach Gemeindebezirken**



Q: St.At. VZ 2001, eigene Berechnungen

**Abbildung 14: Bevölkerung bis 14 Jahre mit Nicht-Österreichischem Hintergrund nach Gemeindebezirken**



Q: St.At. VZ 2001, eigene

### 2.3.2. Zur Segregation von ethnischen Minderheiten und MigrantInnen

Von Segregation spricht man, wenn es zu einer räumlichen Strukturierung von Ungleichheit zwischen Personengruppen kommt, und zwar in Bezug auf sozioökonomische und ethnisch-kulturelle Merkmale. *Giffinger - Wimmer* (2003) weisen darauf hin, dass Segregation sowohl als Strukturmerkmal als auch als Prozess verstanden werden kann (S.109). Bekannte Beispiele für Segregation in Wien sind die jüdische Bevölkerung in Leopoldstadt, die Ziegelböhmern in Favoriten, die Konzentration höherer Einkommensgruppen in den noblen Villenvororten im Wienerwald. In jüngerer Zeit haben sich MigrantInnenkonzentrationen entlang des Gürtels im 15., 16. und 17. Bezirk herauskristallisiert.

Nach *Shevsky - Bell* (1955) kann eine Stadt nach drei Merkmalsdimensionen strukturiert werden: nach der sozialökonomischen, der demographischen und der ethnisch-kulturellen (S. 63). Der ethnisch-kulturelle Faktor führt zu einer räumlichen Konzentration der Wohnstandorte der zugewanderten Bevölkerung, wobei Bedingungen des Wohnungsmarktes ebenso wie das Vorhandensein von ethnisch-kulturellen Netzwerken bestimmend sind. Ethnisch-kulturelle Viertel wachsen um bestimmte Konzentrationspunkte herum, die durch die Verteilung früherer Zuwanderungen und durch den Standort von ethnisch-kulturellen Institutionen und Einrichtungen ebenso bestimmt werden wie von der Verfügbarkeit vergleichsweise billigen Wohnraums (S. 65).

Ethnische Gruppen leben im Vergleich zur Aufnahmegesellschaft in der Regel stärker segregiert als dies der sozioökonomische Status der MigrantInnen erwarten ließe (*Knox*, 1990, S. 251). Somit kann eine etwaige unterprivilegierte Position auf dem Arbeitsmarkt und die daraus resultierende schlechte Einkommenslage nur zum Teil die Konzentration auf bestimmte Stadtteile erklären. In der Literatur werden Faktoren genannt, die in der 'Community' selbst begründet sind: beispielsweise liefert ein ethnisches Netzwerk Unterstützung für Neuzuwandernde; die Niederlassung in der Umgebung der eigenen kulturell-ethnischen Gruppe erlaubt das Bewahren und Leben der eigenen ethnisch-kulturellen Identität; sie birgt aber auch einen gewissen Schutz vor Wertkonflikten mit der Aufnahmegesellschaft (*Boal*, 1976, S. 45ff). Aber auch die Aufnahmegesellschaft kann auf die Segregation Einfluss haben, etwa indem sich die Bevölkerung eines Stadtteils gegen die Neuzuwandernden wehrt oder wenn institutionelle Regelungen den Zugang verwehren, wie etwa der Ausschluss der AusländerInnen von Gemeindewohnungen in Wien - das ist der Hauptgrund für die geringe Präsenz von MigrantInnen in den Arbeiterbezirken im 21. und 22. Bezirk. Aber auch "gatekeeper" wie HausbesitzerInnen oder MaklerInnen können die ethnische Zusammensetzung beeinflussen.

*Giffinger* (1999, S. 87ff) unterscheidet im Wesentlichen drei Segmente auf dem Wiener Wohnungsmarkt - unter Berücksichtigung von Zutrittsregelungen und Bestimmungen für Beihilfen (S. 109ff):

- Soziales, öffentlich gefördertes Mietwohnungssegment (Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen). Voraussetzungen für die Möglichkeit einen Antrag auf eine Gemeindewohnung stellen zu können sind)<sup>9</sup>:

---

<sup>9</sup>) <http://www.wien.gv.at/amtshelfer/wienerwohnen/gemeindewohnung.html> Stand: 19. Juli 2007.

- Zweijähriger Hauptwohnsitz in Wien als Hauptwohnsitz (ohne Zweitmeldung). Das gilt auch für Mitziehende.
- Mindestalter bei Einreichung: 17 Jahre.
- Österreichische Staatsbürgerschaft bzw. EU- oder EWR-Staatsbürgerschaft sowie Gleichgestellte (anerkannte Flüchtlinge), und "langfristig Aufenthaltsberechtigte" nach dem NAG 2005.
- Einkommen darf Höchstgrenze nicht überschreiten.
- Zu erwähnen sei auch noch, dass Personen, die sich in einer besonders schlechten Wohnsituation befinden, vorgereiht werden. Dies trifft auf viele MigrantInnen zu, wenn sie eingebürgert werden und damit Zugang zu Gemeindewohnungen erhalten. Dieses Überspringen der Warteschlange ist für den starken Anstieg des MigrantInnenanteils in Gemeindewohnungen in den letzten Jahren verantwortlich.
- Im Bereich der Genossenschaftswohnungen gibt es zwar formal keine Hürden, jedoch stellt der hohe Eigenmittelanteil angesichts einer durchschnittlich eingeschränkten Zahlungsfähigkeit von MigrantInnen ein Problem dar.
- Der Zugang zu frei finanzierten oder geförderten Eigentumswohnungen ist nicht auf InländerInnen eingeschränkt, jedoch stellen die hohen finanziellen Anforderungen eine oft unüberwindbare Hürde für ärmere Zuwandergruppen dar.
- Damit bleiben MigrantInnen meist auf das Segment der frei finanzierten Mietwohnungen beschränkt. Da hier institutionelle Gleichstellung herrscht, spielen "gatekeeper" und sozial diskriminierende Werthaltungen von Haus- und Wohnungsvermietung eine Rolle beim Zugang zu Wohnungen.

1991 lebten fast 85% der exjugoslawischen und knapp 88% der türkischen Haushalte in gründerzeitlichen Altbauten, aber nur 33% der österreichischen Haushalte. Bis zum Jahr 2000 änderte sich das nur geringfügig (S. 111). Sowohl inländische als auch exjugoslawische und türkische Haushalte konnten von den Sanierungsmaßnahmen oder Neubauaktivitäten Wiens profitieren. 1986 waren 45,3% der österreichischen Haushalte in Kategorie A, 1997 waren es 83,1%. Türkische und exjugoslawische Haushalte hingegen waren 1986 nur zu 5,3% in Kategorie A, 1997 immerhin schon zu 26,5%. Sowohl bei österreichischen als auch türkischen und ex-jugoslawischen Haushalten verringerte sich vor allem die Zahl der Haushalte in Kategorie B Wohnungen, während der Anteil der Kategorie D Haushalte nur leicht zurückging. Die Chance trotz geringer finanzieller Mittel zu einer befriedigenden Wohnsituation zu gelangen ist für inländische Haushalte dreimal höher als für MigrantInnenhaushalte (vgl. *Feigelfeld - Hartig, 2001*). Die schlechtere Wohnsituation von MigrantInnen kann aber nur zum Teil über die geringe ökonomische Leistungsfähigkeit der MigrantInnen erklärt werden. Ein anderer Grund ist die hohe Investitionstätigkeit der MigrantInnen in die Wohnsituation im Ursprungsland bzw. die finanzielle Unterstützung von Familienangehörigen im Heimatland (*Fassmann — Schallaböck, 2008*).

Die Größe türkischer und ex-jugoslawischer Haushalte nahm zwischen 1986 und 1993 deutlich zu, während die Haushaltsstruktur bei ÖsterreicherInnen beinahe unverändert blieb. Gleichzeitig erhöhte sich die Belagsdichte der Wohnungen ausländischer Haushalte. Die Mehrheit der ausländischen Drei- oder Mehrpersonenhaushalte verfügt nur über 30 bis 60 m<sup>2</sup> (S. 113). Der Zuzug Ende der 1980er Jahre führte offenbar zu einer Vergrößerung von bestehenden ausländischen Haushalten, ohne dass damit ein Wohnungswechsel verbunden gewesen wäre. ÖsterreicherInnen verfügen durchschnittlich

über 42 m<sup>2</sup> Nutzfläche pro Person, türkische und exjugoslawische über 20 m<sup>2</sup> pro Person (vgl. *Wiener Integrationsfonds*, 1998).

"Bereits 1993 konnte gezeigt werden, dass türkische und ex-jugoslawische im Vergleich zu inländischen Haushalten einen erheblich höheren Wohnungsaufwand je m<sup>2</sup> Wohnnutzfläche und unabhängig von der Wohnungsausstattung zu erbringen hatten" (*Giffinger*, 1999, S. 130ff)

Auf Baublockebene lässt sich eine deutliche Segregation der MigrantInnengruppen feststellen. Diese ist für TürkInnen höher als für Ex-JugoslawInnen, bei erstgenannter Gruppe aber im Zeitraum zwischen 1989 und 2000 rückläufig. Die hohe Konzentration auf Baublockebene ergibt sich durch den homogenen Wohnungsbestand in diesem Segment (S. 115).

Die ausländische Wohnbevölkerung ist in Wohngebieten angesiedelt, die sich entweder in peripher-marginalisierten Lagen der Stadt befinden (Nähe agrarischer oder industrieller Nutzungen), oder im dicht bebauten Siedlungsgebiet mit einer Überzahl von minderwertigen Altbauwohnungen - etwa entlang des Gürtels und in einigen großen Altbaugebieten in den Bezirken 2, 3, 5, 10 und 20. Aber auch in einigen äußeren Bezirken (11, 21, 22 und 23) konzentrieren sich AusländerInnen auf Altbaugebiete (S. 116).

Hinsichtlich der kleinräumigen Muster der Konzentration ist festzuhalten, dass die Verteilungsmuster der türkischen und ex-jugoslawischen Bevölkerung einander zwar ähneln (Altbauwohngebiete), dass sich die beiden Gruppen aber doch gegeneinander abgrenzen. Wesentlich deutlicher ist aber die räumliche Trennung zwischen den beiden Erstgenannten und MigrantInnen aus den NMS10. MigrantInnen aus den EU 14 leben aufgrund ihrer besseren sozioökonomischen Position von der türkischen und ex-jugoslawischen Wohnbevölkerung noch klarer räumlich getrennt. Die räumlichen Muster der Segregation sind im Wesentlichen sehr stabil.

Folgende Trends sind vor dem Hintergrund wohnungs- und stadtpolitischer Bemühungen der Revitalisierung und Stadterneuerung zu sehen (S. 118):

- Viele Wohngebiete am Stadtrand, in denen viele Neubauwohnungen entstanden sind, haben im Beobachtungszeitraum an ausländischer Wohnbevölkerung verloren, entweder über den Zuzug von ÖsterreicherInnen oder infolge von Einbürgerungen. Zugleich haben nur einige wenige Altbaugebiete (vor allem im 10., 12., 15. und 16. sowie im 2. und 20. Bezirk) über beide Perioden hinweg an räumlicher Konzentration von ausländischen BewohnerInnen zugelegt. Damit kam es zu einer verstärkten sozialräumlichen Differenzierung, indem sich Zuwandererhaushalte zunehmend in bereits hoch verdichteten Altbaugebieten ansiedeln und Einheimische verstärkt in Wohngebiete am Stadtrand abwandern.
- Einige Wohngebiete im Altbaugebiet zeigen eine Zunahme der Konzentration erst ab 1992. Das heißt, in diesen Gebieten wanderten zunehmend ausländische BewohnerInnen zu und/oder österreichische Haushalte zogen verstärkt weg. Solche migrantisch verdichtete Stadtteile grenzen zumeist an Wohngebiete mit hohen Ausländerkonzentrationen. Dies gilt vor allem für Wohngebiete im 2. und 20. Bezirk, aber teilweise auch für solche im 4. und 7. Bezirk.

In Wien sind "Ausländerviertel" aus stadträumlicher Perspektive gut integriert, d. h. sie sind im wesentlichen relativ zentral gelegen, verfügen über eine ausreichende Verkehrsinfrastruktur und sind

auch hinsichtlich sozialer und kultureller Einrichtungen nicht benachteiligt. Die Nichtöffnung des Wiener Gemeindebaus konnte somit aus sozialräumlicher Sicht den negativen Effekt der Konzentration von MigrantInnen in räumlich peripheren und stärker benachteiligten Großwohnanlagen verhindern. Das ist im internationalen Städtevergleich eine Seltenheit.

Probleme ergeben sich allerdings aus der mangelhaften Grün- und Freiflächenausstattung dieser (MigrantInnen-)Gebiete mit gründerzeitlicher Blockrandbebauung. Die klein dimensionierten Frei- und Erholungsflächen sind nicht zuletzt aufgrund der beengten Wohnverhältnisse der MigrantInnen durch starken Nutzungsdruck gekennzeichnet. Sie bilden damit vielfach Anlass und die Bühne für Konflikte mit der einheimischen Wohnbevölkerung dieser Wohnviertel. Die Konzentration führt aber auch zum Aufbau einer ethnischen Infrastruktur. Vor allem türkische HändlerInnen leisten in diesen wirtschaftlich eher heruntergekommenen Gebieten einen wichtigen Beitrag zur Nahversorgung. Für funktionierende ethnisch-religiöse oder kulturelle Netzwerke (etwa türkische Moscheen oder exjugoslawische Turnvereine) ist die notwendige kritische Masse offensichtlich vorhanden. Große Herausforderungen bestehen in Gebieten mit hohen MigrantInnenkonzentrationen hingegen im Bildungsbereich. An diesem Punkt muss ein Überdenken der Infrastrukturausstattung mit sozialen Diensten ansetzen, und zwar sowohl was die frühkindliche Förderung angeht als auch die schulische Förderung der Schulkinder, und die Aus- und Weiterbildung von Erwachsenen mit der dazu nötigen Kinderbetreuung.

In Wien waren Maßnahmen bisher eher kleinräumiger physisch-baulicher Natur. Denn das Integrationsverständnis geht davon aus, dass ethnisch-kulturelle räumliche Segregation per se kein Problem sein muss. Diese Erfahrung machte auch Brimicombe in London. Probleme und Konflikte tauchen vor allem dort auf, wo es Gruppen von Menschen gibt, die am wirtschaftlichen Fortschritt nicht teilhaben können und die sozialökonomisch benachteiligt sind. Das spiegelt sich in einer geringen Erwerbsbeteiligung, hoher Arbeitslosigkeit und geringer Bildung. Wenn diese Probleme in Gebieten zusammentreffen, die zusätzlich noch durch starke kulturelle und ethnische Konzentrationen geprägt sind, steigt das Risiko sozialer Ausgrenzung und Ghettoisierung (vgl. *Europäische Kommission*, 1999, S. 70).

*Kohlbacher - Reeger* (2006) untersuchten die Verteilung der MigrantInnenbevölkerung aus dem ehemaligen Jugoslawien im Wiener Stadtraum zwischen den Jahren 1981 und 2005. Unter den untersuchten Gebäuden waren der schlechte Bauzustand und die Bewohnerstrukturen von 'Ausländerwohnungen' überaus stabile Merkmale. Der Zustand der Migrantenhäuser hatte sich zwischen 1981 und 2005 sogar durchwegs verschlechtert. Sanierungsmaßnahmen erfolgten, wenn überhaupt, in den nobleren/bürgerlichen Bezirken, während Gebäude in den Arbeiterbezirken deutlich seltener saniert wurden. In zwei Drittel der untersuchten Gebäude (rund 700) hat sich die Zahl der ex-jugoslawischen Haushalte zwischen 1981 und 2005 reduziert. Die freigewordenen Wohnungen wurden teils zusammengelegt, teils werden sie von anderen ethnischen Gruppen, insbesondere TürkInnen und AraberInnen, aber auch AsiatInnen und Personen aus den NMS, bewohnt. Die Wiener Bevölkerung mit Migrationshintergrund wurde deutlich heterogener, was sich auch in den Hausstrukturen wieder findet. Anstiege an ex-jugoslawischen Hausparteien gab es vor allem in Gebäuden der Gürtelzone sowie in Simmering, aber kaum in den bürgerlichen Wohnbezirken. Besonders starke Rückgänge gab es in den Bezirken 3, 13 und 23. Die Zahl der ex-jugoslawischen (aber auch anderer MigrantInnen-)Haushalte im Wohnhaus ist negativ korreliert mit dem

Erhaltungszustand des Hauses. Die Persistenz (einmal Ausländerhaus - immer Ausländerhaus) wird nur dort durchbrochen, wo sich im großräumigen Kontext, etwa auf Bezirksebene, positive Veränderungen in Form von baulichen Aufwertungen, Revitalisierung und wirtschaftlicher Belebung ergeben. Letzteres gilt vor allem für Leopoldstadt, wo der Ausbau des Areals des vormaligen Nordbahnhofs eine deutliche wirtschaftliche Belebung und Durchmischung der Bevölkerung erlaubt.

Die Stadt Wien hat im Vergleich zu anderen europäischen Metropolen einen größeren Spielraum in der Steuerungsmöglichkeit der Siedlungsmuster. Eine Kombination von Sanierungsmaßnahmen des Altbaubestandes (vor allem in den traditionellen Wiener "Arbeiterbezirken" mit niedrigem Sozialprestige) mit dem Wohnungsneubau sowie mit Programmen der integrierten Stadtentwicklung dürfte in Wien eine gezielte Strategie zur Erhaltung eines gewissen Maßes an sozialer Kohäsion sein. Im Verbund mit wirtschafts- und arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen könnte auf diese Weise nicht nur eine Imageverbesserung der Bezirke mit hohem MigrantInnenanteil erzielt werden, sondern vor allem auch eine Verbesserung der Lebenschancen der MigrantInnen und des Wirtschaftsstandortes Wien.

#### **2.4. Dimension der räumlichen Segregation von Einheimischen und Personen mit Migrationshintergrund unter besonderer Berücksichtigung der Religionszugehörigkeit**

Vorauszuschicken ist, dass ethnisch-kulturelle räumliche Konzentrationen etwas zutiefst Menschliches sind und Hand in Hand mit Wanderungsströmen gehen (Heckmann, 1998). Menschen sind stets den Arbeitsmöglichkeiten gefolgt und haben sich in der Umgebung der Arbeit niedergelassen. In der Folge sind 'Siedlungen' entstanden, häufig am Ortsrand in den Zeiten der Industrialisierung, aber auch in Stadtvierteln, wie die Geschichte Wiens zeigt. So gesehen ist die neuerliche Zuwanderung mit ihren räumlichen Konzentrationen nichts Neues, auch nicht für Wien. Es muss aber sichergestellt werden, dass es zu keiner sozial-ökonomischen Ausgrenzung und Marginalisierung von bestimmten Personengruppen kommt. Das ist der Grund dafür, dass in der vorliegenden Studie untersucht wird, ob und in welchem Maße eine gewisse räumliche Segregation mit sozialer und wirtschaftlicher Deprivation Hand in Hand geht. Zu diesem Zweck wird eine Typisierung der Segregation gewählt, die auf *Brimicombe (2007)* zurückgeht. *Brimicombe* weist darauf hin, dass herkömmliche Maße der Segregation mit einer Reihe von Problemen verbunden sind. So sind beispielsweise für die gängigen Maßzahlen des 'Index of Segregation' und des 'Index of Dissimilarity' die Größe der einzelnen Gruppen sowie die Größe der Gebietseinheiten von großer Bedeutung. Ergebnisse werden dadurch unvergleichbar und es besteht die Gefahr, eine zufällige Verteilung als eine systematische zu beschreiben (vgl. *Carrington - Troske, 1997*). Des Weiteren kann es mitunter schwierig sein, einen Zusammenhang zwischen ethnischer Segregation und sozioökonomischen Faktoren systematisch herzustellen. Mit der von *Brimicombe* entwickelten Typologie wird versucht, diese Schwächen herkömmlicher Maßzahlen und Typologien zu überwinden.

Grundgedanke dieses Ansatzes ist es, Segregation nach mehreren Dimensionen zu messen. Dabei sind das Verhältnis von Minderheits- und Mehrheitsbevölkerung und die Anteile der einzelnen Minderheitengruppen in einem Gebiet relevant. Darüber hinaus finden auch die Verteilung einer Minderheitengruppe und eventuelle lokale Konzentrationen dieser Gruppe Eingang in die Typologie.

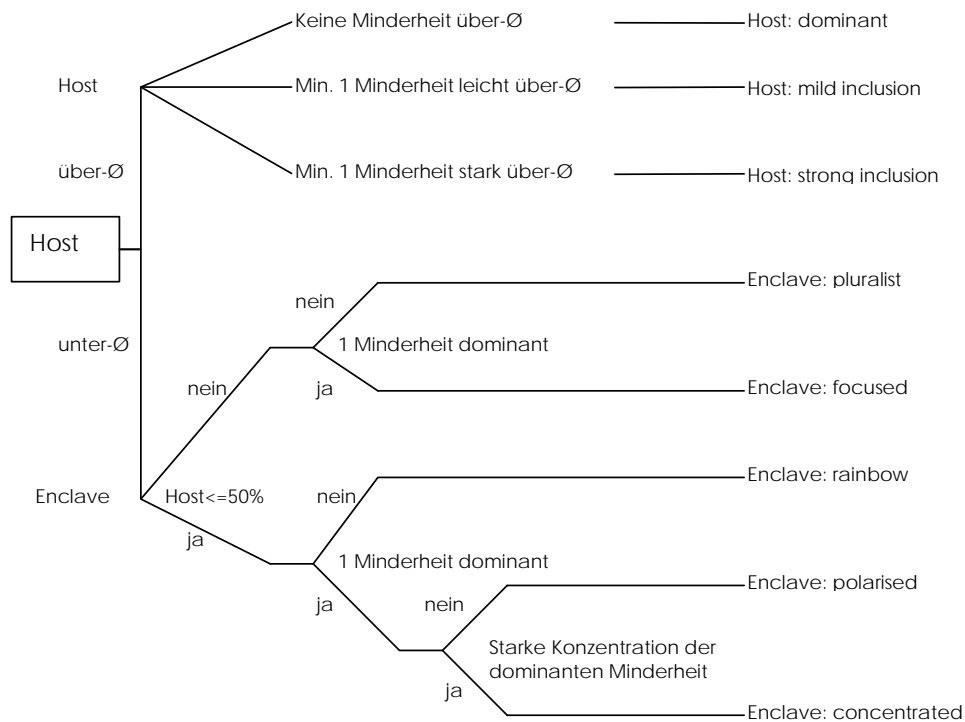
Dadurch wird auf kleinräumiger Ebene ersichtlich, wo es über- und unterdurchschnittliche Anteile von Minderheiten gibt und wie stark die Durchmischung innerhalb eines Gebietes ist.

Aus Abbildung 15 geht die Typologie der räumlichen Konzentrationsmaße hervor, die im Folgenden erläutert wird:

- *Host: dominant*: Die Hostgruppe ist stärker vertreten als es der nationale Durchschnitt erwarten ließe. Alle Minderheitengruppen sind schwächer vertreten als im nationalen Durchschnitt.
- *Host: mild inclusion*: Die Hostgruppe ist stärker vertreten als es der nationale Durchschnitt erwarten ließe. Mindestens eine Minderheitengruppe ist stärker vertreten als im nationalen Durchschnitt. Die Minderheit weist aber nur eine schwache Konzentration auf (unterhalb des Medians).
- *Host: strong inclusion*: Die Hostgruppe ist stärker vertreten als es der nationale Durchschnitt erwarten ließe. Mindestens eine Gruppe ist stärker vertreten als im nationalen Durchschnitt. Diese Minderheit weist aber eine starke Konzentration auf (oberhalb des Medians).
- *Enclave: pluralist*: Die Hostgruppe ist schwächer vertreten als im nationalen Durchschnitt, macht aber über 50% der Bevölkerung aus. Keine Minderheit ist so dominant, dass ihr Anteil über 50% der gesamten Minderheitenbevölkerung in dem Gebiet ausmacht.
- *Enclave: focused*: Die Hostgruppe ist schwächer vertreten als im nationalen Durchschnitt, macht aber über 50% der Bevölkerung aus. Eine Minderheit ist so dominant, dass ihr Anteil über 50% der gesamten Minderheitenbevölkerung im Gebiet ausmacht. Diese Minderheit weist hier eine starke Konzentration auf (oberhalb des Medians).
- *Enclave: rainbow*: Die Hostgruppe ist schwächer vertreten als der nationale Durchschnitt und macht weniger als 50% der Bevölkerung aus. Keine Minderheit ist so dominant, dass ihr Anteil über 50% der gesamten Minderheitenbevölkerung in dem Gebiet ausmacht.
- *Enclave: polarised*: Die Hostgruppe ist schwächer vertreten als der nationale Durchschnitt und macht weniger als 50% der Bevölkerung aus. Eine Minderheit ist so dominant, dass ihr Anteil über 50% der gesamten Minderheitenbevölkerung in dem Gebiet ausmacht. Diese Minderheit weist hier eine starke Konzentration auf (im oberen Quartil).
- *Enclave: concentrated*: Die Hostgruppe ist schwächer vertreten als der nationale Durchschnitt und macht weniger als 50% der Bevölkerung aus. Eine Minderheit ist so dominant, dass ihr Anteil über 50% der gesamten Minderheitenbevölkerung in dem Gebiet ausmacht. Diese Minderheit weist hier eine ausgesprochen starke Konzentration auf.



**Abbildung 15: Entscheidungsbaum nach Brimicombe**



Diese Typologie wird auf Wien angewendet, wobei die Minderheitengruppen nach Migrationshintergrund gemäß Herkunftsregion und Religionsbekenntnis unterschieden werden.

### 2.4.1. Regionales Muster der Segregation in Wien ist anders als in anderen Großstädten Europas

Die Anwendung der Typologie auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Wiener Zählbezirken zeigt ein für vergleichbare Großstädte ungewöhnliches Bild. Im Stadtkern und in den inneren Bezirken dominieren die Einheimischen (Host: strong inclusion und Enclave: pluralist-Gebiete). In den Gebieten entlang des Gürtels im 15., 16. und 17. Bezirk, im 2. und 20. Bezirk rund um den Augarten und im 10. Bezirk (Erlachplatz) gibt es Enclave: rainbow und Enclave: concentrated Gebiete - also Gebiete, in denen der Anteil der Einheimischen (Host) unter 50% liegt. Überraschen mag allerdings, dass die Gebiete in der Nähe des Stadtrandes in erster Linie von Einheimischen bewohnt werden (Host: dominant und Host: mild inclusion). Dies ist für städtische Randlagen eher unüblich; meist lassen sich ärmere Bevölkerungsgruppen und MigrantInnen in den Randlagen nieder und diese werden so häufig zu Ghettos, in denen ethnische Minderheiten und MigrantInnen wohnen (z. B. Banlieues in Paris).

In den Gebieten mit besonders hohem MigrantInnenanteil leben vor allem Personen mit jugoslawischem und türkischem Migrationshintergrund. In allen Gebieten mit einem hohen

MigrantInnenanteil (Enclave: focused und concentrated), stellen Personen mit jugoslawischem Hintergrund die Mehrheit der Minderheitenbevölkerung<sup>10</sup>).

Im äußeren Teil der Gürtelbezirke leben eher wohlhabende MigrantInnen aus den alten EU- und EFTA-Staaten sowie AmerikanerInnen. Hier handelt es sich um Host: mild inclusion und Host: strong inclusion Gebiete. Anzumerken ist, dass es sich bei dieser Gruppe der Minderheiten um eine ethnisch-kulturell und sprachlich heterogene Gruppe handelt, die jedoch sozioökonomisch der Mittel- und Oberschicht zuzuzählen ist. (Abbildung 16)

Die Segregation nach Religionsbekenntnis weist teilweise ähnliche Muster wie jene nach Migrationshintergrund auf, unterscheidet sich jedoch in einigen zentralen Punkten. Die Ähnlichkeiten ergeben sich daraus, dass Religionsbekenntnis und Herkunftsregion häufig miteinander verwoben sind. Dieser Faktor ist bei der Analyse der Konzentration nach Religionsbekenntnis stets zu bedenken. Wenn man die "Host-Religion" als christlich-säkular definiert, gibt es keine Gebiete, in denen es einen Minderheitenanteil von 50% und mehr gibt. Beim 1. und dem Großteil der Bezirke 6, 7 und 8 handelt es sich um Gebiete, die von BürgerInnen mit christlich-säkularem Bekenntnis geprägt sind. Obwohl es in diesen Gebieten oftmals überdurchschnittliche MigrantInnenanteile gibt (meist Enclave: pluralist), dominiert der christlich-säkulare Hintergrund. Personen mit anderen religiösen Bindungen können relativ selten in diesen bürgerlichen Gebieten Fuß fassen. Dies mag einerseits daran liegen, dass sie im Schnitt ärmer sind, andererseits könnte auch Diskriminierung eine Rolle spielen (gatekeeper der Mehrheitsbevölkerung). Rund um das Host-Gebiet in der Innenstadt gibt es einen Ring aus Enclave: pluralist und Enclave: focused Gebieten, die vorwiegend christlich-säkular sind. (Abbildung 16)

In den Enclave: focused Regionen stellen meist MuslimInnen den Großteil der Minderheit (43 Zählbezirke); lediglich in drei Zählbezirken überwiegen Personen mit christlich-orthodoxem Bekenntnis<sup>11</sup>). Die größere räumliche Konzentration von Muslimen relativ zu dem orthodoxen Glaubensbekenntnis kann nicht damit erklärt werden, dass es mehr von Ihnen gibt (es gibt nur um rund 28.000 Personen mehr). Sie könnte in einem größeren Zusammengehörigkeitsgefühl liegen oder in Ritualen, die dazu beitragen, dass sich die Gruppe um religiöse Einrichtungen herum niederlässt. Es kann aber auch der Wunsch nach einer eigenständigen Ernährung und Lebensweise sein, der zu einer größeren räumlichen Konzentration beiträgt. Auch eine besonders ausgeprägte Diskriminierung von MuslimInnen kann Auslöser für ein gewisses Zusammenrücken sein. Es ist anzunehmen, dass mehrere Faktoren zusammenspielen, auch eine gewisse Nachbarschaftshilfe, die im Wesentlichen innerhalb der ethnisch-kulturellen Gruppe stattfindet.

Bemerkenswert ist der Unterschied zwischen den zwei aneinander angrenzenden Bezirken, dem 2. und 20. Während es sich beim 2. Bezirk großteils um ein pluralistisches Gebiet handelt, gibt es im 20. Bezirk fast ausschließlich muslimische Enclave: focused-Gebiete. In den Randbezirken Wiens gibt es hingegen beinahe ausschließlich Host-Gebiete.

---

<sup>10</sup>) Um ein Enclave: focused Gebiet handelt es sich auch beim Zählbezirk "Zentralfriedhof", allerdings ist in diesem Gebiet die Bevölkerung mit 142 Personen sehr gering.

<sup>11</sup>) Dabei handelt es sich um das Zählgebiet "Zentralfriedhof" im 11. Bezirk, welches allerdings nur sehr wenige Einwohner aufweist, sowie das Zählgebiete "Tivoligasse" im 12. und "Äußere Hernalser Hauptstraße" im 17. Bezirk.

Eine Möglichkeit, das Ausmaß der Segregation einzelner Gruppen grafisch darzustellen ist eine Schwellenanalyse, welche in Kombination mit der Typologie gemacht werden kann. Dafür werden auf der X-Achse die Regionen der Typologie von Host: dominant bis Enclave: concentrated aufgetragen, um das Spektrum von Konzentration und Segregation abzubilden. Auf der Y-Achse werden von rechts nach links kumuliert die Anteile einer Gruppe, die in einem gewissen Regionstyp leben, aufgetragen. Je weiter oben/rechts außen sich die Kurve einer Gruppe befindet, desto stärker ist sie segregiert bzw. konzentriert.

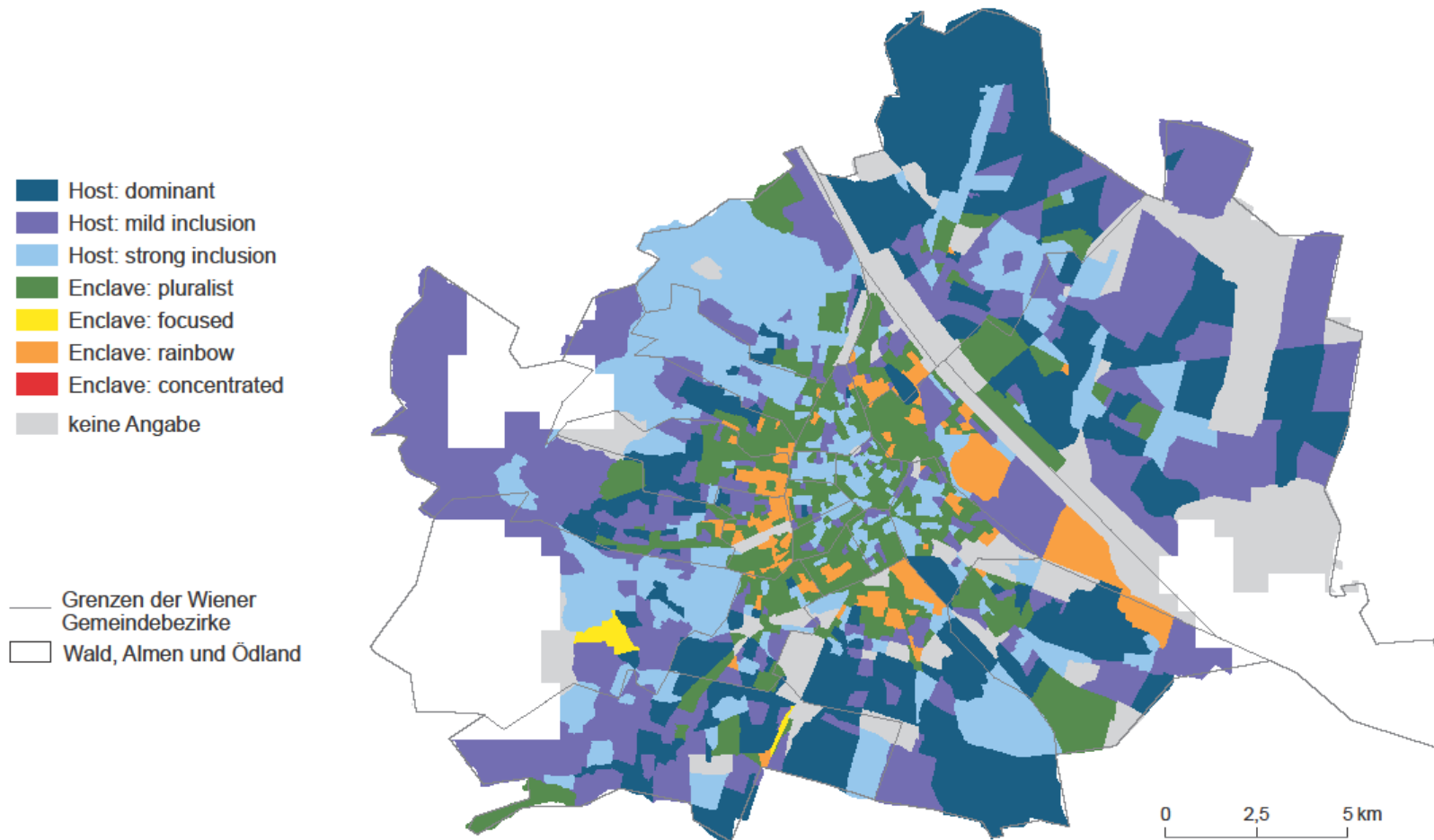
Aus Abbildung 17 ist ersichtlich, dass 60,7% der Einheimischen (host nach Migrationshintergrund) in Host-Gebieten leben, also in jenen Gebieten, in denen der Anteil der Einheimischen (Host) über dem Durchschnitt liegt. Etwas mehr als ein Drittel lebt in Enclave: pluralist Gebieten und nur 5,3% in Enclave: focused, rainbow oder concentrated, also in Gebieten, in denen MigrantInnen mehr als die Hälfte der Bewohner stellen. Damit weicht die räumliche Verteilung der Einheimischen deutlich von jener der Minderheiten und Personen mit Migrationshintergrund ab. Am stärksten segregiert leben Personen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien. Nur 29,4% bzw. 27,9% dieser Bevölkerungsgruppen leben in Host-Gebieten, während jeweils rund 17,5% in Enclave: focused, rainbow oder concentrated leben. Die anderen Minderheiten bewegen sich zwischen diesen beiden Extremen.

Am meisten ähnelt die räumliche Besiedlungsstruktur der Menschen aus den neuen und alten EU-Staaten der der einheimischen Bevölkerung (host). Dies ist wohl damit zu erklären, dass Personen aus den neuen und alten EU-Mitgliedstaaten überdurchschnittlich qualifiziert sind und damit einen vergleichsweise hohen sozioökonomischen Status aufweisen, der es ihnen erlaubt, auch in den teureren Wohngebieten unter zu kommen.

38,5% der Gesamtbevölkerung Wiens leben in Enclave: pluralist Gebieten, was diesen Typ zum bevölkerungsstärksten macht. In Gebieten, in denen die Hostbevölkerung unter 50% ausmacht, leben nur knapp 5% der Gesamtbevölkerung

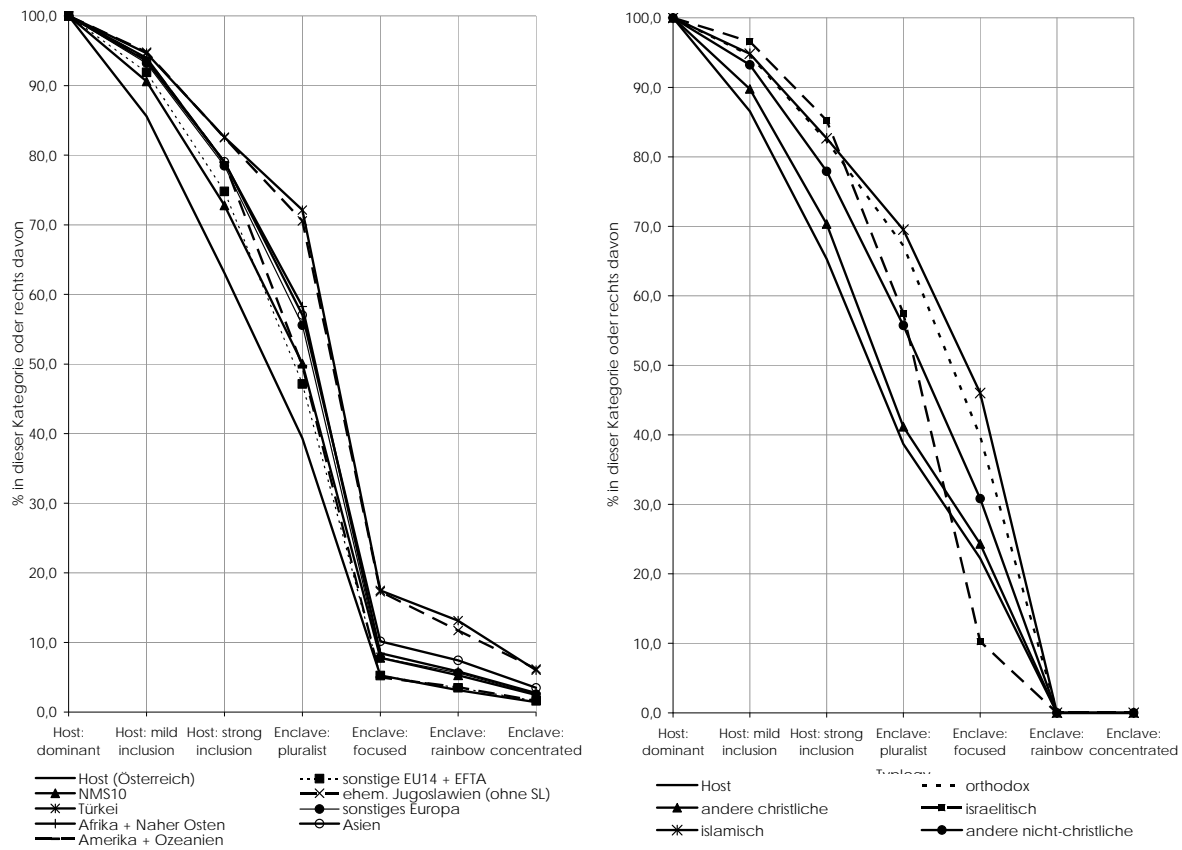
Abbildung 16:

### Segregation in Wien nach Migrationshintergrund



Q: Donau-Universität Krems,  
Statistik Austria (Volkszählung 2001)

**Abbildung 17: Schwellenanalyse - Ergebnisse der Brimicombe-Typologie nach Migrationshintergrund und Religionsbekenntnis**



Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.

Was die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Glaubensgemeinschaft anbelangt, so leben christlich-säkulare Personen (Hostbevölkerung) zu 61,3% in Host-Gebieten nach Religionsbekenntnis; ihre räumliche Konzentration hat somit die gleiche Größenordnung wie die der Einheimischen gemäß Herkunft (Migrationshintergrund). Weitere 16,5% der Hostbevölkerung leben in Enclave: pluralist und 22,2% in Enclave: focused Gebieten.

Auffallend hoch ist der räumliche Konzentrationsgrad der Gruppe mit israelitischem Glauben. Diese Gruppe ist sehr stark auf den zweiten Bezirk konzentriert (knapp 50% der IsraelitInnen); dieser Bezirk hat aber insgesamt eine sehr heterogene Zusammensetzung von Einheimischen und Personen mit Migrationshintergrund — Enclave: pluralist-Region. Auf Zählbezirksebene wird die Konzentration der Personen jüdischen Glaubens ob der geringen Gruppengröße nicht sichtbar. Mit nur 14,8% sind sie jedoch seltener als jede andere Migrationsgruppe in Host: dominant und Host: mild inclusion Gebieten anzutreffen; ihre Kurve liegt in diesen Kategorien über jenen der MuslimInnen und christlich-orthodoxen, die insgesamt am stärksten segregiert sind. 44,2% der MuslimInnen leben in Enclave: focused Gebieten, in denen sie mehr als die Hälfte der Minderheitenbevölkerung ausmachen, 1,8% in orthodoxen Enclave: focused Gebieten.

Von den Personen mit orthodoxem Glauben leben 39,8% in Enclave: focused Gebieten, 3% in solchen, in denen sie die Minderheitenmehrheit bilden. 30,5% der MuslimInnen und 32,8% der christlich-orthodoxen Personengruppen leben in Host-Gebieten. Die Verteilung von Personen anderer christlicher

Glaubensrichtungen ähnelt jener der Hostbevölkerung, während jene der anderen nicht christlichen Personen etwa im Mittelfeld angesiedelt ist.

## **2.5. Sozioökonomischer Hintergrund der Bevölkerung Wiens aus einer räumlichen Konzentrationsperspektive**

Die Kausalität zwischen sozioökonomischem Status und räumlicher Konzentration ist nicht eindeutig sondern beide Aspekte dürften sich gegenseitig bewirken. Es kann durchaus sein, dass die räumliche Konzentration eine Folge des sozialen Status ist, etwa eines unterdurchschnittlichen Einkommens, das die Personen dazu zwingt, in Wohngebieten mit schlechter Bausubstanz zu gehen. Gleichzeitig kann aber die räumliche Konzentration der Gruppe dazu beitragen, dass man nicht Deutsch als Umgangssprache spricht, da es kaum Deutschsprechende in diesen Wohngebieten gibt, mit denen man deutsch sprechen könnte. So weist zum Beispiel die Gruppe mit türkischem Migrationshintergrund, welche in Enclave: focused Gebieten lebt, einen deutlich höheren Anteil an Personen auf, die nicht Deutsch als Umgangssprache verwenden, als dies bei TürkInnen der Fall ist, die in den anderen Regionstypen wohnen. Das ist ein Muster, das sich auch bei anderen Herkunftsregionen beobachten lässt. Daran ist zum einen die schon erwähnte räumliche Konzentration schuld, d. h. Personen, die in solchen Gebieten leben, kommen seltener in Kontakt mit der Hostbevölkerung; zum anderen ist in diesen Gebieten das Bildungsniveau in der Regel vergleichsweise niedrig, was ebenfalls dazu beiträgt, dass die Deutschkenntnisse gering sind. Dieses Beispiel soll verdeutlichen, dass man keine raschen Schlüsse über die Problemlagen und ihre Lösungsmöglichkeiten ziehen kann. Vielmehr gilt es die komplexen Zusammenhänge aufzuzeigen, um adäquate Problemlösungen entwickeln zu können.

### **2.5.1. Struktur der räumlichen Konzentrationen nach Alter und Geschlecht sowie Migrationshintergrund**

Das Durchschnittsalter lässt einen klaren Trend entlang der räumlichen Segregationstypologie erkennen. So ist in der Wiener Bevölkerung das Durchschnittsalter in Wohngebieten, in denen Einheimische konzentriert leben (Host: dominant-Gebiete) mit 41,6 Jahren am höchsten und in Gebieten, in denen überwiegend MigrantInnen wohnen (Enclave: concentrated Gebiete) mit 37,1 Jahren am niedrigsten. In den dazwischen liegenden Konstellationen sinkt das Durchschnittsalter der Bevölkerung mehr oder weniger linear mit dem steigenden Anteil der MigrantInnen. Dieses sinkende Durchschnittsalter ergibt sich daraus, dass MigrantInnen im Schnitt jünger sind als die Einheimischen; aus einem steigenden Anteil der MigrantInnen in der Wohngegend resultiert somit eine gewisse Verjüngung der Gruppe im Schnitt.

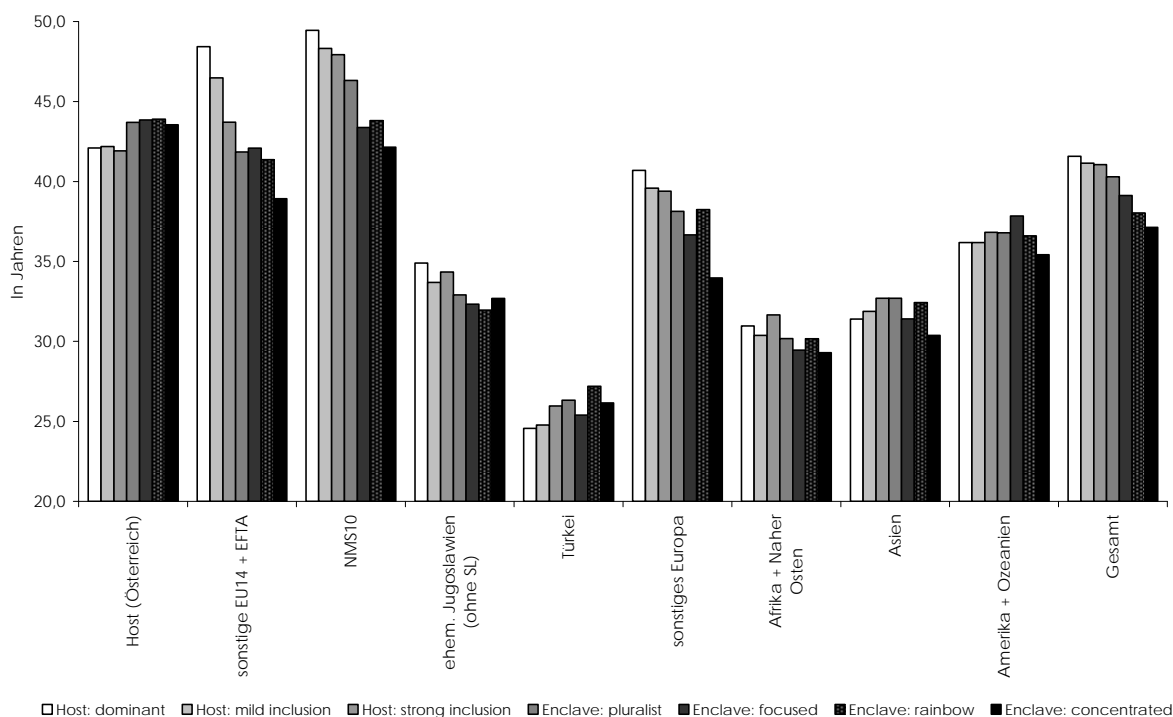
Wenn man nun die einzelnen Gruppen nach Herkunftsregion und Wohntypus differenziert, zeigt sich ein sehr differenziertes Altersspektrum. So ist etwa bei den Einheimischen, die in Gegenden wohnen, in denen sie die Mehrheit stellen (host: dominant bis strong inclusion), das Durchschnittsalter aller mit rund 42 Jahren etwa gleich hoch; jedoch sind Einheimische im Schnitt älter, wenn sie in Vierteln wohnen, in denen der Anteil der MigrantInnen hoch ist.

Anders ist die Situation bei Menschen aus der EU 14 und EFTA. Hier wohnen die Älteren in den typischen Wohnbezirken der Einheimischen, während die Jüngeren eher unter MigrantInnen

wohnen. Dasselbe Altersmuster nach Wohntypologie weisen auch Personen aus den neuen EU-MS(10) und anderen europäischen Ländern auf, etwas abgeschwächt auch Personen aus dem früheren Jugoslawien - eine Folge der zum Teil sehr lange zurück liegenden Zuwanderung von ‚GastarbeiterInnen‘. Je länger MigrantInnen in Österreich gelebt haben, desto eher haben sie die Staatsbürgerschaft erworben, was ihnen den Zugang zu Gemeindewohnungen eröffnete und damit den Zugang zu Wohngebieten, in denen die Einheimischen in der Überzahl sind. Im Fall der EU-StaatsbürgerInnen dürften eher Führungskräfte, die im Schnitt schon etwas älter sind, in die guten Wohnbezirke der Einheimischen gezogen sein. So gesehen dürfte es für jede Gruppe andere Erklärungsfaktoren geben, die es im Einzelnen zu untersuchen gälte. Das würde aber den Rahmen der vorliegenden Studie bei weitem sprengen. (Abbildung 18)

Hier genügt es darauf hinzuweisen, dass das Altersmuster nicht für alle Herkunftsregionen demselben Muster nach MigrantInnenkonzentration der Wohngegend folgt. Besonders hervorzuheben ist im dem Zusammenhang die Gruppe mit türkischem Migrationshintergrund. Hier sind die Ältesten in den Gegenden zu finden, in denen es die höchste Konzentration dieser ethnisch-kulturellen Gruppe gibt. Jedoch ist die Gruppe der Personen mit türkischem Migrationshintergrund im Schnitt die jüngste aller MigrantInnengruppen mit 26 Jahren.

**Abbildung 18: Durchschnittsalter nach Migrationshintergrund und regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien**



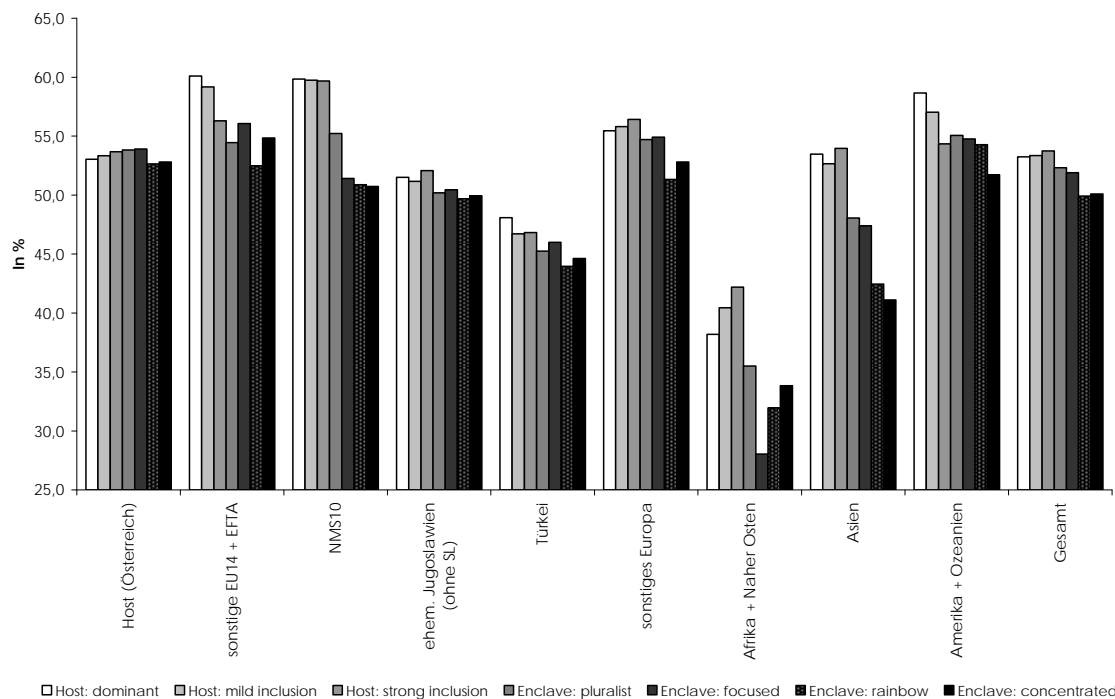
Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.

Auch bei der Geschlechterverteilung gibt es einen eindeutigen Trend, der primär durch die unterschiedliche Verteilung der MigrantInnenpopulation auf die Wiener Wohnbezirke bestimmt wird. Der Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung ist in den Gebieten am höchsten, in denen der Anteil der Einheimischen dominiert (Host: dominant bis strong inclusion) und in Gebieten, in denen

MigrantInnen überwiegend wohnen, am geringsten. Das ist eine Folge davon, dass noch immer deutlich mehr Männer als Frauen nach Österreich kommen, um Arbeit aufzunehmen oder zu studieren, obschon es seit dem Ende der ‚Gastarbeiterwanderung‘ Ende der 1980er Jahre zu einer deutlichen Feminisierung der Migration gekommen ist (Abbildung 19).

Die unterschiedlichen Strukturen nach ethnisch-kulturellem Hintergrund spiegeln die Gründe für die Zuwanderung; das zeigt sich auch in der Geschlechterstruktur. So ist etwa der hohe Frauenanteil unter den Personen aus den EU/EFTA Ländern in Host-Gebieten im Zusammenhang mit der großen Rolle gemischter Ehen zu sehen: es heiraten mehr Österreicher eine Frau aus dem Ausland als Österreicherinnen einen Mann aus dem Ausland. In den Wohngebieten mit hoher MigrantInnenkonzentration gibt es unter Personen mit türkischem Hintergrund vergleichsweise wenige Frauen. Am geringsten ist aber der Frauenanteil unter Personen aus Afrika und dem Nahen Osten, insbesondere wenn die Personengruppen in Wohngebieten wohnen, in denen Personen mit ex-jugoslawischem Migrationshintergrund besonders häufig leben.

**Abbildung 19: Frauenanteil nach Migrationshintergrund und regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien**



Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.

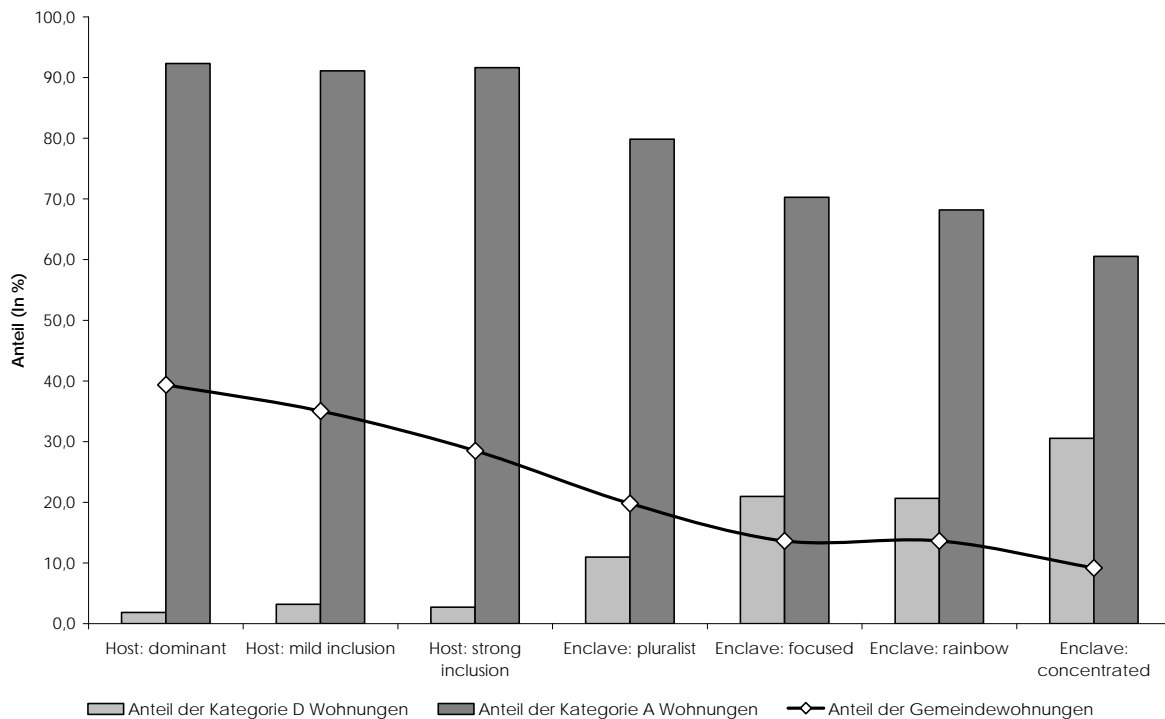
### 2.5.2. Struktur der Wohnungskategorien nach räumlicher Migrationskonzentration

Die Verfügbarkeit von Wohnungen der verschiedenen Kategorien (Eigentumsverhältnisse, Förderungen, Wohnqualität, Wohnkosten) ist die Hauptdeterminante der räumlichen Verteilung der MigrantInnenbevölkerung. Der Zugang zu gewissen Wohnungstypen (insb. Gemeindewohnungen und geförderte Wohnungen) ist für AusländerInnen rechtlich beschränkt. Außerdem sind MigrantInnen wirtschaftlich häufig eher schlecht gestellt, was ihre Möglichkeiten auf dem freien Wohnungsmarkt weiter einschränkt, ebenso wie Diskriminierung seitens HauseigentümerInnen und MaklerInnen. Abbildung 20 gibt Auskunft über die Verteilung der Wohnqualitäten von Kategorie A bis D



(Kategorie A<sup>12</sup>) ist die beste und Kategorie D<sup>13</sup>) die schlechteste) sowie der Gemeindewohnungen auf die diversen Zählbezirke nach Migrationskonzentration. In Host-Gebieten liegt der Anteil der Kategorie A Wohnungen bei über 90% und jener der Kategorie D Wohnungen bei rund 2 bis 3%. Je weiter man in der Typologie nach rechts geht, d. h. je höher die Konzentration von MigrantInnen in der Wohnpopulation, desto schlechter wird die Wohnqualität. In Enclave: concentrated-Gebieten liegt der Anteil der Kategorie A Wohnungen bei 60,5% und jener der Kategorie D bei 30,5%.

**Abbildung 20: Wohnsituation nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien**



Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.

### 2.5.3. Räumliche Struktur der Bildungssituation

Ein weiterer Indikator für die sozio-ökonomische Situation der Wiener Bevölkerung nach ethnisch-kultureller Zusammensetzung in den diversen Wohngebieten ist das Bildungsniveau der Bevölkerung. Als Indikator hierfür wird in einem ersten Schritt die Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren herangezogen. In der Folge wird das Bildungsverhalten der 10- bis 14-jährigen Kinder untersucht.

<sup>12</sup>) Nutzfläche: mindestens 30 m<sup>2</sup>, Zimmer, Küche (Kochnische), Vorraum, WC, zeitgemäßer Baderaum oder Badenische, gemeinsame Wärmeversorgungsanlage oder Etagenheizung oder gleichwertige stationäre Heizung, Warmwasseraufbereitung.

<sup>13</sup>) Keine Wasserentnahmestelle oder kein WC im Inneren beziehungsweise eine dieser beiden Einrichtungen ist unbrauchbar.

Als Bildungsindikator für das Bildungsniveau der Erwachsenen wird eine Maßzahl herangezogen, die es erlaubt, das Bildungsniveau einer Gruppe auf eine Zahl zu komprimieren. Die Formel zur Berechnung des Indikators lautet<sup>14)</sup>:

$$BI_{WIFO} = 100 * (1 * \text{Anteil ISCED0-2} + 2 * \text{Anteil ISCED3} + 3 * \text{Anteil ISCED4-6})$$

Die Unterschiede im Bildungsniveau sind zwischen den einzelnen Herkunftsregionen der MigrantInnen größer als zwischen den Typologie-Regionen. Das Bildungsniveau ist im Durchschnitt in Host: strong inclusion-Gebieten am höchsten, und zwar durchgängig für alle ethnisch-kulturellen Gruppen (mit Ausnahme Amerika + Ozeanien). Der Bildungsindikator weist in dieser Wohnkonstellation/typologie im Schnitt einen Wert von 210 auf, während er im Schnitt Wiens bei 199 liegt. Absolut am höchsten ist er in der Gruppe der Personen aus dem sonstigen Europa, die in einer Wohngegend mit Host: strong inclusion wohnen, mit einem Wert von 224, gefolgt von Personen aus der EU24 mit 222. Bei Host: strong inclusion handelt es sich in erster Linie um Gebiete mit hoher Wohnqualität (und damit verbunden auch hohen Wohnkosten) in den 'Cottage'-Gegenden entlang des Wienerwaldes und um Innenstadtlagen im 1., 8. und 9. Bezirk. Nur Personen mit hohem sozioökonomischem Status können es sich leisten, in diesen Gegenden zu leben. Insbesondere Personen aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien sind sehr selten in diesen Gebieten wohnhaft. Diese beiden Gruppen haben auch im Schnitt das geringste Bildungsniveau.

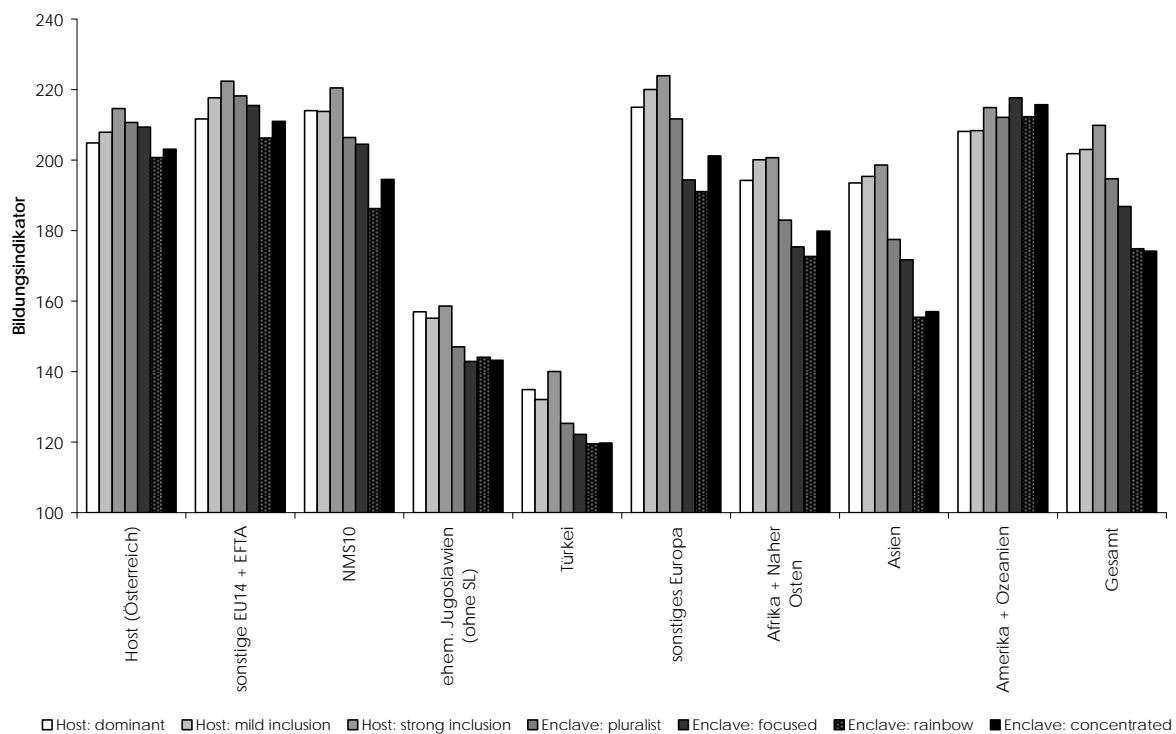
Relativ zu der stark durchmischten Wohngegend Host: strong inclusion, in der aber die Einheimischen einen überdurchschnittlichen Anteil an der Bevölkerung stellen, ist der Bildungsgrad in allen anderen Wohnkonstellationen geringer. Host: dominant-Gebiete sind häufig solche mit einer hohen Dichte an Gemeindefohnungen, welche verstärkt von ArbeiterInnen bewohnt werden, die im Schnitt über ein unterdurchschnittliches formales Bildungsniveau verfügen. Mit Abstand am geringsten ist mit 175 beziehungsweise 174 Punkten das durchschnittliche Bildungsniveau in Enclave: rainbow und concentrated Gebieten. Dies ist einerseits auf die Konzentration von Gruppen mit durchschnittlich niedrigem Bildungsniveau (ehem. Jugoslawien ohne Slowenien und Türkei) in diesen Gebieten zurückzuführen, andererseits aber auch auf die unterschiedliche Verteilung nach Bildungsniveau der Personen innerhalb der einzelnen Gruppen. (Abbildung 21)

Abgesehen von Personen aus den EU-14- und EFTA-Staaten sowie Amerika und Ozeanien existiert in allen Gruppen ein starkes Bildungsgefälle nach Wohntypologie. Personen mit höherer Bildung lassen sich unabhängig von ihrer Herkunft tendenziell eher in Gebieten nieder, in denen der Anteil der Host-Bevölkerung mit höherer Bildung und in der Regel auch die Wohnqualität höher sind. Schlechter gebildete Personen leben dagegen vermehrt in Enclave-Gebieten. Die Segregation der Gesellschaft auch innerhalb einzelner ethnischer Gruppen ist in großem Maße auf die soziale Situation zurückzuführen. Da gewisse ethnische Gruppen ein sehr geringes Bildungsniveau und damit geringe Einkommenschancen aufweisen, kommt es zu einer Konzentration dieser Gruppen auf einzelne Gebiete mit geringen Wohnkosten. Somit ist eine etwaige ethnisch-kulturelle Ghetto-Bildung eher die Folge eines geringen sozio-ökonomischen Status als des Wunsches nach einem von der Aufnahmepopulation getrennten Lebensraum.

---

<sup>14)</sup>) Weitere Informationen zu diesem Indikator finden sich im methodischen Anhang.

**Abbildung 21: Bildungsniveau nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien**

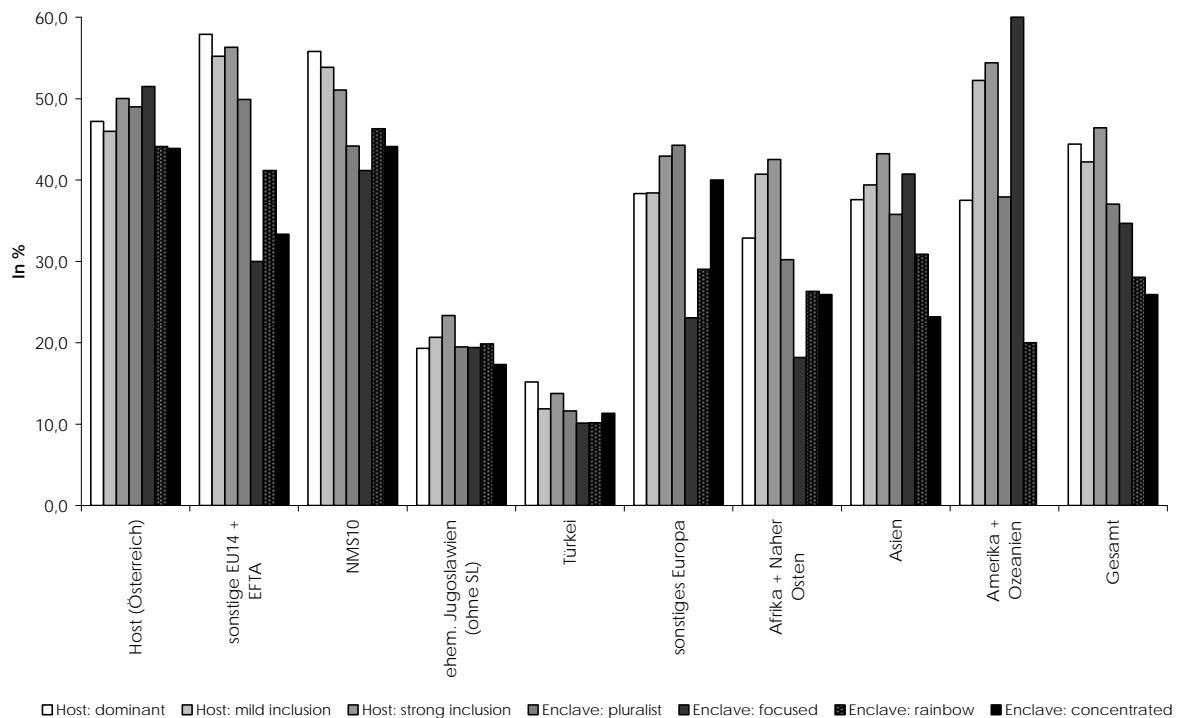


Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.

Um Einblick in die Nachhaltigkeit der Bildungsmuster von Zuwanderergruppen zu erlangen, wird in der Folge auf das Bildungsverhalten der Kinder eingegangen. In Wien spielt im Gegensatz zu den Bundesländern der eingeschlagene Bildungsweg in der unteren Sekundarstufe eine wichtige Rolle bei der weiteren Schulbildung nach der Pflichtschule, d. h. in der oberen Sekundarstufe (Biffel, 2002, Bock-Schappelwein et al., 2006). Daher ist der Anteil der 10- bis 14-Jährigen, der eine AHS-Unterstufe besucht (im Gegensatz zu einer Haupt- oder Sonderschule) ein Indikator für die strukturelle Höherbildung der Kinder.

Insgesamt lag der Anteil der Kinder, die in Wien eine AHS-Unterstufe besuchen, bei 40,6%, unter Kindern ohne Migrationshintergrund war der Anteil mit 48,1% um 7,5 Prozentpunkte höher. Kinder mit einem EU-Hintergrund (sowohl alte als auch neue Mitgliedstaaten) sind im Durchschnitt stärker in AHS-Unterstufen vertreten als einheimische (52,8% bzw. 48,4%). Die geringsten AHS-Anteile weisen Kinder mit ex-jugoslawischem (20%) und türkischem Hintergrund (11,9%) auf. Die Unterschiede sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, insbesondere aber auf die sozioökonomische Situation der Eltern. Wie die Analyse zeigt, schwanken die Beteiligungsquoten auch nach den verschiedenen Regionen der Typologie, wobei eine hohe Korrelation zwischen der Bildungssituation der Eltern und der der Kinder besteht. Tendenziell ist bei den meisten ethnisch-kulturellen Gruppen die AHS-Quote in Enclave: focused, rainbow und concentrated Gebieten geringer. Das räumliche Bild wird stark durch die Verteilung der beiden bildungsschwächsten Gruppen, nämlich Personen mit türkischem und ex-jugoslawischem Migrationshintergrund, bestimmt.

**Abbildung 22: Anteil der 10- bis 14-jährigen Kinder, der eine AHS besucht nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien**



Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.

### 2.5.4. Einbürgerungen und deutsche Umgangssprache nach räumlichem Konzentrationsgrad

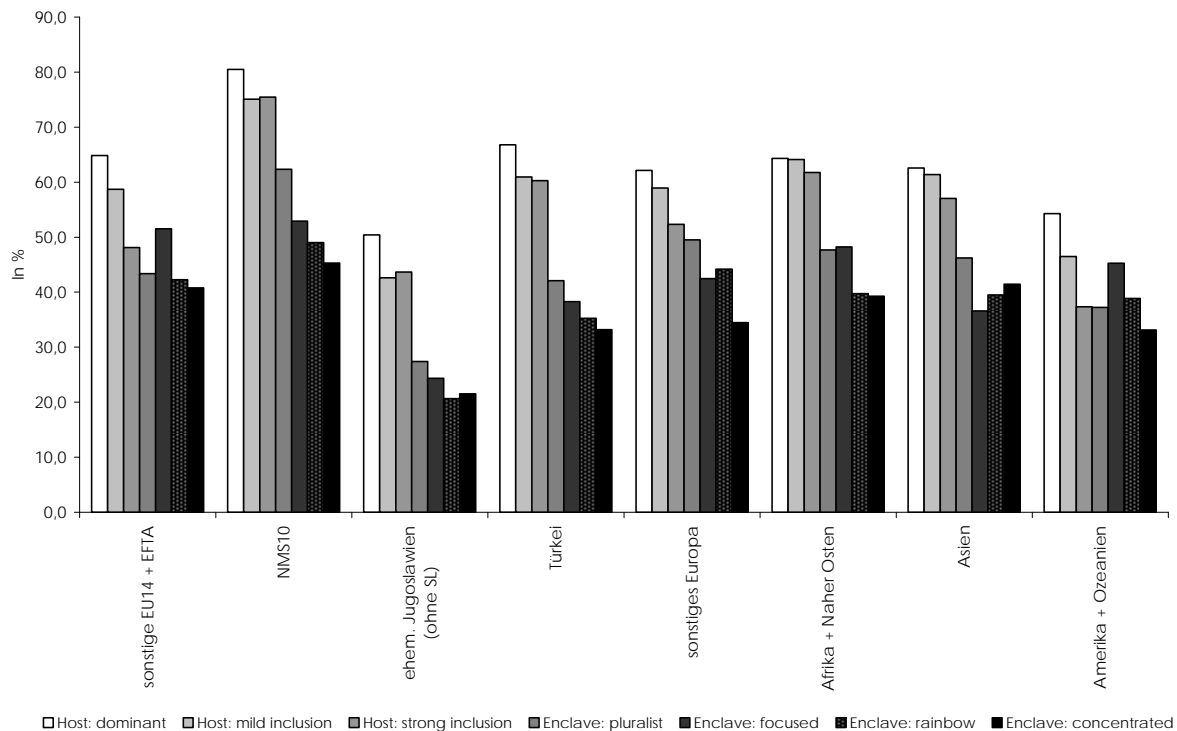
Als Indikatoren für den Grad der Integration in die Mehrheitsgesellschaft werden die Staatsbürgerschaft und die Umgangssprache herangezogen. Eine weiterführende Untersuchung könnte zusätzliche Dimensionen, etwa die Häufigkeit des Kontakts zu Einheimischen, berücksichtigen, die den Grad der sozialen Isolierung bzw. Einbindung in die Mehrheitsbevölkerung veranschaulichen. Ein Eingehen auf derartige Befragungen würde allerdings den Rahmen der vorliegenden Studie sprengen. Jedoch sei der Hinweis gestattet, dass Faktoren wie die Aufenthaltsdauer und die räumliche Segregation einen Einfluss auf die Kommunikation mit der Aufnahmebevölkerung haben. Hier soll nur auf den Aspekt der Umgangssprache näher eingegangen werden sowie auf die regionale Konzentration der Einbürgerungen.

Es mag vielleicht nicht überraschen, dass der Anteil der Eingebürgerten in jeder Migrationsgruppe in den Gebieten höher ist, in denen Einheimische überdurchschnittlich vertreten sind. (Abbildung 23) Daraus ist ersichtlich, dass mit der Dauer des Aufenthalts in Österreich - und die Einbürgerungen sind ein Indikator für einen vergleichsweise langen Aufenthalt in Österreich - der Grad der Eingliederung in die Aufnahmebevölkerung (Host) zunimmt. Im Fall der ärmeren MigrantInnen dürfte durch die Einbürgerung der Zugang zu Gemeindewohnungen erleichtert worden sein, was auch den Anteil in Randbezirken anhebt.

Da der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft mit zum Teil erheblichen Kosten insbesondere für Großfamilien verbunden ist - Zahlung an das Heimatland für die Rücklegung der Staats-

bürgerschaft pro Person, Übersetzungen von Dokumenten sowie Gebühren in Österreich -, können sich ärmere Zuwanderergruppen oft nicht die österreichische Staatsbürgerschaft 'leisten'. Das kann mit ein Grund dafür sein, dass MigrantInnen, die in 'Ausländervierteln' wohnen, seltener die österreichische Staatsbürgerschaft annehmen als MigrantInnen, die in den teureren Wohngebieten der Einheimischen wohnen. Dass Armut eine Rolle für die Einbürgerungschance spielt, ist bei der Unterstützung der sozialen Integration von MigrantInnen zu berücksichtigen.

**Abbildung 23: Anteil der österreichischen Staatsangehörigen an den Personen mit Migrationshintergrund nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien**



Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.

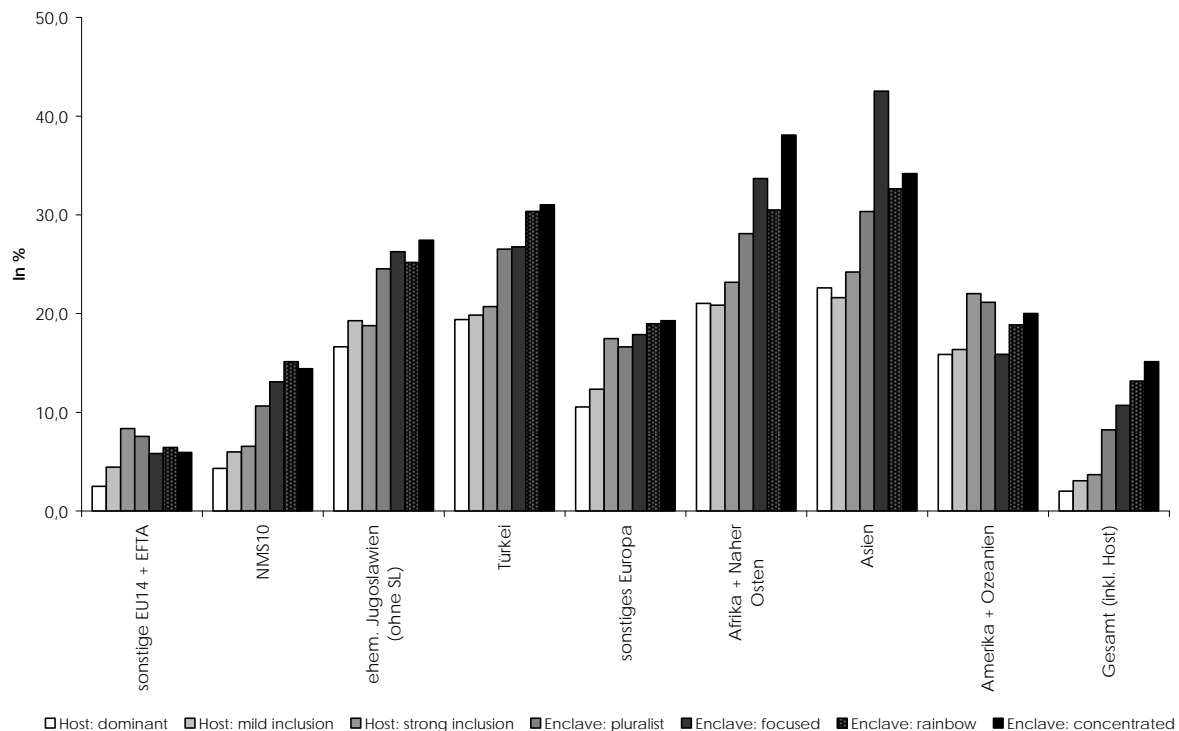
Der zweite wichtige Indikator für die Integration, der hier näher beleuchtet wird, ist die Kommunikationsfähigkeit in der deutschen Sprache. Die räumliche Verteilung der Personen, die nicht Deutsch als Umgangssprache verwenden, entspricht - wohl nicht überraschend — der Konzentration von Personen mit Migrationshintergrund. Allerdings gibt es hier zwischen den diversen Gruppen nach Herkunft, unabhängig vom Segregationsausmaß, beträchtliche Unterschiede (Abbildung 24).

Den höchsten Anteil an Personen, die nicht Deutsch als Umgangssprache verwenden, haben Personen mit asiatischem (27,8%), afrikanischem/Nahost- (26,1%), türkischem (25,3%) und ex-jugoslawischem Hintergrund (23,1%). Den geringsten Anteil haben Personen mit EU-14-Hintergrund mit 6,8%, was nicht verwunderlich ist, hat doch der Großteil dieser Gruppe einen deutschen Migrationshintergrund.

Je stärker die Einheimischen (Host) in einem Gebiet vertreten sind, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass Personen mit Migrationshintergrund im Alltag Deutsch sprechen. So verwenden zum Beispiel nur rund 20% der TürkinInnen in Host-Gebieten ausschließlich eine andere Sprache als Deutsch, jedoch sprechen gut 26% der Personen mit türkischem Hintergrund, die in den

pluralistischen Enklaven (Enclave: pluralist und focused-Gebiete) wohnen, nur die Fremdsprache im Alltag; in Regionen mit größeren Konzentrationen von Personen mit türkischem Migrationshintergrund (Enclave: rainbow und concentrated) sprechen gar 30% ausschließlich türkisch. In diesen Regionen ist es möglich, auch ohne Deutschkenntnisse auszukommen und den Alltag zu bestreiten, da sich ethnische Versorgungseinrichtungen wie Lebensmittelläden, Restaurants etc. hier in großer Zahl etabliert haben.

**Abbildung 24: Anteil der Personen mit ausschließlich nicht-deutscher Umgangssprache nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien**



Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.

Bei Personen mit jugoslawischem Hintergrund ist auch der Anteil jener Personen, die ausschließlich eine andere Sprache als Deutsch im Alltag sprechen, in den Gebieten, in denen sie stärker konzentriert wohnen, am höchsten, aber geringer als unter Personen mit türkischem Migrationshintergrund.

So gesehen weisen beide Indikatoren, die Umgangssprache und die Einbürgerungsquote, in dieselbe Richtung: der "Abstand" der MigrantInnen zur Host-Bevölkerung ist in räumlich segregierten Gebieten vergleichsweise hoch. Es bedarf daher spezifischer Maßnahmen, die sich auf die Wohngebiete konzentrieren, in denen Zugewanderte überwiegend leben, um den Bildungsgrad ebenso wie die Sprachkompetenz in Deutsch von Kindern und Erwachsenen anzuheben. Dergleichen Maßnahmen können dazu beitragen, dass die Kluft zwischen Regionen mit hoher und niedriger Migrationskonzentration verringert wird und die wirtschaftlichen Entwicklungschancen insgesamt erhöht werden.

## 2.5.5. Struktur der Erwerbsintegration nach räumlichem Konzentrationsgrad

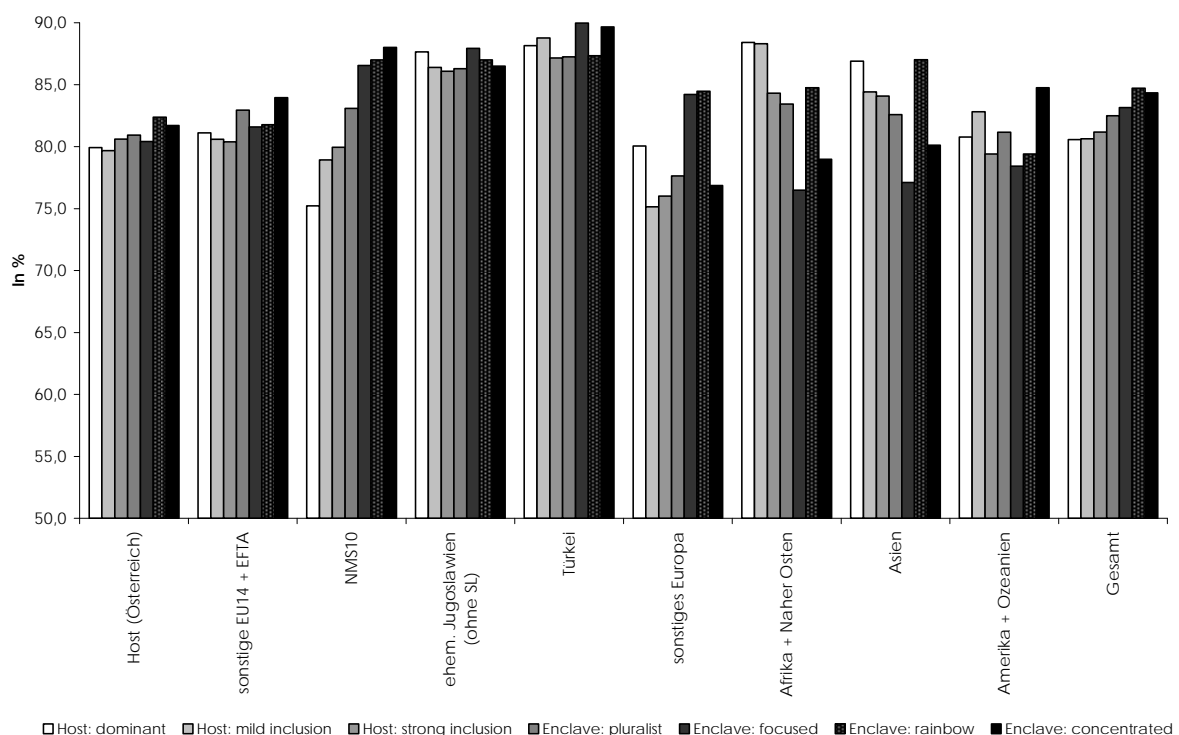
Der Grad der Einbindung in den Arbeitsmarkt ist ebenfalls ein Indikator für die strukturelle Integration und den sozialökonomischen Status der Bevölkerung in den diversen Wohngebieten. Hier wird nur kurz auf den relativen Einbindungsgrad ins Erwerbsleben nach Segregationstypologie eingegangen.

### 1.5.5.1 Stark unterschiedliche Erwerbsquote nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien

Die Erwerbsquote gibt an, welcher Anteil der Personen im erwerbsfähigen Alter (15-64) dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, d. h. entweder einen Job hat oder arbeitslos ist. Die Unterschiede in der Erwerbsquote von Personen mit Migrationshintergrund relativ zu den Einheimischen sind bei Männern nicht sehr ausgeprägt, bei Frauen jedoch sehr wohl. Daher ist es notwendig, die Berechnungen nach Geschlecht zu differenzieren, da man sonst falsche Schlussfolgerungen über den Einbindungsgrad der MigrantInnen ins Erwerbsleben nach Herkunftsregion zieht.

Die Erwerbsquote der Männer im Alter von 15-64 Jahren lag in Wien im Jahre 2001 im Schnitt bei 81,7%. Mit Ausnahme der Männer aus dem 'sonstigen Europa' haben 15- bis 64-jährige Männer in allen Gruppen mit Migrationshintergrund eine Quote, die über 80% liegt. Die niedrige Erwerbsquote der Männer aus dem 'sonstigen Europa' lässt sich mit dem hohen Anteil an Studierenden erklären.

**Abbildung 25: Erwerbsquote der Männer (15 bis 64 Jahre) nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien**



Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.

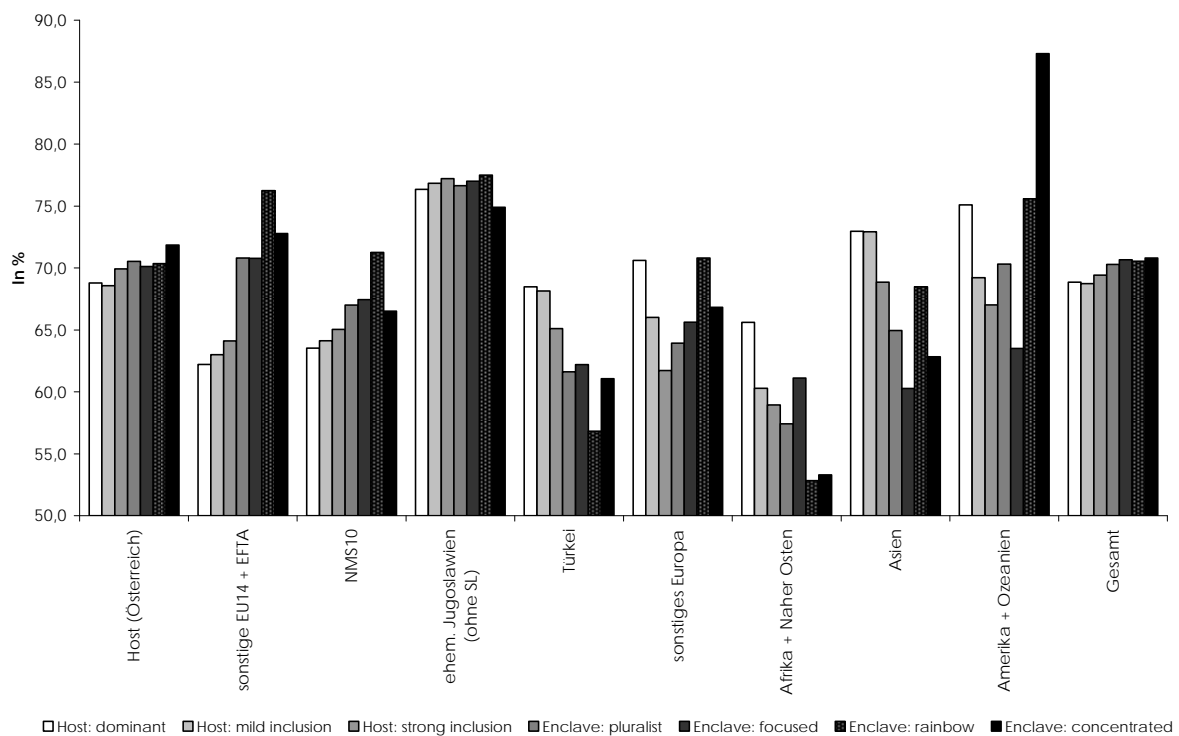
Wie aus Abbildung 25 ersichtlich ist, gibt es kein einheitliches Muster der Erwerbsintegration nach räumlicher Segregation und Migration nach Herkunft. Zwar gilt im Schnitt, ebenso wie für

Einheimische und Personen aus der EU (alte und neue MS), dass die Erwerbsquote mit dem Grad der Multikulturalität der Wohngebiete steigt. Das kann aufs erste überraschen, hat aber etwas mit der durchschnittlichen Qualifikationsstruktur der Menschen in den angesprochenen Wohntypen zu tun sowie mit der Altersstruktur. In Gebieten mit hoher Zuwanderung sind die Männer eher im Haupterwerbsalter, was sich positiv auf die Erwerbsquote auswirkt; jedoch sinkt auch die Qualifikation der Einheimischen, die in den Gebieten wohnen, in denen viele MigrantInnen wohnen. Auch das hebt die Erwerbsquote, und da vor allem die Arbeitslosenquote.

Hingegen ist die Erwerbsquote der Männer mit türkischem und ex-jugoslawischem Migrationshintergrund in allen Regionstypen etwa gleich hoch, wohl eine Folge der relativ einheitlichen und im Schnitt niedrigen Bildung dieser Personengruppen. Im Gegensatz dazu ist die Erwerbsquote der Männer aus Afrika und dem Nahen Osten sowie aus Asien dann am höchsten, wenn sie in Gebieten leben, in denen überwiegend Einheimische wohnen. Hier handelt es sich offenbar um bestens qualifizierte Personen, die sich diese Wohngegenden mit ihrem hohen Erwerbseinkommen auch leisten können.

Die Einbindung der Frauen nach Migrationshintergrund und regionaler Konzentration ist noch heterogener als die der Männer. Im Schnitt lagen die Erwerbsquoten der Frauen zwischen 15 und 65 im Jahr 2001 bei 70% und waren damit um etwa 10 Prozentpunkte geringer als die der Männer. Die Bandbreite umfasste 14 Prozentpunkte: am geringsten war die Erwerbsquote der Frauen aus Afrika und dem Nahen Osten mit 58,6% und am höchsten unter Frauen aus dem vormaligen Jugoslawien mit 76,7%.

**Abbildung 26: Erwerbsquote der Frauen (15 bis 64 Jahre) nach regionalem Konzentrationsgrad der MigrantInnen in Wien**



Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.



Aus Abbildung 26 ist ersichtlich, dass die Erwerbsquote der Frauen ähnlich wie bei einheimischen Männern und Männern aus den EU-Staaten (alt und neu) steigt, wenn der Anteil der MigrantInnen in dem Wohngebiet steigt. Die Erklärung ist nicht so eindeutig wie bei Männern; einerseits spielen Alter und Qualifikation eine Rolle; es kann aber auch sein, dass in Zuwanderungsgebieten in größerem Maße Singles leben und/oder Personen, die ärmer sind und daher in stärkerem Maße für den eigenen Lebensunterhalt und den der Familienangehörigen über eigenständige Erwerbsarbeit aufkommen müssen.

Für Frauen aus dem ehemaligen Jugoslawien gilt dasselbe wie für die Männer aus dieser Herkunftsregion - sie sind in hohem Maße erwerbstätig, und zwar unabhängig davon, wo sie wohnen. Das gilt nicht für Frauen aus der Türkei, aus Afrika und dem Nahen Osten sowie Asien. Je stärker segregiert sie leben, d. h. je weniger sie in Wohngebieten leben, in den Einheimische überwiegen, desto geringer ist ihr Einbindungsrad ins Erwerbsleben. Das genaue Gegenteil ist der Fall bei Personen aus Amerika, Australien und Ozeanien.

### **1.5.5.2 Arbeitslosigkeit nach Migrationshintergrund und räumlicher Segregation**

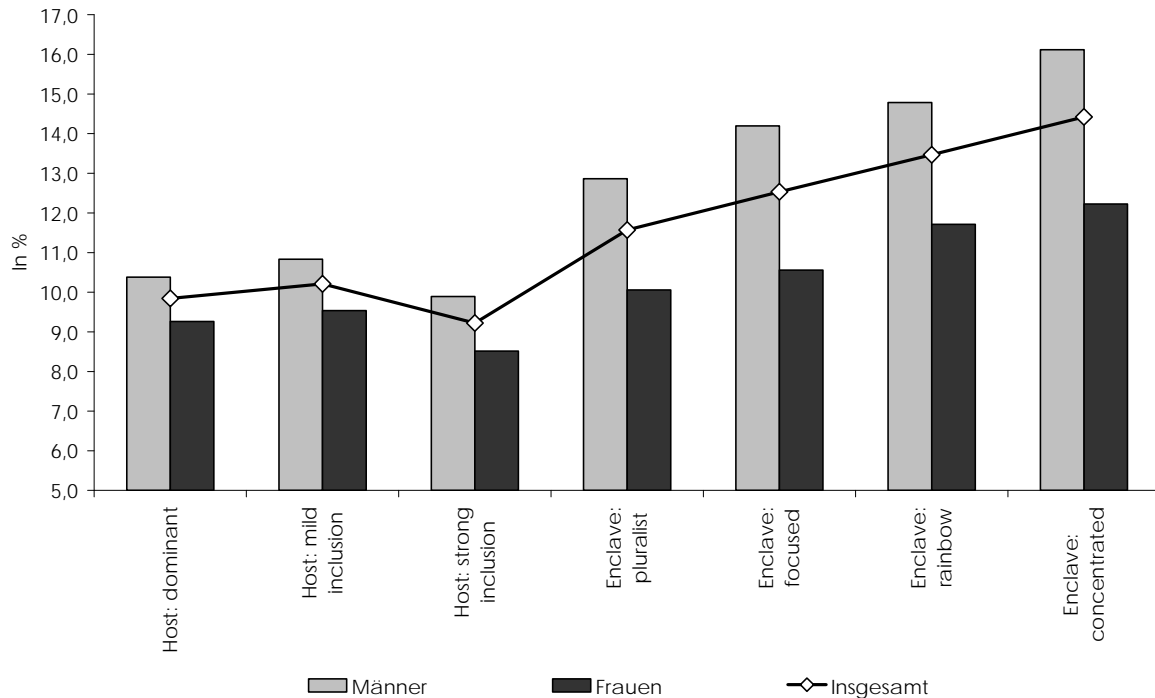
Die Arbeitslosenquote ist wohl einer der wichtigsten sozialökonomischen Indikatoren und ein Maß für den Grad und die Art der Einbindung in den Arbeitsmarkt. Im Schnitt lag die Arbeitslosenquote in Wien im Jahr 2001 bei 10,8%. Sie war bei Männern mit 11,8% etwas höher als bei Frauen (9,6%). Aus Abbildung 27 ist erkennbar, dass die Arbeitslosenquote der Männer und Frauen dort am geringsten ist, wo die Einheimischen die Mehrheit stellen - wenngleich die geringste Quote dort zu finden ist, wo ein vergleichsweise hoher Anteil von MigrantInnen wohnt (Host: strong inclusion). Das sind vor allem die teuren Wohngegenden, in denen die bestqualifizierten EinwohnerInnen Wiens wohnen.

Mit steigendem Anteil der MigrantInnen im Wohngebiet steigt die Arbeitslosenquote, und zwar für Männer und Frauen gleichermaßen. In der Folge wurde untersucht, ob dieser Anstieg nur für MigrantInnen zutrifft, oder ob das auch für die Einheimischen in diesen Gebieten gilt. Abbildung 28 verdeutlicht, dass die Arbeitslosenquote der Einheimischen in den Gebieten, in denen es viele MigrantInnen gibt, höher ist als in den Gebieten mit hoher Einheimischenkonzentration. Dasselbe gilt auch für Personen aus der EU (alte und neue Mitgliedstaaten). Das Niveau der Arbeitslosenquote bleibt aber auch in den 'Ausländervierteln' zum Teil deutlich unter dem der dort lebenden MigrantInnen. Am höchsten sind die Arbeitslosenquoten von Personen mit türkischem Migrationshintergrund und von Personen aus Afrika und dem Nahen Osten - mehr oder weniger unabhängig davon, wo sie wohnen, sowie von Personen aus dem sonstigen Europa, die in Enklaven mit hoher Migrantendichte wohnen.

Hier liegen die Arbeitslosenquoten zum Teil über 20%. Das geringe Bildungsniveau und der hohe Anteil Jugendlicher kann zur Erklärung der überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten von Personen mit türkischem Migrationshintergrund herangezogen werden, nicht jedoch für Personen aus Afrika und dem Nahen Osten. Das Bildungsniveau der Personen aus diesen Herkunftsregionen ist im Schnitt sehr hoch. Es gibt aber Hinweise darauf, dass Diskriminierung beim Zugang zum Arbeitsmarkt und auf dem Arbeitsplatz eine wichtige Rolle spielt. Diesem Punkt ist bei der Entwicklung von Instrumenten für die Förderung der Integration ins Erwerbsleben nachzugehen. Während Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen die Beschäftigungschancen von Personen mit türkischem Hintergrund

am ehesten verbessern dürften, kann es sein, dass man die Integration der Personen aus Afrika und dem Nahen Osten vor allem mit Antidiskriminierungsmaßnahmen rascher vorantreibt.

**Abbildung 27: Arbeitslosenquote nach regionaler Migrationskonzentration und Geschlecht in Wien 2001**



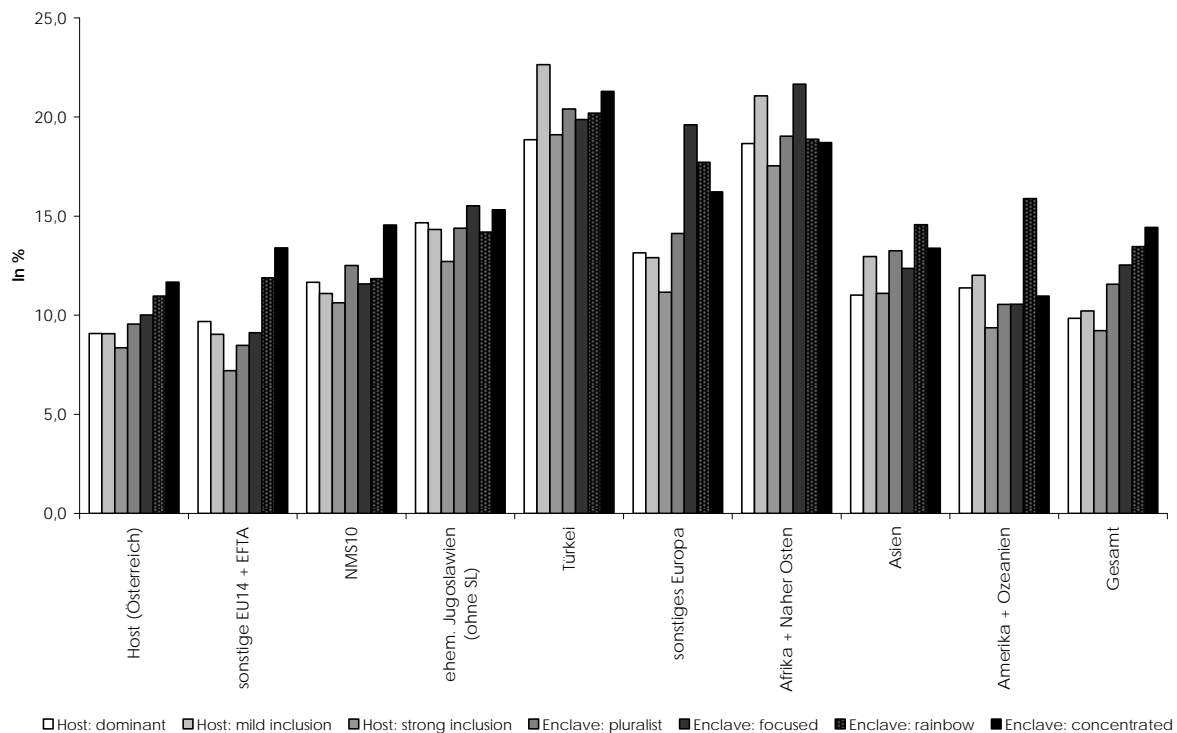
Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.

Die Tatsache, dass der Zusammenhang zwischen Bildung und Arbeitslosigkeit bei MigrantInnen weniger stark ausgeprägt ist als bei Einheimischen, dürfte einerseits auf die unterschiedliche Betroffenheit von Diskriminierung am Arbeitsmarkt zurückgehen, andererseits auf die bessere Einbindung der Einheimischen in soziale Netzwerke und 'Seilschaften', die häufig dafür sorgen, dass der Nachbar/Sportsfreund einen passenden Job erhält. In dem Zusammenhang wird in der Folge auf die besondere Rolle der selbständigen Erwerbstätigkeit aufmerksam gemacht, auf die MigrantInnen häufig zugreifen, um aus der Arbeitslosenfalle zu entkommen. Die Netzwerke der MigrantInnen sind mit Ausnahme von einigen Herkunftsregionen und Bildungsschichten derzeit nicht in der Lage, ähnliche Unterstützungen anzubieten wie Einheimische.

*Biffi (2007)* hat für Gesamtösterreich untersucht, welche Rolle die unterschiedliche Struktur der Einheimischen und der MigrantInnen nach Alter, Geschlecht, Qualifikations- und Berufsstruktur für das starke Auseinanderklaffen der Arbeitslosenquoten spielt. Dabei zeigte sich, dass etwa zwei Drittel des Unterschieds in den Arbeitslosenquoten von eingebürgerten MigrantInnen und Einheimischen (Host) aus der unterschiedlichen Alters-, Bildungs- und Geschlechtsstruktur der beiden Populationen zu erklären ist. Auffällig ist allerdings, dass mit steigender Qualifikation der MigrantInnen der Unterschied in den Arbeitslosenquoten immer schwieriger zu erklären ist. Hier dürften andere Faktoren zunehmend für das Auseinanderklaffen der Arbeitslosenquoten verantwortlich sein, etwa Diskriminierung, mangelnde Anerkennung der im Ausland erworbenen formalen Qualifikationen, ein geringes Verständnis für die österreichischen institutionellen Organisationsstrukturen und

Verhaltensmuster sowie eine geringe Einbindung in die Aufnahmegesellschaft und damit in informelle Arbeitsvermittlungswege.

**Abbildung 28: Arbeitslosenquoten nach regionaler Migrationskonzentration in Wien**



Q: St.At., Berechnungen Steinmayr.

### 1.5.5.3 Selbständige Erwerbstätigkeit – ein Weg aus der Arbeitslosenfalle

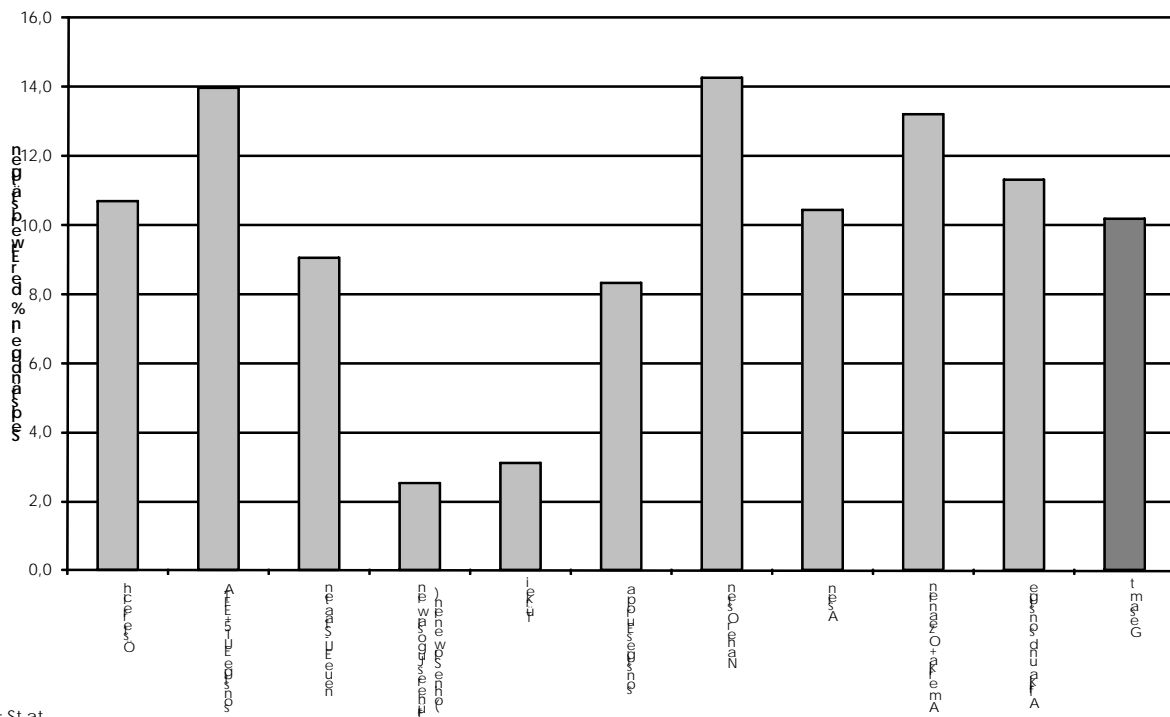
Ein anderer Arbeitsmarktindikator, der deutliche Unterschiede im Arbeitsmarktverhalten zwischen Einheimischen (Host) und MigrantInnen aufweist, ist die Selbständigenquote. Während sich der Anteil der selbständig Erwerbstätigen an den Erwerbstätigen zwischen eingebürgerten MigrantInnen und den Einheimischen kaum unterscheidet, tut sich ein Spalt zwischen eingebürgerten und nicht eingebürgerten MigrantInnen auf.

In der Volkszählung 2001 wurden 3.731.500 Erwerbstätige (ohne geringfügig Beschäftigte) erfasst, davon waren rund 379.000 oder 10% selbständig erwerbstätig und ein weiterer knapper Prozentpunkt (rund 30.000) waren mithelfende Familienangehörige. Die Selbständigenquote der eingebürgerten MigrantInnen lag 2001 bei 10% im Vergleich zu 10,7% bei den Einheimischen (host), deren Selbständigenquote stark durch die hohe Zahl an LandwirtInnen angehoben wird, was bei MigrantInnen nicht der Fall ist. Bei den MigrantInnen mit ausländischer Staatsbürgerschaft ist die Selbständigenquote nur halb so groß — wobei es kaum einen Unterschied zwischen AusländerInnen, die in Österreich geboren wurden und jenen, die im Ausland geboren wurden, gibt. Das ist ein Gegensatz zu den Arbeitslosenquoten, die unter den eingebürgerten MigrantInnen fast ebenso hoch sind wie unter den AusländerInnen.

*Biffi* (2007) geht den Unterschieden für Gesamtösterreich genauer nach. Dabei zeigt sich, dass MigrantInnen aus dem Nahen Osten, aus den alten EU-EFTA Ländern, aus Amerika/Ozeanien, sowie

Afrika häufiger als ÖsterreicherInnen selbständig erwerbstätig sind. Die geringsten Selbständigenquoten weisen Personen aus dem früheren Jugoslawien und aus der Türkei auf (Abbildung 29). Dies mag überraschen, wird doch insbesondere die türkische Selbständigkeit in Form von Imbissständen und kleinen Geschäften stark wahrgenommen. Die große Anzahl türkischer UnternehmerInnen resultiert aber aus der Größe der türkischen Gruppe insgesamt, und nicht aus einem hohen Grad des Unternehmertums.

**Abbildung 29: Anteil der Selbständigen an den Erwerbstätigen nach Geburtsland in Österreich: 2001**

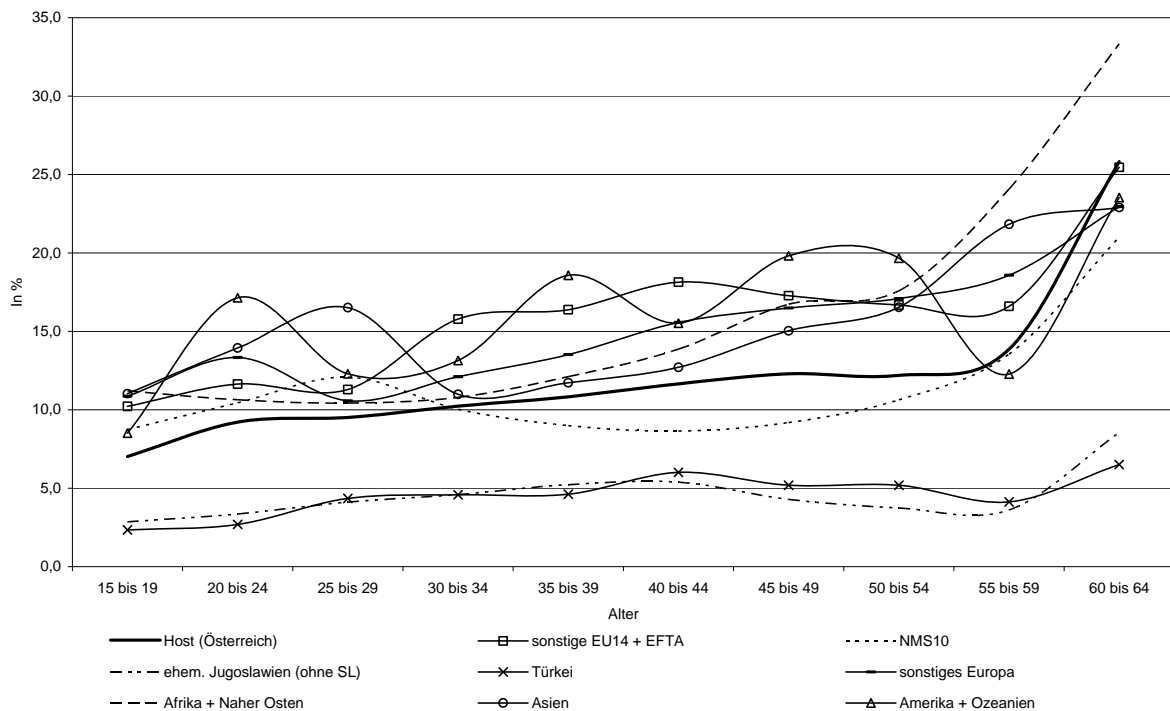


Die zunehmende unternehmerische Tätigkeit der MigrantInnen ist ein Phänomen, das in den späten 1980er Jahren einsetzte und im Anschluss daran immer mehr an Bedeutung gewann. Das mag mit dem Wandel der Zuwanderung zusammenhängen, weg von einer von der Nachfrage am Arbeitsmarkt getragenen hin zu einer angebotsorientierten, die sich zusehends einer migrationspolitischen Schwerpunktsetzung und Kontrollierbarkeit entzieht. In den letzten 15 Jahren vor der Volkszählung 2001 dominierten Familienzusammenführung und Zustrom von Flüchtlingen die Zuwanderung nach Österreich, während die Arbeitsmigration in den Hintergrund trat. Internationale gesetzliche Rahmenbedingungen, allen voran die zunehmende Akkordierung der Migrationspolitik innerhalb der EU, beeinflussen die nationale Gestaltbarkeit der Zuwanderung und Niederlassung von AusländerInnen ebenso (Biffel, 2005) Das verschiebt die nationalen Politikschwerpunkte und die strukturpolitischen Herausforderungen, die mit Migrationen Hand in Hand gehen. Aber auch die Einzelnen stehen vor immer größeren Herausforderungen im Umgang mit den geänderten Arbeitsanforderungen und institutionellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen.

Mit dem verstärkten wirtschaftlichen und beruflichen Strukturwandel seit den frühen 1980er Jahren stieg die Arbeitslosigkeit von Einheimischen ebenso wie von MigrantInnen. Die zunehmenden Schwierigkeiten bei der Suche nach einem passenden Arbeitsplatz können ein Auslöser für den Weg in die unternehmerische Tätigkeit gewesen sein, und zwar für Einheimische ebenso wie für

MigrantInnen<sup>15)</sup>). Das legt die hohe Korrelation zwischen der Selbständigenquote und Arbeitslosenquote nach Branche nahe. In Branchen, in denen die Arbeitslosenquote hoch ist, ist sowohl bei Einheimischen als auch bei AusländerInnen die Selbständigenquote hoch. Im Gegensatz dazu gibt es keine statistisch signifikante Korrelation zwischen der Selbständigenquote und der Arbeitslosenquote bei eingebürgerten MigrantInnen. Hier dürfte die vermehrte selbständige Erwerbstätigkeit ein autonomer Prozess sein, der von der Höhe der Arbeitslosigkeit unabhängig ist. In dem Zusammenhang wäre zu überprüfen, warum eingebürgerte MigrantInnen erfolgreicher in der Nutzung der Möglichkeiten für selbständige Tätigkeit sind als AusländerInnen. Ein Grund kann darin liegen, dass die Einbürgerung symbolhaft für eine längere Aufenthaltsdauer in Österreich steht, die notwendig ist, um das österreichische Rechtssystem, insbesondere die Gewerbeordnung, zu kennen bzw. die möglichen Marktnischen für eine selbständige Tätigkeit zu finden. Offensichtlich ist, dass sie in der Lage sind, die Nachfrage eines ethnischen Marktes sowie die Bedürfnisse einer zunehmend offenen und multikulturellen Konsumgesellschaft wahrzunehmen und zu ihrer Befriedigung beizutragen.

**Abbildung 30: Selbständigenquote der Männer nach Migrationshintergrund in Wien: 2001**



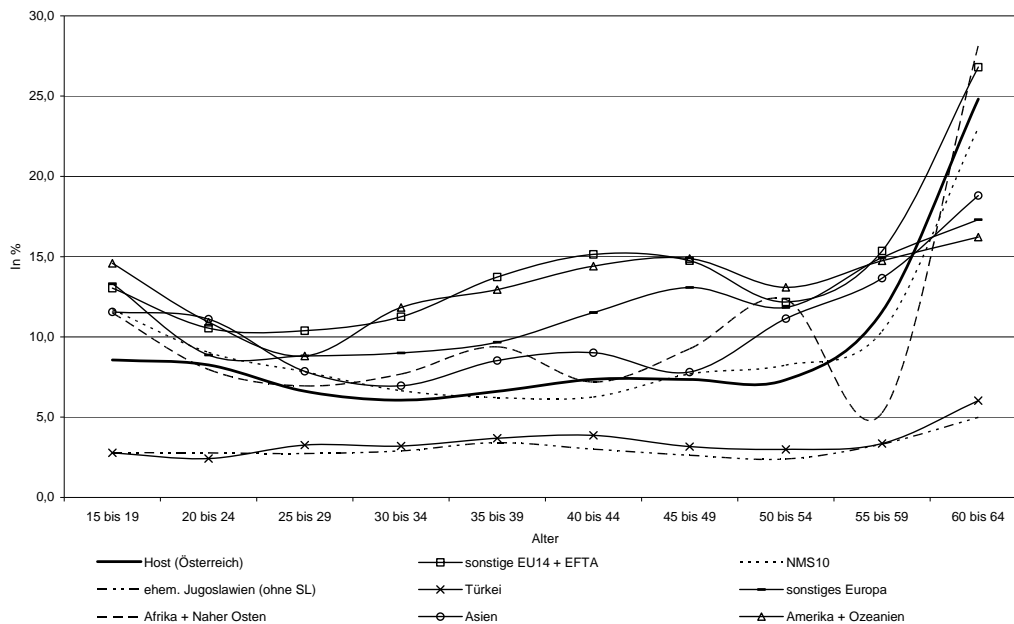
Q: St.At., VZ 2001.

Welche Beweggründe für das steigende UnternehmerInnentum der MigrantInnen in Österreich auch immer im Vordergrund stehen mögen, fest steht, dass mit der zunehmenden unternehmerischen Tätigkeit der MigrantInnen eine Situation nachvollzogen wurde, die es in allen westlichen Einwanderungsländern gibt, nämlich eine überdurchschnittliche selbständige Erwerbstätigkeit von

<sup>15)</sup> Auch in Deutschland und Dänemark zeigt sich, dass selbständige Erwerbstätigkeit häufig als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit gewählt wird (Constant & Zimmermann, 2004, Blume et al., 2003).

MigrantInnen im nichtlandwirtschaftlichen Bereich (Borjas, 1986, Blanchflower, 2004). Berechnungen der Selbständigenquote für Wien zeigen, dass es starke Unterschiede nach Alter, Geschlecht und Herkunftsbereich gibt. Aus Abbildung 30 ist ersichtlich, dass einheimische Männer, die im Schnitt eine Selbständigenquote von 11% haben, erst in höherem Alter häufig selbständig werden. Das gilt nicht für Männer aus Amerika und Ozeanien, die einen leicht steigenden Trend mit dem Alter aufweisen, der aber stark um den Durchschnittswert von 14% oszilliert. Das mag eine Folge der vergleichsweise geringen Zahlen sein. Asiaten haben einen ähnlich hohen Durchschnittswert und auch sie werden relativ häufig in jungen Jahren selbständig, selten im mittleren Alter, dafür aber wieder häufiger in höherem Alter. Männer aus Afrika und dem Nahen Osten sind in jeder Altersgruppe häufiger selbständig als Einheimische, jedoch ist der Verlauf über das Alter vergleichsweise stetig und im höheren Alter am höchsten von allen Männern mit und ohne Migrationshintergrund.

**Abbildung 31: Selbständigenquote der Frauen nach Migrationshintergrund in Wien: 2001**



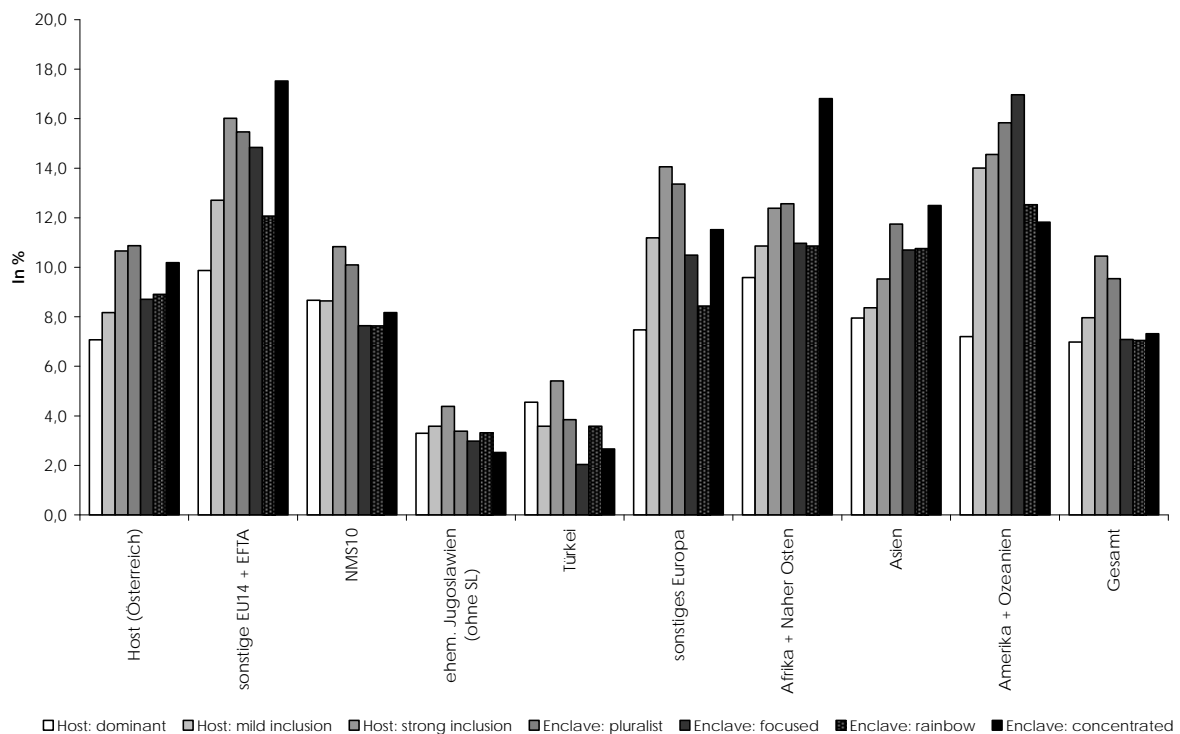
Q: St.At., VZ 2001.

Im Gegensatz zu Männern sind Frauen mit Migrationshintergrund häufig im mittleren Alter selbständig. Bei den einheimischen Frauen unterscheidet sich das Altersmuster von dem der einheimischen Männer. Sie sind vergleichsweise häufig in jungen Jahren selbständig und dann wieder, ebenso wie die Männer, in höherem Alter. Im Schnitt ist die Selbständigenquote der einheimischen Frauen mit 7,4% etwas geringer als die der Männer. Am höchsten ist sie unter Frauen aus der EU 14 mit 13%, gefolgt von Frauen aus Amerika und Ozeanien (12,8%) und Frauen aus dem sonstigen Europa (10,7%). Aber auch Frauen aus Afrika und dem Nahen Osten und aus Asien sind häufiger selbständig erwerbstätig als einheimische Frauen (Abbildung 31).

Die geringsten Selbständigenquoten haben Personen mit einem türkischen und ex-jugoslawischen Migrationshintergrund, und zwar bei Männern ebenso wie bei Frauen.

Baut man die Selbständigenquote in die Typologie von Brimicombe ein (Abbildung 32), so zeigen sich sehr klare Muster. Die Selbständigenquote ist in Host: strong inclusion und Enclave: pluralist-Gebieten deutlich höher als in den anderen Gebieten, und zwar auch innerhalb der einzelnen Gruppen. Erfolgreiche Selbständige lassen sich offenbar unabhängig von ihrer Herkunft in den gehobeneren Wohngebieten nieder. Auch dies ist ein Hinweis darauf, dass eine ethnische Segregation nicht unbedingt freiwillig zustande kommt, sondern dass sie durch sozio-ökonomische Einflüsse (mit-)bestimmt wird. Allerdings weisen einige Gruppen auch in Enclave: concentrated Gebieten einen höheren Selbständigenanteil auf. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass ob der kleinen Zahl an Personen (und insbesondere Selbständigen) der meisten Gruppen in diesen Gebieten Rückschlüsse auf systematische Zusammenhänge schwierig sind. Die in diesen Gebieten sehr stark vertretenen Herkunftsgruppen ehem. Jugoslawien und Türkei weisen hier unterdurchschnittliche Selbständigenquoten auf.

**Abbildung 32: Selbständigenquote nach regionalem Konzentrationsgrad**



Q: St.At., VZ 2001.

## 2.6. Besonderheiten des 2. Bezirks - Leopoldstadt

### 2.6.1. Zusammensetzung der Bevölkerung

Wien ist mit einem Bevölkerungsstand von 1,687 Millionen Menschen (1. Quartal 2009) das bevölkerungsmäßig größte Bundesland Österreichs (20,2 % der österreichischen Gesamtbevölkerung von 8,355 Millionen EinwohnerInnen). Der 2. Wiener Gemeindebezirk Leopoldstadt zählte innerhalb Wiens mit einer Einwohnerzahl von 94.595 oder 5,6 % der Wiener Bevölkerung zu den bevölkerungsstärkeren Bezirken Wiens. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** gibt einen Überblick über die Wohnbevölkerung in den 23 Wiener Gemeindebezirken.

**Tabelle 6: Wohnbevölkerung in den Wiener Bezirken, 1. Quartal 2009**

Bezirk	Bevölkerung		Bezirk	Bevölkerung	
	absolut	in %		absolut	in %
<b>Wien</b>	<b>1.687.271</b>	<b>100,0%</b>	Wien 12., Meidling	87.285	5,2%
Wien 1., Innere Stadt	16.958	1,0%	Wien 13., Hietzing	51.147	3,0%
Wien 2., Leopoldstadt	94.595	5,6%	Wien 14., Penzing	84.187	5,0%
Wien 3., Landstraße	83.737	5,0%	Wien 15., Rudolfsheim-Fünfhaus	70.902	4,2%
Wien 4., Wieden	30.587	1,8%	Wien 16., Ottakring	94.735	5,6%
Wien 5., Margareten	52.548	3,1%	Wien 17., Hernals	52.701	3,1%
Wien 6., Mariahilf	29.371	1,7%	Wien 18., Währing	47.861	2,8%
Wien 7., Neubau	30.056	1,8%	Wien 19., Döbling	68.277	4,0%
Wien 8., Josefstadt	23.912	1,4%	Wien 20., Brigittenau	82.369	4,9%
Wien 9., Alsergrund	39.422	2,3%	Wien 21., Floridsdorf	139.729	8,3%
Wien 10., Favoriten	173.623	10,3%	Wien 22., Donaustadt	153.408	9,1%
Wien 11., Simmering	88.102	5,2%	Wien 23., Liesing	91.759	5,4%

Q: St.At., DUK-Berechnungen.

50,7 % der Bevölkerung des 2. Wiener Bezirks sind weiblich, was etwas unter dem Wien- (52,2 %) und Österreich-Schnitt (51,3 %) liegt. Die Struktur der Altersverteilung entspricht in etwa dem Wien-Schnitt: In Leopoldstadt sind 14,5 % der Bevölkerung unter 15 Jahre alt (Wien 14,3 %), 70,0 % im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 64 (Wien 69,0 %) und nur 15,5 % über 64 (Wien 16,7 %). Der 2. Wiener Gemeindebezirk hat eine relativ junge Population, vor allem im Vergleich zum Österreich-Schnitt. Nachfolgende Tabelle 7 zeigt die Verteilung der Wohnbevölkerung im Bezirk Neunkirchen, in Niederösterreich und Österreich nach breiten Altersgruppen im Jahr 2009 (1. Quartal).

**Tabelle 7: Wohnbevölkerung nach breiten Altersgruppen in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich, 1. Quartal 2009**

	Bevölkerung					
	unter 15		15 bis 64		über 64	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Wien 2., Leopoldstadt	13.700	14,5%	66.195	70,0%	14.700	15,5%
Wien	241.011	14,3%	1.164.771	69,0%	281.489	16,7%
Österreich	1.261.588	15,1%	5.642.785	67,5%	1.450.887	17,4%

Q: St.At., DUK-Berechnungen.

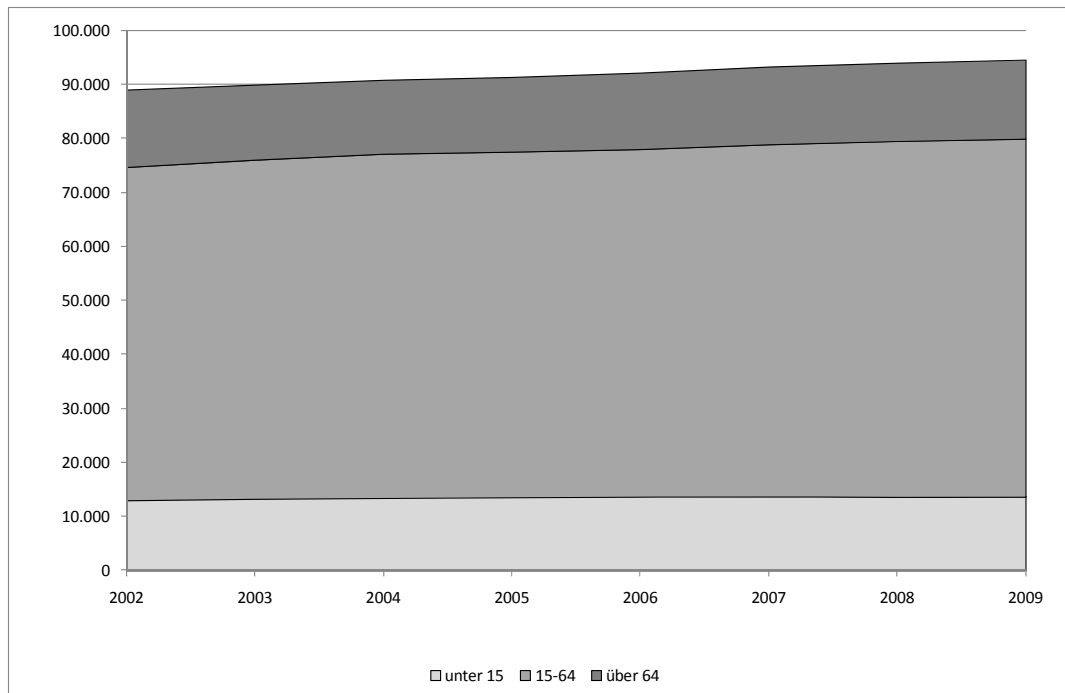
Die Differenzierung der Bevölkerung nach breiten Altersgruppen zeigt deutlich, dass in Leopoldstadt ein unterdurchschnittlicher Anteil älterer Menschen lebt: Im Österreich-Durchschnitt sind 17,4 % der Wohnbevölkerung 65 Jahre und älter, in Wien sind es 16,7 % und in Leopoldstadt nur 15,5 %. Bei der Bevölkerung unter 15 Jahren liegen Leopoldstadt mit einem Anteil von 14,5 % und Gesamt-Wien mit 14,3 % leicht unter dem Österreich-Durchschnitt (15,1 %). Vor allem der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter liegt in Leopoldstadt mit 70,0 % deutlich über dem Österreich- aber auch über dem Wien-Durchschnitt (67,5 % bzw. 69,0 %). Die Entwicklung der Bevölkerung im 2. Wiener Bezirk seit dem Jahr 2002 zeigt nachfolgende Abbildung 33.

Zwischen 2002 und 2009 (jeweils 1. Quartal) stieg die Bevölkerungszahl des 2. Wiener Bezirks um 6,3 % an. Das Bundesland Wien erreichte im selben Zeitraum allerdings einen Bevölkerungszuwachs von 7,4 %. Sowohl Gesamt-Wien als auch der Bezirk Leopoldstadt lagen damit im Zeitraum 2002 bis 2009 deutlich über der Bevölkerungsentwicklung von Gesamtösterreich (+3,6 %). Obige Abbildung 33 zeigt die Entwicklung der Bevölkerung zwischen 2002 und 2009 für Leopoldstadt nach breiten Altersgruppen. Während im Wien- und Österreich-Schnitt der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 2002 und 2009 leicht gesunken ist, hat sich der Anteil der



Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Bezirk Leopoldstadt von 69,2 % im Jahr 2002 auf 70,0 % im Jahr 2009 erhöht (Wien: 2002 69,5 %, 2009 69,0 %; Österreich: 2002 67,8 %, 2009 67,5 %). Ebenso ist auch die Gruppe der über 64-Jährigen im Bezirk Leopoldstadt kleiner geworden (2002 16,2 %, 2009 15,5 %), während der Anteil der Älteren über 64 im Wien- (2002 15,8 %, 2009 16,7 %) und Österreich-Schnitt (2002 15,5 %, 2009 17,4 %) angestiegen ist.

**Abbildung 33: Entwicklung der Bevölkerung in Wien 2., Leopoldstadt nach breiten Altersgruppen, 2002-2009 (je 1. Quartal)**

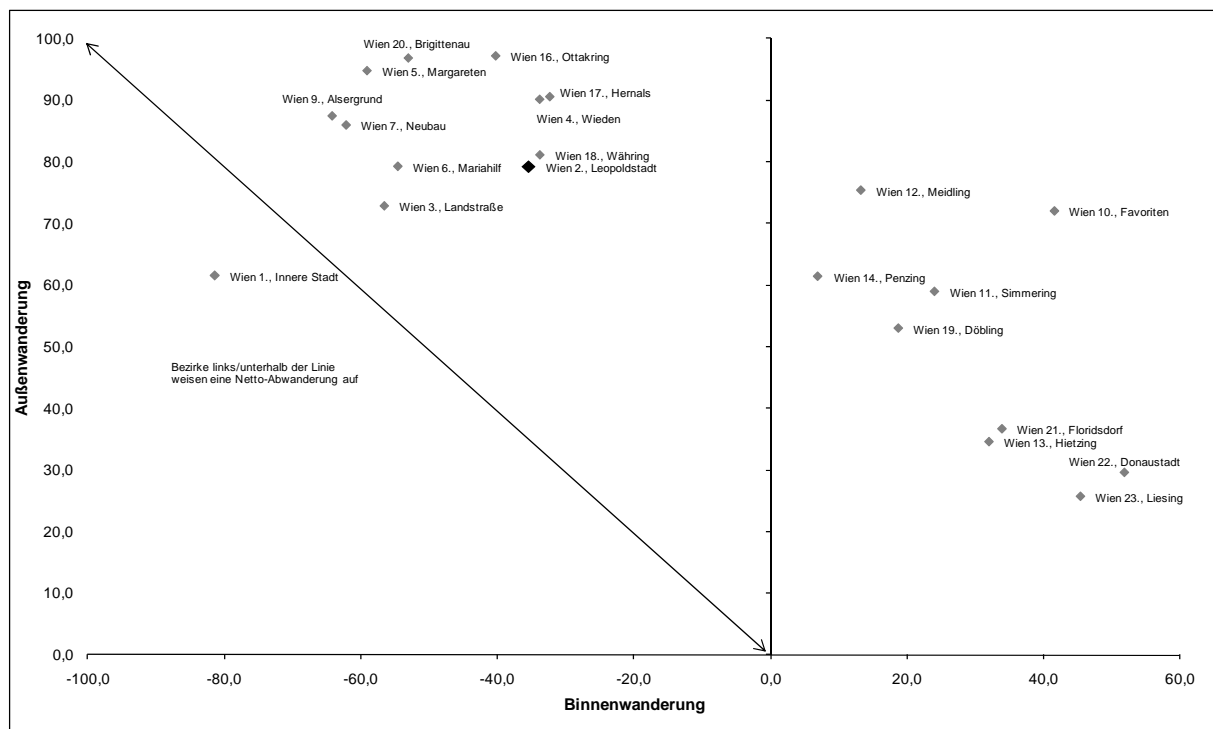


Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Diese Entwicklung steht in Zusammenhang mit den Wanderungsbewegungen, in Abbildung 34 werden die summierten Salden der Binnen- und Außenwanderung für den Zeitraum zwischen 2002 und 2008 in allen Wiener Bezirken dargestellt.<sup>16</sup> Der Saldo der Binnenwanderung zwischen 2002 und 2008 ist für Wien 2., Leopoldstadt, negativ, d.h. mehr Personen sind in andere Teile Wiens abgewandert als zugewandert. Dies verdeutlicht, dass **Leopoldstadt für die ansässige Bevölkerung eine Abwanderungsregion darstellt**. Anders verhält es sich bei der Außenwanderung; hier weist Leopoldstadt einen positiven Saldo auf, d.h. zwischen 2002 und 2008 hat **Leopoldstadt durch Zuzug aus dem Ausland an Bevölkerung gewonnen**. Insgesamt war die Zuwanderung aus dem Ausland höher als die Abwanderung, was einen Anstieg der Bevölkerungszahl in Leopoldstadt im Zeitraum von 2002 bis 2008 erlaubte.

<sup>16</sup> Die Bezirke Wien 8., Josefstadt und Wien 15., Rudolfsheim weisen höhere Binnen- und Außenwanderungssalden auf und sind daher aufgrund besserer Übersichtlichkeit nicht in der Grafik dargestellt. (Wien 8., Josefstadt: Außenwanderungssaldo 279,2, Binnenwanderungssaldo -223,4; Wien 15., Rudolfsheim: Außenwanderungssaldo 128,6, Binnenwanderungssaldo -103,6). Somit stellen beide Bezirke Abwanderungsregionen für die ansässige Bevölkerung dar, aber Zuwanderungsregionen für ausländische Bevölkerung.

**Abbildung 34: Binnen- und Außenwanderung nach Wiener Bezirken 2002-2008, je 1.000 EinwohnerInnen**



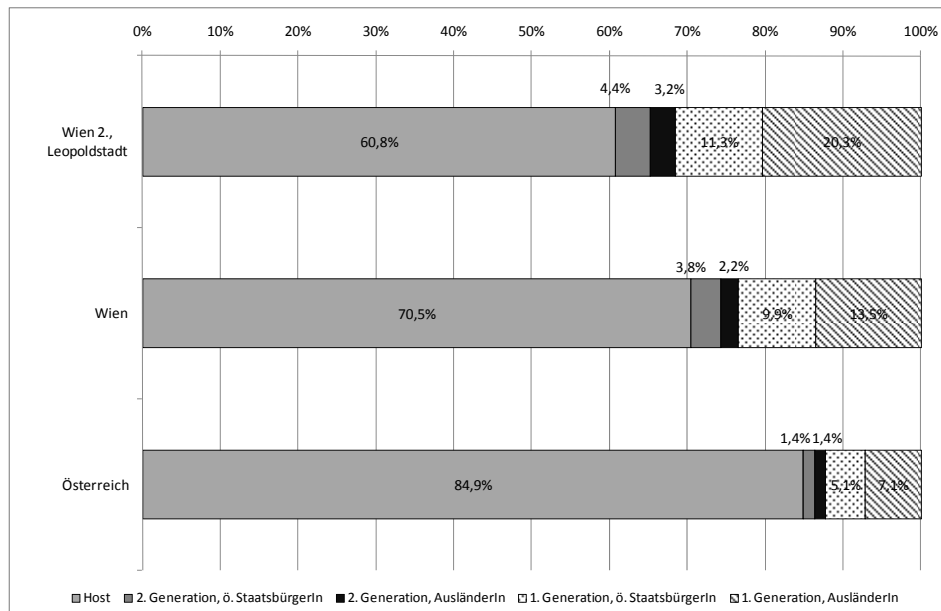
Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Wiener Bezirk Leopoldstadt stehen aus der Volkszählung 2001 wie oben dargelegt zur Verfügung. Folgende Definition von Migrationshintergrund kommt hier zur Anwendung:

- Personen der ersten Migrationsgeneration sind jene, die selbst eine Wanderungsgeschichte haben, die also selbst nach Österreich zugewandert sind und deren Geburtsort im Ausland liegt. Hier kann unterschieden werden zwischen ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund der ersten Generation (also bereits Eingebürgerte) und AusländerInnen der ersten Generation (mit ausländischer Staatsbürgerschaft).
- Aufgrund der schlechten Datenlage ist die Abgrenzung der zweiten Generation schwieriger. In der Literatur werden häufig jene Personen zur zweiten Generation gezählt, die in Österreich geboren wurden und von denen ein oder beide Elternteile selbst zugewandert sind (*Kasinitz et.al. 2008, Crul/Heering 2008*). In den Volkszählungsdaten wird der Geburtsort der Eltern nicht erfasst, weshalb eine andere Abgrenzung vorgenommen wurde, die die zweite Generation näherungsweise abbildet: Die zweite Generation umfasst dieser Abgrenzung zufolge einerseits Personen, die in Österreich geboren wurden aber eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen, andererseits Personen mit nicht-deutscher Umgangssprache. Wenn die Umgangssprache einer sprachlich eindeutig zuordenbaren fremden Herkunftsregion zugeordnet werden kann, dann können auch jene als Personen zweiter Migrationsgeneration erfasst werden, die ansonsten in die Gruppe der Einheimischen gefallen wären (in Österreich Geborene und österreichische StaatsbürgerInnen) und ihrer Herkunftsregion zugeordnet werden. Damit kann ein Großteil der Personen der 2. Generation erfasst werden.

Nachfolgende Abbildung 35 zeigt die Verteilung der Bevölkerung auf Personen mit und ohne Migrationshintergrund im 2. Wiener Bezirk sowie in Wien und Gesamt-Österreich im Jahr 2001 entsprechend obiger Definition.

**Abbildung 35: Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2001 (Volkszählung) in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich**



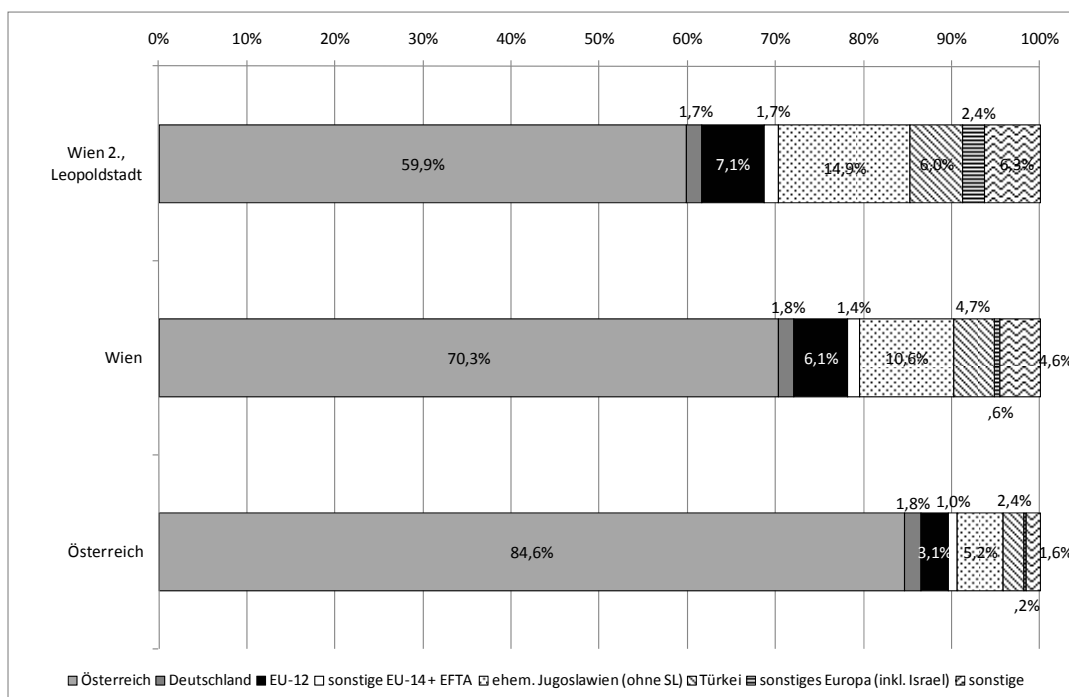
Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Aus Abbildung 35 geht hervor, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund im 2. Wiener Gemeindebezirk deutlich über dem Wien-Schnitt liegt. Wien wiederum hat innerhalb Österreichs bereits einen besonders hohen Anteil an migrantischer Bevölkerung. Im Jahr 2001 hatten in Leopoldstadt 39,2 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Der Anteil der Personen aus erster Migrationsgeneration mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft – also jene Personen, die selbst nach Österreich zugewandert sind – lag bei 31,6 %. Demnach war die Gruppe der zweiten Migrationsgeneration (Personen mit Migrationshintergrund, die bereits in Österreich geboren wurden) eine relativ kleine (7,9 %, mit und ohne österreichische Staatsbürgerschaft). In Gesamt-Wien lag der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Jahr 2001 bei 29,5 %, wobei auch hier der größte Anteil auf Personen aus erster Migrationsgeneration (In- und AusländerInnen) fällt (23,5 %). Im Österreich-Schnitt wiederum ist der Anteil der migrantischen Bevölkerung noch deutlich geringer und lag im Jahr 2001 bei nur 15,1 %. Die Gruppe der ersten Migrationsgeneration nimmt einen Anteil von 12,2 % ein. Somit ist der Anteil der zweiten Migrationsgeneration sehr gering (2,8 %, In- und AusländerInnen). Allgemein ist der Anteil der AusländerInnen geringfügig höher als jener der bereits eingebürgerten MigrantInnen (sowohl in erster als auch in zweiter Migrationsgeneration). Nachfolgende Abbildung 36 zeigt die Bevölkerung im 2. Wiener Bezirk, in Wien und Österreich nach ihrer Herkunft im Volkszählungsjahr 2001.

Im Jahr 2001 war im Bezirk Leopoldstadt die wichtigste Herkunftsregion der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (sowohl erste als auch zweite Generation) die Region des ehemaligen Jugoslawiens ohne Slowenien (14,9 %) und dieser Anteil war im Vergleich zum Wien- und Österreich-Durchschnitt überdurchschnittlich hoch. Auch überdurchschnittlich hoch, vor allem im Vergleich zu

Österreich, ist in Leopoldstadt der Anteil der Personen mit Wurzeln in den EU-12-Ländern (also die Mitgliedsländer seit den Erweiterungen 2004 und 2007) (Leopoldstadt: 7,1 %, Wien: 6,1 %, Österreich: 3,1 %) und der Türkei (Leopoldstadt: 6,0 %, Wien: 4,7 %, Österreich: 2,4 %). Auffallend ist der relativ hohe Anteil an Personen aus sonstigen europäischen Staaten (außerhalb der EU), zu denen auch Israel zählt. Der Anteil der Personen aus diesen Ländern beträgt im zweiten Wiener Bezirk 2,4 %, in Gesamt-Wien nur 0,6 % und in Österreich 0,2 %. Zu bemerken gilt hier allerdings, dass diese Daten aus dem Volkszählungsjahr 2001 stammen und somit die Entwicklung der Zuwanderung seit den beiden Erweiterungswellen der Europäischen Union nicht aufzeigen.

**Abbildung 36: Bevölkerung nach Herkunftsregion 2001 (Volkszählung) in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich**



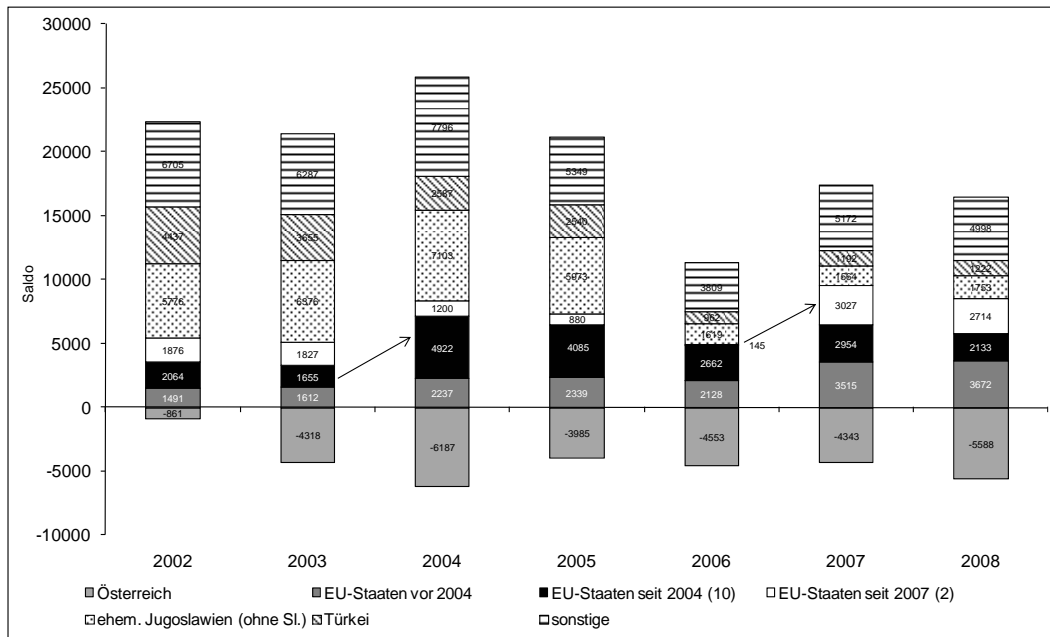
Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Zwar stehen auf Bezirksebene keine aktuelleren Daten bezüglich der Bevölkerungszusammensetzung nach Herkunftsregionen als die Volkszählungsdaten aus dem Jahr 2001 zur Verfügung, trotzdem soll eine Größenordnung der Zuwanderung im Zuge der beiden EU-Erweiterungswellen in den Jahren 2004 und 2007 ermöglicht werden. 2001 nahmen Personen mit Wurzeln in den „alten“ EU-Mitgliedsstaaten (bzw. EFTA) einen Anteil von 1,3 % ein, jene aus den „neuen“ Mitgliedsstaaten (Mitgliedsländer seit 2004 und 2007) 2,4 %. Aktuellere Zahlen für das Bundesland Wien sollen Rückschlüsse auch für den Bezirk Leopoldstadt in Bezug auf die Entwicklung der Zuwanderung in Zusammenhang mit den EU-Erweiterungswellen erlauben. Nachfolgende Abbildung 37 stellt den Wanderungssaldo von Wien nach Staatsangehörigkeit zwischen 2002 und 2008 dar.

Obige Abbildung 37 zeigt die verstärkte Zuwanderung aus den „neuen“ EU-Mitgliedsländern im Zuge der Erweiterungswellen 2004 und 2007 deutlich. Der Wanderungssaldo für Wien stieg von 2003 auf 2004 für die EU-10 (EU-Staaten seit 2004) sprunghaft an. Ebenso vervielfachte sich der Wanderungssaldo in Wien für die beiden neuen Mitgliedsstaaten seit 2007 (Rumänien und Bulgarien) von 2006 auf 2007. Betrachtet man die Struktur der migrantischen Bevölkerung nach Herkunftsregion

im Jahr 2001 in Leopoldstadt im Vergleich zu Gesamt-Wien (siehe dazu Abbildung 36), so zeigen sich Unterschiede in erster Linie in Bezug auf die Zuwanderergruppe der „GastarbeiterInnen“, wobei in Leopoldstadt sowohl die türkisch-stämmige Population als auch jene mit ex-jugoslawischen Wurzeln überdurchschnittlich groß ist. Die Größenordnung der Zuwanderung nach Leopoldstadt zwischen 2002 und 2008, die aus Abbildung 34 ersichtlich ist, legt nahe, dass auch Personen aus den neuen EU-Ländern zugewandert sind.

**Abbildung 37: Wanderung nach Staatsangehörigkeit in Wien zwischen 2002 und 2008**



Q.: St.At., DUK-Berechnungen.

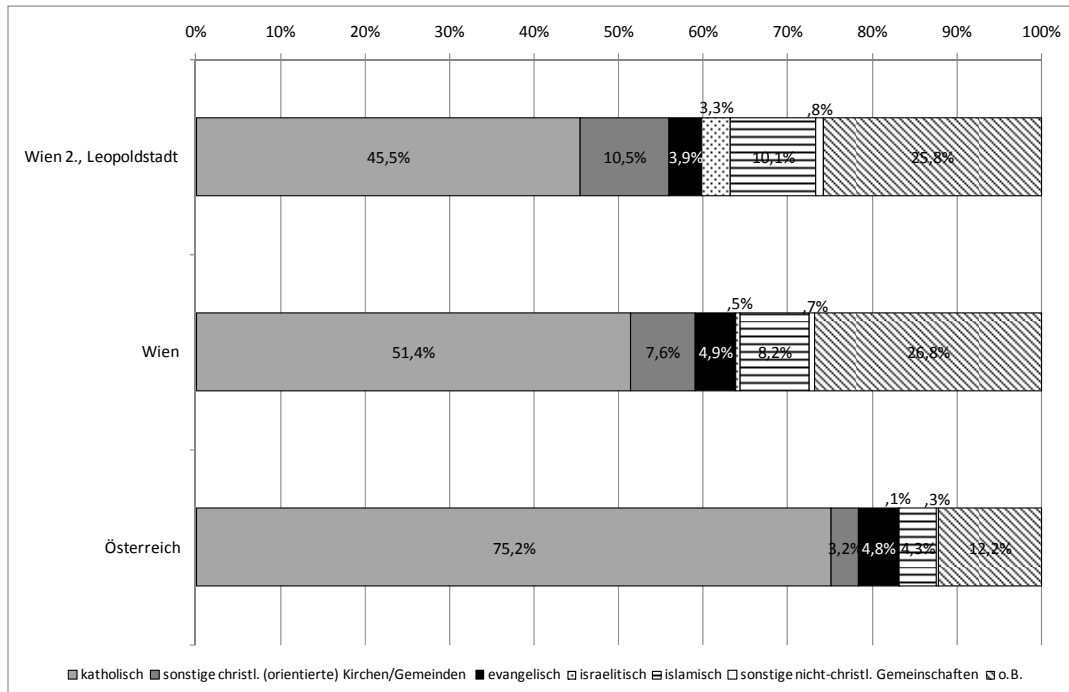
Die internationale Zuwanderung verstärkt die Heterogenität der Bevölkerung und spiegelt sich auch in einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung nach Religionsbekenntnis wider. Abbildung 38 zeigt die Bevölkerung in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich nach Religionsbekenntnis im Volkszählungsjahr 2001.

Aus Abbildung 38 geht hervor, dass der Anteil an Personen mit christlichem Glaubensbekenntnis in Leopoldstadt (59,9 %) deutlich geringer ist als im Wien- (63,9 %) und Österreich-Schnitt (83,2 %). Im Vergleich zu Wien hat der Bezirk Leopoldstadt einen etwas geringeren Anteil an Personen ohne Glaubensbekenntnis (25,8 % in Leopoldstadt, 26,8 % in Wien); in Österreich ist der Anteil aber merklich geringer (12,2 %). Entsprechend dem hohen Anteil an migrantischer Bevölkerung aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien ist auch der Anteil der Personen mit muslimischem Glaubensbekenntnis mit 10,1 % deutlich höher als in Wien (8,2 %), und deutlich höher als im Österreich-Schnitt (4,3 %). Die Zahl der Personen mit israelitischem Glaubensbekenntnis ist in Österreich, aber auch in Wien verschwindend gering. Im Bezirk Leopoldstadt beträgt der Anteil dieser Glaubensgemeinschaft im Jahr 2001 allerdings 3,3 %. Zum Religionsbekenntnis gibt es keine aktuelleren Daten als aus der Volkszählung 2001.

Die bisherigen Analysen der Altersverteilung und der kulturell-ethnischen Zusammensetzung zeigen die Heterogenität der Bevölkerung. Es können aber auch deutliche Unterschiede im Bildungsniveau

zwischen bestimmten Gruppen festgestellt werden. Nachfolgende Abbildung 39 zeigt die Bildungsabschlüsse der Wiener und österreichischen Bevölkerung nach Geschlecht im Jahr 2008 (Mikrozensus).

**Abbildung 38: Bevölkerung nach Religionsbekenntnis in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung)**

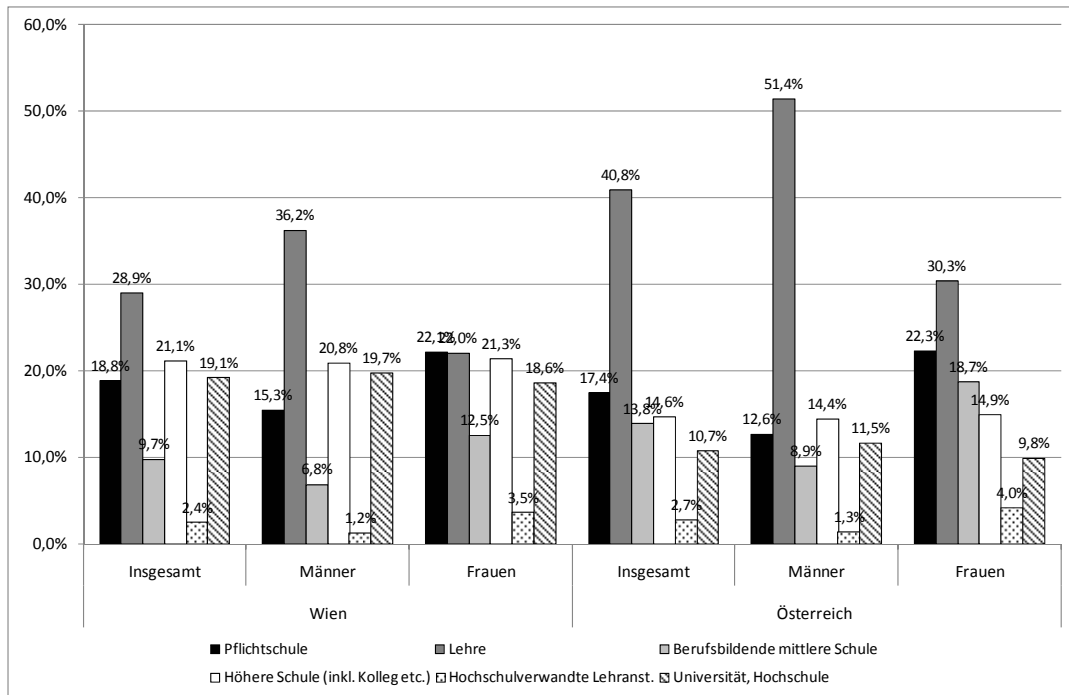


Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Der Bildungsstand der Bevölkerung in Wien unterscheidet sich von jenem der Bevölkerung Gesamt-Österreichs deutlich, wie aus Abbildung 39 hervorgeht. Einerseits liegt der Anteil der Personen mit nur Pflichtschulabschluss in Wien mit 18,8 % etwas über dem Österreich-Schnitt (17,4 %). Andererseits weisen deutlich mehr Menschen in Wien einen Abschluss einer Höheren Schule (21,1 %) oder einer Hochschule (19,1 %) auf als in Gesamt-Österreich (Höhere Schulen: 14,6 %; Hochschule: 10,7 %). Demgegenüber ist die Zahl der Personen mit Lehrabschlüssen (28,9 %) und Abschlüssen einer berufsbildenden mittleren Schule (9,7 %) in Wien deutlich geringer (Österreich: Lehrabschluss: 40,8 %, berufsbildende mittlere Schule: 13,8 %). Es zeigt sich weiters ein starker geschlechtsspezifischer Unterschied im Bildungsniveau der Bevölkerung: Frauen haben häufiger nur Pflichtschul- und mittlere Schulabschlüsse, Männer haben weitaus häufiger Lehrabschlüsse, aber auch akademische Ausbildungen. In Wien ist dieser geschlechtsspezifische Unterschied allerdings deutlich geringer ausgeprägt als im Österreich-Schnitt.

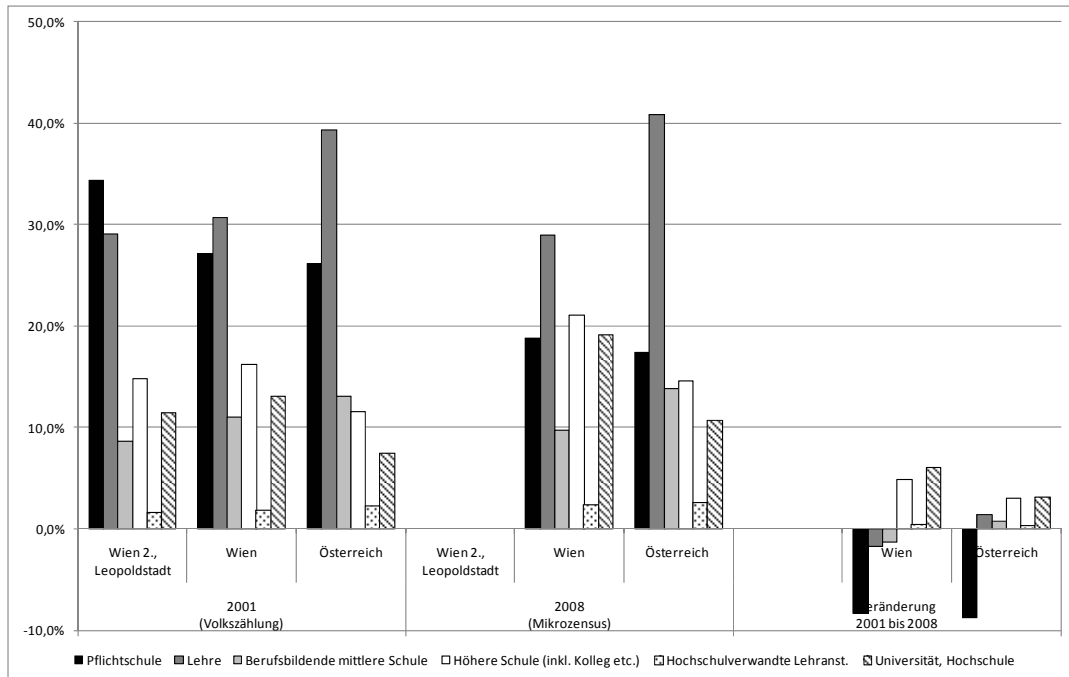
Bei einer Betrachtung der Bildungsabschlüsse auf Bezirksebene muss auf Daten aus der Volkszählung 2001 zurückgegriffen werden. Abbildung 40 zeigt den Bildungsstand der Bevölkerung in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich zwischen 25 und 64 im Volkszählungsjahr 2001 und vergleichsweise den Bildungsstand in Wien und Österreich derselben Altersgruppe für das Jahr 2008 (Mikrozensus), um die Veränderung des Bildungsniveaus der Bevölkerung in diesem Zeitraum aufzeigen zu können.

**Abbildung 39: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien und Österreich nach Geschlecht 2008**



Q.: St.At. (Mikrozensus), DUK-Berechnungen.

**Abbildung 40: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung) und 2008 (Statistik Austria)**



Q.: St.At. (VZ 2001, Mikrozensus 2008), DUK-Berechnungen.

Abbildung 40 verdeutlicht einige Unterschiede in der Zusammensetzung der Bevölkerung des zweiten Wiener Bezirks hinsichtlich Bildung im Vergleich zum Wien- bzw. Österreich-Schnitt: Im Jahr 2001 war der Anteil der Personen mit lediglich Pflichtschulabschluss in Leopoldstadt mit 34,4 % deutlich höher als im Wien- (27,1 %) und Österreich-Schnitt (26,2 %). Die Gruppe der Personen mit Pflichtschulabschluss stellt die größte Gruppe im Bezirk Leopoldstadt dar. Die Gruppe der Personen mit Lehrabschluss ist im zweiten Wiener Bezirk mit 29,1 % aller Personen zwischen 25 und 64 Jahren etwas unter dem Wien- (30,7 %) und deutlich unter dem Österreich-Schnitt (39,4 %). Auch die Gruppe der Personen mit einem Abschluss einer berufsbildenden mittleren Schule ist im zweiten Bezirk kleiner als in Wien und Österreich (Leopoldstadt: 8,6 %, Wien: 11,0 %, Österreich: 13,1 %). Der Anteil der AkademikerInnen ist mit 11,5 % zwar deutlich größer als im Österreich-Schnitt (7,5 %), allerdings kleiner als innerhalb Gesamt-Wiens (13,1 %). Abbildung 40 zeigt darüber hinaus die Veränderung des Bildungsstandes der Bevölkerung in Wien und Österreich zwischen 2001 (Volkszählung) und 2008 (Mikrozensus)<sup>17</sup>: Der Anteil der Pflichtschulabsolventen hat sich sowohl im Wien- als auch im Österreich-Schnitt (-8,3 bzw. -8,8 Prozentpunkte) deutlich verringert. Die Zahl der Lehrabschlüsse und Abschlüsse berufsbildender mittlerer Schulen ist in Wien ebenfalls rückläufig, während diese Abschlüsse in Gesamt-Österreich zugenommen haben. Die Anteile der Personen mit darüber liegenden Bildungsabschlüssen haben sowohl innerhalb Wiens als auch für Gesamt-Österreich zugenommen, wobei diese Steigerung in Wien deutlich stärker ausgeprägt war.

Auch die Struktur der Bildungsabschlüsse hat sich im Zeitraum 2001 bis 2008 verändert: Nach wie vor ist die Gruppe der Personen mit Lehrlingsausbildung die größte, wobei aber die Verteilung aller anderen Bildungsniveaus immer gleichmäßiger wird. Für Wien und Österreich konnte ein geschlechtsspezifischer Unterschied hinsichtlich der höchsten abgeschlossenen Ausbildung festgemacht werden (siehe dazu auch Abbildung 39). Für den Bezirk Wien 2., Leopoldstadt muss für einen Vergleich der Bildungsabschlüsse von Männern und Frauen wiederum auf Daten aus dem Volkszählungsjahr 2001 zurückgegriffen werden.

Abbildung 41 zeigt einen deutlichen geschlechtsspezifischen Bildungsunterschied im Bezirk Leopoldstadt: Frauen (37,6 %) weisen häufiger als Männer (31,4 %) nur einen Pflichtschulabschluss auf, häufiger aber auch einen Abschluss in einer berufsbildenden mittleren Schule (12,7 % vs. 8,6 %). Demgegenüber haben mehr Männer (29,1 %) eine abgeschlossene Lehre vorzuweisen als Frauen (21,4 %), ebenso verfügen mehr Männer über akademische Ausbildungen (11,5 % vs. 10,8 %).

Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass Frauen im Bezirk Leopoldstadt im Jahr 2001 schlechtere Ausbildungsabschlüsse aufweisen als Männer. Im Jahr 2001 gilt dies sogar in verstärktem Maß auch für Gesamt-Wien und vor allem für Gesamt-Österreich. Ein Vergleich der Zahlen aus dem Volkszählungsjahr 2001 und den aktuelleren Zahlen aus dem Mikrozensus 2008 zeigt allerdings, dass der geschlechtsspezifische Bildungsunterschied in Österreich, vor allem im Bereich der Pflichtschulabschlüsse, stark gesunken ist: 2001 lag in Österreich der Anteil der Frauen mit lediglich Pflichtschulabschluss um 13,8 Prozentpunkten über dem der Männer (33,1 % vs. 19,3 %). Im Jahr 2008 reduzierte sich dieser Unterschied in Österreich auf 9,7 Prozentpunkte. Innerhalb Wiens reduzierte sich der

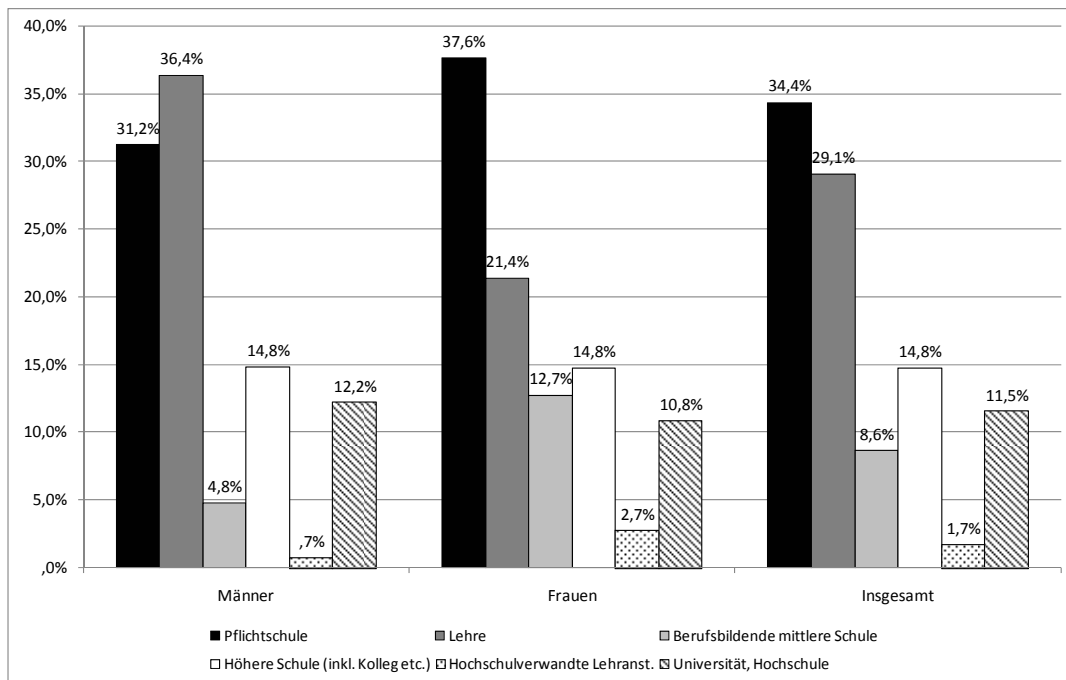
---

<sup>17</sup> Es muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die Daten aus den Jahren 2001 und 2008 nicht derselben Datenbasis entstammen. Im Gegensatz zur Volkszählung ist der Mikrozensus eine Haushaltsbefragung mit Stichprobenziehung.



geschlechtsspezifische Unterschied vor allem im Bereich der höheren Bildungsabschlüsse (ab abgeschlossener berufsbildender mittleren Schule). Nach wie vor sind aber im Bereich der Lehrabschlüsse die größten geschlechtsspezifischen Unterschiede vorzufinden. In Österreich liegt der Anteil der Frauen mit Lehrabschluss zwischen 15 und 64 Jahren (30,3 %) um 21,1 Prozentpunkte unter jenem der Männer (51,4 %), in Wien beträgt dieser Unterschied immerhin noch 14,2 % (Frauen: 22,0 %, Männer: 36,2 %).

**Abbildung 41: Bildungsabschlüsse der Bevölkerung zwischen 25 und 64 Jahren in Wien 2., Leopoldstadt nach Geschlecht 2001 (Volkszählung)**



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

## 2.6.2. Haushaltsstrukturen

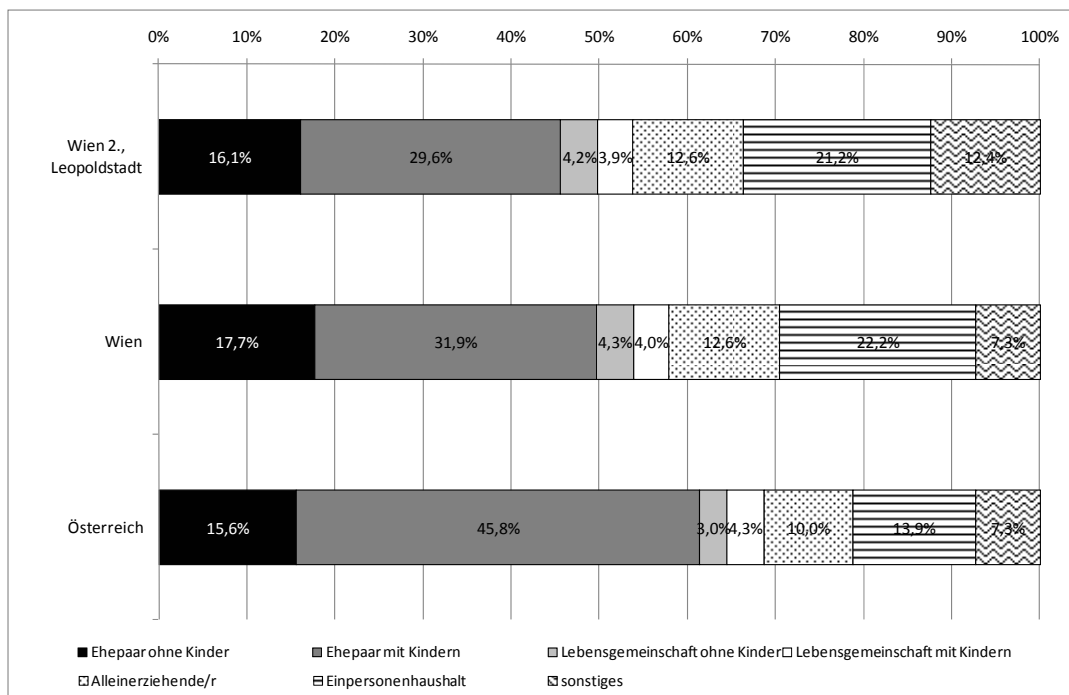
Ein umfassendes Wissen über die Haushaltsstrukturen ist eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung einer gezielten Infrastruktur sozialer Dienstleistungen im weitesten Sinn. Laut Statistik Austria<sup>18</sup> gab es in Österreich im Jahr 2009 (Jahresdurchschnitt) 3.598.300 Haushalte, im Bundesland Wien 838.400.

Im Österreich-Schnitt entfielen 35,7 % auf Einpersonenhaushalte, in Wien lag dieser Anteil mit 47,2 % um einiges höher. In Gesamt-Österreich sind mehr als zwei Drittel aller Haushalte Mehrpersonenhaushalte. In Wien machen Mehrpersonenhaushalte nur mehr etwas mehr als die Hälfte aus. Knapp die Hälfte aller Mehrpersonenhaushalte entfällt auf Zwei-Personen-Haushalte, etwa ein Viertel auf Drei-Personen-Haushalte und ein Viertel auf Haushalte mit vier oder mehr Personen. Auch bei der Betrachtung der Haushalte zeigt sich die Relevanz der Migration: In 16,2 % der österreichischen und 29,2 % der Wiener Haushalte war Referenzperson nicht in Österreich geboren.

<sup>18</sup> Diese Zahlen basieren auf einer Hochrechnung aus der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2009.

Auf Bezirksebene sind wiederum nur Daten aus der Volkszählung 2001 verfügbar: Im Bezirk Wien 2., Leopoldstadt, wurden 2001 43.607 Haushalte gezählt; das waren 5,2 % der Wiener Haushalte (771.706 Haushalte). Wien wiederum zählte 23,1 % aller österreichischen Haushalte (3.339.663 Haushalte). Die Zahl der Haushalte ist im Zeitraum von 2001 bis 2009 in Wien um 8,6 % angewachsen, in Gesamt-Österreich um 7,6 %. Detaillierte Analysen zu den Haushaltszusammensetzungen können nur anhand der Daten aus der Volkszählung 2001 gemacht werden. Nachfolgende Abbildung 42 zeigt die Bevölkerung in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich nach ihrer jeweiligen Lebensform im Jahr 2001.

**Abbildung 42: Bevölkerung nach Lebensform in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung)**



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

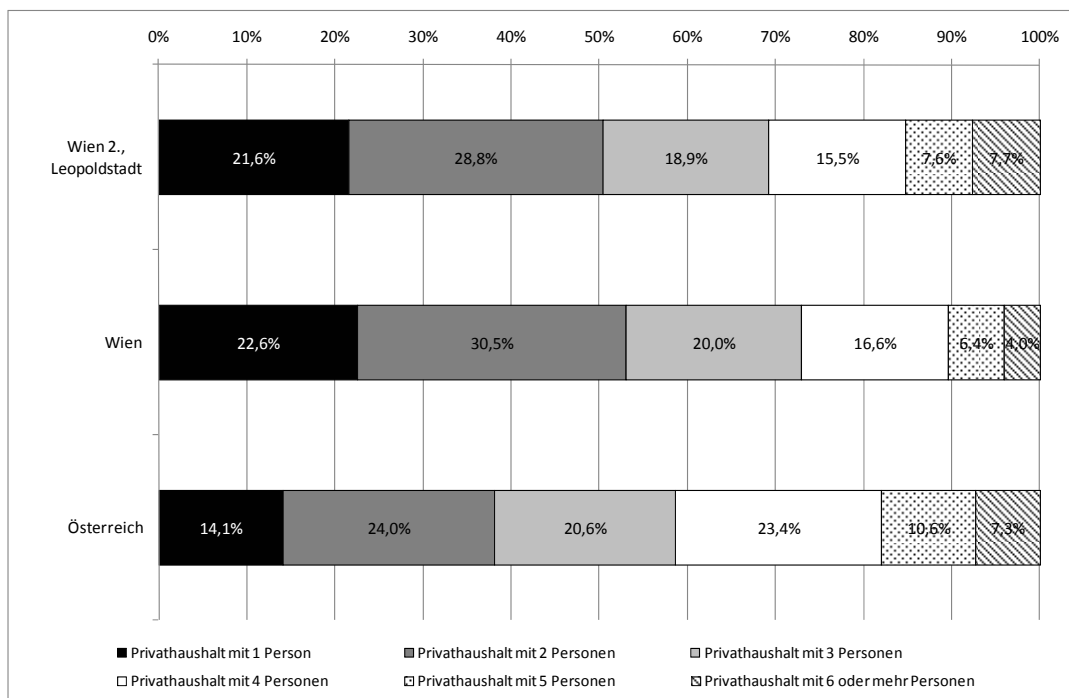
Aus Abbildung 42 geht hervor, dass weniger als ein Drittel der Bevölkerung im zweiten Wiener Bezirk (29,6 %) im Volkszählungsjahr 2001 in einem Haushalt bestehend aus Ehepaar und Kindern lebte. In Wien lag dieser Anteil etwas höher bei 31,9 %, in Gesamt-Österreich sogar bei 45,8 %. Ebenso liegt im Wiener Bezirk Leopoldstadt der Anteil von Personen, die in einem Einpersonenhaushalt leben, mit 21,2 % deutlich über dem Österreich-Schnitt von 13,9 % aber im Wien-Schnitt (22,2 %).

Auch die Zahl der alleinerziehenden Personen ist sowohl in Gesamt-Wien als auch in Leopoldstadt (12,6 %) etwas über dem Österreich-Durchschnitt (10,0 %). Im Bezirk Leopoldstadt beträgt der Anteil der Personen, die in einem Haushalt einer sonstigen Kategorie leben, 12,4 % und liegt somit über dem Wien- und Österreich-Schnitt (7,3 %). Dies ist in erster Linie auf den erhöhten Anteil von Nichtfamilien-Mehrpersonen-Haushalten in Leopoldstadt (6,9 %) zurückzuführen (Wien: 3,6 %; Österreich: 2,1 %).

Über die Zusammensetzung der Haushalte gibt vor allem auch die Haushaltsgröße Auskunft. Abbildung 43 zeigt die Bevölkerung von Leopoldstadt, Wien und Österreich nach der Größe der Haushalte im Jahr 2001.

Es zeigt sich, dass im Gesamt-Wien, in geringfügig schwächerem Ausmaß aber auch in Leopoldstadt, deutlich mehr Menschen in kleineren Haushalten leben: Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung des zweiten Wiener Bezirks lebt in Haushalten mit drei oder weniger Personen (69,3 %), sogar knapp drei Viertel der Bevölkerung Gesamt-Wiens lebt in Haushalten dieser Größe (73,0 %). Im Österreich-Schnitt leben 58,7 % in Haushalten mit höchstens drei Personen. Dementsprechend ist der Anteil der Personen, die in Haushalten mit vier oder mehr Personen leben in Leopoldstadt bzw. Gesamt-Wien niedriger als innerhalb Österreichs (Leopoldstadt: 30,8 %, Wien: 26,0 %, Österreich: 41,3 %). Der Anteil der Personen, die in großen Haushalten mit fünf und mehr Personen leben, ist allerdings im zweiten Bezirk mit 15,3 % deutlich höher als im Wien-Durchschnitt (9,4 %).

**Abbildung 43: Bevölkerung nach Haushaltsgröße in Wien 2., Leopoldstadt, Wien und Österreich 2001 (Volkszählung)**



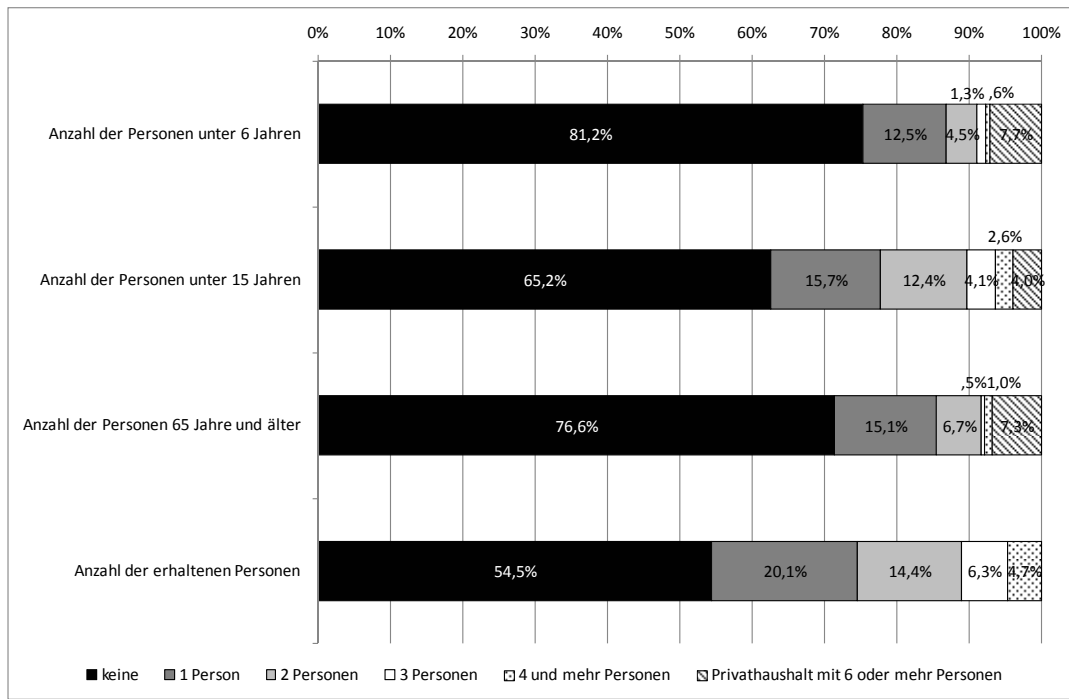
Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

Abbildung 44 stellt die Haushaltszusammensetzung im Bezirk Leopoldstadt dar. Weniger als ein Fünftel der Bevölkerung im zweiten Wiener Bezirk lebt in einem Haushalt mit einem oder mehr Kindern unter sechs Jahren (18,8 %), gut ein Drittel mit einer oder mehr Personen unter 15 Jahren (34,8 %) und knapp ein Viertel mit einer oder mehr Personen über 65 (23,4 %). Insgesamt lebt in Leopoldstadt nur knapp die Hälfte der Bevölkerung in einem Haushalt mit einer oder mehr Personen, die von den anderen Haushaltsmitgliedern erhalten werden (45,5 %).

Im Vergleich zu Gesamt-Wien zeigt sich, dass die Haushalte im Bezirk Leopoldstadt tendenziell größer sind, im Vergleich zu Österreich aber deutlich kleiner: In Wien leben nur 17,7 % der Menschen in einem Haushalt mit einem oder mehreren Kindern unter 6 Jahren (Österreich 19,7 %), ebenso 34,8 %

in einem Haushalt mit einer oder mehr Personen unter 15 (Österreich 41,2 %) und nur 21,0 % in einem Haushalt mit einer oder mehr Personen über 65 (Österreich 23,5 %). Insgesamt leben in Wien 46,3 % mit einer oder mehreren Personen, die von den anderen Haushaltsmitgliedern erhalten wird, in Österreich 57,9 %.

**Abbildung 44: Bevölkerung nach Haushaltszusammensetzung in Wien 2., Leopoldstadt 2001 (Volkszählung)**



Q.: St.At. (VZ 2001), DUK-Berechnungen.

### 2.6.3. Wirtschaftsstrukturen

Wien zählt gemeinsam mit dem Burgenland und Niederösterreich zum österreichischen Teil der „Centrope“, der Europaregion Mitte. Centrope basiert auf einer politischen Willenserklärung im Jahr 2003, die Chancen einer vertieften Integration im Vierländereck von Tschechien, Österreich, Slowakei und Ungarn zu nutzen und einen grenzüberschreitenden, pulsierenden Lebens- und Wirtschaftsraum zu schaffen. Neben den österreichischen Bundesländern der Ostregion zählen auf tschechischer Seite der Kreis Südmähren, in der Slowakei die Kreise Bratislava und Trnava sowie in Ungarn die Komitate Győr-Moson-Sopron und Vas zur Centrope.<sup>19</sup>

In einer Cluster-Analyse für alle NUTS-3 Regionen Europas (Huber/Mayerhofer 2006: 16) werden die Centrope Regionen drei (von vier) Gruppen zugeordnet. Wien, das Wiener Umland Südteil, St. Pölten und Bratislava gehören demnach den Regionen mit besonders hohem Dienstleistungsanteil, geringem Sachgüter- und Agraranteil, der höchsten Produktivität unter den Regionstypen an. In diese Gruppe fallen zumeist städtische Regionen oder deren Umland. Zur Gruppe der „Durchschnittsregionen“ werden der Großteil der burgenländischen und niederösterreichischen Regionen gezählt. Sie zeichnen sich durch einen mittleren bis höheren Industrieanteil und mittleren Dienstleistungsanteil

<sup>19</sup> <http://centrope.info/baerdtnue> [Jänner 2010]

aus, viele dieser Gruppe zugehörigen Regionen weisen keine besonders stark ausgeprägte sektorale Spezialisierung auf. Das Mittelburgenland, die Region Mostviertel-Eisenwurzen, sowie alle tschechischen und ungarischen NUTS-3-Centrale Regionen und einige slowakische Regionen werden der Gruppe der hochindustrialisierten Regionen zugeordnet. Diese Regionsgruppe weist eine niedrige Durchschnittsproduktivität auf, was auf einen hohen Anteil von Regionen der neuen Mitgliedstaaten mit niedriger Produktivität zurückzuführen ist, die Regionen dieser Gruppe aus den alten Mitgliedstaaten haben eine überdurchschnittliche Produktivität.

Innerhalb Österreichs ist Wien, gemessen an der Bevölkerungszahl, dem Bruttoregionalprodukt und der Beschäftigung das größte Bundesland. 2007 arbeiteten 23,6% der unselbständig Beschäftigten in Wien und 26,7% des österreichischen Bruttoinlandsprodukts wurde 2007 in Wien geschaffen.

**Tabelle 8: Wirtschaftsleistung der österreichischen Bundesländer 2007, Bruttoregionalprodukt (BRP) (laufende Preise) und Beschäftigte (ArbeitnehmerInnen)**

Region	BRP		Beschäftigung	
	in Mio. Euro	Anteile	ArbeitnehmerInnen	Anteile
ÖSTERREICH	270.782	100%	3.479.500	100,0%
Burgenland	6.059	2,2%	91.300	2,6%
Niederösterreich	42.303	15,6%	556.600	16,0%
Wien	72.288	26,7%	822.700	23,6%
Kärnten	15.563	5,7%	214.000	6,2%
Steiermark	33.909	12,5%	481.600	13,8%
Oberösterreich	44.748	16,5%	606.300	17,4%
Salzburg	19.618	7,2%	252.000	7,2%
Tirol	23.866	8,8%	304.100	8,7%
Vorarlberg	12.429	4,6%	150.200	4,3%

Q.: St.At. (VGR), DUK-Berechnungen.

Sektoral betrachtet (Tabelle 9) weisen alle Bundesländer die höchsten Wertschöpfungs- und Beschäftigtenanteile im tertiären Sektor auf. Während aber im Österreich-Durchschnitt 2007 etwa 68% der österreichischen Wertschöpfung vom Dienstleistungssektor erwirtschaftet wurde, waren es in Wien 83%. Diese Konzentration auf Dienstleistungen zeigt sich auch in der unselbständigen Beschäftigung: In Wien liegt der Anteil der Beschäftigten im Tertiärsektor mit 84,9% deutlich über dem Österreichschnitt von 72,9%.

Tabelle 10 gibt einen detaillierteren Überblick in die Beschäftigtenstruktur Wiens im Vergleich zu Österreich. Da dieser Tabelle Personendaten des Hauptverbands zugrunde liegen, kommt es allerdings gegenüber den Beschäftigten-Daten der Tabelle 9, in der Beschäftigungsverhältnisse erfasst werden, zu gewissen Abweichungen, ohne aber das Gesamtbild zu verändern.

Die mit Abstand höchsten Beschäftigtenanteile verzeichnet Wien in den Wirtschaftszweigen Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung und Sozialversicherung (17,8 % gegenüber 16,5% im Österreich-Schnitt) sowie Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern (14,5 % gegenüber 15,9% im Österreich-Schnitt). An dritter Stelle steht die Herstellung von Waren mit zusammen 8,1 %, bei der sich aber im Österreich-Vergleich für Wien eine unterdurchschnittliche Bedeutung zeigt (15,9%). Größere und im Vergleich zum Österreich-Schnitt überdurchschnittliche

Beschäftigtenanteile hat Wien im Finanz- und Versicherungswesen (5,8% gegenüber 3,7%), im Informations- und Kommunikationssektor (3,7% gegenüber 1,6%), wie auch bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (3,2% gegenüber 2,2%).

**Tabelle 9: Wirtschaftsleistung der österreichischen Bundesländer 2007 nach Sektoren, Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laufende Preise) und Beschäftigte (ArbeitnehmerInnen)**

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen							
Bundesland	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor	Insgesamt	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor
	Mio. EUR				in %		
<b>Österreich</b>	<b>4.335</b>	<b>74.510</b>	<b>166.049</b>	<b>244.894</b>	<b>1,8%</b>	<b>30,4%</b>	<b>67,8%</b>
Burgenland	281	1.595	3.602	5.478	5,1%	29,1%	65,8%
Niederösterreich	1.238	13.280	23.731	38.249	3,2%	34,7%	62,0%
<b>Wien</b>	<b>143</b>	<b>11.026</b>	<b>54.192</b>	<b>65.361</b>	<b>0,2%</b>	<b>16,9%</b>	<b>82,9%</b>
Kärnten	358	4.667	9.047	14.072	2,5%	33,2%	64,3%
Steiermark	903	11.188	18.569	30.660	2,9%	36,5%	60,6%
Oberösterreich	870	16.514	23.077	40.461	2,2%	40,8%	57,0%
Salzburg	210	5.011	12.517	17.738	1,2%	28,3%	70,6%
Tirol	249	6.610	14.721	21.580	1,2%	30,6%	68,2%
Vorarlberg	83	4.619	6.536	11.238	0,7%	41,1%	58,2%
Arbeitnehmer							
Bundesland	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor	Insgesamt	Primärer Sektor	Sekundärer Sektor	Tertiärer Sektor
	Beschäftigungsverhältnisse				in %		
<b>Österreich</b>	<b>34.500</b>	<b>909.200</b>	<b>2.535.800</b>	<b>3.479.500</b>	<b>1,0%</b>	<b>26,1%</b>	<b>72,9%</b>
Burgenland	2.600	25.000	63.600	91.200	2,8%	27,4%	69,7%
Niederösterreich	9.000	159.400	388.200	556.600	1,6%	28,6%	69,7%
<b>Wien</b>	<b>3.700</b>	<b>120.700</b>	<b>698.300</b>	<b>822.700</b>	<b>0,4%</b>	<b>14,7%</b>	<b>84,9%</b>
Kärnten	2.400	59.500	152.100	214.000	1,1%	27,8%	71,1%
Steiermark	5.800	145.800	329.900	481.500	1,2%	30,3%	68,5%
Oberösterreich	5.000	207.900	393.500	606.400	0,8%	34,3%	64,9%
Salzburg	2.200	58.100	191.700	252.000	0,9%	23,1%	76,1%
Tirol	3.100	80.100	221.000	304.200	1,0%	26,3%	72,7%
Vorarlberg	900	52.700	96.600	150.200	0,6%	35,1%	64,3%

Q.: St.At. (VGR), DUK-Berechnungen.

Wie die **Entwicklung der realen Wertschöpfung** (Bruttoregionalprodukt – BRP) in Abbildung 45 zeigt, konnte Wien seit 1995 in seiner Wirtschaftsentwicklung nicht mit dem Schnitt mithalten. Während die Wertschöpfung in Österreich zwischen 1995 und 2007 um 28% stieg, erhöhte sie sich in Wien nur um 22%. Bei der **Wertschöpfung (BRP) je EinwohnerIn** ist Wien zwar weiterhin das erfolgreichste Bundesland, der positive Abstand gegenüber dem Österreich-Schnitt verringerte sich aber von 145% (1995) auf 133% (2007). Im Jahr 2007 belief sich das BRP/EinwohnerIn auf 43.300 Euro (Österreich-Durchschnitt 32.600 Euro).

Die Entwicklung der **Arbeitsproduktivität** (BRP je Erwerbstätigen) weist keine so große Streuung zwischen den Bundesländern auf wie die der Wertschöpfung. Wien hatte, wie Abbildung 46 zeigt, seit

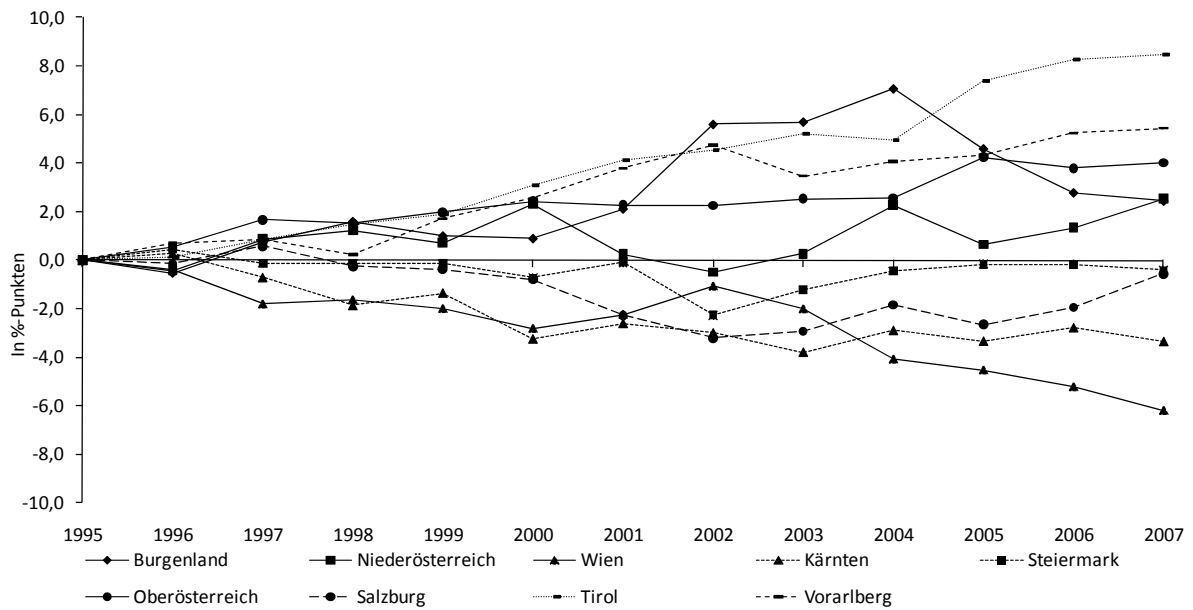
1995 eine unterdurchschnittliche Produktivitätsentwicklung. Die Produktivität je EWT lag aber 2007 weiterhin um 20% über dem Österreich-Schnitt (nach +23% 1995).

**Tabelle 10: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (ÖNACE 2008) in Wien im Vergleich zu Österreich 2009**

Wirtschaftszweige (ÖNACE2008)	Wien		Österreich	
	Absolut	In %	Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	724	0,1	18.084	0,6
Steine und Erden, Erdöl, Bergbau	331	0,0	5.609	0,2
Industrielle und gewerbliche Produktion	61.656	8,1	573.072	17,6
Bauwirtschaft	44.900	5,9	243.170	7,5
Energie, Wasser	7.662	1,0	40.372	1,2
Handel	109.784	14,5	518.059	15,9
Verkehr, Transport, Expressdienste	43.517	5,7	189.628	5,8
Beherbergung und Gastronomie	37.400	4,9	178.723	5,5
Verlagswesen, Herstellung/ Verleih von Filmen etc.	7.013	0,9	13.312	0,4
Rundfunkveranstalter	3.493	0,5	5.161	0,2
Telekommunikation	8.426	1,1	16.700	0,5
Dienstleistungen der Informationstechnologie	19.301	2,5	36.773	1,1
Erbringung von Finanzdienstleistungen	29.589	3,9	83.344	2,6
Versicherungen, damit verbundene Dienste	14.613	1,9	38.349	1,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	22.143	2,9	42.318	1,3
Rechts- und Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung	12.927	1,7	34.538	1,1
Verwaltung von Unternehmen und Betrieben	13.088	1,7	30.674	0,9
Architektur- und Ingenieurbüros etc.	10.597	1,4	40.957	1,3
Forschung und Entwicklung	3.984	0,5	9.035	0,3
Werbung und Marktforschung	6.840	0,9	15.134	0,5
Sonst. freiberufliche wissensch. Tätigkeit	2.507	0,3	6.036	0,2
Veterinärwesen	163	0,0	1.287	0,0
Vermietung von beweglichen Sachen	2.529	0,3	8.166	0,3
Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften	14.531	1,9	59.162	1,8
Reisebüros, Reiseveranstalter	3.261	0,4	10.700	0,3
Wach- und Sicherheitsdienste sowie Detekteien	3.066	0,4	8.358	0,3
Gebäudebetreuung; Garten- und Landschaftsbau	17.360	2,3	50.704	1,6
Wirtschaftl. Dienste für Unternehmen und Private	6.323	0,8	13.032	0,4
Öffentliche Verwaltung, Sozialversicherung	134.443	17,8	538.021	16,5
Erziehung und Unterricht	29.185	3,9	92.191	2,8
Gesundheitswesen	21.062	2,8	113.548	3,5
Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	6.376	0,8	28.098	0,9
Sozialwesen (ohne Heime)	16.524	2,2	64.734	2,0
Kreative, künstlerische Tätigkeiten	5.338	0,7	9.738	0,3
Bibliotheken, Archive, Museen, Gärten	2.491	0,3	4.557	0,1
Spiel-, Wett- und Lotteriewesen	3.053	0,4	6.700	0,2
Dienstleistungen Sport, Unterhaltung, Erholung	2.666	0,4	10.953	0,3
Interessenvertretungen (ohne Sozialwesen und Sport)	19.358	2,6	55.407	1,7
Reparatur Datenverarbeitungsgeräte, Gebrauchsgüter	845	0,1	2.214	0,1
Sonstige Dienstleistungen	7.385	1,0	36.787	1,1
Private Haushalte	678	0,1	3.247	0,1
<b>Summe</b>	<b>757.132</b>	<b>100,0</b>	<b>3.256.652</b>	<b>100,0</b>
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	635	0,1	653	0,0
Präsenzdiener	982	0,1	11.353	0,3
KUG-Bezieher	22.823	2,9	102.873	3,0
Sonstige	747	0,1	2.010	0,1
<b>Insgesamt inklusive PD, KUG, Exterr.</b>	<b>782.319</b>	<b>100,0</b>	<b>3.373.541</b>	<b>100,0</b>

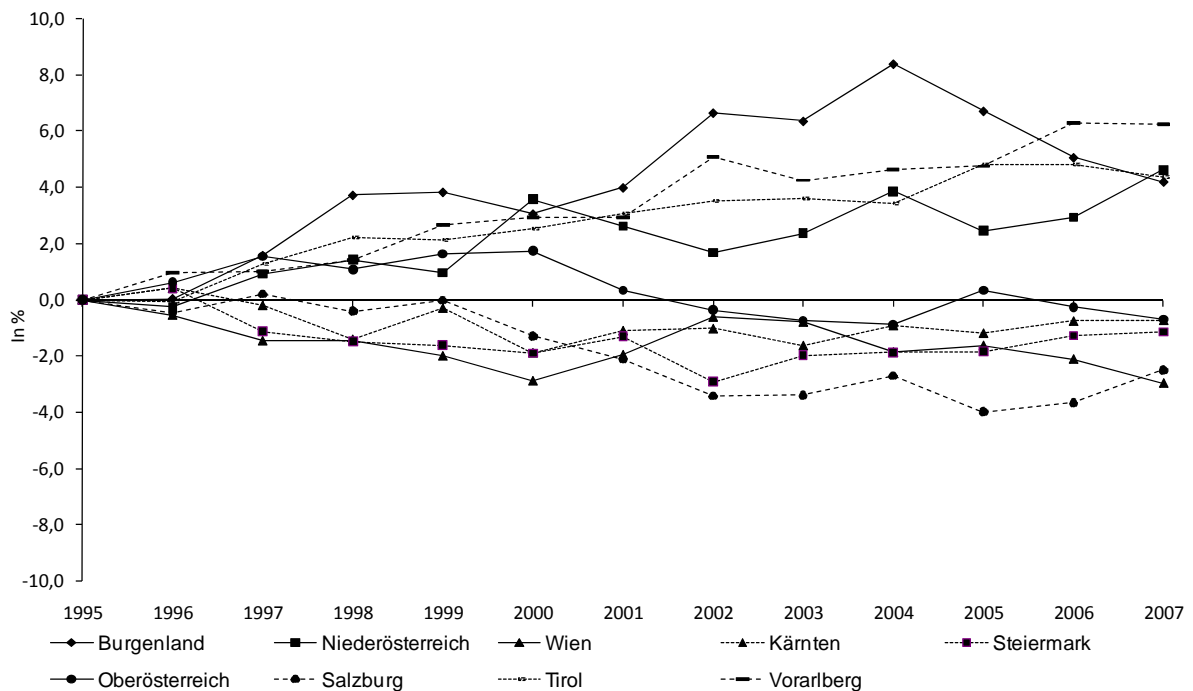
Q:BALLweb.

**Abbildung 45: Relative Wertschöpfungsdynamik in den österreichischen Bundesländern (Kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005)**



Q: St.At. (VGR), DUK-Berechnungen.

**Abbildung 46: Relative Produktivitätsentwicklung (Wertschöpfung je EWT zu konstanten Preisen) in den österreichischen Bundesländern (Kumuliertes Wachstumsdifferenzial zum Österreich-Durchschnitt, Preise 2005)**



Q: St.At. (VGR), DUK-Berechnungen.



#### **2.6.4. Die jüngere Arbeitsmarktentwicklung Wiens**

Die Ausführungen in diesem Kapitel beruhen auf Analysen der Daten aus der Arbeitsmarktdatenbank des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (zum Methodischen siehe Anhang). Für Wien stehen in dieser Datenbank keine Daten nach Gemeindebezirken zur Verfügung. Einzig der Bestand an Arbeitslosen kann nach Bezirken/Bezirksgruppen ausgewertet werden. Das heißt, die Analyse der Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarktsituation kann nur für Wien insgesamt durchgeführt werden, nicht aber bezirksspezifisch für Leopoldstadt.

Wien hat den größten Anteil an den in Österreich in der Privatwirtschaft Beschäftigten; im Jahr 2009 waren in Wien 23,6 % aller unselbständig Beschäftigten bzw. etwa 677.000 Personen beschäftigt (davon 327.000 weiblich, 350.000 männlich). Hinzu kamen mehr als 68.000 selbständig erwerbstätige Personen (etwa 24.000 Frauen und 44.000 Männer) – hier lag der Wien-Anteil bei 17,4 % und damit hinter Niederösterreich (20,1 %) an zweiter Stelle. Gemessen an den wohnhaft Beschäftigten liegt Wien gleich auf mit Niederösterreich, 19,6 % der unselbständig Beschäftigten, die in Österreich wohnen, leben in Wien.

Wien hat einen überdurchschnittlichen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in der Arbeitsbevölkerung (= Personen, die in Wien unselbständig beschäftigt sind): 2009 hatten in Wien 25,8 % einen Migrationshintergrund gegenüber 17,7 % im Österreich-Schnitt (Privatwirtschaft). Unter den wohnhaft Beschäftigten (= alle unselbständig Beschäftigten, die in Wien wohnen; inkl. öffentlicher Dienst) ist der MigrantInnenanteil mit 29,9 % noch höher und liegt damit fast doppelt so hoch wie im Österreich-Schnitt (inkl. öffentlicher Dienst) von 15,4 %.

Teilinformationen zu den PendlerInnenströmen lassen sich für Wien aus der PendlerInnenanalyse der Arbeiterkammer Niederösterreich (AK Niederösterreich 2005: 15) entnehmen: demnach pendelten etwa 25 % der in Niederösterreich wohnhaft Beschäftigten nach Wien aus, zirka 125.000 der 2004 in Wien unselbständig Beschäftigten stammten aus Niederösterreich. Umgekehrt arbeiteten 2004 etwa 50.000 WienerInnen in Niederösterreich. Auch die Anteile Wiens an der Arbeitsbevölkerung (23,4 %) gegenüber den wohnhaft Beschäftigten (19,6 %) weisen darauf hin, dass Wien einen positiven PendlerInnensaldo verzeichnet.

#### **Branchenstruktur der Beschäftigung in Wien**

Die Auswertung der unselbständig Beschäftigten nach Wirtschaftssektoren verdeutlicht für Wien die Bedeutung des Dienstleistungssektors – Männer wie Frauen haben im Vergleich zu Österreich überdurchschnittliche Beschäftigtenanteile im Dienstleistungssektor. Mehr als 90 % der Frauen und etwa drei Viertel der Männer waren in Wien in einem Dienstleistungsbetrieb beschäftigt. Im Österreich-Schnitt (in der Privatwirtschaft) hat dahingegen der Dienstleistungssektor vor allem bei den Männern einen geringeren Stellenwert – österreichweit waren 2009 etwa 57 % der Männer und 85 % der Frauen im Dienstleistungssektor unselbständig erwerbstätig. Unter den Migranten hat in Wien der Produktionssektor größere Bedeutung – 31 % arbeiteten in einem Betrieb des Produktionssektors (gegenüber 23 % der einheimischen in Wien beschäftigten Männer), im Österreich-Schnitt (in der Privatwirtschaft) zeigen sich keine großen Unterschiede. Bei den Frauen bestehen in Wien zwischen Migrantinnen und Nicht-Migrantinnen keine ausgeprägten Unterschiede.

**Tabelle 11: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Wien im Vergleich zu Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Arbeitsort)**

		Wien		Ö. Privatwirtschaft		Ö. insgesamt	
		Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Primärsektor	MH (1.Gen.)	0%	0%	1%	2%	1%	2%
	Ohne MH	0%	0%	0%	0%	0%	0%
	<b>Insgesamt</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>	<b>1%</b>	<b>1%</b>	<b>0%</b>	<b>1%</b>
Produktionssektor	MH (1.Gen.)	7%	31%	13%	42%	13%	41%
	Ohne MH	7%	23%	14%	43%	13%	38%
	<b>Insgesamt</b>	<b>7%</b>	<b>25%</b>	<b>14%</b>	<b>43%</b>	<b>13%</b>	<b>39%</b>
Dienstleistungssektor	MH (1.Gen.)	93%	69%	85%	56%	86%	57%
	Ohne MH	92%	76%	85%	57%	87%	61%
	<b>Insgesamt</b>	<b>92%</b>	<b>74%</b>	<b>85%</b>	<b>57%</b>	<b>87%</b>	<b>60%</b>

Anmerkung: Wien ohne öffentlicher Dienst.

Q: AMDB, DUK-Berechnungen.

Da bei der Auswertung nach Arbeitsort die öffentlich Bediensteten nicht enthalten sind, wurde auch die alternative Auswertung nach den in Wien/Österreich wohnhaften unselbständig Beschäftigten gemacht. Bei dieser Auswertung sind die Beschäftigten im öffentlichen Dienst enthalten. Hier zeigen sich keine großen Verschiebungen – in Wien dominiert der Dienstleistungssektor als Arbeitgeber, das gilt für die in Wien wohnhaften unselbständig beschäftigten MigrantInnen ebenso wie für Einheimische.

Zu den wichtigen Arbeitgebern zählen in Wien für Männer und Frauen die öffentliche Verwaltung, der Handel, die Gastronomie und das Beherbergungswesen sowie das Bank- und Versicherungswesen, für Männer ist außerdem die Bauwirtschaft ein wichtiger Arbeitgeber, für Frauen das Gesundheitswesen.

**Tabelle 12: Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Wien im Vergleich zu Österreich, Jahresdurchschnitt 2009, in Prozent (Auswertung nach Wohnort)**

		Wien		Österreich	
		Frauen	Männer	Frauen	Männer
Primärsektor	MH (1.Gen.)	0%	0%	1%	2%
	Ohne MH	0%	0%	0%	0%
	<b>Insgesamt</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>	<b>0%</b>	<b>1%</b>
Produktionssektor	MH (1.Gen.)	7%	31%	13%	42%
	Ohne MH	7%	18%	13%	38%
	<b>Insgesamt</b>	<b>7%</b>	<b>22%</b>	<b>13%</b>	<b>39%</b>
Dienstleistungssektor	MH (1.Gen.)	93%	69%	86%	57%
	Ohne MH	93%	82%	87%	61%
	<b>Insgesamt</b>	<b>93%</b>	<b>77%</b>	<b>87%</b>	<b>61%</b>

Q: AMDB, DUK-Berechnungen.

### Erwerbsintegration in Wien

Was die Erwerbsintegration betrifft, zeigen die berechneten Beschäftigungsquoten (Arbeitsbevölkerung bezogen auf Wohnbevölkerung) für Wien insgesamt eine über dem österreichischen Durchschnitt liegende Integration. So lag die Beschäftigungsquote für Frauen in Wien 2009 bei 56,3 % gegenüber 46,7 % im Österreich-Schnitt (ohne BVA-Versicherte), bei den Männern lag sie in Wien bei 63 % gegenüber 57,3 % im Österreich-Schnitt. Männer weisen eine

höhere Erwerbsintegration als Frauen auf. Personen mit Migrationshintergrund haben in Wien niedrigere Beschäftigungsquoten als Einheimische, im Österreich-Schnitt zeigen sich bei den Frauen mit/ohne Migrationshintergrund keine Unterschiede (46,6 % Migrantinnen, 46,7 % einheimische Frauen); unter den Männern liegen die Beschäftigungsquoten bei jenen mit Migrationshintergrund höher (63,6 % gegenüber 56 %).

Bezogen auf die wohnhaft Beschäftigten liegt Wien bei den Frauen im Österreich-Schnitt, bei den Männern ist Wien unterdurchschnittlich. Während 56,7 % der in Wien wohnenden Männer einer unselbständigen Beschäftigung nachgingen, waren es im Österreich-Schnitt 62,4 %, bei den Frauen waren es 51,2 % in Wien und 51,4 % im Österreich-Schnitt.

Wiederum zeigen sich bei den Frauen in Wien keine Unterschiede nach Migrationshintergrund; im Österreich-Schnitt ist die Beschäftigungsquote der Migrantinnen niedriger. Männer mit Migrationshintergrund haben in Wien und im Österreich-Schnitt eine niedrigere Beschäftigungsquote als Männer ohne Migrationshintergrund.

Die Differenzierung der Beschäftigten nach Migrationshintergrund zeigt, dass sich Wien von den beiden anderen Bundesländern, in denen Pilotregionen ausgewählt wurden (Niederösterreich und Tirol), unterscheidet. Während MigrantInnen in Niederösterreich und Tirol unter der Arbeitsbevölkerung höhere Beschäftigungsquoten aufweisen, liegen in Wien die Beschäftigungsquoten der Männer und Frauen mit Migrationshintergrund unter denen der Einheimischen. Welche Faktoren dafür verantwortlich sind, gilt es zu untersuchen; ein Grund könnte ein vergleichsweise hoher Schwarzarbeitsmarkt in Wien sein, insbesondere im Haushalt, wo Schwarzarbeit (Haushaltshilfen, Reinigungsarbeiten etc.) eher die Norm, denn die Ausnahme ist.

Beim zweiten Arbeitsmarktindikator, der Arbeitslosenquote, ist die Situation in Wien ähnlich wie in Niederösterreich und Tirol, dh. die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit ist bei Männern und Frauen mit Migrationshintergrund höher.

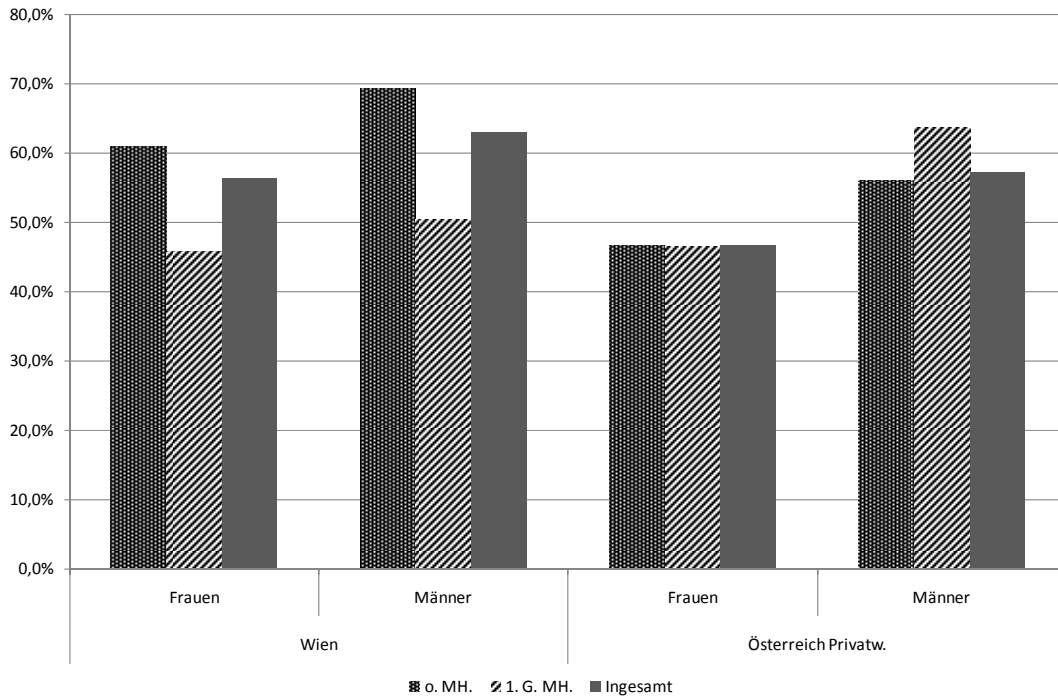
Die Arbeitslosenquote in Abbildung 24 wurde nach dem „traditionellen“ Berechnungsschema berechnet, das heißt sie stellt den Anteil der Arbeitslosen an den unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen dar; es gilt das Lebensunterhaltsprinzip (geringfügig Beschäftigte werden nicht berücksichtigt).<sup>20</sup>

Abbildung 24 zeigt die Situation im Jahr 2009, in dem die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise voll auf den Arbeitsmarkt durchschlugen: Waren 2008 im Österreich-Schnitt (Privatwirtschaft) 7,1 % der Männer und 7 % der Frauen als arbeitslos gemeldet, so erhöhte sich der Anteil bei den Männern auf 9,2 % 2009 und bei den Frauen auf 8 %. In Wien stieg die Arbeitslosenquote der Männer gegenüber 2008 von 10,5 % auf 11,8 %, jene der Frauen von 8 % auf 8,5 %. Im Österreich-Schnitt weisen Männer und Frauen ähnlich hohe Arbeitslosenquoten auf, in Wien hingegen ist die Betroffenheit unter den Männern höher.

---

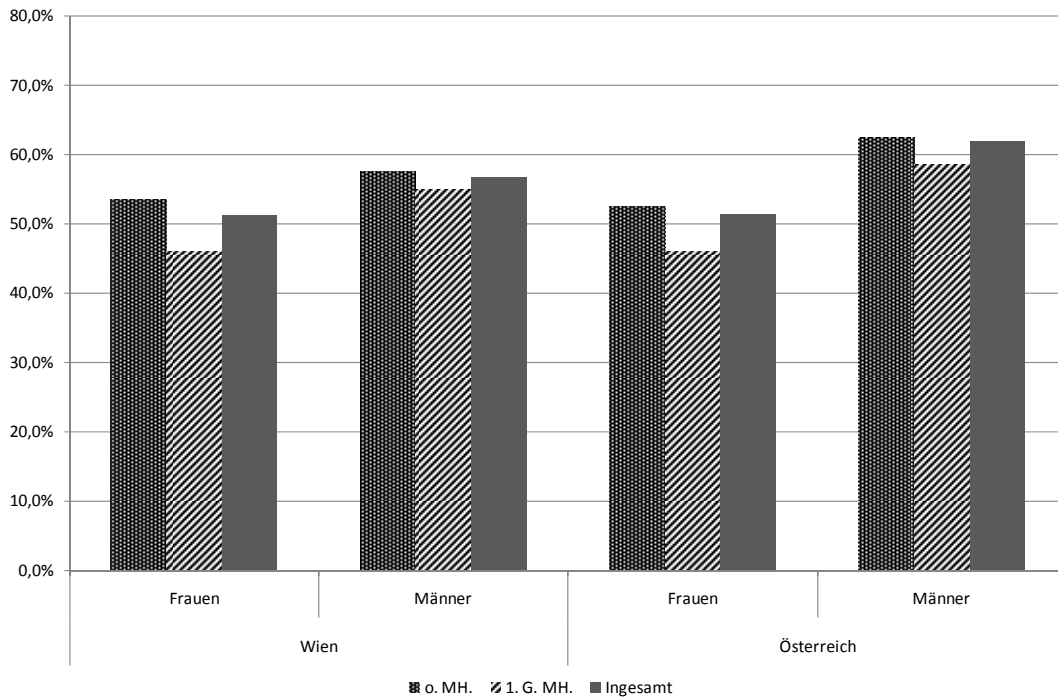
<sup>20</sup> Wiederholt wird darauf hingewiesen, dass die über die BVA-Versicherten nicht in der Zahl der unselbständig Beschäftigten enthalten sind.

**Abbildung 47: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich (alle ohne öffentlich Bedienstete), nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Arbeitsort)**



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

**Abbildung 48: Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009 (unselbständig Beschäftigte am Wohnort)**

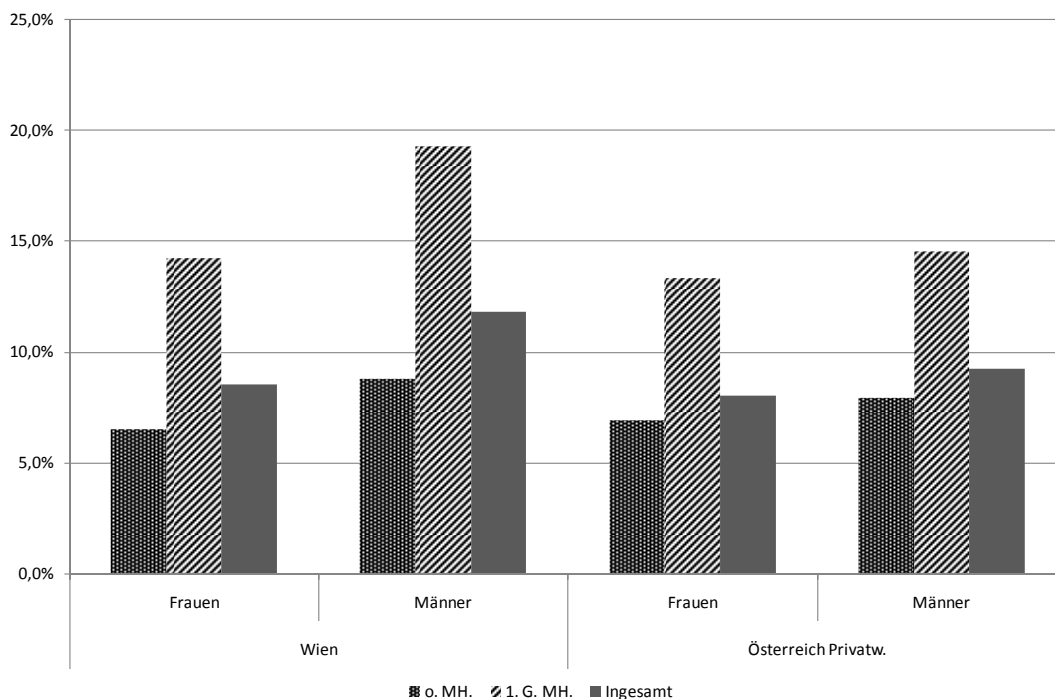


Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

Wie im Österreich-Schnitt haben Männer und Frauen mit Migrationshintergrund auch in Wien die höheren Arbeitslosenquoten. So lag die Arbeitslosenquote der Männer mit Migrationshintergrund in Wien 2009 bei 19,2 % (ohne Migrationshintergrund: 8,8 %), jene der Frauen mit Migrationshintergrund bei 14,2 % (ohne Migrationshintergrund: 6,5 %).

Die Arbeitslosenquoten in Wien liegen 2009, wie Abbildung 49 veranschaulicht, in allen Gruppen – außer den Frauen ohne Migrationshintergrund – über den Österreichdurchschnitten.

**Abbildung 49: Arbeitslosenquote in der Altersgruppe 15-64 in Wien und Österreich, nach Geschlecht und Migrationshintergrund, Jahresdurchschnitt 2009**



Q.: AMDB, DUK-Berechnungen.

### Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe<sup>21</sup>

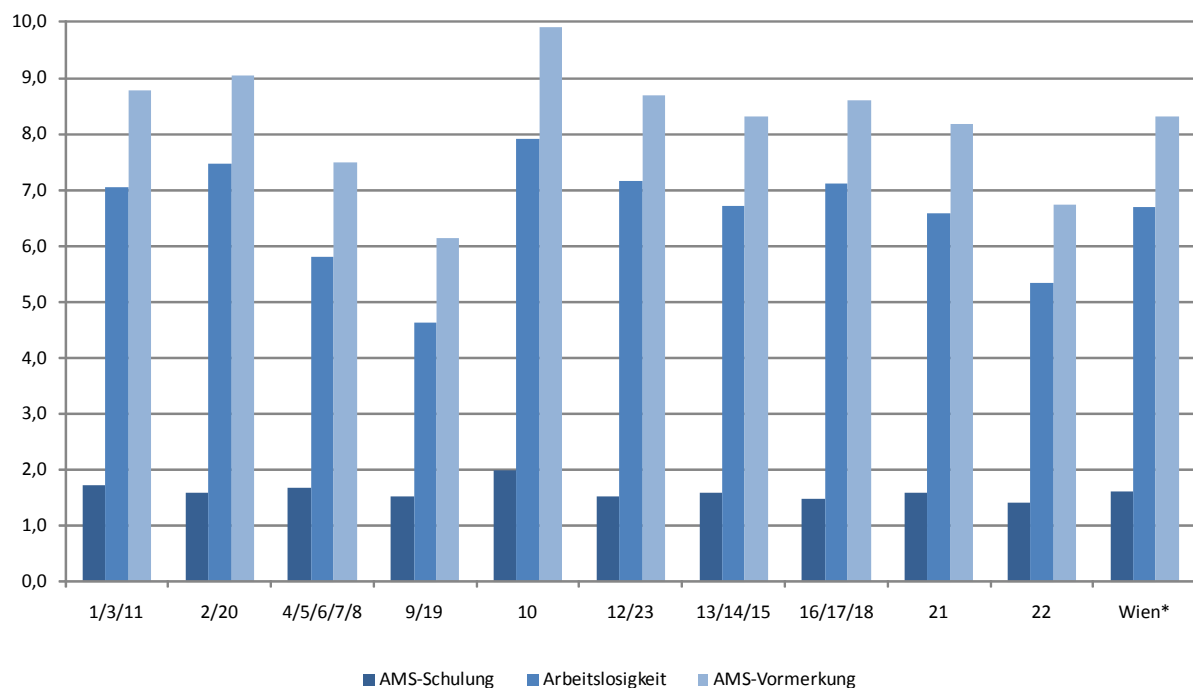
Ende September 2009 waren in Wien 75.300 Personen zwischen 15 und 64 als arbeitslos registriert. Davon hatten 45,6% einen Migrationshintergrund, im Wesentlichen Personen der 1. Generation. Im 2. und 20. Bezirk wurden in Summe 8.400 Arbeitslose registriert; das waren 11,2% aller Arbeitslosen Wiens. Der Anteil dieser beiden Bezirke an der Arbeitslosigkeit der Personen mit Migrationshintergrund war mit 4.500 oder 13 % aller Arbeitslosen mit Migrationshintergrund etwas höher als der Anteil unter Personen ohne Migrationshintergrund (9,6%). Das heißt, dass Personen mit Migrationshintergrund im 2./20. Bezirk relativ zum Wiener Schnitt stärker von Arbeitslosigkeit

<sup>21</sup> Die Ausführungen beruhen auf einer Sonderauswertung der Sozialhilfedaten und der Arbeitslosendaten im September 2009, MA 40 – AMS Wien.

betroffen sind als Personen ohne Migrationshintergrund. Der Anteil des 2./20. Bezirks an den Wiener Arbeitslosen mit Migrationshintergrund ist bei Männern etwas höher als bei Frauen (13,5% gegenüber 12,4%).

Zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen befanden sich in Wien im September 2009 22.800 Personen (+30%) in einer AMS-Schulungsmaßnahme. Im 2./20.Bezirk lag der Anteil mit 21% (1.800) etwas darunter. Wie aus Abbildung 50 ersichtlich ist, befindet sich der 2./20. Bezirk bei den Arbeitslosenanteilen, gemessen an der Bevölkerung, an zweiter Stelle hinter dem 10. Bezirk. Bei den SchulungsteilnehmerInnen liegt der 2./20. Bezirk nahe am Wien-Schnitt.

**Abbildung 50: Anteil der AMS-SchulungsteilnehmerInnen, der Arbeitslosen und der beim AMS Vorgemerkten an der Bevölkerung 21-64 nach regionalen Geschäftsstellen des AMS in Wien in % (September 2009)**



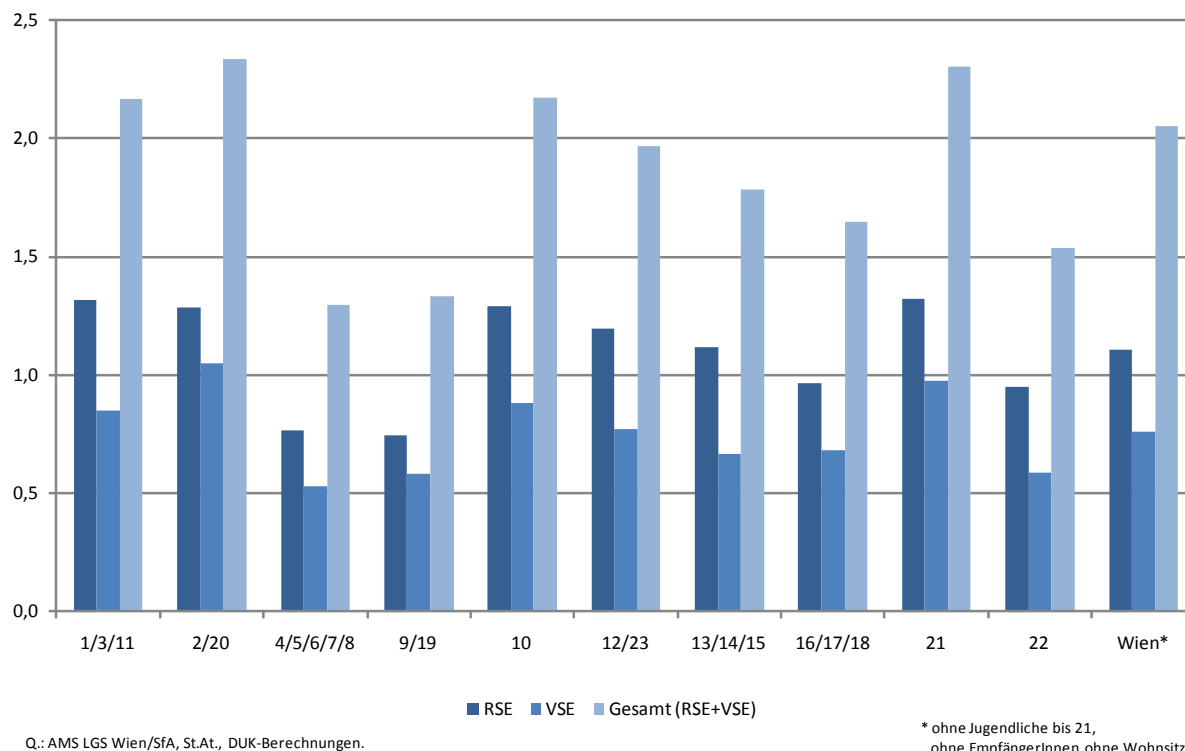
Q.: AMDB, St.At., DUK-Berechnungen.

\* ohne AMS-Geschäftsstelle Jugendliche

Eine Sonderauswertung der Sozialhilfedaten (arbeitsfähige VollsozialhilfebezieherInnen (VSE), Richtsatzergänzungen (RSE) und sonst. Angehörige (SON)) soll zeigen, in welchem Maße Arbeitslose LeistungsbezieherInnen am unteren Einkommensspektrum leben und daher zusätzlich Sozialhilfe beziehen (RSE), und in welchem Maße sie ausschließlich von der Sozialhilfe leben. Diese Information gibt Aufschluss darüber, wie groß die verarmte Reserve an Arbeitskräften ist, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht und besondere Hilfestellung bei der Integration braucht. Dieser Auswertung (Stand: September 2009) zufolge bezogen im 2. Bezirk knapp 700 arbeitsfähige Personen Vollsozialhilfe. Weitere 756 hatten einen AMS-Bezug mit Richtsatzergänzung, also zusätzlichem Sozialhilfebezug, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können. Der Anteil der SozialhilfebezieherInnen (RSE plus VSE) an der Bevölkerung (15-64), der in Wien im Schnitt bei 1,8% lag, war im 2. Bezirk etwas höher und lag im September 2009 bei 2,2%. Unter Jugendlichen (RSE plus VSE) lag der Anteil im 2. Bezirk etwa im Schnitt Wiens mit 0,9 % an der 15-21 Jährigen Bevölkerung.

Aus Abbildung 51 ist ersichtlich, dass die Region des 2./20. Bezirks besondere Integrationsprobleme von Personen mit einfachen Qualifikationen hat. Das sieht man daran, dass der Anteil von arbeitsfähigen Personen, die VollsozialhilfebezieherInnen (VSE) sind, in dieser Region von allen Regionen Wiens am höchsten ist, gefolgt vom 21. und 10. Bezirk.

**Abbildung 51: Anteil der arbeitsfähigen VollsozialhilfebezieherInnen und Richtsatzergänzungen in Wien in % der Bevölkerung zwischen 21 und 64 Jahren nach regionalen Geschäftsstellen des AMS in Wien (September 2009)**



## 2.7. Zusammenfassung

Wien ist, wie jede Großstadt, mit mehr als 80 % aller Beschäftigten vom Dienstleistungssektor geprägt. Überdurchschnittliche Beschäftigtenanteile verzeichnet Wien in den Wirtschaftszweigen Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung und Sozialversicherung, Handel und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern, im Finanz- und Versicherungswesen, im Informations- und Kommunikationssektor sowie in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen. Unterdurchschnittlich ist der Beschäftigungsanteil im industriell-gewerblichen Bereich (8,1 % gegenüber 15,9% in Österreich). Auch im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen hat Wien keine höheren Beschäftigungsanteile als der Schnitt Österreichs, wohl nicht zuletzt wegen der großen Bedeutung der Schwarzarbeit in vielen dieser Tätigkeiten.

Wien-Leopoldstadt hat zusammen mit dem 20. Bezirk den höchsten Migrationsanteil, gefolgt vom 5. Bezirk und den Gürtelbezirken 15., 16. und 17. In diesen Bezirken liegt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund über 50%. Leopoldstadt gewinnt EinwohnerInnen durch Zuwanderung aus dem Ausland, Einheimische wandern ab. Beim 2. Bezirk ist die Migrationsbevölkerung stark heterogen im Gegensatz zu den anderen Bezirken, die starke ethnisch-kulturelle und religiöse

Konzentrationen aufweisen. Die Bevölkerung ist im Schnitt jung, vor allem aber wegen einem überdurchschnittlich hohen Anteil der Bevölkerungen im erwerbsfähigen Alter (und weniger über 65 und unter 15-Jährigen). Die wichtigsten Herkunftsregionen der MigrantInnen sind das ehemalige Jugoslawien, die EU-12-Mitgliedsländer und die Türkei. Der Bildungsgrad der Bevölkerung liegt in Leopoldstadt unter dem Wiens, vor allem der der Frauen, wobei der Anteil der Personen mit Hilfsarbeiterqualifikation besonders hoch ist. Vor allem Personen mit Migrationshintergrund haben hohe Arbeitslosenquoten, und zwar Männer und Frauen. Dies dürfte zum Teil auf das geringe Bildungsniveau zurückzuführen sein und die geringe Kapazität Wiens, Jobs für einfache Qualifikationen zu schaffen.

Stärken und Schwächen der Region:

- Leopoldstadt ist gekennzeichnet durch hohe Wertschöpfung im marktwirtschaftlich orientierten Produktions- und Dienstleistungssektor, sowie in der öffentlichen Verwaltung, in Wissenschaft und Forschung.
- Die Beschäftigungsintensität in einfachen Berufen und Tätigkeiten, vor allem auch im den personenbezogenen Dienstleistungen außer Handel und Reinigungsdienste, ist gering.
- Der Anteil von MigrantInnen mit geringem Bildungsgrad ist sehr hoch, daher ist die Beschäftigungsquote zum Teil gering, aber die Arbeitslosenquote hoch.
- Der Anteil von Menschen am Rand des Arbeitsmarktes gemessen an SozialhilfebezieherInnen ist besonders hoch.
- Es zeigt sich eine polarisierte Bildungsstruktur der Bevölkerung (Aushöhlung der Mitte, vor allem unter MigrantInnen).

### **3. Beschäftigung und Wohlfahrtsmodelle im internationalen Vergleich**

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit der konjunkturellen und strukturellen Beschäftigungslage von Männern und Frauen im europäischen Vergleich. Der Überblick basiert auf Daten von Eurostat zur Erwerbsintegration. Es werden die Erwerbs-, Beschäftigungs- und Arbeitslosenquoten in den EU-Mitgliedstaaten verglichen, und zwar differenziert nach Geschlecht, breiten Altersgruppen und Herkunft (InländerInnen, EU-BürgerInnen, Drittstaatsangehörige). Im EU-Vergleich ist die durchschnittliche Geschlechterzusammensetzung der Migrationsbevölkerung mehr oder weniger ausgewogen (OECD 2008). Zu beachten ist aber, dass die Integrationschancen ins Erwerbsleben in hohem Maße von dem Einwanderungsstatus der MigrantInnen abhängig sind, aus dem sich die allfälligen Rechte auf den Zugang zum Arbeitsmarkt ableiten. Für Frauen bieten sich, abhängig vom sozialen Organisations- und Wohlfahrtsmodell sowie wirtschaftlichen Entwicklungsstand, unterschiedliche Erwerbschancen. Dieses Muster wirkt sich auch auf die Erwerbsaussichten der Frauen mit Migrationshintergrund aus.

#### **3.1. Erwerbsquote**

Die Erwerbsquote ist ein Maß für die Arbeitsmarktintegration der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und wird definiert als Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) an der Bevölkerung derselben Altersgruppe.



Der Vergleich der Erwerbsquoten in den EU-27 zeigt ausgeprägte Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund. Diese Unterschiede ergeben sich aus dem Zusammenwirken von institutionellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Sozialsystem, Aus-/Bildungssystem, Wirtschaftsstruktur und -dynamik) ebenso wie aus einer unterschiedlichen Zuwanderungsstruktur und -dynamik.

Besonders ausgeprägt sind die Unterschiede der Erwerbsintegration nach Geschlecht und Alter. Eine zusätzliche Differenzierung erfahren die Unterschiede bei Berücksichtigung des Herkunftslands. In dem Zusammenhang ist zu bedenken, dass einerseits unterschiedliche Einwanderungsbestimmungen andererseits unterschiedliche Migrationsmodelle Abweichungen im Niveau und der Zusammensetzung der MigrantInnen nach ethnisch-kulturellem Hintergrund, Qualifikationsstruktur und sprachlicher Kompetenz in den diversen EU-MS zur Folge haben. Da die Erwerbsintegration mit dem Bildungsgrad steigt, erklärt die unterschiedliche Qualifikationsstruktur der Zuwanderer auch Unterschiede im Einbindungsgrad der Personen mit Migrationshintergrund ins Erwerbsleben.

Tabelle 13 gibt einen ersten Überblick über die Erwerbsquoten der Männer in der EU-27 und zeigt ausgeprägte Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten.

Im EU-27-Durchschnitt lag die Erwerbsquote der Männer 2008 bei 78 %, in den EU-15-Ländern bei 79,6 %. Im europäischen Vergleich zählt Österreich zu den Ländern mit hoher Erwerbsquote (2008 81,4 %), wobei die Niederlande (85,3 %), Dänemark (84,4 %) und Großbritannien (82,4 %) die höchsten Erwerbsquoten aufweisen. Zu den Ländern mit den niedrigsten Erwerbsquoten zählen Ungarn (68,3 %), Rumänien (70,6 %) und Polen (70,9 %).

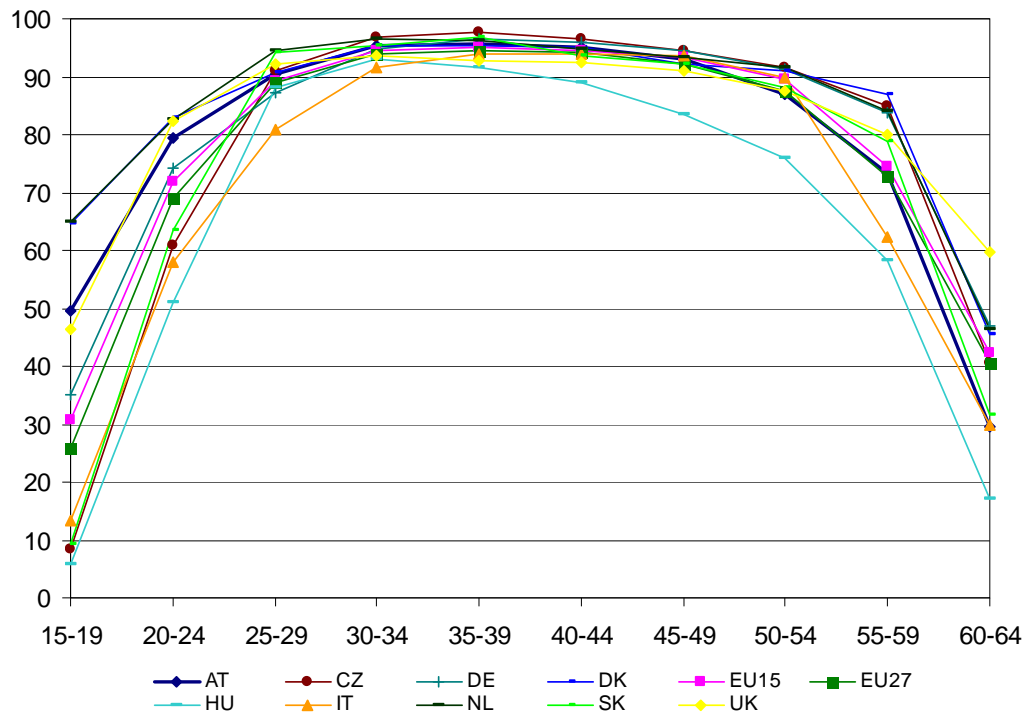
**Tabelle 13: Erwerbsquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft**

	Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats- angehörige		Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats- angehörige
<b>EU-27</b>	<b>78,0</b>	<b>77,6</b>	<b>84,7</b>	<b>81,3</b>	LT	71,4	71,4	:	:
<b>EU-15</b>	<b>79,6</b>	<b>79,3</b>	<b>84,7</b>	<b>81,3</b>	LU	74,7	70,9	80,2	69,3
BE	73,3	73,1	76,5	74,1	HU	68,3	68,1	85,3	80,9
BG	72,5	72,6	:	:	MT	76,9	76,9	:	:
CZ	78,1	78,0	86,0	86,8	NL	85,3	85,5	87,1	76,2
DK	84,4	84,9	89,2	73,2	<b>AT</b>	<b>81,4</b>	<b>81,4</b>	<b>86,0</b>	<b>79,0</b>
DE	82,1	82,6	83,6	75,6	PL	70,9	70,9	89,0 (u)	68,4 (u)
EE	78,3	76,9	:	83,8	PT	79,5	79,1	89,6	88,5
IE	80,7	79,6	:	:	RO	70,6	70,6	:	75,6 (u)
GR	79,1	78,1	81,0	92,5	SI	75,8	75,5	:	91,6 (u)
ES	81,8	80,8	87,6	87,4	SK	76,4	76,3	:	:
FR	75,0	74,9	77,4	75,9	FI	77,9	77,9	87,1	76,0
IT	74,4	73,6	87,0	87,2	SE	81,7	81,9	81,5	76,0
CY	82,0	82,8	86,2	63,4	UK	82,4	82,3	89,5	79,6
LV	78,6	78,6	:	78,1					

Anmerkung: „u“: unzuverlässige/ungewisse Daten, „-“: nicht verfügbar

Q.: Eurostat.

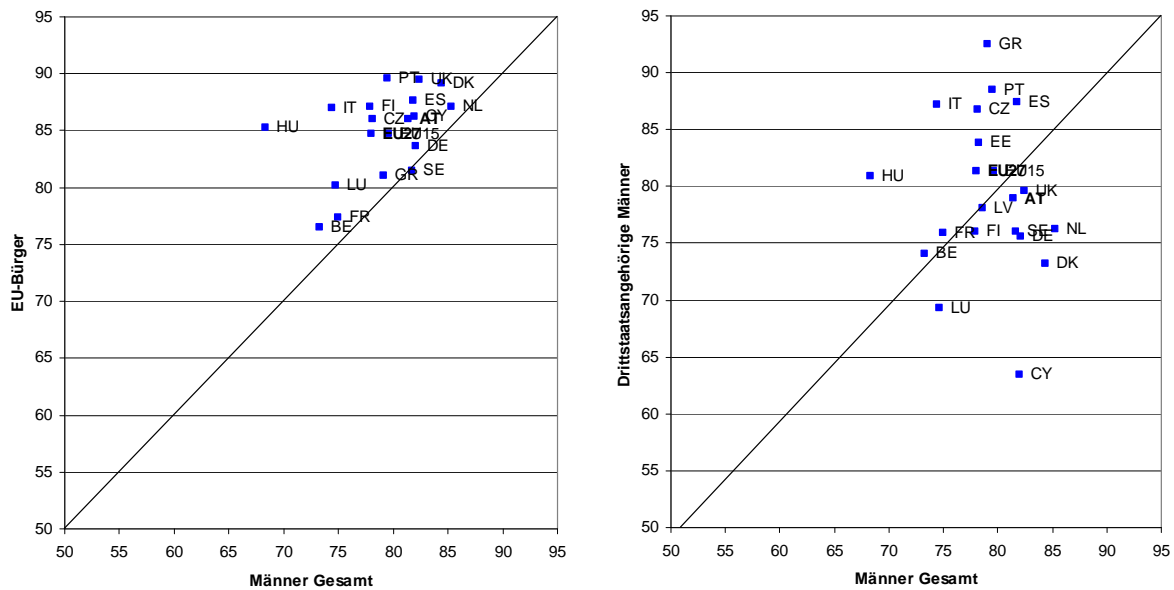
Abbildung 52: Erwerbsquoten der Männer nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten



Q.: Eurostat.

Nach **Altersgruppen** betrachtet nehmen die **Erwerbsquoten der Männer** einen ähnlichen Verlauf: Jüngere Männer (15-24) haben niedrigere aber ansteigende Erwerbsquoten, im mittleren Alter (25-49) sind die Erwerbsquoten hoch, im höheren Alter nehmen sie wieder ab (50-59) bzw. bewegen sich auf niedrigem Niveau (60-64). Zwischen den Mitgliedstaaten bestehen allerdings erhebliche Unterschiede (Abbildung 52). Während etwa die Erwerbsquote bei den 15-19jährigen Männern in Österreich 49,5 % beträgt, haben Österreichs Nachbarländer Tschechien (8,4 %), Slowakei (9,3 %) und Ungarn (5,7 %) bzw. in Deutschland (35 %) und Italien (13,4 %) teils deutlich niedrigere Quoten. Der Durchschnitt der EU-27 liegt bei 25,9 %, jener der EU-15 bei 30,6 %. Diese Unterschiede nehmen in der Gruppe der 20-24jährigen Männer ab und bewegen sich in der genannten Ländergruppe zwischen 50,9 % (Ungarn) und 79,3 % (Österreich). Im mittleren Alter, vor allem in der Altersgruppe 30-44, sind die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten weniger ausgeprägt. Hingegen bestehen in den Erwerbsquoten der älteren Männer, vor allem in der Altersgruppe der 60-64jährigen, markante Unterschiede. Im EU-27-Durchschnitt sind 40,7 % der 60-64jährigen Männer ins Erwerbsleben integriert (EU-15 42,2 %), dahingegen liegt die Erwerbsquote dieser Altersgruppe in Österreich bei lediglich 29,5 %. Auch in der Slowakei (31,5 %), Italien (30 %) und Ungarn (17,2 %) ist die Erwerbsintegration der 60-64jährigen unterdurchschnittlich, höhere Erwerbsquoten haben Deutschland (46,9 %), die Niederlande (46,3 %) und Großbritannien (59,7 %).

**Abbildung 53: Erwerbsquoten der EU-Bürger (EU-27) bzw. drittstaatsangehörigen Männer gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2008**



Q.: Eurostat.

Ein interessantes Bild bietet die Differenzierung der Erwerbsquoten nach Herkunft. In Abbildung 53 werden die Erwerbsquoten der EU-Bürger bzw. der drittstaatsangehörigen Männer dem Gesamtdurchschnitt gegenüber gestellt. In den Ländern, die über der 45°-Grad-Geraden liegen, haben die EU-Bürger bzw. die drittstaatsangehörigen Männer eine höhere, die darunter eine niedrigere Erwerbsquote als der Gesamtdurchschnitt der Männer. Die Abbildung 53 zeigt auch, dass in allen abgebildeten<sup>22</sup> EU-Mitgliedstaaten (außer Schweden, dort liegen die EU-Bürger beim Gesamtdurchschnitt) die EU-Bürger eine höhere Erwerbsquote als der Gesamtdurchschnitt der Männer aufweisen. Die größten Unterschiede (mehr als 10 Prozentpunkte) bestehen in Ungarn, Italien und Portugal. **Im EU-27-Durchschnitt beträgt die Erwerbsquote der EU-Bürger 84,7 %, die der Männer insgesamt 78 %.** Die Quoten für Österreich bewegen sich über diesen Durchschnitten (Männer insgesamt 81,4 %, EU-Bürger 86 %). Bei den Erwerbsquoten der drittstaatsangehörigen Männer ist das Bild dreigeteilt<sup>23</sup>. In einigen Ländern ist ihre Erwerbsquote deutlich höher als der Gesamtdurchschnitt. **Im EU-27-Durchschnitt liegt die Erwerbsquote der drittstaatsangehörigen Männer bei 81,3 %.**

Die **Erwerbsquoten der Frauen** liegen deutlich unter jenen der Männer. Die durchschnittliche Frauenerwerbsquote in den EU-27 lag 2008 bei 63,9 % (Männer 78 %), in den EU-15 bei 65,5 % (Männer 79,6 %). Weit überdurchschnittliche Frauenerwerbsquoten weisen vor allem die nordischen Länder Dänemark (77,1 %), Schweden (76,9 %) und Finnland (73,9 %) auf. Österreich liegt mit einer Frauenerwerbsquote von 68,8 % im EU-27-Vergleich an zehnter Stelle. Die niedrigsten

<sup>22</sup> Für folgende Länder standen keine Daten über die Erwerbsquoten der EU-Bürger zur Verfügung: Bulgarien, Estland, Irland, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Polen.

<sup>23</sup> Für folgende Länder standen keine Daten über die Erwerbsquoten der Drittstaatsangehörigen zur Verfügung: Bulgarien, Irland, Litauen, Malta, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Polen.

Erwerbsquoten unter den Frauen haben Malta (40,6 %), Italien (51,6 %) sowie Ungarn (55 %), Griechenland (55,1 %) und Rumänien (55,2 %).

**Tabelle 14: Erwerbsquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft**

	Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27- Bürgerinnen	Drittstaats- angehörige		Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27- Bürgerinnen	Drittstaats- angehörige
EU-27	63,9	64,1	68,1	57,1	LT	65,5	65,5	:	:
EU-15	65,5	65,9	68,2	56,8	LU	58,7	54,2	65,7	46,3
BE	60,8	61,6	60,1	36,1	HU	55,0	55,0	54,3	65,5 (u)
BG	63,1	63,1	:	:	MT	40,1	40,0	:	:
CZ	61,0	61,0	66,7	66,1	NL	73,3	74,1	76,3	46,8
DK	77,1	78,1	77,4	59,1	AT	68,6	70,0	69,0	52,1
DE	70,8	72,6	67,2	49,6	PL	57,0	56,9	:	63,0 (u)
EE	70,1	69,6	:	72,9	PT	68,9	68,6	76,6	76,0
IE	63,1	62,4	:	:	RO	55,2	55,2	:	:
GR	55,1	55,1	58,0	53,9	SI	67,5	67,8	:	35,3 (u)
ES	63,2	62,0	68,6	71,5	SK	61,3	61,3	:	:
FR	65,9	66,6	64,5	48,1	FI	73,9	74,2	78,8	55,9
IT	51,6	51,0	66,5	57,1	SE	76,9	77,6	76,2	54,5
CY	65,7	63,1	70,8	82,7	UK	69,4	69,9	72,8	56,3
LV	70,5	70,7	:	59,8					

Anmerkung: „u“: unzuverlässige/ungewisse Daten, „-“: nicht verfügbar

Q.: Eurostat.

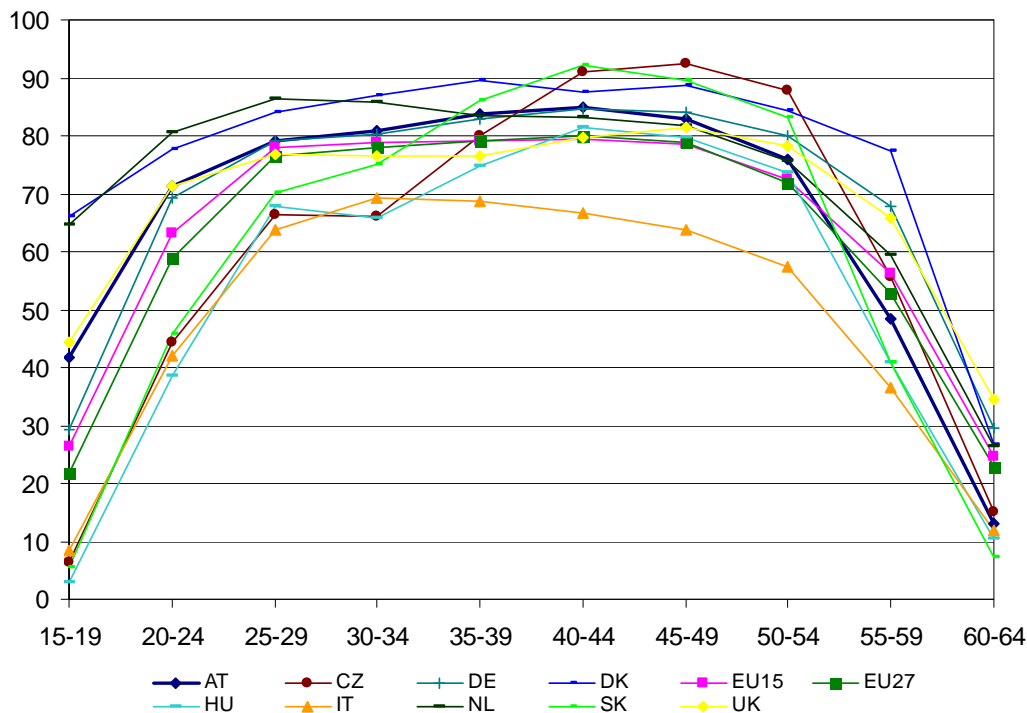
Im Vergleich zu den Männererwerbsquoten nach Alter ist das Muster der **Frauenerwerbsquoten nach Alter** weniger einheitlich. Zwar haben auch Frauen im mittleren Alter höhere Erwerbsquoten als im jüngeren bzw. höheren Alter, die Integration ins Erwerbsleben weist aber im Vergleich zu den Männern ein wesentlich breiteres länderspezifisches Spektrum auf. Weiters sind die Niveauunterschiede bei den Frauenerwerbsquoten zwischen den hier abgebildeten Ländern (Abbildung 54) größer als bei den Männererwerbsquoten derselben Länder (Abbildung 53).

Italien zählt innerhalb der EU-27 zu den Ländern mit der niedrigsten Frauenerwerbsquote, lediglich in Malta ist sie noch geringer. Bei Österreichs nordöstlichen Nachbarländern Tschechien, Slowakei und Ungarn ist die Schwankungsbreite der Frauenerwerbsquote im mittleren Alter ausgeprägter als in Deutschland, Österreich, den Niederlanden und Großbritannien. Während etwa die Erwerbsquote der 30-34jährigen Frauen in Österreich bei 81 %, bei den 35-39jährigen bei 83,9 % und 40-44jährigen bei 84,9 % liegt, bewegen sich diese beispielsweise in Tschechien bei 66 %, 80 % und 91 % und in der Slowakei bei 75,1 %, 86 % und 92,2 %. Auch bei den 55-59 bzw. 60-64jährigen Frauen bestehen ausgeprägte Unterschiede. Im EU-27-Durchschnitt lag die Erwerbsquote der 55-59jährigen Frauen 2008 bei 52,7 %, bei den 60-64jährigen bei 23 %. Die höchsten Erwerbsquoten verzeichnete dabei Schweden mit 80,6 % (50-59) bzw. 58,2 % (60-64), die niedrigsten Malta mit 20,8 % (55-59) bzw. die Slowakei mit 7,3 % (60-64). **Österreich liegt mit 48,5 % (55-59) bzw. 13,1 % (60-64) in beiden Altersgruppen unter dem EU-Durchschnitt.**

Auch nach Herkunft streuen die Frauenerwerbsquoten breiter. **Im EU-27-Durchschnitt beträgt die Erwerbsquote der EU-Bürgerinnen 68,1 % (Frauen insgesamt 63,9 %).** In den Ländern, in denen die Frauenerwerbsquote insgesamt hoch ist, sind auch jene der EU-Bürgerinnen am höchsten (Finnland, Dänemark, Schweden, Niederlande). In Österreich bewegt sich die Erwerbsquote der EU-Bürgerinnen (69 %) im Gesamtdurchschnitt (68,6 %). Beträchtliche Unterschiede, gegenüber dem Gesamtdurchschnitt und im Ländervergleich, bestehen bei der Erwerbsquote der drittstaatsangehörigen Frauen. Ihre Erwerbsbeteiligung liegt in vielen EU-Staaten deutlich unter dem

Gesamtdurchschnitt. Im EU-27-Durchschnitt beträgt die Erwerbsquote drittstaatsangehöriger Frauen 57,1 %, die österreichische mit 52,1% ist damit um 5 Prozentpunkte geringer als im Schnitt der EU-27.

Abbildung 54: Erwerbsquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten



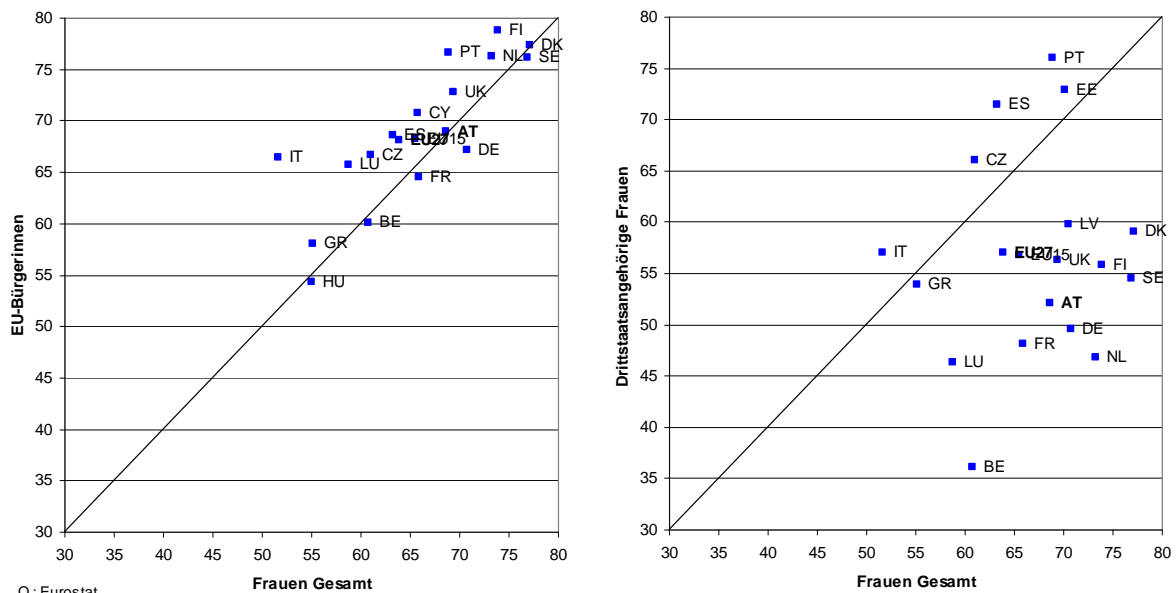
Q.: Eurostat.

Vor allem die Unterschiede in der Einbindung der Frauen ins Erwerbsleben sind vom jeweiligen Wohlfahrtsmodell abhängig. Nach Soysal (1994) besitzt jedes Land ein komplexes Institutionengefüge, aus dem sich Organisation und Struktur des sozioökonomischen Verhaltens der einheimischen Bevölkerung ableiten. Die vier wichtigsten europäischen Sozialmodelle – das nordische, das angelsächsische, das kontinentaleuropäische und das südeuropäische – unterscheiden sich hinsichtlich der Rolle und Gewichtung, die dem (Arbeits-)Markt, dem Staat und den Haushalten in der Güter- und Dienstleistungsproduktion zukommt. Länder, die durch Steueranreize oder Transferzahlungen einen großen Anteil an Arbeit – insbesondere im Bereich der Sozialdienstleistungen – auf die Haushalte übertragen (Kontinental- und Südeuropa), weisen eine niedrigere weibliche Erwerbsquote auf als solche, in denen der Staat (nordische Länder) oder der Privatsektor (angelsächsischer Raum) als Hauptanbieter dieser Güter und Dienstleistungen fungieren.

Während das Zuwanderungsmodell bestimmt, wer sich unter welchen Voraussetzungen niederlassen kann und den Zugang zum Arbeitsmarkt hat, bedingt das Wohlfahrtsmodell das Ausmaß der Dienstleistungen, die im formellen Sektor angeboten werden. Das Maß der Einbindung der Frauen im erwerbsfähigen Alter in das Erwerbsleben verringert sich von Nord nach Süd; gleichzeitig nimmt der Anteil des öffentlichen Sektors an der Gesamtbeschäftigung ab. Das angelsächsische Modell weicht davon tendenziell etwas ab, insofern als es eine vergleichsweise starke Arbeitsmarktintegration von Frauen aufzuweisen hat, obwohl der öffentliche Sektor wenig umfangreich ist. Dies ist auf die

Verlagerung von Haushaltsdienstleistungen auf den Privatsektor und auf gemeinnützige Einrichtungen zurückzuführen, während diese Aufgaben im nordischen Modell großteils vom öffentlichen Sektor übernommen werden.

**Abbildung 55: Erwerbsquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2008**



Q.: Eurostat.

Das Zusammenwirken der Einwanderungsmodelle und der Wohlfahrtsmodelle erklärt die unterschiedlichen Erwerbschancen von Migrantinnen in den diversen Ländern. Interessant ist, dass in Südeuropa (Portugal, Italien, Griechenland und Spanien) Drittstaatsangehörige eine höhere Erwerbsquote aufweisen als Inländerinnen. In diesen Ländern sind ‚sonstige‘ Frauen entweder höher qualifizierte Fachkräfte oder gezielt angeworben ("target worker"), wobei sie normalerweise befristete Beschäftigungsverträge haben, die kaum Zugang zu Sozialleistungen erlauben.

### 3.2. Beschäftigungsquote

Die Beschäftigungsquote wird definiert als Anteil der Erwerbstätigen (selbständig und unselbständig Beschäftigte) an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Das Muster der Beschäftigungsquote folgt dem der Erwerbsquote. In der Folge bestehen Unterschiede nach Alter, Geschlecht sowie Herkunft zwischen den einzelnen EU-Mitgliedstaaten, die sich aus dem Zusammenwirken unterschiedlicher Wohlfahrts-/Sozialmodelle und Einwanderungsmodelle ergeben. **Im EU-27-Durchschnitt lag die Beschäftigungsquote der Männer 2008 bei 72,8% (EU-15: 74,2%).** Wie bei den Erwerbsquoten weisen die Niederlande (83,2%) und Dänemark (81,9%) auch bei den Beschäftigungsquoten der Männer die höchsten Werte auf. Österreich nimmt mit 78,5 % im EU-27-Vergleich den vierten Rang ein. Die niedrigsten Quoten finden sich – wie bei den Erwerbsquoten – in Polen (66,3%), Rumänien (65,7%) und Ungarn (63%).

**Tabelle 15: Beschäftigungsquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft**

	Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats- angehörige		Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats- angehörige
EU-27	<b>72,8</b>	<b>72,8</b>	<b>78,4</b>	<b>70,1</b>	LT	67,1	67,0	:	:
EU-15	<b>74,2</b>	<b>74,3</b>	<b>78,3</b>	<b>70,0</b>	LU	71,5	69,4	76,5	44,1
BE	68,6	68,9	70,4	54,1	HU	63,0	62,9	80,6	78,5 (u)
BG	68,5	68,5	:	:	MT	72,5	72,5	:	:
CZ	75,4	75,3	85,2	83,0	NL	83,2	83,5	83,5	71,6
DK	81,9	82,6	85,2	66,0	<b>AT</b>	<b>78,5</b>	<b>78,9</b>	<b>81,8</b>	<b>71,7</b>
DE	75,9	77,0	76,9	62,3	PL	66,3	66,3	89,0 (u)	66,0 (u)
EE	73,6	73,1	:	75,6	PT	74,0	73,7	89,1	78,8
IE	74,9	74,0	:	:	RO	65,7	65,6	:	71,6 (u)
GR	75,0	74,0	78,0	88,5	SI	72,7	72,4	:	89,0 (u)
ES	73,5	73,7	75,5	71,1	SK	70,0	69,9	:	:
FR	69,8	70,0	72,5	62,7	FI	73,1	73,2	79,7	61,6
IT	70,3	69,5	83,0	81,5	SE	76,7	77,2	76,8	59,7
CY	79,2	80,6	80,9	58,5	UK	77,3	77,2	85,7	73,2
LV	72,1	72,0	:	74,1					

Anmerkung: „u“: unzuverlässige/ungewisse Daten, „-“: nicht verfügbar

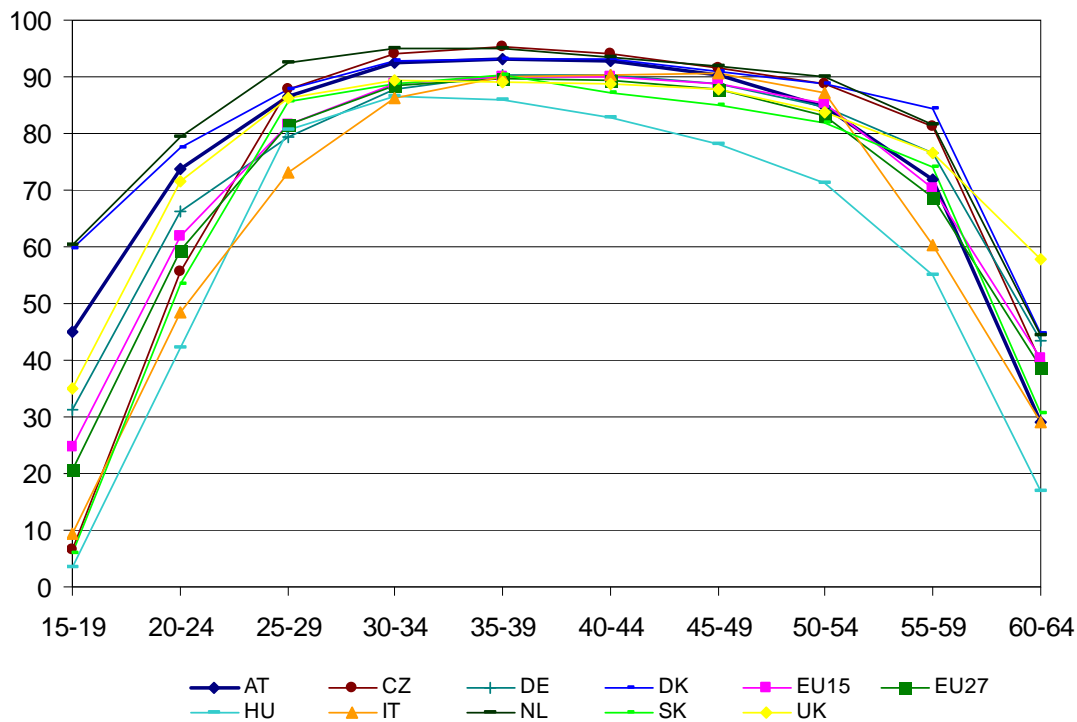
Q.: Eurostat.

**Nach Altersgruppen** betrachtet ähneln die Beschäftigungsquoten ebenso wie die Erwerbsquoten dem Bild eines Tafelbergs, d.h. die Beschäftigungsquoten steigen mit dem Alter, erreichen die höchsten Quoten im mittleren Alter und sinken wieder im Alter. Im Ländervergleich bestehen vor allem am unteren und oberen Ende des Altersspektrums Unterschiede in den Beschäftigungsquoten, nicht zuletzt eine Folge der unterschiedlichen Bildungs- und Pensionssysteme, die bestimmende Elemente eines jeden Sozialmodells sind.

Abbildung 56 zeigt die Beschäftigungsquoten der Männer nach Altersgruppen für ausgewählte Mitgliedstaaten. So sind beispielsweise in den Niederlanden deutlich mehr Jugendliche (15-19: 60,3 %, 20-24: 79,5 %) erwerbstätig als im EU-27-Durchschnitt (15-19: 20,7 %, 20-24: 59,4 %). Zwischen 25 und 54 Jahren liegen die Beschäftigungsquoten der Niederländer dann bei/über 90 % und sinken dann in der Altersgruppe der 55-59jährigen auf 81,6 % (gegenüber 68,7 % EU-27) und in der Altersgruppe der 60-64jährigen auf 44,5 % (EU-27 38,9 %) ab. Österreichs Beschäftigungsquoten der Männer liegen in den Altersgruppen 15-54 jeweils über dem EU-27-Durchschnitt (bzw. 15-49 über EU-15-Durchschnitt), jene der 60-64jährigen liegt mit 29,1 % unter dem EU-27-Schnitt von 38,9 % (bzw. EU-15 40,2 %).

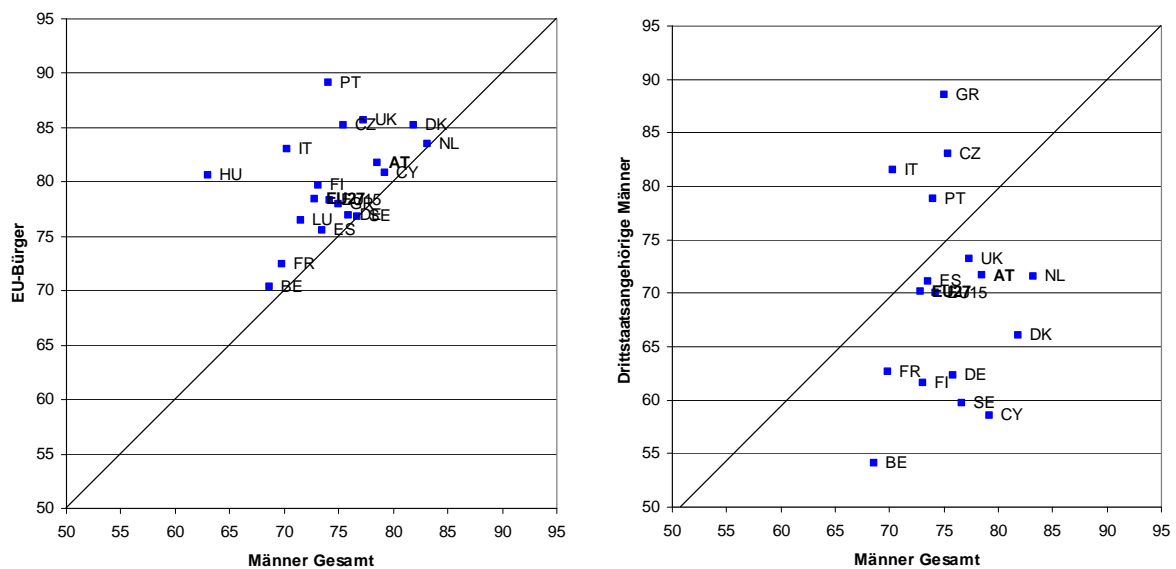
**Die Beschäftigungsquote der Männer liegt im Schnitt der EU-27 bei 72,8 %, jene der EU-Bürger ist mit 78,4% überdurchschnittlich, jene der drittstaatsangehörigen Männer mit 70,1% hingegen unterdurchschnittlich.** Abbildung 57 bietet wiederum eine Gegenüberstellung der Beschäftigungsquoten nach Herkunft. In Ländern über der Halbierungslinie haben die EU-Bürger/Drittstaatsangehörigen eine höhere Beschäftigungsquote als der Gesamtdurchschnitt. In Österreich liegen die Beschäftigungsquoten der EU-Bürger (81,8 %) über, jene der drittstaatsangehörigen Männer (71,7 %) unter dem Gesamtdurchschnitt von 78,5 %.

Abbildung 56: Beschäftigungsquoten der Männer nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten



Q.: Eurostat.

Abbildung 57: Beschäftigungsquoten der EU-Bürger (EU-27) bzw. Drittstaatsangehörigen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2008



Q.: Eurostat.

Die **Beschäftigungsquoten der Frauen** liegen hingegen in allen Mitgliedsländern unter denen der Männer (Tabelle 16). Während 2008 im EU-27-Durchschnitt 72,8 % (EU-15 74,2 %) der Männer im Alter von 15-64 Jahren selbständig oder unselbständig erwerbstätig waren, waren dies bei den Frauen nur 59,1 % (EU-15 60,4 %). Die höchsten Frauen-Beschäftigungsquoten haben Dänemark



(74,3 %), Schweden (71,8 %) und die Niederlande (71,1 %), am niedrigsten sind sie in Griechenland (48,7 %), Italien (47,2 %) und Malta (37,4 %). Österreich nimmt mit 65,8 % den sechsten Rang ein, hinter Dänemark, Schweden, Niederlande, Finnland und Estland.

**Tabelle 16: Beschäftigungsquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft**

	Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27- Bürgerinnen	Drittstaats- angehörige		Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27- Bürgerinnen	Drittstaats- angehörige
EU-27	59,1	59,6	61,3	48,3	LT	61,8	61,8	:	:
EU-15	60,4	61,1	61,4	47,9	LU	55,1	51,9	61,4	29,5
BE	56,2	57,3	53,6	25,9	HU	50,6	50,5	51,2	61,3 (u)
BG	59,5	59,5	:	:	MT	37,4	37,3	:	:
CZ	57,6	57,5	62,7	62,7	NL	71,1	72,0	72,9	42,0
DK	74,3	75,4	73,4	52,6	AT	65,8	67,4	64,4	47,3
DE	65,4	67,6	60,6	40,7	PL	52,4	52,4	:	61,4 (u)
EE	66,3	66,5	:	65,2	PT	62,5	62,3	69,7	66,1
IE	60,2	59,8	:	:	RO	52,5	52,5	:	:
GR	48,7	48,7	51,7	47,8	SI	64,2	64,5	:	28,4 (u)
ES	54,9	54,4	55,6	59,0	SK	54,6	54,6	:	:
FR	60,7	61,6	60,2	37,8	FI	69,0	69,3	71,3	42,6
IT	47,2	46,8	59,6	49,8	SE	71,8	72,8	69,4	41,7
CY	62,9	60,4	65,6	81,1	UK	65,8	66,5	68,6	50,8
LV	65,4	65,6	:	57,1					

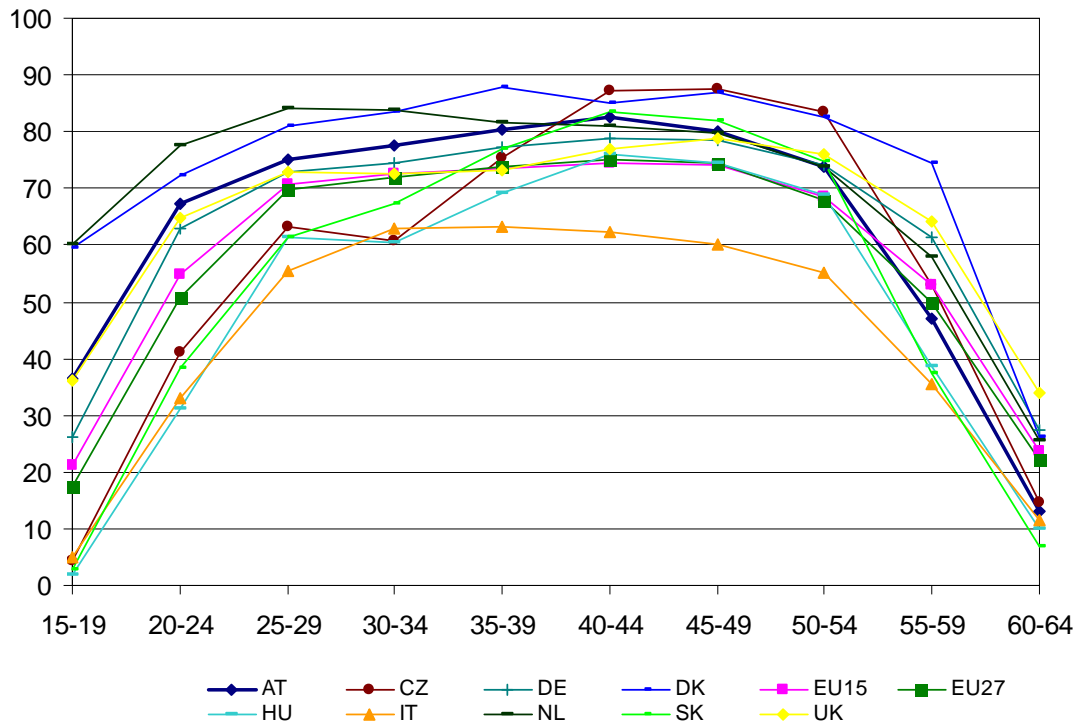
Anmerkung: „u“: unzuverlässige/ungewisse Daten, „-“: nicht verfügbar

Q.: Eurostat.

Im Vergleich zu den Männern ist bei den **Beschäftigungsquoten der Frauen nach Altersgruppen** das Bild weniger einheitlich (Abbildung 58). Zwar gilt auch für die Frauen, dass die Beschäftigungsquoten im jüngeren Alter zu- und im höheren Alter abnehmen, im mittleren Alter sind sie aber schwankender als bei den Männern. Während sich demnach die Beschäftigungsquoten der Männer im Alter von 30-54 generell auf hohem und stabilem Niveau befinden, steigen die Beschäftigungsquoten der Frauen in dieser Altersgruppe teils deutlich an, etwa in Tschechien von 60,9 % (30-34 Jahre) auf 75,4 % (35-39 Jahre) und 87,3 % (40-44 Jahre); ein ähnliches Bild zeigt sich für die Slowakei und Ungarn. Im EU-27-Vergleich haben in fast allen Mitgliedstaaten die Männer die höchsten Beschäftigungsquoten in den Altersgruppen 30-34 bzw. 35-39, im EU-27-Durchschnitt ist diese mit 89,8 % in der Altersgruppe 35-39 am höchsten. Bei den Frauen hingegen ist die Beschäftigungsquote im EU-27-Durchschnitt in der Altersgruppe 40-44 mit 75,2 % am höchsten. Abweichungen von diesem Muster, d.h. zwischen 30/34 und 44/49 zunehmende Beschäftigungsquoten, zeigen sich am deutlichsten in Spanien, Irland, Malta und in den Niederlanden. Dort sind die Beschäftigungsquoten der Frauen bereits zwischen 25 und 29 Jahren am höchsten und nehmen dann wieder ab. Österreichs Frauen-Beschäftigungsquoten folgen dem EU-27-Verlauf, d.h. bis zur Altersgruppe 40-44 zunehmende und dann wieder abnehmende Beschäftigungsquoten. In den Altersgruppen 15-54 liegen die österreichischen Frauen-Beschäftigungsquoten über und in den Altersgruppen 55-64 unter denen des EU-27-Durchschnitts.

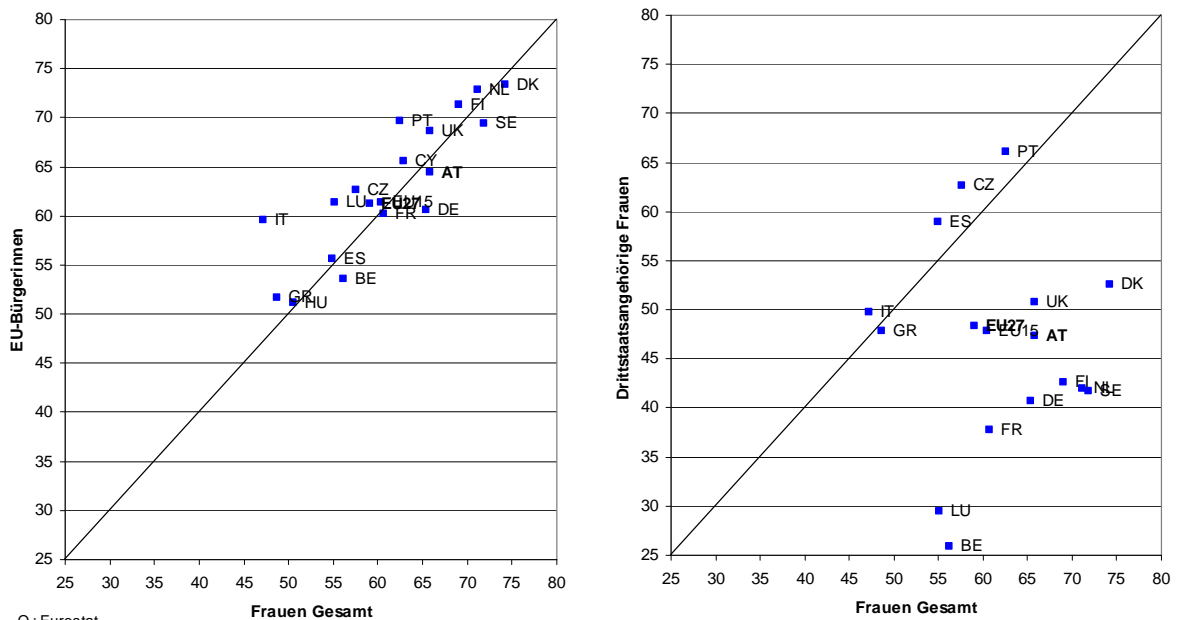
Wie aus Abbildung 59 ersichtlich, liegen die Beschäftigungsquoten der EU-Bürgerinnen, die in anderen EU-MS arbeiten, großteils im bzw. um den Gesamtdurchschnitt der Frauen in den jeweiligen EU-Aufnahmeländern. Die Beschäftigungsquoten der drittstaatsangehörigen Frauen liegen hingegen mehrheitlich deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt. **Während 2008 die Beschäftigungsquote der Frauen in der EU-27 insgesamt bei 59,1 % lag, betrug jene der EU-Bürgerinnen 61,3 % und jene der drittstaatsangehörigen Frauen 48,3 %.**

Abbildung 58: Beschäftigungsquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten



Q.: Eurostat.

Abbildung 59: Beschäftigungsquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2008



Q.: Eurostat.

### 3.3. Arbeitslosenquoten

Die diskutierten Erwerbs- und Beschäftigungsquoten stammen direkt von der Eurostat-Website, die Arbeitslosenquoten wurden selbst berechnet. Für die Berechnung wurde infolge der Lückenhaftigkeit der Arbeitslosendaten (keine Differenzierung in 5er-Altersgruppen und Herkunft) auf die Erwerbspersonen- und Erwerbstätigen-Daten von Eurostat zurückgegriffen. Aus diesen wurden die Arbeitslosenquoten nach Herkunft und Altersgruppen (5er-Altersgruppen) berechnet.<sup>24</sup> Die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat-Definition stellt den Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen dar.

Im Durchschnitt der EU-27 (wie auch der EU-15) lag die Arbeitslosenquote der Männer im Jahr 2008 bei 6,7 %; in den einzelnen Mitgliedstaaten bewegte sie sich zwischen 2,5 % (Niederlande) und 10,1 % (Spanien). Österreich zählt in der EU-27 zu den Ländern mit niedrigen Arbeitslosenquoten; die der Männer lag im Jahr 2008 bei 3,6 %.

**Tabelle 17: Arbeitslosenquoten der Männer (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft**

	Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats- angehörige		Männer gesamt	Inländer	EU-27-Bürger	Drittstaats- angehörige
EU-27	6,7	6,3	7,5	13,8	LT	6,1	6,2	:	:
EU-15	6,7	6,3	7,6	14,0	LU	4,2	2,1	4,5	:
BE	6,5	5,8	7,9	27,0	HU	7,7	7,7	5,3	:
BG	5,6	5,6	:	:	MT	5,7	5,7	:	:
CZ	3,5	3,5	1,0	4,1	NL	2,5	2,4	4,1	6,0
DK	3,1	2,8	4,3	9,9	AT	3,6	3,1	4,9	9,2
DE	7,5	6,8	8,1	17,7	PL	6,5	6,5	:	:
EE	5,9	4,9	:	9,8	PT	6,9	6,8	0,5	11,0
IE	7,2	7,1	:	:	RO	7,0	7,0	:	:
GR	5,1	5,2	3,9	4,4	SI	4,1	4,1	:	:
ES	10,1	8,8	13,9	18,8	SK	8,4	8,4	:	:
FR	6,9	6,5	6,4	17,6	FI	6,2	6,0	8,0	18,8
IT	5,6	5,6	4,6	6,4	SE	6,0	5,6	5,8	21,5
CY	3,3	2,8	6,1	8,0	UK	6,2	6,2	4,3	8,0
LV	8,3	8,3	:	5,3					

: wegen fehlender bzw. unzuverlässiger/ungewisser Daten nicht berechnet.

Q.: Eurostat.

Die Arbeitslosenquote hat gegenüber der Erwerbs- und Beschäftigungsquote ein umgekehrtes Altersprofil. Das heißt, in den jüngeren Altersgruppen sind die Arbeitslosenquoten (teils deutlich) höher als im mittleren Alter, im höheren Alter steigen sie (größtenteils) wieder an. **In Österreich lagen im Jahr 2008 die Arbeitslosenquoten der Männer in allen Altersgruppen unter dem EU-27- bzw. EU-15-Durchschnitt.**

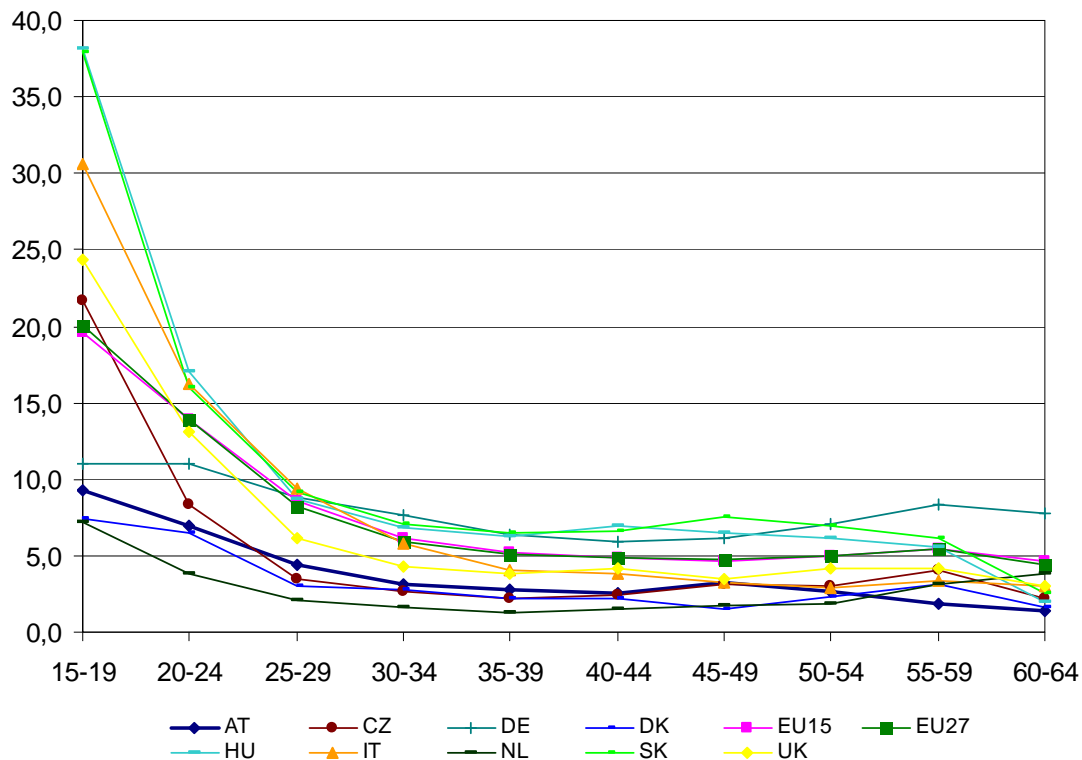
Abbildung 60 zeigt für ausgewählte Mitgliedstaaten die Arbeitslosenquote nach Alter. Die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit unterscheidet sich teils deutlich nach Herkunft (Nationalität).<sup>25</sup> Während sich die Arbeitslosenquoten der EU-Bürger größtenteils am/um den Gesamtdurchschnitt bewegen, liegen die Arbeitslosenquoten der drittstaatsangehörigen Männer in allen angeführten EU-

<sup>24</sup> Jene Eurostat-Daten, die dabei mit „unzuverlässig/ungewiss“ markiert waren, wurden bei den Berechnungen nicht berücksichtigt.

<sup>25</sup> Mangels Daten konnten nicht für alle 27 EU-Mitgliedstaaten Arbeitslosenquoten für die Gruppe der EU-Bürger bzw. drittstaatsangehörigen Männer berechnet werden.

Mitgliedstaaten (außer Griechenland) teils beträchtlich über dem Gesamtdurchschnitt – am ausgeprägtesten in Belgien, Schweden und Finnland. **In Österreich lagen 2008 die Arbeitslosenquoten der EU-Bürger (4,9 %) und drittstaatsangehörigen Männer (9,2 %) über dem Gesamtdurchschnitt (3,6 %), jene der Drittstaatsangehörigen sind annähernd drei mal so hoch wie jene der Inländer (3,1 %).** Im EU-27-Durchschnitt lag die Arbeitslosenquote der Männer insgesamt bei 6,7 %, jene der Inländer bei 6,3 %, die der EU-Bürger bei 7,5 % und die der drittstaatsangehörigen Männer bei 13,8 %.

Abbildung 60: Arbeitslosenquoten der Männer nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten

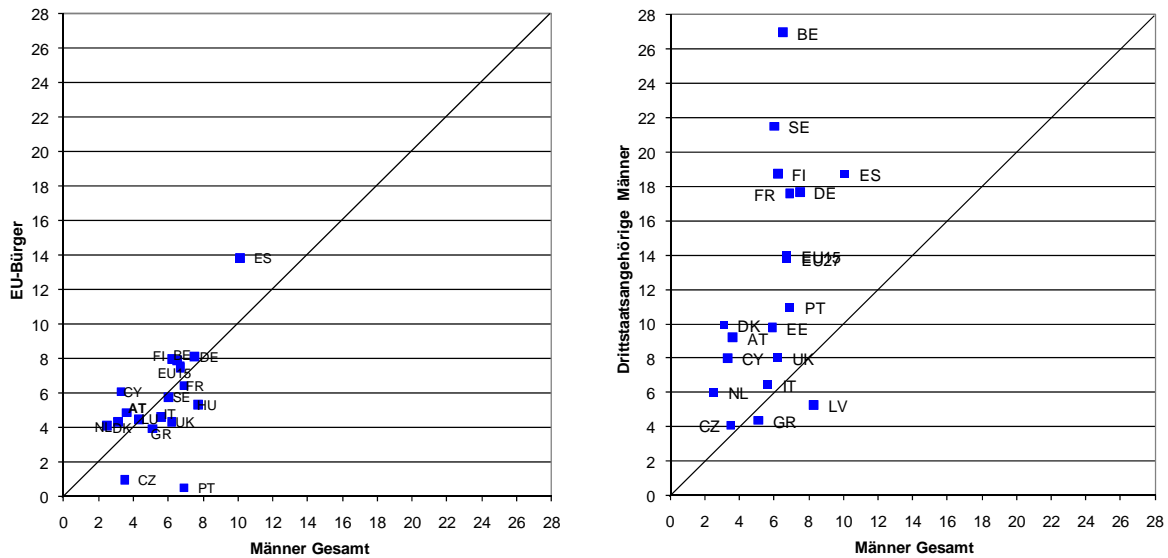


Q.: Eurostat, DUK-Berechnungen.

Für die Unterschiede zwischen den Geschlechtern lässt sich zunächst festhalten, dass im EU-27-Durchschnitt die Arbeitslosenquoten der Frauen über jenen der Männer liegen. Waren 2008 im EU-27-Durchschnitt 6,7 % der Männer arbeitslos, so waren es 7,6 % der Frauen. Dieses Durchschnittsbild gilt aber nicht für die Situation in allen Mitgliedstaaten – in Großbritannien und Irland, in den drei baltischen Republiken sowie in Rumänien haben die Frauen eine niedrigere Arbeitslosenquote als die Männer.

Auch unter den Frauen haben die Jugendlichen die höchsten Arbeitslosenquoten, in den anderen Altersgruppen ist das Muster weniger einheitlich. Im EU-27-Durchschnitt nimmt die Arbeitslosenquote der Frauen mit zunehmendem Alter ab – dieses Muster trifft z.B. auf Ungarn und Italien zu. In Bulgarien und Deutschland nimmt die Arbeitslosenquote über die Altersgruppen betrachtet einen schwach U-förmigen Verlauf (bis 55-59), d.h. hohe Arbeitslosenquoten im jüngeren Alter, niedrigere im mittleren und wieder steigende im höheren Alter. In den meisten anderen Mitgliedstaaten nehmen die Arbeitslosenquoten der Frauen einen „gezackten“ Verlauf.

**Abbildung 61: Arbeitslosenquoten der EU-Bürger bzw. drittstaatsangehörigen Männer gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Männer (15-64, in %) in der EU-27, 2008**



Q.: Eurostat, DUK-Berechnungen.

**Tabelle 18: Arbeitslosenquoten der Frauen (15-64 Jahre) in der EU-27, 2008, nach Herkunft**

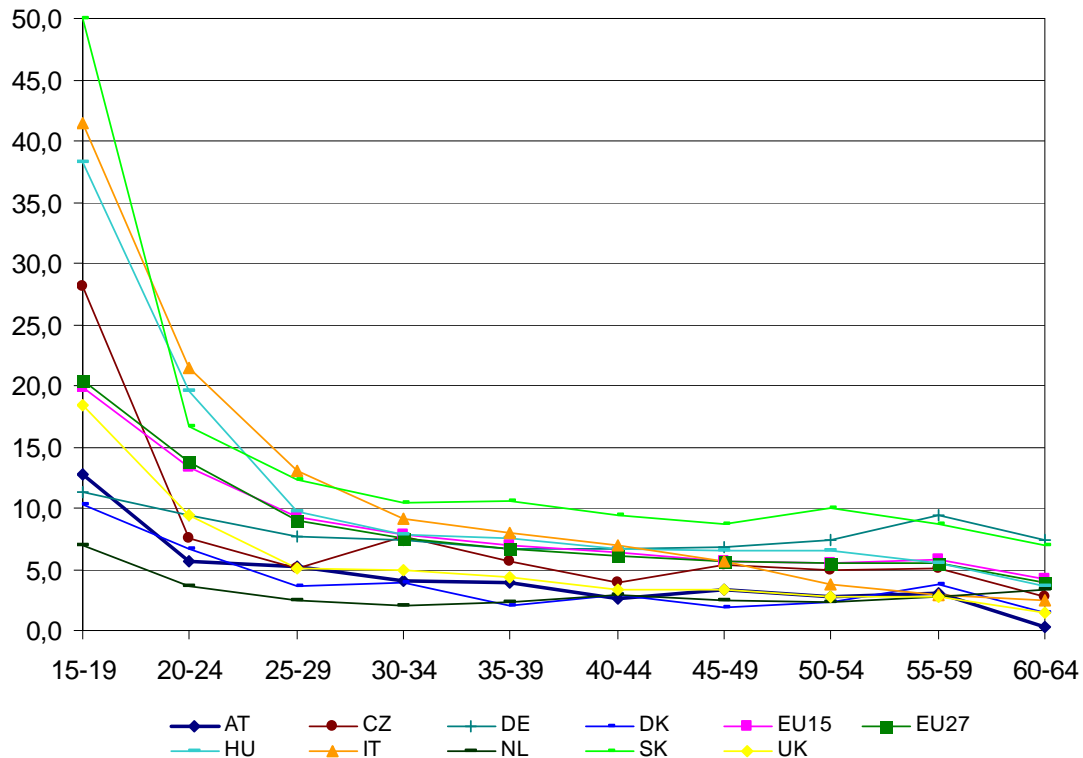
	Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27- Bürgerinnen	Drittstaats- angehörige		Frauen gesamt	Inländerinnen	EU-27- Bürgerinnen	Drittstaats- angehörige
EU-27	7,6	7,2	9,9	15,4	LT	5,7	5,7	:	:
EU-15	7,7	7,2	10,0	15,7	LU	6,0	4,1	6,5	:
BE	7,6	7,0	10,9	28,2	HU	8,1	8,1	5,2	:
BG	5,8	5,8	:	:	MT	6,8	6,7	:	:
CZ	5,7	5,7	6,1	5,1	NL	3,0	2,8	4,5	10,3
DK	3,7	3,4	5,3	11,0	AT	4,2	3,7	6,6	9,2
DE	7,6	7,0	9,8	17,9	PL	8,0	8,0	:	:
EE	5,4	4,3	:	10,6	PT	9,4	9,2	9,4	13,0
IE	4,6	4,2	:	:	RO	5,0	4,9	:	:
GR	11,5	11,6	10,9	11,4	SI	4,9	4,8	:	:
ES	13,1	12,2	18,9	17,4	SK	11,0	11,0	:	:
FR	7,9	7,6	6,7	21,3	FI	6,7	6,5	9,3	23,7
IT	8,6	8,3	10,4	12,7	SE	6,6	6,2	9,1	23,4
CY	4,3	4,3	6,9	2,4	UK	5,1	4,9	5,8	9,8
LV	7,2	7,2	:	3,5					

: wegen fehlender bzw. unzuverlässiger/ungewisser Daten nicht berechnet.

Q.: Eurostat.

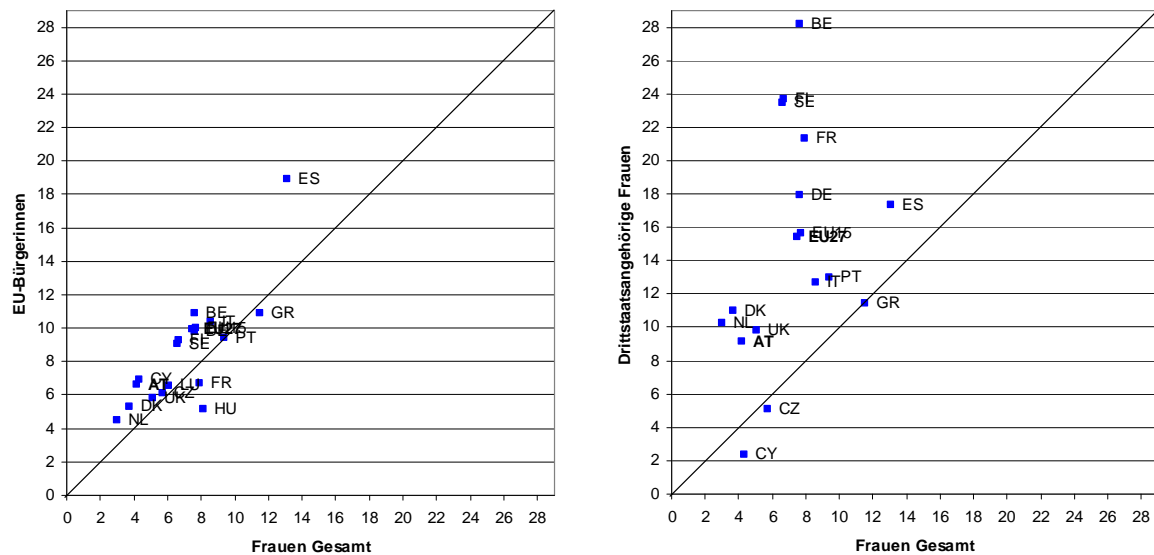
Wie bereits eingangs bei der Analyse der Erwerbsquoten festgehalten, kommen im Ländervergleich bei den Indikatoren zur Arbeitsmarktintegration die unterschiedlichen wirtschaftlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Strukturen zum Ausdruck, wobei die Arbeitslosenquote am oberen Ende des Altersspektrums von Pensionsregelungen bestimmt wird, im unteren vom Bildungssystem und dem Übergang aus dem Schul- ins Erwerbssystem und in mittleren Jahren bei Frauen vom Grad der auf dem Markt verlagerten ‚haushaltsnahen‘ persönlichen Dienstleistungen abhängt.

Abbildung 62: Arbeitslosenquoten der Frauen nach Altersgruppen, 2008, ausgewählte EU-Mitgliedstaaten



Q.: Eurostat, DUK-Berechnungen.

Abbildung 63: Arbeitslosenquoten der EU-Bürgerinnen bzw. drittstaatsangehörigen Frauen gegenüber dem Gesamtdurchschnitt der Frauen (15-64, in %) in der EU-27, 2008



Q.: Eurostat, DUK-Berechnungen.

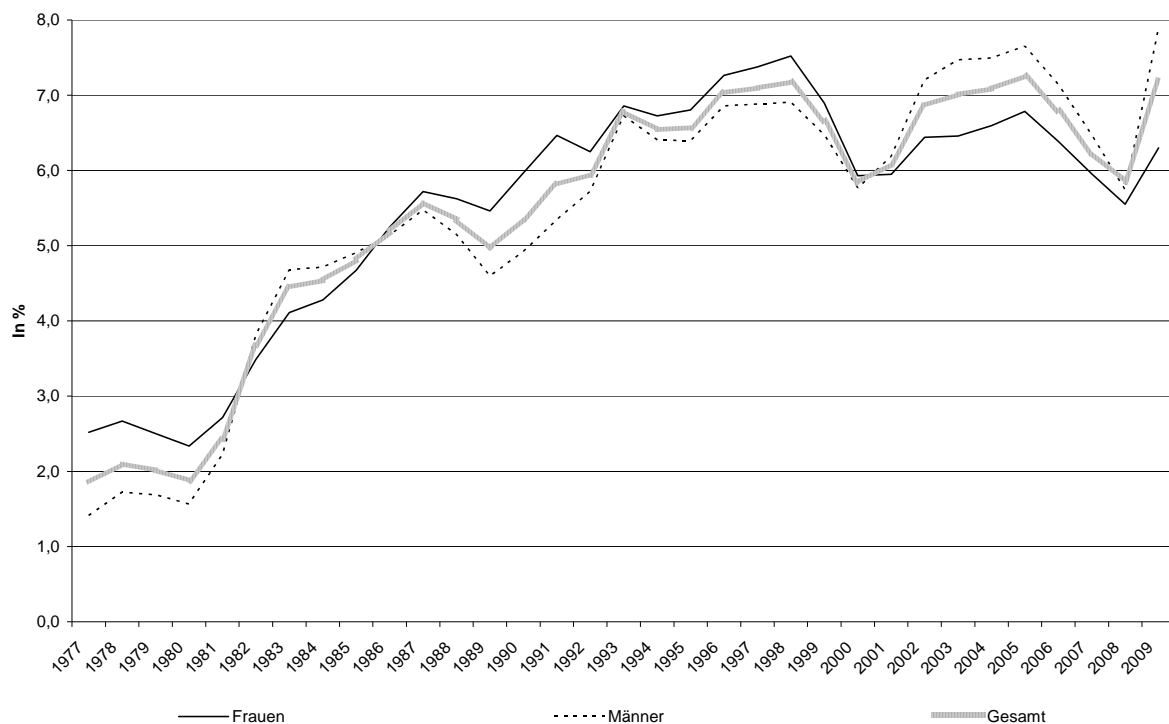
Wie bei den Männern unterscheidet sich auch bei den Frauen die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit nach Herkunft/Staatsangehörigkeit. Während sich die Arbeitslosenquoten der EU-Bürgerinnen

größtenteils am/um den Gesamtdurchschnitt bewegen, sind in den meisten EU-Staaten<sup>26</sup> die drittstaatsangehörigen Frauen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch hier sind – wie bei den Männern – die Unterschiede in Belgien, Finnland und Schweden am höchsten.

### 3.3.1. Exkurs: Diskrepanz zwischen internationaler und nationaler Arbeitslosenquote in Österreich

In Österreich liefert die Messung der Arbeitslosenquote nach Geschlecht keine eindeutige Antwort – in der Haushaltsbefragung (AKE) ist die Arbeitslosenquote der Frauen höher als die der Männer, in der traditionellen Berechnung, die auf den Registerdaten fußt, ist jedoch das Gegenteil der Fall. Dieses Auseinanderklaffen resultiert aus einer Wende am Arbeitsmarkt im Jahr 2000, die Männerarbeitsbereiche stärker traf als Frauenbeschäftigungsbereiche. Da die administrative Statistik mehr am formalen Arbeitsmarktgeschehen ausgerichtet ist als die Haushaltsbefragung, entsteht eine gewisse Diskrepanz.

Abbildung 64: Langfristige Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Österreich nach nationaler Definition\*



Q: AMS. \* Registrierte Arbeitslose in % des Arbeitskräfteangebots der Unselbständigen (Registrierte Arbeitslose plus unselbständig Beschäftigte).

Von der Mitte der 1980er Jahre bis zum Ende der 1990er Jahre waren die Arbeitslosenquoten der Frauen nach nationaler Definition in Österreich (Biffel 1997) unabhängig vom Konjunkturzyklus stets höher als die der Männer. Seit 2000 sind sie geringer als die der Männer. Diese Wende geht auch aus den international vergleichbaren Daten zur Arbeitslosigkeit der EU hervor (ILO- Labour Force Konzept der Arbeitslosigkeit in der EU-weiten Arbeitskräfteerhebung). Zwar ist die Arbeitslosenquote der

<sup>26</sup> Mangels Daten konnten nicht für alle EU-Mitgliedstaaten Arbeitslosenquoten für die Gruppe der EU-Bürgerinnen und drittstaatsangehörigen Frauen berechnet werden.

Frauen der AKE zufolge auch in den 2000er Jahren höher als die der Männer, der Unterschied in der Höhe der Arbeitslosenquote zwischen Männern und Frauen verringerte sich allerdings nach der internationalen Definition deutlich und lag 2008 bei 0,6 Prozentpunkten, nach knapp 2 Prozentpunkten 1995.

Die im Vergleich zu Männern günstigere Arbeitslosenentwicklung der Frauen ist eine Folge der starken Nachfrage nach Dienstleistungen, allen voran in den Gesundheits- und Sozialberufen, im Unterrichtswesen, im Handel und Tourismus. Die Nachfrage nach diesen Dienstleistungen ist mit Ausnahme des Fremdenverkehrs relativ unabhängig von der Konjunkturlage. Die Alterung der Bevölkerung und der rasche Anpassungsbedarf der Qualifikationen an neue Herausforderungen lässt auch in Zukunft keinen Einbruch im Arbeitskräftebedarf in diesen Dienstleistungen erwarten.

### **3.3.2. Lohnunterschiede nach dem Geschlecht: ein komplexer Wirkungsmechanismus**

Ein internationaler Vergleich zeigt, dass der Unterschied in den Stundenlöhnen von Männern und Frauen mit dem Anstieg der Erwerbsintegration der Frauen zunimmt (Abbildung 65). Das heißt, dass in den Ländern, in denen die Integration der Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt besonders hoch ist, auch der 'gender pay gap' (prozentueller Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen gemessen an jenen der Männer) stark ausgeprägt ist. So hat etwa Dänemark einen mehr als doppelt so hohen 'gender pay gap' als Italien, d.h. Stundenlöhne der Frauen liegen in Italien nur um etwa 8% unter denen der Männer, während der Lohnabschlag der dänischen Frauen gegenüber Männern 17% ausmacht. In Österreich ist der durchschnittliche Stundenlohn der Frauen sogar um 20% geringer als der der Männer<sup>27</sup>.

Auch aus einer historischen Perspektive wird dieser Zusammenhang ersichtlich (Abbildung 65). So hat sich der 'gender pay gap' in der EU-15 zwischen 1995 und 2006 kaum verringert (-0,2 Prozentpunkte auf 15 %), während die Erwerbsquote der Frauen in der Periode um 7,5 Prozentpunkte (von 56,6 % auf 64 %) gestiegen ist. Diese Durchschnittswerte verschleiern aber markante Unterschiede in der Entwicklung der einzelnen EU-Länder.

Während die Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich im Schnitt langfristig relativ stabil und vergleichsweise hoch sind, haben sie sich im Vereinigten Königreich verringert (-5 Prozentpunkte zwischen 1995 und 2006).<sup>28</sup> Dafür dürfte nicht zuletzt die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes im Jahr 1999 verantwortlich gewesen sein. Auch in den nordischen Ländern ist es vor allem die solidarische Lohnpolitik, und damit eine vergleichsweise geringe

---

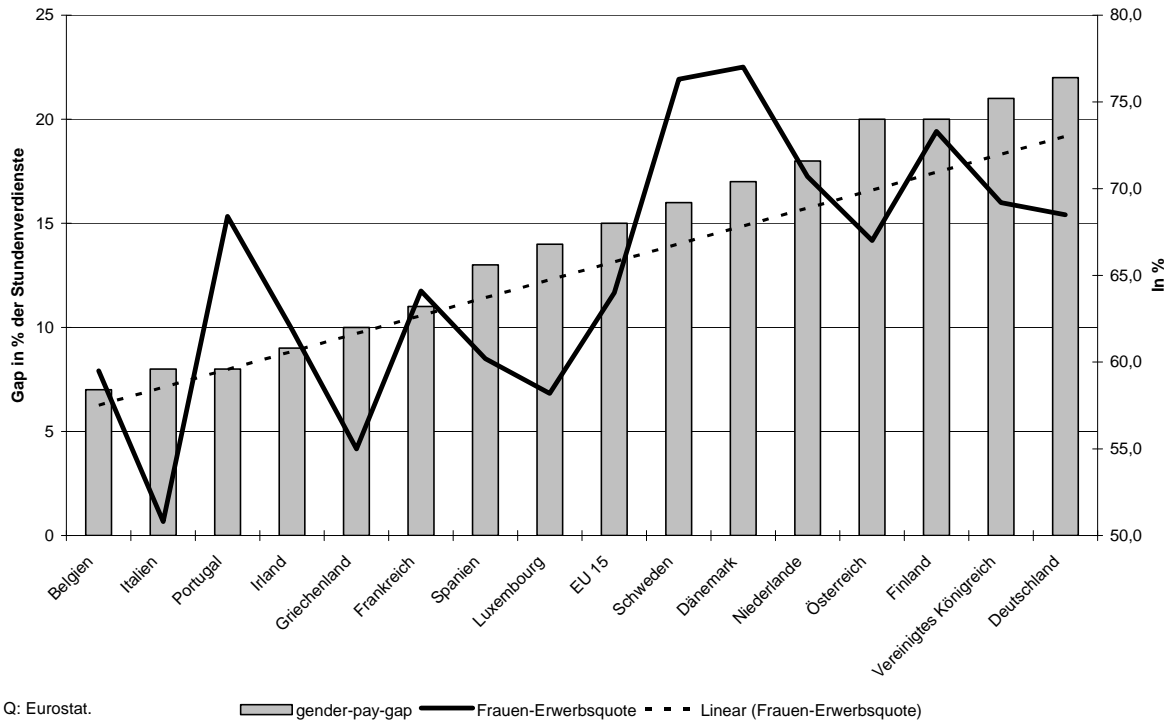
<sup>27</sup> Die neue Berechnungsform des 'gender pay gap' in Geisberger – Till (2009) weist für das Jahr 2006 ein etwas höheres Niveau für Dänemark (19,1%) und Österreich (25,5%) aus und ein geringeres für Italien (4,4%). Dieser Niveauunterschied resultiert aus dem Abgehen von einer Haushaltsbefragung zugunsten einer Betriebsbefragung. Dadurch wird zwar der tatsächliche Lohn besser erfasst, aber eine Verzerrung der Lohnstruktur nach Geschlecht entsteht daraus, dass nur Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten befragt werden und Frauen und Männer nicht auf alle Betriebsgrößen gleich verteilt sind.

<sup>28</sup> Gemäß Verdienststrukturerhebung ist der 'gender pay gap' im Vereinigten Königreich im Jahr 2006 mit 24,3% etwas geringer als in Österreich mit 25,5%.

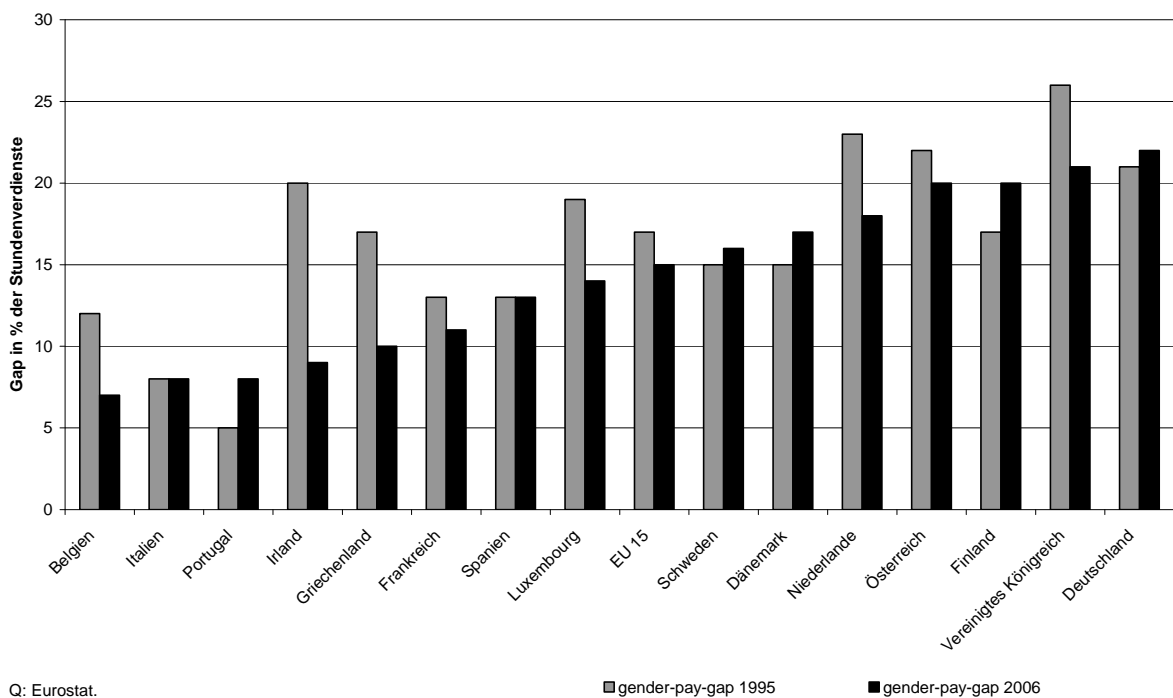


Lohnspreizung nach Qualifikationen, Beruf und Alter, die für den geringen 'gender pay gap' in Relation zur hohen Erwerbsintegration der Frauen verantwortlich ist.

**Abbildung 65: Gender Pay-Gap (Differenz des durchschnittlichen Stundenlohns der Frauen in % der Männerlöhne) und Frauenerwerbsquote (2006)**



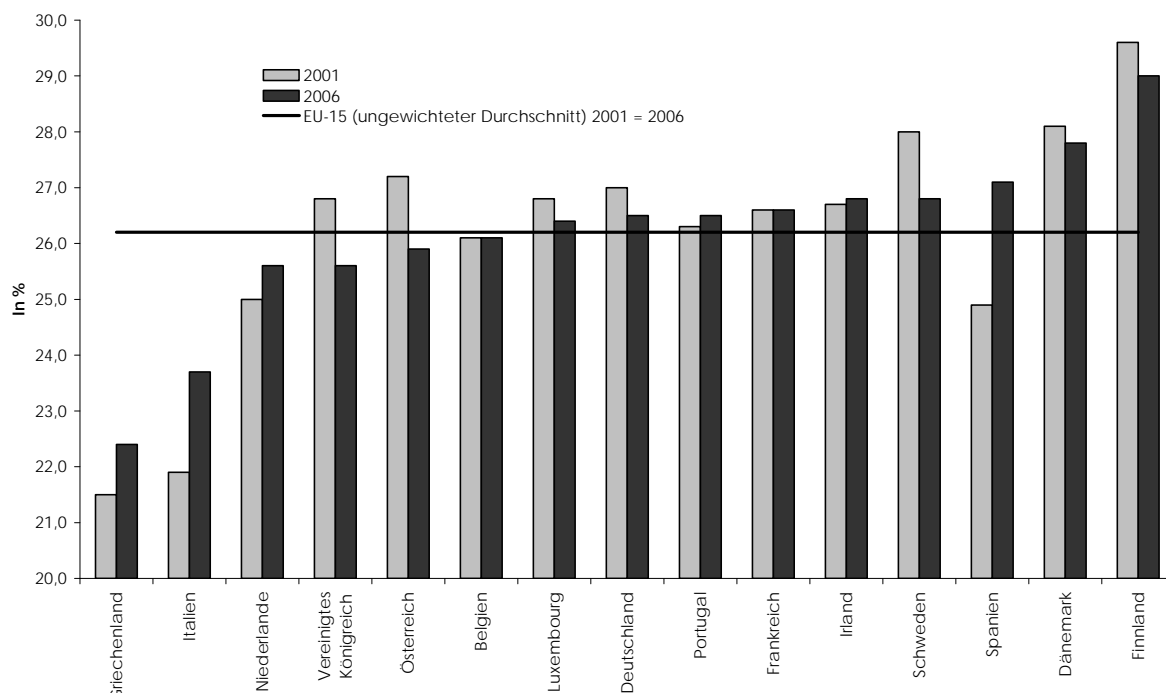
**Abbildung 66: Gender Pay-Gap (Differenz des durchschnittlichen Stundenlohns der Frauen in % der Männerlöhne) 1995-2006**



Im Gegensatz dazu hat Österreich im internationalen Vergleich eine hohe Lohnspreizung nach Branchen, Berufen, Alter und Geschlecht (Hermann 2006, Geisberger – Till 2009, Grünberger – Zulehner 2009). Lediglich die USA, Japan und Belgien haben eine ausgeprägtere Lohnspanne nach Branchen und Alter als Österreich (Pollan 1997, OECD 2005).

Warum der 'gender pay gap' in den mediterranen Ländern so gering ist, bedarf einer genauen Überprüfung. Die durchschnittlichen Lohnunterschiede können nämlich aus einem Qualifikations- und Bildungsunterschied der erwerbstätigen Männer und Frauen ebenso resultieren wie aus starken Lohnunterschieden zwischen Branchen, Berufen, Alter bzw. Dauer der Beschäftigung (Senioritätsentlohnung), Voll- und Teilzeitbeschäftigung, Betrieben nach Betriebsgröße, Stadt-Land Gefälle der Löhne. In den Ländern, in denen es eine starke Gender-Segmentation der Arbeitsmärkte nach eben diesen Kriterien gibt und keine Lohnpolitik, die den Marktmechanismen entgegenwirkt, sind große Lohnunterschiede nach dem Geschlecht zu erwarten.

**Abbildung 67: Berufliche Gender Segregation der Beschäftigung**



Q: Eurostat (LFS)

Aus Abbildung 67 ist ersichtlich, dass die erwerbstätigen Frauen in den südeuropäischen Ländern kaum in anderen Berufen tätig sind als Männer. Das ist nicht verwunderlich, wird doch ein Großteil der personenbezogenen Dienste, die in allen Gesellschaftssystemen in höherem Maße von Frauen als von Männern erbracht werden, im Haushalt oder im informellen Sektor (im Wesentlichen von Frauen mit einfacheren Qualifikationen) erbracht. Auch sind in den mediterranen Ländern verhältnismäßig viele Selbständige und mithelfende Familienangehörige in der Land- und Forstwirtschaft, im Fischereiwesen und im Kleingewerbe tätig, wo es kaum Unterschiede im Qualifikationsgrad und der Entlohnung von Männern und Frauen gibt. Auch im öffentlichen Sektor und in der Privatwirtschaft üben Männer und Frauen ähnliche Tätigkeiten aus, was zur Nivellierung der Lohnunterschiede nach Geschlecht beiträgt. Im Gegensatz dazu weisen die nordischen Länder ebenso wie Österreich und

Deutschland eine hohe berufliche geschlechtsspezifische Segregation auf. Die Berufe, die Frauen in höherem Maß wie Männer ausüben, etwa soziale Dienste (Gesundheits- und Sozialberufe, Kinderbetreuung, Unterrichten etc.), haben im Schnitt geringere Stundenlöhne als „typische“ Männerberufe.

In Österreich hat sich die berufliche Geschlechtersegmentierung der Erwerbsarbeit seit den 1960er Jahren nur wenig verändert, trotz einer starken Steigerung der Frauenbeschäftigung. Es ist vor allem der öffentliche Sektor, insbesondere das Unterrichtswesen (Volks- und Mittelschulen), der Gesundheits-, Pflege- und Sozialbereich, der Frauen Beschäftigungsmöglichkeiten eröffnet. Auch im Banken- und Versicherungssektor erhöhte sich der Frauenanteil, nicht jedoch im wachstums-trächtigen Bereich der hochqualifizierten unternehmensnahen Dienste (Biffi 2006). Die Frauen sind auf die Konsumgüterproduktion im industriell-gewerblichen Bereich konzentriert, sowie auf Verkaufstätigkeiten (Handel, Tourismus etc.) und personenbezogene Dienstleistungen (Lehre, Körperpflege, soziale Dienste etc.) im Dienstleistungssektor.

Die verstärkte Internationalisierung der Wirtschaft (Globalisierung der Märkte) bewirkt einen Verlust der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs in jenen traditionellen Güterproduktionsbereichen (Landwirtschaft, Konsumgüterproduktion, mittlere Qualifikation in der Elektroindustrie), in denen der Frauenbeschäftigungsanteil traditionell hoch war. Davon geht ein Lohndruck aus, der durch die zunehmenden Arbeitsplatzverluste noch verschärft wird. Allerdings nicht nur der Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit vieler Betriebe mit ausgereifter einfacher und mittlerer Technologie im arbeitsintensiven Primär- und Sekundärbereich verringert die Erwerbs- und Einkommenschancen von Frauen, sondern auch der verstärkte Wettbewerbsdruck in jenen Dienstleistungsbereichen, in denen Frauen weiterhin Arbeit finden, etwa dem Handel und dem Fremdenverkehrsbereich. Die Finanzierungsprobleme des öffentlichen Sektors wiederum beeinträchtigen die Einkommenschancen der Frauen in einem ihrer wichtigsten Hochqualifikations-segmente.

Im Gegensatz dazu können Löhne in unternehmensorientierten Dienstleistungen infolge rascher Produktivitätssteigerungen, die durch den Einsatz der Informations- und Computertechnologie sichergestellt werden, mit den Löhnen im Hochtechnologiebereich der Güterproduktion mithalten. Dienstleistungen hingegen, die geringe Chancen der Produktivitätssteigerung haben, werden entweder relativ zu anderen Diensten teurer oder die Entlohnung in diesen Tätigkeiten verschlechtert sich (Niedriglohnbranchen). Diesen Faktor gilt es zumindest teilweise abzuschwächen, indem die Organisationsstrukturen im Hintergrund der Dienstleistung am Menschen effizient gestaltet werden, bzw. industrialisiert werden. Angesichts der geschlechtsspezifischen Segmentierung der Ausbildung und der Arbeitsmärkte sind Frauen von dem Lohndruck stärker betroffen als Männer.

Unternehmens- bzw. produktionsorientierte Dienstleistungen erlauben eine „Industrialisierung“ der Dienstleistung infolge der Standardisierbarkeit der Tätigkeit, Mechanisierung und Rationalisierung. Damit können Produktivitätssteigerungen, ähnlich wie bei der Produktion von Gütern, definiert (Verringerung des Inputbedarfs bei gleichem Output) und erzielt werden. Anhaltende Produktivitätssteigerungen ermöglichen eine Erhöhung der Löhne ohne den Profit zu beeinträchtigen

oder Preissteigerungen für die Dienstleistungen auszulösen.<sup>29</sup> Problematisch ist in dem Zusammenhang, dass Frauen in den höherwertigen unternehmensorientierten Dienstleistungen angesichts der eingeschlagenen Bildungskanäle nur schwach vertreten sind.

Hingegen sind Frauen im Bereich der personenbezogenen sozialen Dienstleistungen, insbesondere der Kinder- und Altenbetreuung, der Pflege und sonstigen sozialen Diensten, beschäftigt, in denen der betriebswirtschaftliche Produktivitätsbegriff kaum anwendbar ist. Die Betreuung/Pflege erfordert eine aktive Beteiligung der betreuenden und betreuten Personen; technische Rationalisierbarkeit ist nur begrenzt möglich, eine Erhöhung der Zahl der Betreuten pro BetreuerIn hat ab einem gewissen Moment Qualitätsverluste der Betreuung zur Folge. Es ist also eine „Produktivitätsschranke“ eingezogen, die von nichtökonomischen Erziehungs-/ Betreuungsnormen vorgegeben wird. Infolge der geringen Möglichkeit für Produktivitätssteigerungen im betriebswirtschaftlichen Sinn sind Lohnsteigerungen analog zu anderen marktwirtschaftlichen Tätigkeiten nur mit einer Steigerung der Kosten (Preise) für diese Dienstleistungen aufzufangen. Da Preissteigerungen diese Dienstleistungen für viele Menschen unerschwinglich machen würden, werden sie nur in geringem Maße vom privatwirtschaftlich organisierten Sektor angeboten. Im Wesentlichen bieten Wohlfahrts-einrichtungen, der Staat, der informelle Sektor sowie Haushalte diese Dienstleistungen an. Aus dieser Logik heraus gilt es die Strukturen rund um die personenbezogene soziale Dienstleistung analog zu den unternehmensorientierten Diensten zu rationalisieren und technologisieren, sowie möglichst arbeitsteilig zu gestalten. Letzteres dient dazu, economies of scale zu sichern und die Professionalisierung voranzutreiben, die das Eingehen auf die spezifischen Bedürfnisse der betreuten Person zum Inhalt hat.

Verstärkt wird der Einkommensunterschied von Männern und Frauen noch durch das Pendeln. Österreich ist ein Land, das vergleichsweise schwach urbanisiert ist. Das hat zur Folge, dass Pendeln vom Wohn- zum Arbeitsort vergleichsweise häufig ist. Auf Grund von Betreuungspflichten sind Frauen in ihrer regionalen Mobilität jedoch eingeschränkt und damit stärker an den lokalen Arbeitsmarkt gebunden. Dies schlägt sich in unterschiedlich langen Anfahrtswegen von Frauen und Männern zu ihren Arbeitsplätzen nieder. Der Anteil der Frauen an den PendlerInnen sinkt mit der Dauer der Anfahrtswege zum Arbeitsplatz, und zwar von fast 50 % bei einem Anfahrtsweg von weniger als fünf Minuten auf etwas mehr als ein Drittel bei Anfahrtswegen von mehr als einer Stunde (Statistik Austria Volkszählung 2001).

Die geringere regionale Mobilität von Frauen hat zur Folge, dass Frauen im ländlichen Raum öfter als Männer in Klein- und Mittelbetrieben (KMU) beschäftigt sind. Je kleiner die Wohngemeinde, umso stärker unterscheidet sich die Unternehmensgröße von Männer- und Frauenarbeitsplätzen. In Gemeinden unter 10.000 EinwohnerInnen arbeiten 41,7 % der Männer in Betrieben mit über 50 MitarbeiterInnen, während nur 19,3 % in Kleinbetrieben mit weniger als fünf MitarbeiterInnen arbeiten. Im Gegensatz dazu arbeiten nur 28 % der Frauen in Gemeinden dieser Größenordnung in Großbetrieben (mit mehr als 50 Beschäftigten), dafür aber 27,9 % in Kleinbetrieben mit weniger als

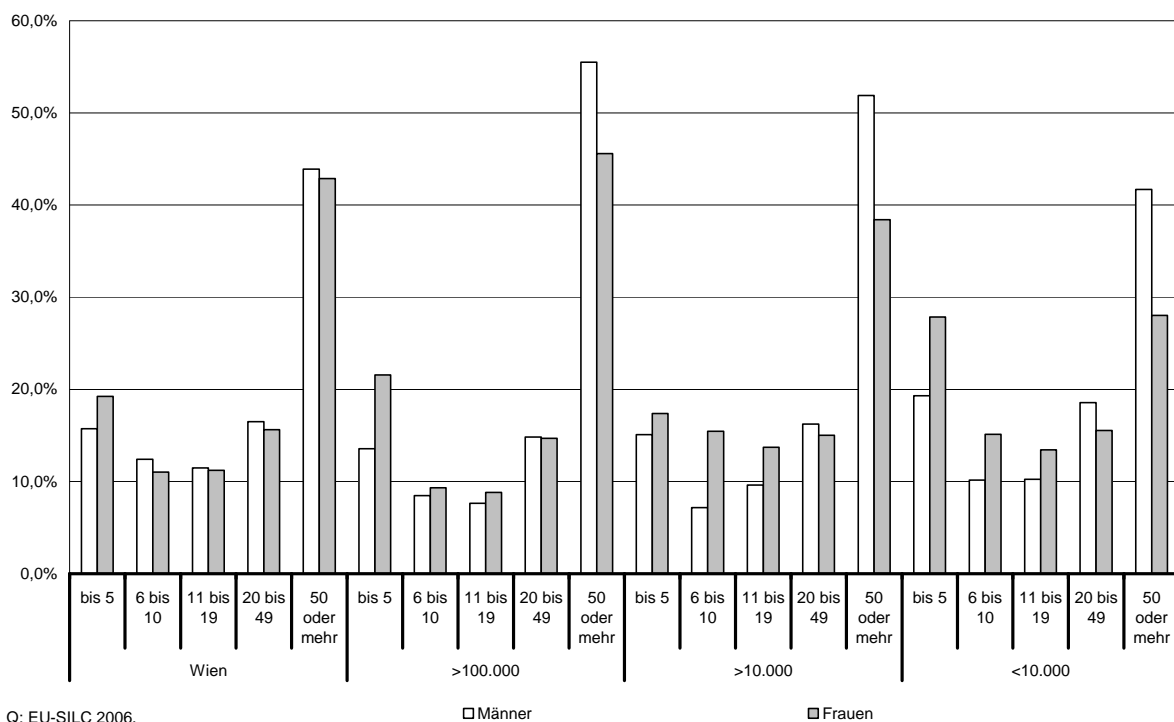
---

<sup>29</sup> Baumol wies schon 1967 darauf hin, dass arbeitsintensive Dienstleistungen, die sich kaum rationalisieren lassen, relativ zu anderen Gütern und Dienstleistungen teurer werden, wenn die Löhne mit denen in der verarbeitenden Industrie Schritt halten (Baumol, 1967).

fünf MitarbeiterInnen. Nur in Wien ist die Beschäftigungsstruktur der Männer und Frauen nach Betriebsgröße annähernd ausgewogen. (Abbildung 68)

Da Großbetriebe im Schnitt bessere Löhne zahlen können als KMU, ist dies ein zusätzlicher Faktor für den 'gender pay gap'.<sup>30</sup> Grünberger – Zulehner (2009) zufolge kann nur etwa die Hälfte der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich (2006/07) auf einen unterschiedlichen Bildungsgrad, die vertikale und horizontale Segregation (berufliche und branchenmäßige), unterschiedliche Berufserfahrung und den Familienstand zurückgeführt werden. Wesentliche zusätzliche Faktoren sind neben Betriebsgröße und geringerer Mobilität der Frauen unterschiedliche Verhaltensmuster bei Gehaltsverhandlungen, die häufigeren Erwerbsunterbrechungen sowie die geringere Wochenarbeitszeit der Frauen infolge von Betreuungsarbeit (Bertrand – Goldin – Katz 2008). Trotzdem bleibt ein gewisser Anteil des Lohnunterschiedes zwischen Männern und Frauen unerklärt.

**Abbildung 68: Beschäftigung nach Geschlecht, Betriebsgröße und Gemeindegröße 2006**



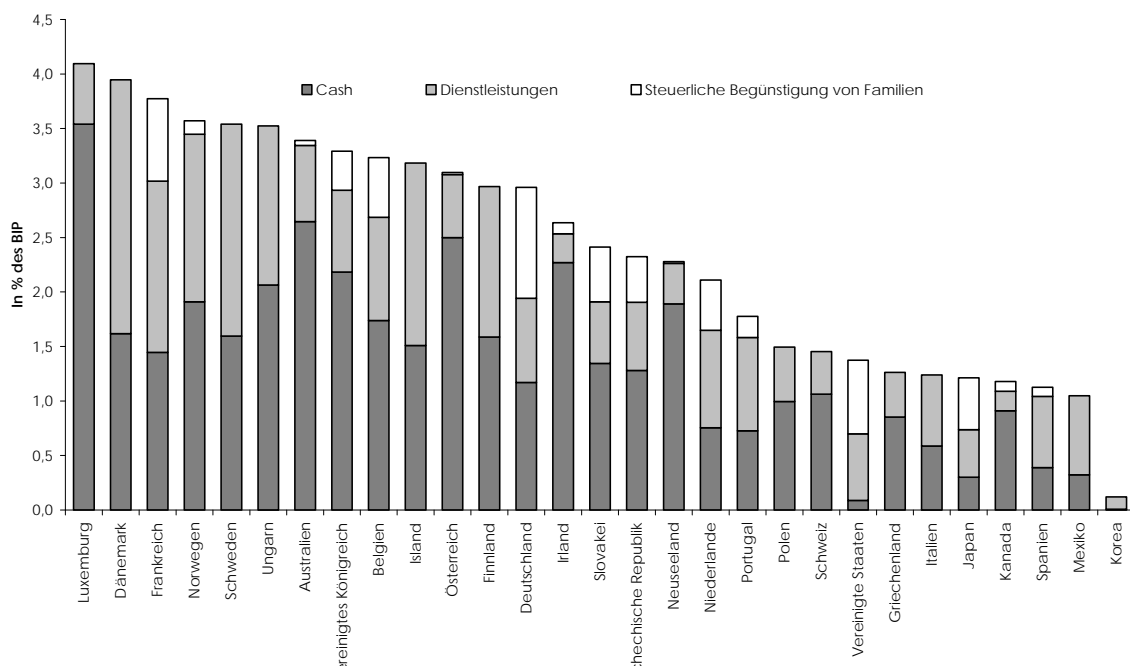
### 3.3.3. Erklärungsmuster für den 'gender-pay-gap' aus theoretischer Sicht

Blau-Kahn (2003) zufolge ist der wichtigste Erklärungsfaktor für die internationalen Unterschiede in den Stundenlöhnen zwischen Männern und Frauen in der beruflichen und branchenspezifischen Gender-Segmentation der Beschäftigung zu sehen, sowie im unterschiedlichen Bildungs- und Erwerbsverhalten. Das unterschiedliche Bildungsverhalten schlägt sich vor allem in einer anderen

<sup>30</sup> Am Beispiel Oberösterreichs kann gezeigt werden, dass Bezirke, die besonders weit von Ballungszentren mit guten Arbeitsbedingungen entfernt sind, einen geringen Anteil an weiblichen Pendlern haben. In den ballungsfernen Regionen ist der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen daher besonders ausgeprägt. (Biffi & Leoni 2006)

Berufswahl nieder und das Erwerbsverhalten unterscheidet sich vor allem in der Erwerbsarbeitszeit. Dadurch dass Frauen sich im Haupterwerbsalter häufiger als Männer aus dem Erwerbsleben zurückziehen bzw. ihre Arbeitszeit reduzieren, können sie seltener als Männer in den Genuss einer Senioritätentlohnung bzw. Überstundenzahlungen kommen. Zu einem ähnlichen Schluss kommen Boraas – Rodgers (2003). Ihnen zufolge ist die Geschlechtersegregation ('occupational crowding') auf Arbeitsmärkten der wesentliche Faktor für die Höhe der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen. Eine theoretische Untermauerung für die Gender-Segmentation liefern die Humankapitaltheorie sowie 'Crowding' Theorien (Biffel 1993, Bergmann 1996, Macpherson – Hirsch 1995). Die Humankapitaltheorie besagt, dass Frauen tendenziell eher Berufe mit einem geringeren Investitions- und laufenden Anpassungsbedarf auswählen als Männer (Risikoaverses Bildungsverhalten). Hingegen wird in den 'Crowding' Theorien argumentiert, dass die Berufswahl aus einem Rollendenken entspringt, einem Sozialisierungsprozess, der schon in der Kindheit einsetzt und der zu einer Klassifizierung der Berufe in „Frauen-“ und „Männerberufe“ führt.<sup>31</sup> Diese Sozialisierung beeinflusst die Bildungs- und Berufswahl entlang von Genderlinien und trägt zu einem Überangebot ('crowding') von Frauen in einem vergleichsweise kleinen Berufsspektrum bei. Dieses Überangebot hat über den Mechanismus des starken Wettbewerbs um Arbeitsplätze eine lohndämpfende Wirkung. Es ist aber auch der Wirtschaftswandel und der technische Fortschritt, der den 'gender pay gap' beeinflusst.

**Abbildung 69: Ausgaben für Familienpolitik und ihre Komponenten in ausgewählten OECD Ländern (in % des BIP) 2003**



Q.: OECD.

<sup>31</sup> Pfau-Effinger (2004) argumentiert, dass die Wurzeln der Gender-Rollen in die Phase des Übergangs von einer Agrar- zur Industriegesellschaft zurückreichen.

Neben all diesen Erklärungen ist die ökonomische Situation der Frauen in Österreich von der geringen „Vermarktung“ der sozialen Dienste, wie Pflege und Kinderbetreuung geprägt. Österreich hat nämlich im EU-Vergleich vergleichsweise wenig in die Ausweitung der so genannten produktiven sozialen Infrastruktur investiert, d.h. in den Ausbau eines leistbaren Angebots an Kinderbetreuung, Pflege und anderer sozialer Dienste. Gleichzeitig wurde aber nicht mit Transferleistungen an Haushalte gespart, damit diese Dienste im Haushalt selbst erbracht werden – Transferleistungen machen in Österreich 27,4% des Haushaltseinkommens von Personen im arbeitsfähigen Alter aus, im Vergleich zu nur 15,8% im OECD-Durchschnitt (OECD 2008, 103). Dies zeigt sich besonders deutlich an den Ausgaben der Familienpolitik (Abbildung 69), die zu den höchsten der OECD zählen. Sie haben einen Schwerpunkt in den Transferzahlungen (cash-benefits) und nicht, wie etwa in den skandinavischen Ländern, in Dienstleistungen, was auf eine komplexe Weise die Berufswahl und das Arbeitsangebot der Frauen beeinflusst.

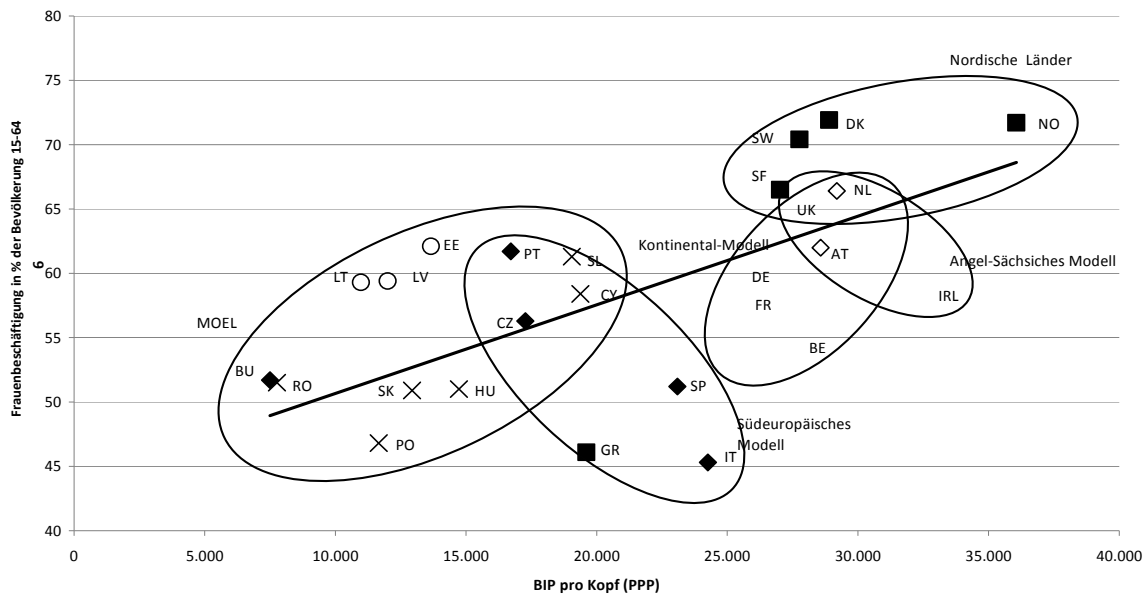
In Österreich verbleiben in der Folge im Vergleich zu den nordischen Ländern mehr Arbeitsressourcen im Haushalt, einerseits über eine geringere Erwerbsbeteiligung der Frauen, andererseits über einen höheren Anteil von teilzeitbeschäftigten Frauen. Dieses Verhaltensmuster trägt dazu bei, dass es in Österreich eher zu einer Verknappung von Arbeitskräften, insbesondere von Fachkräften, kommt als in den nordischen Ländern. Davon geht einerseits ein Zuwanderungsdruck von Arbeitskräften aus dem Ausland aus, andererseits ein Trend zur Urbanisierung (Aushöhlung des ländlichen Raums). Letzterer wird von der Abwanderung gut qualifizierter Frauen aus dem ländlichen Raum geprägt, die auf eine soziale Infrastruktur zurückgreifen wollen, um ihre Erwerbs- und Einkommenschancen langfristig zu verbessern.

### **3.3.4. Überlegungen zur kleinräumigen Organisation von sozialen Dienstleistungszentren**

Internationale Studien zeigen, dass die Organisation der sozialen Dienste, insbesondere Kinderbetreuung, Pflege und Weiterbildung, nicht nur einen Einfluss auf die Betreuten bzw. die Lernenden hat, sondern auch auf die Familien und den regionalen Wirtschaftsstandort (Morissey — Warner 2007, OECD 2002). Wo diese Dienste kleinräumig über den Erwerbsarbeitsmarkt organisiert sind, sind Frauenerwerbsquoten und die regionale Wertschöpfung höher. Diese Studien zeigen auch, dass durch die erhöhte Erwerbsintegration der Frauen die Wertschöpfung insgesamt begünstigt wird. Das geht auch aus Abbildung 70 hervor (dazu mehr bei Biffi 2007B).

Die sozialen Dienste zu organisieren und Qualitätsstandards sicherzustellen, bedarf aber der Unterstützung seitens des Staates. Die Organisation dieser Dienstleistungen ist nämlich komplex; in Österreich gibt es derzeit kaum einheitliche Qualitätsstandards und Kriterien, die seitens der Anbieter einzuhalten sind. Das gilt in unterschiedlichem Maße für die verschiedenen Anbieter, die im staatlichen (Gemeinden) und privatwirtschaftlichen (freie Selbständige, Tagesmütter) Bereich ebenso angesiedelt sind, wie in NGOs oder im Haushalt. Die Eintrittsbarrieren in diese Märkte sind zum Teil niedrig, und der Grad der Professionalität ist ebenso wie die Qualität unterschiedlich und intransparent. Daraus folgt, dass es angesichts der Informationsdefizite hinsichtlich der lokalen Verfügbarkeit von sozialen Diensten aller Art, ihre Kosten, ihre Qualitätsstandards, die Öffnungszeiten etc. für den einzelnen schwierig ist, adäquate Entscheidungen zu treffen.

**Abbildung 70: Positive Korrelation zwischen der Beschäftigungsquote der Frauen und dem kaufkraftbereinigtem BIP pro Kopf (PPP): 2005**



Q.: Eurostat.

Einerseits führen das knappe Angebot an sozialen Dienstleistungen, andererseits das Informationsdefizit über die Qualität des Angebots und der Kriterien (mangelnde Standardisierung) sowie zum Teil starre Öffnungszeiten dazu, dass Haushalte oft selbst derartige Dienstleistungen im informellen Sektor organisieren oder selbst ausführen. In der Folge liegt die Frauenbeschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten in Österreich nur leicht über dem EU-Schnitt (mit rund 50% gegenüber 49% im Schnitt der EU15 und 27 im Jahr 2007).

Die Zahlung von Geldern, etwa von Kinderbetreuungsgeld oder Pflegegeld, an den Entscheidungsträger, etwa den/die Empfänger/in der Transferleistung, eröffnet nur dann ein größeres Entscheidungsspektrum, wenn es ein ausreichendes Angebot an diesen Dienstleistungen mit einem Mindestmaß an Professionalität und Qualitätsstandards vor Ort gibt. Nur dann kann über den Wettbewerb, also die Nachfrage, das Qualitätsniveau sogar angehoben werden, da Personen auf der Suche nach Betreuung, Pflege und Weiterbildung dort ihr Geld hintragen, wo die Zufriedenheit am größten ist.

#### 4. Sozialwirtschaft in Ländern mit hoher Versorgungsdichte

Die jüngste Finanzkrise wirft neue Fragen auf, Fragen nach einer Neuorientierung der Wirtschaft und der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Organisationsmodelle. Dabei spielt die Organisation der Sozialwirtschaft eine große Rolle. In ihrer spezifischen Organisationsform wird ein Schlüssel für die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums und die unterschiedliche Krisenanfälligkeit gesehen. In Europa gibt es eine Vielzahl von Wohlfahrtsmodellen. Struktur-, Organisations-, und Verfahrensprinzipien regeln die Wirkungsweise der Systeme der sozialen Sicherung. Die Organisationsstruktur legt fest, welche Leistungen Versorgungsleistungen sind, also aus allgemeinen



Steuermitteln finanziert werden und von allen in Anspruch genommen werden können, welche Versicherungsleistungen darstellen, die eine Leistung von einer vorherigen Beitragszahlung abhängig machen, und welche Fürsorgeleistungen sind, die zwar auch aus dem allgemeinen Steuertopf bezahlt werden, für deren Inanspruchnahme aber Bedürftigkeit nachzuweisen ist.

Viele der sozialen Dienste können nicht eindeutig dem einen oder anderen Prinzip zugeordnet werden. Jedoch dominiert je nach Land das eine oder andere Schema: so etwa das Versicherungsprinzip im französischen, österreichischen und holländischen Sozialstaat und das Versorgungsprinzip im nordischen Modell. Auch ist die Umsetzung der Versorgung mit Sozialleistungen unterschiedlich – sie wird einerseits direkt über die Finanzierung der Angebotsstruktur sicher gestellt (Kinderbetreuungseinrichtungen), andererseits über die Ausschüttung von Transferleistungen an die Betroffenen (Kinderbetreuungsgeld). In der Folge gibt es große Unterschiede zwischen den Ländern in der Aufteilung von Sozialdiensten auf den Erwerbsarbeitsmarkt oder den informellen und/oder Haushaltssektor. Diese Unterschiede lassen sich u.a. auf kulturelle, politische und historische Entwicklungen zurückführen.

Das System des formalen Betreuungswesens besteht in der Folge aus drei unterschiedlichen Kategorien: (1) Varianten der Arbeitszeitgestaltung bzw. Arbeitsfreistellung wie Mutterschutz, Karenzzeiten, Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit, (2) monetäre Unterstützungsleistungen inklusive Steuererleichterungen und (3) Sachleistungen wie Kinderbetreuungseinrichtungen und Heimhilfe für ältere Menschen.

Die Rolle des informellen Betreuungssektors kann in erster Linie aus Erhebungen der Zeitverwendung erfasst werden (Haushaltsbefragung), die anderen Aspekte aus administrativen Statistiken oder Erhebungen. (vgl. Bettio/Plantenga 2004: 86ff)

Im Folgenden wird auf die Organisationsstruktur und Finanzierung der Kinderbetreuung sowie der Altenbetreuung und Pflege eingegangen, den beiden wesentlichen Bereichen der Betreuungsarbeit in der Sozialwirtschaft. Länder, die im Vergleich mit Österreich dargestellt werden, sind die Niederlande, Dänemark, Schweden und Frankreich.

#### **4.1. *Niederlande***

Die Niederlande haben eine lange Phase der Reform des Sozialstaates hinter sich. Sie hatte ihren Ausgangspunkt in der Krise der frühen 1980er Jahre, als die Arbeitslosenquote knapp 20 % erreichte, das Budgetdefizit explodierte und das Wirtschaftswachstum darnieder lag. (Visser/Hemmerijck 1998) Die Antwort auf die Krise war das Abkommen von Wassenaar (1982) zwischen Arbeitgebern, Gewerkschaften und dem Staat. Es brachte eine Verringerung der Arbeitszeit auf 36 Stunden pro Woche, eine Flexibilisierung der Arbeit, Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften, eine Senkung der Steuern und Sozialabgaben und einen Ausbau der sozialen Dienste. In der Folge erholte sich das Wirtschaftswachstum wieder, die Arbeit wurde auf mehr Köpfe verteilt, vor allem Frauen strömten verstärkt auf den Arbeitsmarkt. Sie waren die Ressource an qualifizierten Arbeitskräften, die die Niederlande brauchten, um aus der Krise heraus zu kommen. Lebensphasengerechte Arbeitszeitmodelle wurden forciert; das bedeutet, dass in der Phase der Mutter- und Vaterschaft nicht nur Frauen sondern auch Männer ihre Arbeitszeit verkürzen (um 20-30 %), um ihre Kinder zu betreuen, eine Notwendigkeit angesichts der Knappheit an Kinderbetreuungseinrichtungen.

In der jüngsten Wirtschaftskrise wurden auch die Niederlande getroffen. Die Beschäftigungsziele der Lissabon-Strategie konnten aber erfüllt werden. Die Frauenerwerbsquote lag schon im Jahr 2007 mit 69,6 % deutlich über den vorgegebenen 60 %. Allerdings ist die Beschäftigung auf Teilzeit bei Frauen sehr häufig, insbesondere auch in höherem Alter: bei einer Betrachtung von Vollzeitäquivalenten sinkt die Frauenerwerbsquote auf 44,4 %.

Die Arbeitslosenquote ist im europäischen Vergleich sehr niedrig; sie ist auch in der Wirtschaftskrise nur leicht auf etwa 3,7% 2009 angestiegen und hält bei derzeit 4,3%. Besonders niedrig ist die Arbeitslosenquote der 15 bis 24-Jährigen, nicht zuletzt weil Jugendliche unter 18 ein Recht auf Bildung und/oder Arbeit haben. Ethnische Minderheiten sind unter den Arbeitslosen überrepräsentiert, und zwar in allen Alterskategorien. Nicht-Westliche Minderheiten sind am häufigsten von Armut betroffen, aber auch AlleinerzieherInnen-Haushalte und Haushalte, die auf Transferleistungen (außer Pensionen) angewiesen sind. Die Niederlande sind eines jener EU-Länder mit den geringsten Altersquotienten (65+Jährige als Anteil der 15-64-Jährigen von 20,7 % im Jahr 2007), der zwar stark ansteigen, aber immer noch unterhalb des EU-Schnitts bleiben wird.

Die Sozialschutzausgaben liegen in den Niederlanden bei 26,8 % des BIP (2007, ESSPROS-Daten) und damit leicht über dem EU27 Schnitt von 25,2%. Die niederländische Regierung verfolgt den Ansatz, Armut durch Erwerbsarbeit zu bekämpfen, dh. die Arbeitsmarktpartizipation durch Arbeitsaufnahme und Training zu erhöhen. Das bedeutet, die Bevölkerung mit den notwendigen Qualifikationen auszustatten und die Möglichkeit zu bieten, eine bezahlte Arbeit aufzunehmen. (vgl. European Commission 2009)

#### **4.1.1. Familienpolitik**

In den Niederlanden sind die Familienleistungen steuerfinanziert. Die Niederlande gewähren 16 Wochen Mutterschaftsurlaub, von dem vier bis sechs Wochen vor dem errechneten Entbindungstermin genommen werden müssen und der mit dem vollem Tagesarbeitsentgelt abgegolten wird (maximal 185,46 €).

Das niederländische Kindergeldsystem ist steuerfinanziert. Kindergeld wird allen EinwohnerInnen für Kinder unter 18 Jahren gewährt, für die Unterhalt geleistet wird, und zwar unabhängig von Einkommen und Nationalität der BezieherInnen bzw. unabhängig vom Wohnsitz des Kindes (gilt für Kinder in anderen EU-/EWR-Ländern bzw. sonstigen Ländern mit Abkommen). Erwerbstätige ohne Wohnsitz in den Niederlanden sind auch bezugsberechtigt. Wie in Dänemark ist auch in den Niederlanden das Kindergeld altersabhängig. Zusätzlich werden bis zu festgelegten Einkommensgrenzen und nach Zahl der Kinder gestaffelte Zuschläge gewährt. In den **Niederlanden** gibt es kein Erziehungsgeld. Es wird eine Beihilfe gewährt, wenn beide Eltern berufstätig sind und das Kind außer Haus betreut wird. Die Höhe der Kinderbetreuungsleistung hängt von der Haushaltszusammensetzung, der Art und den Kosten der Kinderbetreuung sowie vom Einkommen der Eltern ab. Es werden maximal 6,10 € pro Stunde gewährt, die Leistung wird von den Steuerbehörden vergeben.

#### **4.1.2. Altenbetreuung/-pflege**

Die Niederlande haben ein beitragsfinanziertes Pflegesystem. Das Pflegerisiko wird von den Krankenversicherungen abgedeckt. Im Allgemeinen werden Pflegesachleistungen angeboten. Im

Rahmen einer Versuchsreihe kann für bestimmte Pflegeleistungen auch Pflegegeld (persoonsgebonden budget, PGB) bezogen werden. Auch eine Kombination aus Sach- und Geldleistungen ist möglich. Das Leistungsspektrum ist weit definiert und richtet sich an Personen bei langem Krankenhausaufenthalt, ältere Menschen, Behinderte sowie geistig Behinderte mit chronischen Problemen. Pflege wird dabei in sieben Funktionen eingeteilt: häusliche Pflege, persönliche Pflege, Krankenpflege, unterstützende Betreuung, aktivierende Betreuung, Behandlung und Unterbringung. Anspruch auf Pflegeleistungen haben alle EinwohnerInnen sowie Personen, die in den Niederlanden arbeiten und Lohnsteuer zahlen. Die Pflegeleistungen sind dabei nicht an Alter, Bedürftigkeit oder einen bestimmten Mindestpflegebedarf geknüpft. Die Feststellung des Pflegebedarfs liegt beim „Zentrum zur Beurteilung des Pflegebedarfs“ (Centrum Indicatiestelling Zorg, CIZ), von diesem wird auch Art und Ausmaß der Pflege festgelegt. Die Pflegebedürftigkeit wird zeitlich befristet (maximal fünf Jahre) anhand der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) der Weltgesundheitsorganisation beurteilt. Die Pflege wird hauptsächlich in Einrichtungen erbracht, versicherte Personen können ihr persönliches Pflegegeld (persoonsgebonden budget, PGB) auch für Unterstützung durch nicht-gewerbsmäßige Pflegepersonen (Nachbarn, Freunde) oder professionelle Anbieter (spezialisierte Agenturen) nutzen. Die Pflegeleistungen umfassen die *häusliche Pflege* zum Ausgleich der (kurzzeitigen) Beeinträchtigung der versicherten Person, ein eigenständiges Leben zu führen, die *teilstationäre Pflege* zur Förderung/Erhalt der Fähigkeit ein eigenständiges Leben zu führen und damit Bewahrung vor Institutionalisierung oder Vernachlässigung der versicherten Person. *Stationäre Pflege* richtet sich an Personen mit Bedarf an geschützter Wohn- und Therapieumgebung sowie dauerhaftem Betreuungsbedarf. Die Kostenbeteiligung bei Heimunterbringung ist einkommensabhängig, es gibt einen „hohen Betrag“ von monatlich maximal 1.838,60 Euro sowie den „niedrigen Betrag“ von monatlich maximal 741,20 Euro. (vgl. MISSOC, Stand: Juli 2009<sup>32</sup>)

Seit 1. Jänner 2007 liegen verschiedene Verantwortlichkeiten, wie etwa Heimhilfe oder Transport von Älteren und Behinderten, bei den Kommunen, mit dem Ziel, den lokalen sozialen Zusammenhalt zu stärken. Die Kommunen sind darüber hinaus dafür verantwortlich, zu entscheiden, wer Betreuungsleistungen bekommen soll/muss, und diese auch bereitzustellen. In den meisten Fällen muss ein privater Kostenbeitrag entrichtet werden, der einkommensabhängig und in den einzelnen Kommunen unterschiedlich hoch ist.

Um die Qualität in der Pflege zu sichern, wurden seitens der Regierung Instrumente zur Messung des Standards der Pflegequalität in Heimen entwickelt und Befragungen der Patienten zur Zufriedenheit mit der Betreuung eingeführt. Das personenbezogene Budget stellt weiters ein wichtiges Instrument zur Erhöhung der Entscheidungsfreiheit von betreuungsbedürftigen Personen dar, die Möglichkeit der Pflege und Betreuung im eigenen Heim wurde weiter forciert. (vgl. European Commission 2009)

#### **4.1.3. Der soziale Dienstleistungssektor**

Das niederländische Wohlfahrtsmodell hat eine ähnliche institutionelle Verankerung wie das österreichische; es ist abhängig von Beiträgen der Beschäftigten und daher auf ein hohes Beschäftigungsniveau angewiesen, um den Sozialstaat zu finanzieren. Die Verlagerung der sozialen

---

<sup>32</sup> [http://ec.europa.eu/employment\\_social/missoc/db/public/compareTables.do?lang=de](http://ec.europa.eu/employment_social/missoc/db/public/compareTables.do?lang=de) (April/Mai 2010)

Dienste auf den Erwerbsarbeitsmarkt erklärt das ‚Beschäftigungswunder‘ der Niederlande und die hohe Resistenz gegen konjunkturelle Krisen.

Lange Zeit wurde nur wenige Kinder in den Niederlanden in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen betreut, 1990 waren zwei Prozent der Kinder im Alter von 0-13 Jahren in institutionellen Tagesbetreuungseinrichtungen. Die Gründe dafür lagen vor allem in einer geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen, traditionellen Einstellungen mit einer Präferenz für informelle Betreuung sowie eine Steuergesetzgebung, die Alleinverdienerhaushalte begünstigte. Bis 2004 hat sich der Anteil der 0-13jährigen in institutioneller Betreuung auf zwölf Prozent erhöht, bei den 0-2jährigen liegt er nun bei etwa 30 %. Dieser Anstieg ging einher mit einer höheren Frauenerwerbsbeteiligung, gesunkenen Kinderbetreuungskosten für die Eltern (teils auf Firmen verlagert), staatlichen Initiativen zur Ausweitung und Professionalisierung des Kinderbetreuungsangebots (1994-2004 jährliches Wachstum bei den institutionellen Kinderbetreuungsplätzen ca. 9 %, nach 2005 ca. 10-12 %) sowie geänderte Einstellungen der Eltern gegenüber den institutionellen Betreuungsangeboten. (vgl. Noailly/Visser 2009) Die verstärkte Erwerbstätigkeit der Frauen mit Kindern hat den Bedarf an familienorientierten Dienstleistungen erhöht und gleichzeitig Beschäftigungschancen für Frauen eröffnet. Da diese Dienstleistungen traditionellerweise nicht vom Staat bereit gestellt werden sondern von kirchennahen Einrichtungen, entwickelten sich über die Zeit zunehmend nicht auf Gewinn orientierte Initiativen sowie kommerzielle familienorientierte Dienstleistungen mit flexiblen Beschäftigungs- und Arbeitsformen, entsprechend den Anforderungen eines zunehmend flexiblen Arbeitsmarktes. (Visser/Hemmerijck 1998) Heute gibt es zwar auch schon öffentlich geführte Kindertagesstätten und Betriebskindergärten, sie sind aber gering an der Zahl. Der Großteil der Kinderbetreuung findet in privaten Initiativen statt.

## **4.2. Dänemark**

Dänemarks Sozialsystem baut auf den Prinzipien Universalität, Erreichbarkeit, Geschlechtergerechtigkeit, Adäquanz und Nachhaltigkeit auf und ist primär steuerfinanziert. (vgl. European Commission 2009: 233) In der Folge hat jede Person mit Wohnsitz in Dänemark Zugang zu sozialen Diensten, unabhängig vom Status, Einkommen, gezahlten Beiträgen oder Beschäftigung. Die Kommunen verwalten das System der sozialen Sicherheit.

Dänemark erfüllt die Ziele der Europäischen Beschäftigungsstrategie; die Beschäftigungsquote ist traditionell hoch, die Arbeitslosenquote (auch die Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit) zählt zu den niedrigsten in Europa. Geschlechtsspezifische Differenzen am Arbeitsmarkt sind relativ gering. Allerdings steht auch Dänemark vor Herausforderungen, die durch demografische Veränderungen hervorgerufen werden.

Dänemark gehört ähnlich wie die Niederlande zu den Ländern mit besonders hohen öffentlichen Sozialschutzausgaben (2007: 28,1 % des BIP) und weist relativ geringe Einkommensungleichheiten und Armutsgefährdungsraten auf. Nichtsdestotrotz gibt es Personengruppen, die ein höheres Armutsrisiko aufweisen, etwa Personen mit Migrationshintergrund. Sie haben auch geringere Erwerbsquoten und schneiden im Bildungssystem schlechter ab.

### **4.2.1. Familienpolitik**

In Dänemark werden im Rahmen von Mutterschutz und Elternzeit für insgesamt 52 Wochen Geldleistungen gewährt. Diese umfassen Mutterschutzgeld vier Wochen vor bis 14 Wochen nach der Geburt. Väter haben Anspruch auf zwei Wochen bezahlten Vaterschaftsurlaub, der in den 14 Wochen nach Geburt des Kindes zu nehmen ist. Bis zum neunten Lebensjahr des Kindes besteht Anspruch auf 32 Wochen Elternurlaub, der zwischen den Eltern geteilt wird. Das Mutterschutzgeld hängt vom Einkommen der vorausgehenden Beschäftigung ab und beträgt maximal 3.625 DKK (487 €) pro Woche bzw. 98 DKK (13 €) pro Stunde (37 Stunden/Woche), kollektivvertraglich kann aber die volle Kompensation vorgesehen sein. Das während des Elternurlaubs gewährte Elterngeld beläuft sich auf 60 % des Arbeitslosengeldes. (vgl. MISSOC, Stand: Juli 2009)

In Dänemark sind die Kindergeld-Leistungen steuerfinanziert. Es ist ein universelles System für die gesamte Bevölkerung, wobei für den Bezug der Leistungen teils die dänische Staatsbürgerschaft bzw. ein längerer Wohnsitz in Dänemark erforderlich ist. Das Kindergeld wird für Kinder mit Wohnsitz in Dänemark bis zum Alter von 18 Jahren gewährt. Die Höhe des Kindergeldes hängt vom Alter der Kinder ab. Bei Kindern unter neun Jahren besteht Anspruch auf Beurlaubung zur Kinderbetreuung<sup>33</sup>, das gilt für ArbeitnehmerInnen, Selbständige, Arbeitslose und BezieherInnen von Mindestsicherung, die die Bedingungen für einen Anspruch auf Krankengeld erfüllen. Dieser Elternurlaub beträgt acht Monate, wird aus Steuern finanziert und entspricht 60 % der Leistungen der Arbeitslosenversicherung.

Dänemark gewährt Eltern, die ihre Kinder selbst aufziehen eine Kinderbetreuungsbeihilfe. Die Kinderbetreuungsbeihilfe kann für eine Periode von acht Wochen bis zu einem Jahr gewährt werden. Diese Leistung ist steuerfinanziert und wird von den Kommunen erbracht. Die Kinderbetreuungsbeihilfe kann für Kinder zwischen 24 Wochen und sechs Jahren bezogen werden, engere Altersgrenzen können von den Kommunen festgelegt werden. Bezugsberechtigt sind Eltern, die sieben der letzten acht Jahre in Dänemark einen Wohnsitz gehabt haben. Kinderbetreuungshilfe kann für maximal drei Kinder im Haushalt bezogen werden, sie darf insgesamt den Maximalbetrag des Mutterschaftsgeldes nicht übersteigen und sie beträgt maximal 85 % der Kosten der Unterbringung des Kindes in einer kommunalen Kinderbetreuungseinrichtung. (vgl. MISSOC, Stand: Juli 2009)

### **4.2.2. Altenbetreuung/-pflege**

Dänemark hat ein universelles, steuerfinanziertes Pflegesicherungssystem, das dezentralisiert – von den Gemeinden – organisiert wird. Das dänische System kennt Sachleistungen im Fall von Pflegebedürftigkeit, spezielle Geldleistungen werden nicht gewährt. Alle BürgerInnen mit Wohnsitz in Dänemark haben bei Pflegebedürftigkeit, unabhängig von ihrer Zahlungsfähigkeit, Anspruch auf persönliche und praktische Unterstützung (das betreffende Gesetz regelt auch die Versorgung von Kindern). Damit soll pflegebedürftigen Personen ermöglicht werden, so lange wie möglich in ihrer Wohnung zu bleiben. Für die Inanspruchnahme von Pflegeleistungen ist kein Mindestpflegebedarf Voraussetzung, alle Anträge müssen basierend auf einer genauen und individuellen Beurteilung berücksichtigt werden. Die BegutachterInnen sind Personen mit Erfahrung im Pflegebereich. Die

---

<sup>33</sup> <http://www.iwkoeln.de/tabid/2691/ItemID/24230/Default.aspx> (Juni 2010)

Pflegeleistungen werden von privaten und öffentlichen Einrichtungen erbracht, die Gemeindeverwaltungen sind für die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen und Zielsetzungen sowie die Dokumentation und Qualitätssicherung verantwortlich. Die Gemeinden sind auch angehalten, nicht-gewerbsmäßige Pflegepersonen (wie Ehe-/PartnerIn, Verwandte, Freunde) einzubeziehen. Die Entscheidung über Zuerkennung von Pflegeleistungen wird von den Gemeindeverwaltungen getroffen, und zwar basierend auf einem von den AntragsstellerInnen ausgefüllten Fragebogen. Es erfolgt eine periodische Anpassung an die Bedürfnisse der EmpfängerInnen.

Die Leistungen umfassen häusliche Pflegeleistungen, wie Körperpflege und Hilfe im Haushalt, teilstationäre Pflege zur Entlastung von pflegenden Angehörigen (Pflege in Tageszentren, Übernachtung in Krankenpflegeheimen) und stationäre Pflege, bei der verschiedene Alternativen innerhalb und außerhalb der Gemeinden angeboten werden (Familienheime, geschlossene Pflegeeinrichtungen, private Krankenpflegeheime, private Pflegeheime/private Unterkunft). Als sonstige Leistungen im Rahmen der Pflegesicherung sind die Wohnungsanpassung, die Bereitstellung spezieller Vorrichtungen sowie die Vertretung und Entlastung von pflegenden Angehörigen zu nennen. Die Pflegeleistungen sind meist kostenlos; bei zeitlich begrenztem Pflegebedarf ist in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen ein Kostenbeitrag zu leisten. (vgl. MISSOC; European Commission 2009: 242f)

#### **4.2.3. Der soziale Dienstleistungssektor**

Die Kombination aus einer starken marktwirtschaftlichen Ausrichtung mit einem universellen Wohlfahrtsstaat, der im Wesentlichen Sachleistungen (Angebotsstrukturen) für alle sozialen Bedürfnisse und Abdeckung von Risiken anbietet, macht Dänemark zu einem viel beachteten flexiblen und wirtschaftlich erfolgreichen Gesellschaftsmodell. Der Staat greift ebenso wie in den anderen nordischen Ländern über unterschiedliche Instrumente in die Einkommensverteilung ein, mit dem Ziel, Armut zu verhindern. Der hohe Grad der Absicherung gegen Risikosituationen wie Krankheit und Arbeitsplatzverluste und die Sicherung des Einkommens im Alter tragen dazu bei, dass die Bereitschaft der einzelnen hoch ist, sich laufend an neue berufliche Herausforderungen einzulassen und flexible Beschäftigungsformen anzunehmen. Die flexible Organisation der sozialen Dienste und ihr hoher Grad der Professionalität ist eine Voraussetzung dafür, dass die Flexibilitätsanforderungen im Erwerbsleben (Flexicurity) ohne einen Verlust der Lebensqualität erfüllt werden können. (vgl. COM 2008)

#### **4.3. Schweden**

Schweden zählt innerhalb der EU zu den Ländern mit den höchsten Erwerbsquoten, insbesondere von Frauen und Älteren. Hingegen ist die Arbeitslosenquote der 15 bis 24-Jährigen sehr hoch (25 % 2009, gegenüber 12 % in Dänemark, 10 % in Österreich, 7 % in den Niederlanden); besonders betroffen sind im Ausland geborene Jugendliche. Der Unterschied in den Beschäftigungsquoten zwischen im Inland und im Ausland Geborenen ist in Schweden im EU-Vergleich besonders hoch (13,1 Prozentpunkte 2007).

Die Armutsgefährdungsquote liegt in Schweden mit 12,2 % der Bevölkerung (2008) deutlich unter dem EU-Schnitt von 16,5 % (Österreich 12,4 %, Niederlande 10,5 %, Dänemark 11,8 %, Frankreich

13,4 %); die Einkommensverteilung ist ziemlich gleichmäßig. Auch in Schweden sind Personen, die im Ausland geboren wurden, stärker von Armut gefährdet als Einheimische.

Schweden ist in geringerem Maße von demografischer Alterung betroffen als die meisten anderen EU-Länder, nicht zuletzt wegen vergleichsweise hoher Fertilitätsraten, die langfristig relativ stabil sind – wohl eine Konsequenz der staatlichen Unterstützung der Eltern bei der Versorgung, Betreuung und Erziehung der Kinder. In der Folge steigt der Altersquotient geringfügiger an als im EU-Schnitt. Die öffentlichen Sozialschutzausgaben zählen zu den höchsten in Europa und sind mit 29 % des BIP (2009) gleich hoch wie in Frankreich.

Das übergeordnete Ziel des schwedischen Wohlfahrtsmodells ist es, universelle Versorgung anzubieten, unter Maximierung der Integration der Menschen ins Erwerbsleben. Eine hohe Beschäftigungsquote wird als grundlegend dafür angesehen, die großzügige Wohlfahrtspolitik nachhaltig zu sichern. Darüber hinaus dient Beschäftigung der individuellen und sozialen Entwicklung und der gesellschaftlichen Teilhabe. Derzeit liegt der Fokus bei der Arbeitsmarktintegration auf Jugendlichen, Personen mit Migrationshintergrund und Personen in Langzeit-Krankenstand. (vgl. European Commission 2009)

#### **4.3.1. Familienpolitik**

In der Familienpolitik ist ein 16-monatiges Elterngeld (föräldrapenning) vorgesehen; zwei dieser Monate muss der Besserverdienende in Anspruch nehmen, sonst verfällt diese Zeit. Während der Elternkarenz werden 80 % des letzten Gehalts bzw. mindestens SEK 180 (€ 17) pro Tag (garantierter Grundbetrag, grundbelopp) gewährt. (MISSOC, Stand: Juli 2009) Danach besteht die Möglichkeit, die Arbeitszeit um zwei Stunden pro Tag (ohne Lohnausgleich) zu verringern (bei Kindern unter acht Jahren). Ab dem zweiten Lebensjahr des Kindes besteht ein Anspruch auf Kinderbetreuung. Die meisten Schwedinnen arbeiten vor der Geburt des ersten Kindes und kehren innerhalb eines Jahres wieder an den Arbeitsplatz zurück.

Alle erwerbstätigen Eltern, die eine Kinderbetreuung benötigen, haben einen gesetzlichen Anspruch auf Vorschultagesstätten für Kinder zwischen einem und sechs Jahren und auf Freizeitzentren für Kinder zwischen sieben und zwölf Jahren. Die Tageseinrichtungen sind ganzjährig von 6:30 bis 18:30 Uhr geöffnet. Die Gruppen sind altersgemischt. Die Gebühren richten sich nach dem Einkommen der Eltern und der Anzahl der Geschwister. (Lehner 2005)

Weiters gibt es ein zeitweiliges Elternschaftsgeld (tillfällig föräldrapenning), wenn das Kind krank ist und ein Elternteil sich beurlauben lassen will, um das Kind zu versorgen. Es wird für höchstens 120 Tage pro Jahr und bis zum 12. Lebensjahr des Kindes gewährt. Väter haben bei der Geburt Anspruch auf zehn Tage Vaterschaftsurlaub, für den das zeitweilige Elternschaftsgeld gewährt wird.

Schweden hat ein pauschales, steuerfinanziertes Kindergeld (Zulagen für große Familien), das für alle Kinder bis 16 Jahre mit Wohnsitz (mehr als sechs Monate pro Jahr) in Schweden gewährt wird. Kindern zwischen 16 und 20 Jahren, die eine weiterführende Schule besuchen, wird eine vergleichbare Beihilfe gewährt. Das schwedische Kindergeld hängt von der Anzahl der Kinder ab.

Die Gemeinden können eine kommunale Kinderbetreuungsbeihilfe für Kinder zwischen einem und drei Jahren gewähren, die von diesen finanziert und verwaltet wird. Damit wird (laut MISSOC) für

Eltern die Möglichkeit erhöht, zu Hause zu bleiben und die Kinder von zu Hause aus zu versorgen. Voraussetzungen für die Kinderbetreuungshilfe sind der Wohnsitz in der Gemeinde, das Sorgerecht für das Kind, sowie der Bezug von mindestens 250 Tagen Elternschaftsgeld (förlädrapenning). Die Beihilfe kann mit Einkünften aus Erwerbstätigkeit kombiniert werden, aber nicht mit anderen sozialen Sicherungsleistungen, die bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Elternschaft oder Alter gewährt werden. Personen, die ihren Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat haben, aber in einer Gemeinde arbeiten, die die Kinderbetreuungshilfe eingeführt hat, kann diese Leistung auch gestattet werden. Die Kinderbetreuungshilfe beträgt maximal 3.000 SEK (280 Euro) monatlich, Gemeinden haben das Recht die Zulage zu kürzen, wenn das Kind eine öffentlich finanzierte Kindertagesstätte besucht (in Abhängigkeit von der dort verbrachten Zeit).

#### **4.3.2. Altenbetreuung/-pflege**

In Schweden obliegt die Organisation und Finanzierung der Pflegeleistungen den Gemeinden. (vgl. MISSOC). Die 290 Kommunen haben die gesetzliche Verpflichtung, den Bedarf an sozialen Dienstleistungen und Wohnungen für betreuungsbedürftige Personen zu decken. Die Kommunen sind allerdings autonom in der Organisationswahl und in den Prioritätensetzungen. Generell wird das Ziel verfolgt, den älteren Menschen ein weitgehend unabhängiges Leben – so lange wie möglich im eigenen Umfeld – zu ermöglichen. In den letzten 15 Jahren wurden daher auch die institutionellen Betreuungsarrangements reduziert und die mobilen sozialen Dienste, die betreuungsbedürftige Personen im täglichen Alltag zu Hause unterstützen, ausgebaut. (vgl. European Commission 2009: 498)

Die Beurteilung der Pflegebedürftigkeit ist nicht standardisiert, sondern hängt von den in den Gemeinden zur Anwendung kommenden Verfahren ab. Die Pflegeleistungen werden in Schweden grundsätzlich als Sachleistungen erbracht. Geldleistungen sind unüblich, und es gibt keine nationalen Richtlinien dazu. Es besteht ein gutscheinähnliches System, mit dem Personen Anspruch auf Pflegeleistungen geltend machen können, und zwar in der jeweils adäquaten individualisierten Art. Das Niveau der Selbstbeteiligung ist in Schweden niedrig. Daten von 2005 zufolge<sup>34</sup> wurden 4 % der Pflegekosten durch PatientInnenbeiträge finanziert. 2009 lag der Kostenbeitrag der PatientInnen für Altenpflege bei maximal 1.712 SEK (160 Euro) pro Monat, die Kosten für ärztliche Pflege bei monatlich 900 SEK (84 Euro) und der Höchstbeitrag für Medikamente bei 1.800 SEK (168 Euro) pro Jahr. Bei der Einhebung von Gebühren für Altenpflege haben Gemeinden zu berücksichtigen, dass pflegebedürftige Personen Anspruch darauf haben, einen angemessenen Geldbetrag für Miete zur Verfügung zu haben sowie mindestens 4.832 SEK (451 Euro) pro Monat für die Kosten des täglichen Lebens. Der Schwerpunkt der Pflegedienstleistungen liegt auf der mobilen Betreuung und Pflege, was den Verbleib in der gewohnten Umgebung so lange wie möglich gewährleisten soll. Die teilstationäre Pflege wird als Ergänzung der häuslichen Pflege und Betreuung gesehen, stationäre Pflege kommt nur bei hohem Pflegebedarf zur Anwendung. (vgl. MISSOC)

---

<sup>34</sup>

[http://www.sweden.se/upload/Sweden\\_se/english/factsheets/SI/SI\\_FS8p\\_Elderly\\_care\\_in\\_Sweden/Elderly\\_care\\_in\\_Sweden\\_FS8p\\_Low.pdf](http://www.sweden.se/upload/Sweden_se/english/factsheets/SI/SI_FS8p_Elderly_care_in_Sweden/Elderly_care_in_Sweden_FS8p_Low.pdf) (Mai 2010)



Generell hat der Anteil der älteren Personen, die Betreuung privater Anbieter in Anspruch nehmen, in der letzten Dekade zugenommen. Viele Kommunen bieten den BewohnerInnen an, den Anbieter sozialer Dienste selbst auszusuchen – egal ob privat oder öffentlich verwaltet. Die Kommunen wurden mit zusätzlichen Ressourcen ausgestattet, um Qualität in der Langzeitpflege weiterzuentwickeln, allerdings gibt es noch immer große Unterschiede in Qualität, Kosten und Effektivität zwischen den Kommunen. (vgl. European Commission 2009: 499)

### **4.3.3. Der soziale Dienstleistungssektor**

Die Ursprünge des schwedischen Modells gehen auf einen historischen Kompromiss zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften im Jahr 1938 zurück. Dieser führte in die solidarische Lohnpolitik, die um ein umfassendes System der aktiven Arbeitsmarktpolitik ergänzt wurde.

Das schwedische Wohlfahrtsmodell ist das Paradebeispiel für eine umfassende Basis- und Grundsicherung der BürgerInnen, die zum Teil über eine ausgeprägte Umverteilung finanziert wird. Die Leistungen sind im Wesentlichen Sachbezüge, die gleichzeitig auch die Beschäftigungsbasis für viele Arbeitskräfte im Wohlfahrtssektor in den Kommunen sind. Seit den 1990er Jahren kommt es aber laufend zu Abstrichen in der institutionellen Versorgung und zu einer Verlagerung zu mobilen Diensten. In zunehmendem Maße werden private Kostenbeiträge/Gebühren für die gesundheitliche Versorgung eingehoben.

## **4.4. Frankreich**

In Frankreich basieren Sozialleistungen ebenso wie in Österreich auf einem erwerbszentrierten Sozialversicherungsmodell. Ein weiteres Charakteristikum des französischen sozialen und gesellschaftlichen Organisationsmodells ist das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, das auf die Ziele der Französischen Revolution zurückgeht. In der Folge konnte sich das Familienernährermodell, das typisch für andere kontinentaleuropäische korporatistische Wohlfahrtsmodelle ist (wie Österreich, Niederlande und Deutschland), in Frankreich nie durchsetzen. (Lewis-Ostner 1994)

Die Beschäftigungsquote von Frauen ist in der Folge in Frankreich im mittleren Alter hoch, ist aber für Jugendliche infolge der Vollzeitschule und unter Älteren infolge eines ausgeprägten Frühpensionsmodells relativ niedrig. Hinsichtlich der Frauenerwerbsquote konnte Frankreich 2007 mit 60 % das Lissabon-Ziel erreichen. Im Gegensatz zu den Niederlanden und Schweden ist die Vollerwerbstätigkeit der Frauen in Frankreich üblich.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 2005 wurde im Jahr 2008 durch die Wirtschaftskrise wieder unterbrochen; die Arbeitslosenquoten der Frauen liegen deutlich über jenen der Männer, besonders hoch ist die Arbeitslosigkeit unter den 15-24-Jährigen (23,7 % 2009). Frankreich hat hohe öffentliche Sozialschutzausgaben (29 % des BIP 2007), die knapp zur Hälfte auf Alterspensionen entfallen. Kennzeichnend für Frankreich ist eine hohe Fertilitätsrate von 2 Kindern pro Frau im Jahr 2006. Frankreich setzt im Sozialsystem auf hohe Qualität der Leistungen, Vollbeschäftigung und regionalen Zusammenhalt. (vgl. European Commission 2009)

### **4.4.1. Familienpolitik**

Frankreich bietet die größte Variationsbreite an staatlich geförderten privaten und öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten. Unter den OECD-Ländern liegt Frankreich sogar noch vor Dänemark und

Schweden an erster Stelle sowohl was die Unterstützung für Mütter mit Kindern unter sechs Jahren betrifft, als auch die Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern zwischen drei und sechs Jahren. Die Bereitstellung von Kinderbetreuung dient nicht nur der Förderung der Frauen in ihrem Berufsleben sondern auch der Entwicklung der Kinder und der Verbesserung ihrer Lebenschancen. (Letablier 2004) Um die Bedeutung der institutionellen Betreuung und Förderung von Kleinkindern zu signalisieren, zählt die école maternelle, das Vorschulsystem für 3-6-Jährige, zum Bildungssystem. Der Besuch ist zwar freiwillig, dennoch besuchen beinahe alle Kinder zwischen drei und sechs Jahren eine école maternelle. Sofern freie Plätze verfügbar sind, werden auch Kinder ab zwei Jahren aufgenommen. (Dörfler 2007)

In Frankreich sind die Familienleistungen durch Beiträge der Arbeitgeber sowie durch Steuern (Ausgleich von Beitragsbefreiungen) finanziert. Frankreich gewährt allen erwerbstätigen Personen bei Unterbrechung der Erwerbstätigkeit (Versicherungszeit mindestens zehn Monate vor Geburt) Mutter- bzw. Vaterschaftsgeld. Das Mutterschaftsgeld (indemnités journalières de maternité) wird insgesamt 16 Wochen, sechs Wochen vor und zehn Wochen nach der Entbindung gewährt. Für das dritte Kind werden 26 Wochen gewährt, davon acht Wochen vor der Entbindung. Das Vaterschaftsgeld (indemnités journalières de paternité) wird für elf Tage in den vier auf die Geburt folgenden Monaten gezahlt. Mutter- und Vaterschaftsgeld sind eine Geldleistung in Höhe des Nettoarbeitsentgelts und machen mindestens 8,55 € bzw. maximal 76,54 € pro Tag aus.

Frankreich hat ein beitragsfinanziertes Kindergeldsystem, das ab dem zweiten Kind gewährt wird. Dafür muss ein dauerhafter Aufenthalt in Frankreich bestehen und das Kind muss seinen Wohnsitz in Frankreich haben. Das Kindergeld wird bis zum Alter von 20 Jahren gewährt, sofern das Einkommen des Kindes 55 % des Mindestlohns nicht übersteigt. Die Höhe des Kindergelds hängt in Frankreich von der Zahl der Kinder ab, weiters gibt es altersgestaffelte Zuschläge.

Weiters wird ein Betreuungsgeld für Kleinkinder (prestation d'accueil du jeune enfant, PAJE) gewährt, das für das erste Kind sechs Monate, für weitere Kinder drei Jahre lang ausbezahlt wird. Das Betreuungsgeld hängt vom Ausmaß der gleichzeitigen Erwerbstätigkeit ab. Bei keiner Erwerbstätigkeit beträgt es 552,11 €, bei einer Teilzeitbeschäftigung im Ausmaß von höchstens 50 % der gesetzlichen Arbeitszeit liegt es bei 419,83 €, bei einer Arbeitszeit zwischen 50 % und 80 % bei 317,48 €. Weiters kann ab dem dritten Kind für eine höhere Leistung (789,54 € monatlich) bei kürzerer Bezugsdauer (12 Monate) optiert werden (complément optionnel du libre choix d'activité, COLCA), dabei ist keine Erwerbstätigkeit zulässig. Das Betreuungsgeld ist an eine vorausgehende Erwerbstätigkeit im Ausmaß von acht Quartalen geknüpft, und zwar beim ersten Kind innerhalb von zwei Jahren vor der Geburt des Kindes, beim zweiten Kind innerhalb von vier Jahren und ab dem dritten Kind innerhalb von fünf Jahren. (MISSOC, Stand: Juli 2009)

Zusätzlich gibt es eine Zulage zum Betreuungsgeld für Kleinkinder (complément du libre choix du mode de garde de la Prestation d'Accueil pour jeune enfant, PAJE), wenn ein Kind unter sechs Jahren zu Hause fremdbetreut oder von einer zugelassenen Tagesmutter betreut wird. Damit wird ein Teil der Lohnkosten und Sozialabgaben für die Betreuungsperson übernommen. Die Zulage hängt vom Alter des Kindes und dem Einkommen der Eltern ab. Weiters wird eine Zulage für die elterliche Präsenz (allocation journalière de présence parentale, AJPP) gewährt, und zwar bei zeitweiliger Unterbrechung der Erwerbstätigkeit und Inanspruchnahme einer Arbeitsbefreiung für elterliche

Präsenz. Dabei werden für bis zu 310 Tage im Verlauf von drei Jahren 41,17 € täglich gewährt, bei AlleinerzieherInnen erhöht sich der Betrag auf 48,92 €. <sup>35</sup>

#### **4.4.2. Altenbetreuung/-pflege**

In Frankreich sind die Pflegeleistungen beitrags- und steuerfinanziert (regionale Haushalte). Bei Pflegebedürftigkeit werden beitragsfinanzierte Zulagen und Beihilfen gewährt (Zulage für ständige Pflege durch Dritte, Zulage zur Invaliditäts-, Alters- oder Arbeitsunfallrente, Zulage bei Erziehung eines behinderten Kindes, Leistung zum Ausgleich einer Behinderung, persönliche Pflegebeihilfe), die keiner Bedürftigkeitsprüfung unterliegen, teils aber einkommensabhängig sind. Bei Pflegebedürftigkeit im Alter ist in Frankreich die „persönliche Pflegebeihilfe“ (allocation personnalisée d'autonomie) vorgesehen. Diese wird ab Vollendung des 60. Lebensjahres gewährt. Der Anspruch hängt vom Ausmaß der Pflegebedürftigkeit ab, die Höhe der gewährten Pflegebeihilfe ist einkommensabhängig. Die Pflegebeihilfe wird bei Bedarf an häuslicher, teilstationärer oder stationärer Pflege gewährt. Die Höhe der Leistung hängt von der Pflegebedürftigkeit und der Art der erbrachten Pflegeleistung (z.B. häusliche Pflege durch professionelle AnbieterInnen/pflegende Angehörige oder Pflegeheim) ab. (vgl. MISSOC) Diese Geldleistungen werden vom Staat und den Kommunen finanziert. Die Pflege in Wohn- oder Pflegeheimen wird durch die Krankenversicherung finanziert. (vgl. European Commission 2009).

#### **4.4.3. Der soziale Dienstleistungssektor**

Im zentralistisch ausgerichteten französischen sozialen Dienstleistungssektor übernimmt der Zentralstaat eine starke lenkende und kontrollierende Funktion. Der Spielraum der Gemeinden ist infolge eingeschränkt. In Frankreich hat die Dezentralisierung im Jahre 1982 die Départements gestärkt, die nun zentrale Akteure im Bereich der sozialen Dienste sind. Die Sozialisation der Kinder wird als zentrale Aufgabe des Staates angesehen. Frankreich unterscheidet zwischen Kinderbetreuung, bezogen auf Kinder unter drei Jahren, die den sozialen Diensten zugerechnet werden, und Bildung, für Kinder ab drei Jahren. Die spezifische Organisationsform begünstigt die Integrationsquote der Kinder zwischen drei und sechs Jahren in institutioneller Betreuung.

Soziale Dienste sind ein komplexes Aktionsfeld, das im Gefolge der Alterung an Bedeutung gewinnt und zunehmend ausdifferenziert wird. Ambulante Pflegedienste und Heimhilfen sind in Frankreich vergleichsweise schwach ausgebaut. In allen Systemen, auch den nordischen, müssen Unterbringungskosten oder Verpflegungskosten in Heimen von den Klienten oder ihren Familien, subsidiär aus der Sozialhilfe, bezahlt werden. Unterschiede in der Betreuungsdichte der einzelnen Länder zeigen sich vor allem auch in der unterschiedlichen Bedeutung altersspezifischer Wohnformen (wie betreutes Wohnen) Im Bereich der Altenhilfe liegt der Schwerpunkt wie in allen anderen Ländern auch bei dem Ausbau flexibler ambulanter Dienste. Die Herausforderung liegt in der besseren Koordination und Zusammenarbeit von Pflegediensten, Haushaltshilfen sowie stationären und ambulanten Einrichtungen. In diesem Sinn bildet sich die Altenversorgung als eigenständiger Bereich der sozialen Versorgung heraus. In Frankreich wird infolge die Beschäftigung von Dienstleistungspersonal in Privathaushalten staatlich gefördert.

---

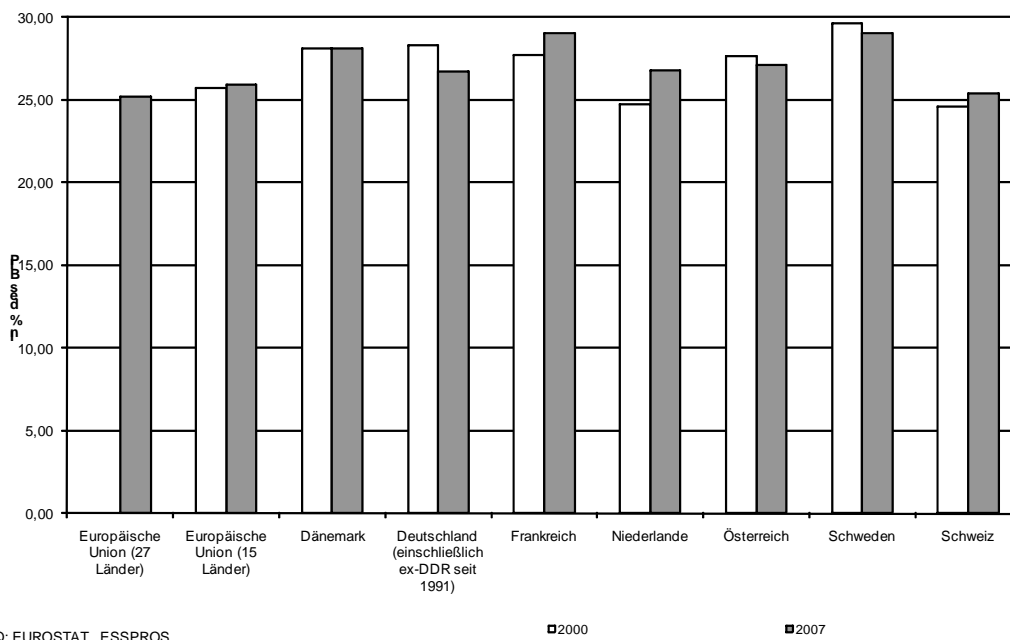
<sup>35</sup> Vgl. MISSOC, Stand: Juli 2009 sowie <http://www.pajemploi.urssaf.fr/pajeweb/cmplchoixmdg.jsp> (Juni 2010)

## 4.5. Österreich

Österreich ist ein Land, das das Lissabon-Ziel im Bereich der Beschäftigungsquote von Männern und Frauen übertrifft. Allerdings ist für Österreich eine besonders niedrige Beschäftigungsquote älterer ArbeitnehmerInnen kennzeichnend: Zwar stieg die Beschäftigungsquote der ArbeitnehmerInnen zwischen 55 und 64 Jahren von 18,8 % im Jahr 2000 auf 38,6 % im Jahr 2008 an, sie liegt aber immer noch weit unter dem Lissabon-Ziel von 50 %. Die Arbeitslosenquote ist in Österreich gering.

Die Armutsgefährdungsquote ist in Österreich unter Frauen (14 %) deutlich höher als unter Männern (11 %). Transferleistungen nehmen einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung vor Armut ein, denn ohne diese Leistungen wäre die Armutsgefährdungsquote doppelt so hoch. Österreich ist ein Land mit hohen öffentlichen Ausgaben für soziale Sicherung: 2007 lagen die Ausgaben für den Sozialschutz mit 27,1 % des BIP über dem EU-Schnitt, wobei etwa die Hälfte davon auf das Pensionssystem entfällt, ein Viertel auf Gesundheitsleistungen und nur ein kleiner Teil (1,5 % der Sozialausgaben) auf Maßnahmen zur sozialen Integration. (Abbildung 71)

**Abbildung 71: Sozialschutzausgaben in % des BIP in ausgewählten Ländern Europas**



MigrantInnen sind eine besonders vulnerable Gruppe am Arbeitsmarkt. Die Beschäftigungsquoten von AusländerInnen liegen unter jenen von ÖsterreicherInnen, insbesondere bei Frauen. Die Arbeitslosigkeit ist ausgeprägter. Dementsprechend ist auch die Armutsgefährdungsquote unter MigrantInnen höher als unter Einheimischen. Ein wichtiger Grund für diese Ungleichheiten sind Unterschiede im Qualifikationsniveau.

Hinsichtlich der sozialen Integration verfolgt Österreich die Strategie, allen Kindern und Jugendlichen optimale Entwicklungschancen zu bieten, die Arbeitsmarktintegration von benachteiligten Gruppen zu verbessern und monetäre Armut durch eine bedarfsorientierte Mindestsicherung zu reduzieren. Darüber hinaus sollen Anreize für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit verstärkt werden. Im Bereich des Gesundheitswesens liegt der Fokus auf nachhaltiger Finanzierbarkeit, Schaffung verbindlicher Qualitätskriterien und Verbesserung der Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit der

Gesundheitsversorgung. Neben Prävention und Gesundheitsförderung liegt ein Schwerpunkt auch auf der Verbesserung der Pflege und Betreuung älterer Menschen. (vgl. European Commission 2009: 410)

#### **4.5.1. Familienpolitik**

In Österreich sind die Familienleistungen durch Beiträge der Arbeitgeber sowie durch Steuern (ca. ein Viertel des FLAF vom Staat) finanziert. Alle gegen Entgelt beschäftigten Arbeitnehmerinnen, Arbeitslosengeldbezieherinnen, Teilnehmerinnen an berufsfördernden Maßnahmen zur Rehabilitation erhalten Wochengeld. Das Wochengeld wird, sofern keine Entgeltfortzahlung erfolgt, acht Wochen vor und nach der Geburt in Höhe des durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelts der letzten 13 Wochen bzw. drei Monate gewährt (geringfügig Beschäftigte mit freiwilliger Versicherung bzw. Personen mit freiem Dienstvertrag 7,79 € pro Tag).

Die Familienbeihilfe wird aus Arbeitgeberbeiträgen und Steuern finanziert. Anspruch auf Familienbeihilfe besteht bei Wohnsitz oder gewöhnlichem Aufenthalt in Österreich für Kinder unter 18 Jahren, die haushaltszugehörig sind oder für die überwiegend Unterhalt geleistet wird. Für Kinder, die sich überwiegend im Ausland aufhalten, besteht grundsätzlich kein Anspruch auf Familienbeihilfe. Familienbeihilfe kann darüber hinaus bei Kindern in Ausbildung (wie Lehre, Schule, Studium) bis zum 26. Lebensjahr bezogen werden, wenn das Jahreseinkommen 9.000 € nicht übersteigt. Die österreichische Familienbeihilfe hängt vom Alter und der Anzahl der Kinder ab, weiters wird einkommensabhängig bei drei und mehr Kindern ein Zuschlag bezahlt.

In Österreich gibt es ein Kinderbetreuungsgeld, das unabhängig von einer früheren Erwerbstätigkeit oder Pflichtversicherung gewährt wird. Das Kindergeld wird immer nur für das jüngste Kind gewährt. Für nach dem 30. 9. 2009 geborene Kinder stehen fünf Varianten zur Verfügung<sup>36</sup>, und zwar eine einkommensabhängige Variante sowie vier Varianten mit Fixbeträgen und Zuverdienstgrenzen. Die Bezugsdauer beträgt zwischen zwölf und 30 Monaten. Sie kann sich um zwei bis sechs Monate verlängern, wenn beide Elternteile die Bezugsdauer teilen. Die Zuverdienstgrenze liegt bei 16.200 Euro (2010) bzw. 60 % des früheren steuerpflichtigen Einkommens, beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld dürfen monatlich bis zu 357,70 Euro dazuverdient werden. Beim einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld werden 80 % des bisherigen Netto-Einkommens bzw. mindestens 1.000 € und maximal 2.000 € bis zum Ende des 12. Lebensmonats des Kindes (bzw. 14. Lebensmonat, wenn Eltern die Bezugsdauer teilen) gewährt. Beim Kindergeld mit Fixbeträgen kann unter vier Varianten gewählt werden – 1.000 Euro pro Monat für 12 (+ 2) Monate, 800 Euro pro Monat für 15 (+ 3) Monate, 624 Euro pro Monat für 20 (+ 4) Monate oder 436 Euro pro Monat für 30 (+ 6 Monate). Die Eltern können sich beim Bezug zweimal abwechseln. Für den Bezug von Kinderbetreuungsgeld muss tatsächlich Familienbeihilfe bezogen werden, der gemeinsame Haushalt mit dem Kind gegeben sein, die Zuverdienstgrenze eingehalten werden, festgelegte ärztliche Untersuchungen befolgt werden sowie der Mittelpunkt der Lebensinteressen und der rechtmäßige Aufenthalt von Eltern und Kind in Österreich liegen.

---

<sup>36</sup> Quelle hier: <http://www.arbeiterkammer.at/online/page.php?P=28&IP=50747> (Mai 2010)

Zusammenfassend ist zu sagen, dass Österreich von allen untersuchten Ländern am stärksten den Verbleib von Müttern mit Kleinkindern im Haushalt fördert (lange Karenz)<sup>37</sup>. Im Gegensatz dazu fördern Länder wie Schweden und Frankreich die Fertilität über eine Staffelung der Kindergeldleistung mit steigender Kinderzahl bei gleichzeitiger Unterstützung des Verbleibs der Mütter in der Erwerbstätigkeit.

#### **4.5.2. Altenbetreuung/-pflege**

In Österreich fallen die Pflegeleistungen in die Kompetenz des Bundes und der Länder. Die Geldleistungen in Form von Pflegegeld und Förderungen der 24-Stunden-Pflege werden von Bund und Ländern aus Steuern finanziert. Das österreichische Pflegesystem beruht auf zwei Säulen, nämlich (1) dem universellen bedürfnisgeprüften Pflegegeld, das 1993 eingeführt wurde und (2) den ambulanten, teilstationären und stationären Pflegediensten. Die Pflegeleistungen werden von verschiedenen Stellen und Gruppen erbracht – das Bundespflegegeld vom Entscheidungsträger nach dem Bundespflegegeldgesetz (BPGG), das Landespflegegeld durch die Länder, die Förderung der 24-Stunden-Betreuung durch das Bundessozialamt, die Sachleistungen durch öffentliche und private AnbieterInnen, sowie von nicht-gewerbsmäßigen Pflegepersonen wie Familienangehörigen, Nachbarschaftshilfe und ehrenamtlichen HelferInnen. (vgl. European Commission 2009; MISSOC)

- (1) Das Pflegegeld versteht sich als pauschalierter Beitrag zu den Kosten der erforderlichen Pflege, der den Betroffenen eine gewisse Unabhängigkeit und einen (längeren) Verbleib in der gewohnten Umgebung ermöglichen soll.<sup>38</sup> Das Pflegegeld kann von der pflegebedürftigen Person nach eigenem Ermessen für die Finanzierung der Pflege verwendet werden. Anspruch auf Pflegeleistungen haben alle EinwohnerInnen mit gewöhnlichem Aufenthalt in Österreich, bei Wohnsitzwechsel in ein anderes Bundesland kann eine Mindestaufenthaltsdauer erforderlich sein, um Anspruch auf stationäre Pflege zu erhalten. (MISSOC) In Österreich gibt es das Bundespflegegeld sowie das Landespflegegeld des jeweiligen Bundeslands. Anspruch auf Bundespflegegeld haben Personen, die eine bundesgesetzliche Pension beziehen oder zumindest darauf Anspruch haben. (85 % der Pflegegeldauszahlungen erfolgen über das Bundespflegegeldgesetz von 1993). Landespflegegeld wird an pflegebedürftige mitversicherte Angehörige, BezieherInnen von Sozialhilfe oder an Personen mit Pensionen der Länder ausbezahlt. (vgl. BMSK 2007) Das Pflegegeld ist vermögens- und einkommensunabhängig, die Förderung der 24-Stunden-Pflege ist unabhängig vom Vermögen, aber abhängig vom Einkommen der pflegebedürftigen Person. Bei der Kostenvorschreibung für Pflegesachleistungen werden soziale Aspekte berücksichtigt. Anspruch auf Pflegegeld besteht, wenn der Pflegebedarf 50 Stunden pro Monat voraussichtlich länger als sechs Monate übersteigt. Die Pflegebedürftigkeit wird von ärztlichen Sachverständigen anhand von sieben Pflegestufen festgestellt (Personen aus anderen Bereichen können beigezogen werden), wobei Aktivitäten des täglichen Lebens als Indikatoren dienen. Das Pflegegeld beträgt pro Monat zwischen 154,20 Euro (Stufe 1, mehr

---

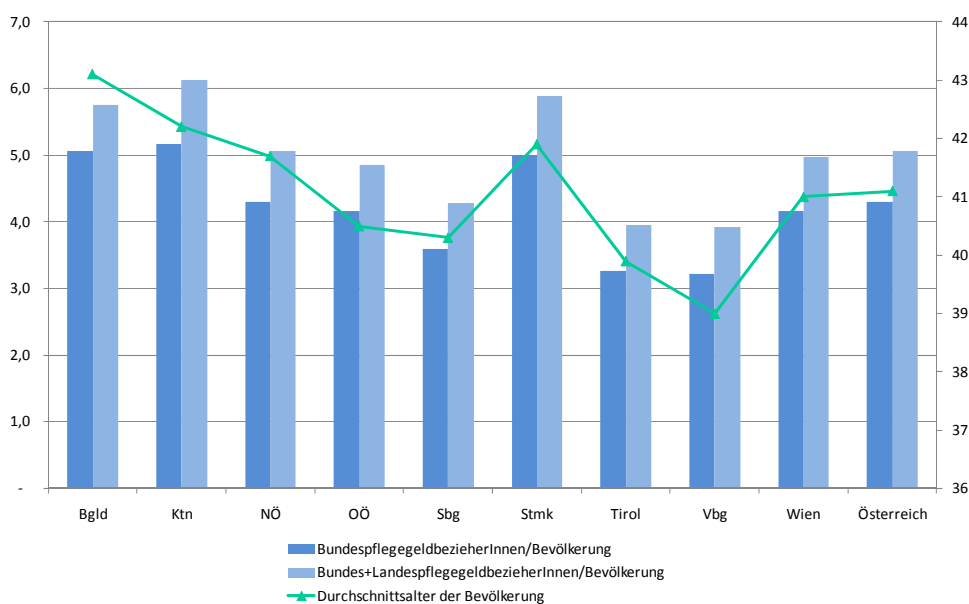
<sup>37</sup> Flecker et al. (2010) weisen darauf hin, dass vor allem die gängigen Arbeitszeitregelungen in Österreich ein Erschwernis bei der Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familien- und Betreuungsarbeit darstellen. (vgl. S. 45)

<sup>38</sup> Quelle hier: <http://www.help.gv.at/Content.Node/36/Seite.360511.html> (Mai 2010)

als 50 Stunden monatlicher Pflegebedarf) und 1.655,80 Euro (Stufe 7, über 180 Stunden und keine zielgerichtete Bewegung der Extremitäten). Bei teilstationärer Pflege wird Pflegegeld gewährt, bei stationärer Pflege gehen max. 80 % des Pflegegeldes an den Finanzierungsträger der Heimkosten. Wenn die Betreuung rund um die Uhr erforderlich ist, kann ab Pflegestufe 3 die Förderung der 24-Stunden-Betreuung beantragt werden. Der Anspruch ist einkommensabhängig, aber vermögensunabhängig und beträgt bei zwei selbständigen Betreuungskräften 550 Euro pro Monat, bei zwei unselbständigen Betreuungskräften 1.100 Euro pro Monat.

- (2) Die Versorgung mit Pflegesachleistungen (mobile, ambulante, teilstationäre und stationäre Dienste) erfolgt durch öffentliche und private Anbieter. Für die stationäre Pflege sind Länder und Kommunen, aber auch religiöse und nicht gewinnorientierte Organisationen zuständig. Unter den mobilen und ambulanten Diensten sind Besuchsdienst, Heimhilfe, 24-Stunden-Betreuung, Pflegehilfe, Essen auf Rädern, Familienhilfe, Persönliche Assistenz, Hauskrankenpflege und psychosozialer Dienst zu nennen. Der Kostenbeitrag bei Sachleistungen hängt vom Einzelfall ab, da er auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des/der Leistungsempfängers/in abgestimmt ist. Er ist vom Pflegegeld und sonstigen Einkommen zu leisten, der Restbetrag wird von der öffentlichen Hand getragen, in einigen Bundesländern ist ein Regress gegenüber den Angehörigen möglich. Ambulante Pflegedienste werden von nicht gewinnorientierten Organisationen oder privaten Pflegediensten angeboten. Die Pflegedienste sind nicht ausreichend ausgebaut, um in allen Regionen einen einheitlichen Zugang zu ihren Leistungen zu gewährleisten. Es ist notwendig, neue flexible Modelle für die ambulante und die teilambulante Pflege zu entwickeln. (vgl. European Commission 2009; MISSOC)

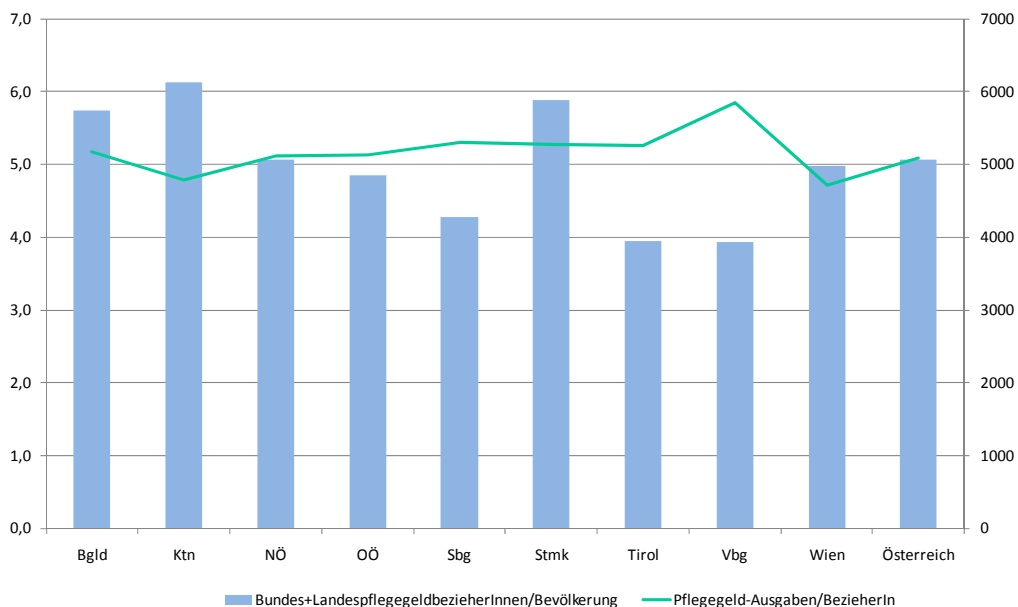
**Abbildung 72: Bundes- und LandespflegegeldbezieherInnen pro 100 EinwohnerInnen und Bundesland (Stichtag 31. 12. 2008)**



Q.: St.At. DUK-Berechnungen.

In Österreich werden bis zu 80 % der pflegebedürftigen Menschen zu Haus von Familienmitgliedern, Pflegediensten oder privaten Pflegepersonen betreut. Dies lässt eine Diskussion über die Qualität der Pflege in Österreich laut werden. Ein wichtiger Schritt in Richtung Qualitätssicherung (durch Bereitstellung qualifizierter Pflegekräfte) in der Pflege war die Harmonisierung der sozialen Pflegeberufe, die 2008 abgeschlossen wurde, sowie die Einführung des bundesweiten Berufsbildes der/des „Heimhelfers/in“. Die Unterstützung der pflegenden Familienangehörigen erfolgt über Hausbesuche qualifizierter Pflegekräfte zur Information und Beratung, Zuschüsse für die Finanzierung einer Ersatzpflege und Verbesserung der sozialversicherungsrechtlichen Absicherung. Die Unterstützung der informellen Pflegekräfte muss voran getrieben werden, um die Qualität der informellen Pflege gewährleisten zu können. Dazu bedarf es auch Bewertungen und Untersuchung regionaler und sektoraler Unterschiede, um die Wirkung der Maßnahmen überwachen zu können.

**Abbildung 73: Bundes- und LandespflegegeldbezieherInnen pro 100 EinwohnerInnen und Bundesland und durchschnittliche Pflegegeldausgaben pro BezieherIn (Stichtag: 31. 12. 2008)**



Q.: St.At. DUK-Berechnungen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass aufgrund der Bevölkerungsalterung bis 2050 eine Steigerung des Anteils der Pflegeausgaben am BIP um 0,9 % notwendig sein wird. Diese Ausgaben umfassen sowohl Sachleistungen im Sozialbereich wie auch Geldleistungen. Diese Leistungen werden nicht aus der Sozialversicherung finanziert, sondern aus dem österreichischen Bundeshaushalt, den Haushalten der Länder und in geringerem Ausmaß auch von den Kommunalbehörden. Die Finanzierung der Pflege älterer Menschen steht vor großen Herausforderungen, die sich aus der demografischen Alterung ergeben. Es wird vor allem der Bedarf an Pflegekräften steigen. Es bedarf daher neuer Strategien zur nachhaltigen Finanzierung im Rahmen eines qualitätssichernden Systems. (vgl. European Commission 2009)

Aus Abbildung 72 ist ersichtlich, dass die Zahl der Bundes- und LandespflegegeldbezieherInnen in Österreich stark vom Alter der Bevölkerung in einem Bundesland abhängig ist.



Je nachdem wie die Verteilung der PflegegeldbezieherInnen auf die diversen Pflegestufen ist, variieren die Kosten pro Pflegefall. So ist etwa in Vorarlberg die Versorgung auf die Stufen 4-7 im Bundesschnitt überdurchschnittlich hoch, während die Stufen 1-2 in Wien deutlich über dem Schnitt liegen. (Abbildung 73)

### 4.5.3. Der soziale Dienstleistungssektor

Soziale Dienstleistungen werden in Österreich weitestgehend im Nonprofit-Sektor organisiert. Dies verdeutlicht vor allem die Analyse des österreichischen Nonprofit-Sektors basierend auf der Arbeitsstättenzählung 2001 von Schneider/Badelt/Hagleitner (2007: 72ff). Mehr als 99 % der Beschäftigten im Nonprofit-Sektor sind dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen.<sup>39</sup> Bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen nehmen Arbeitsstätten des dritten Sektors eine dominierende Rolle ein: Mehr als drei Viertel der Beschäftigten im Sozialwesen (77,4 %) sind in einer NPO tätig. Eine detaillierte Gliederung der Tätigkeitsbereiche im Sozialsektor wurde von Trukeschitz (2006) mittels einer Clusteranalyse vorgenommen. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass 10,5 % der NPOs mehrere Kategorien sozialer Dienstleistungen anbieten. 26,6 % spezialisieren sich auf den Bereich „Arbeit und Qualifizierung“. 11,2 % entfallen auf Dienstleistungen zur Unterstützung im Bereich der (Kranken-) Pflege und Haushaltsführung. 9,9 % aller sozialen Dienstleistungen entfallen auf den Bereich der „Aktivierenden Freizeitangebote und Kinderbetreuung“, wobei die Kindertagesheime (Kindergärten, Krippen und Horte) nicht in die Analyse aufgenommen wurden. Diese Ergebnisse verdeutlichen den zentralen Stellenwert der Kinder- und Altenbetreuung im Sozialwesen.

Folgende Merkmale sind laut Schneider/Badelt/Hagleitner (2007: 61) für den österreichischen Non-Profit-Sektor (trotz seines hohen Heterogenitätsgrades) charakteristisch:

- Große und traditionsreiche NPOs stehen oft im Einflussbereich von politischen Parteien oder der Kirche(n); dies kann bis zur politischen „Marktaufteilung“ reichen. Unabhängige Organisationen können daher oft schwer überleben.
- Es gibt eine große, vielfältige Szene von basisorientierten Selbsthilfegruppen und lokalen Vereinen. Diese können sich vom Einflussbereich der Politik und/oder Kirche leichter entkoppeln, da sie keine umfassenden Ressourcenansprüche entwickeln und sich auf sachlich und/oder regional klar definierte Aufgabenbereiche beschränken. Damit bildet der österreichische Nonprofit-Sektor Dimensionen einer „Zivilgesellschaft“ hervor.
- Aufgrund der organisatorischen Vielfalt des Nonprofit-Sektors ergeben sich teilweise sehr heterogene interne Strukturen. Große oder traditionsreiche NPOs organisieren sich häufig über Dachverbände (sowohl innerhalb einer Organisation als auch organisationsübergreifend innerhalb einer Branche; in letzter Zeit sogar branchenübergreifend). Die Struktur der Dachverbände ist bei kleineren NPOs erst in Ansätzen vorhanden.
- Kennzeichnend für den österreichischen Nonprofit-Sektor ist zudem eine starke Verknüpfung mit dem Staat bzw. dem öffentlichen Sektor. Diese Verbindungen bestehen sowohl

---

<sup>39</sup> Die Beschäftigten im Nonprofit-Sektor, die nicht dem Dienstleistungsbereich zuzuordnen sind, sind laut Schneider/Badelt/Hagleitner (2007: 72) vermutlich in sozialökonomischen Betrieben beschäftigt.

organisatorisch als auch personell. Es entwickeln sich immer mehr neue Formen der Kooperation zwischen NPOs und öffentlicher Hand, was vor allem auch für den Staat interessante Zukunftsperspektiven hervorbringt.

- Zudem ist der Nonprofit-Sektor in Österreich stark auf die Finanzierung durch den öffentlichen Sektor angewiesen. Die Formen der Finanzierung der NPOs sind vielfältig, etwa durch Subventionen oder den „Ankauf“ von Leistungen.

#### **4.5.4. Soziale Dienste in Wien-Leopoldstadt**

Gemäß der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2002<sup>40</sup> betreuen 37,9 % der Wiener Frauen ihre Kinder ganz oder überwiegend alleine und weitere 57,0 % gemeinsam mit anderen Personen. 64,0 % der Wiener Männer geben an, ihre Kinder gemeinsam mit anderen zu betreuen, allerdings geben auch 32,7 % an, ihre Kinder selten oder nie zu betreuen. Mit dieser Struktur liegt Wien ziemlich genau beim Österreich-Schnitt. 40,9 % der Kinder unter 15 Jahren sind in Wien zumindest einmal pro Woche in einer Betreuungseinrichtung, wohingegen im Österreich-Schnitt nur 25,8 % der unter 15-Jährigen mindestens einmal wöchentlich in einer Einrichtung betreut werden. Von allen zumindest einmal wöchentlich in einer Einrichtung betreuten Kindern werden in Wien nur 30,1 % in öffentlichen Kindergärten oder –krippen betreut (Österreich: 51,5 %). Weitere 12,3 % werden in einem nicht-betrieblichen privaten Kindergarten betreut, 16,9 % in einem Hort, 18,6 % in einer Ganztageschule und 15,2 % in der Nachmittagsbetreuung der Schule. Es zeigt sich, dass die Nachmittagsbetreuung allgemein in Wien bundesweit den höchsten Stellenwert einnimmt. So werden 48,6 % der Kinder, die zumindest einmal wöchentlich betreut werden, ganztags betreut (Österreich: 25,6 %), lediglich 15,1 % nur vormittags (Österreich: 42,7 %), 21,9 % nur nachmittags (Österreich: 16,0 %) und 14,4 % zu sonstigen Betreuungszeiten (Österreich: 15,8 %). Insgesamt werden in Wien 83,0 % der Kinder in Betreuungseinrichtungen auch über die Mittagszeit betreut (Österreich: 55,1%). (vgl. Statistik Austria 2003)

#### **Kinderbetreuung in Wien-Leopoldstadt**

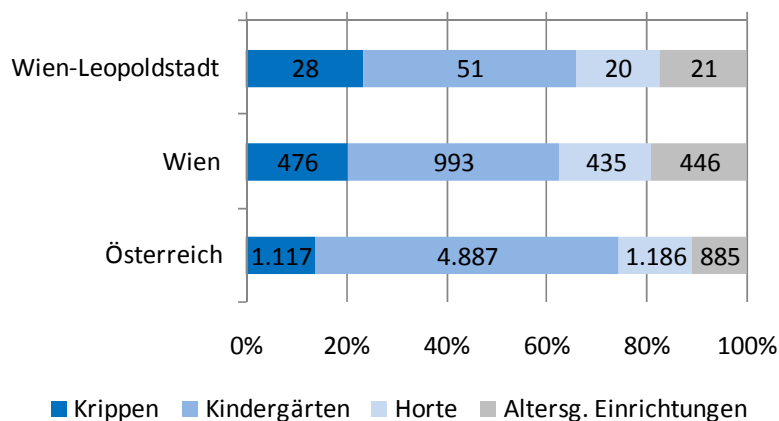
Der Bezirk Wien-Leopoldstadt verfügt (Berichtsjahr 2009/10) über 120 institutionelle Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Kindergärten nehmen mit 42,5 % als Betreuungsform den größten Anteil ein. Das Angebot ist in Wien-Leopoldstadt wie in Wien insgesamt allerdings deutlich ausdifferenzierter. Im Österreich-Schnitt liegt der Anteil der Krippen am institutionellen Kinderbetreuungsangebot bei 13,8 %, jener der Kindergärten bei 60,5 %, die Horte verzeichnen 14,7 % und die altersgemischten Einrichtungen 11,8 %. In Wien-Leopoldstadt sowie Wien insgesamt konzentriert sich das Angebot damit weniger allein auf Kindergärten, sondern hat auch größere Schwerpunkte im vorschulischen Bereich sowie für Kinder im schulpflichtigen Alter: Der Anteil der Krippen liegt in Wien-Leopoldstadt bei 23,3 %, jener der Horte bei 16,7 % sowie der der altersgemischten Einrichtungen bei 17,5 %. Abbildung 74 gibt einen Überblick über die Anzahl sowie

---

<sup>40</sup> Die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung ist eine Haushaltsbefragung mit einer 1%-igen Repräsentativ-Stichprobe der österreichischen Bevölkerung und wird vierteljährlich durchgeführt. Das Sonderprogramm im September 2002 widmet sich dem Thema „Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege“. (vgl. Statistik Austria 2003: 48)

Verteilung der Kindertagesheime nach Betreuungsform im 2. Bezirk im Vergleich zu Wien und Österreich.

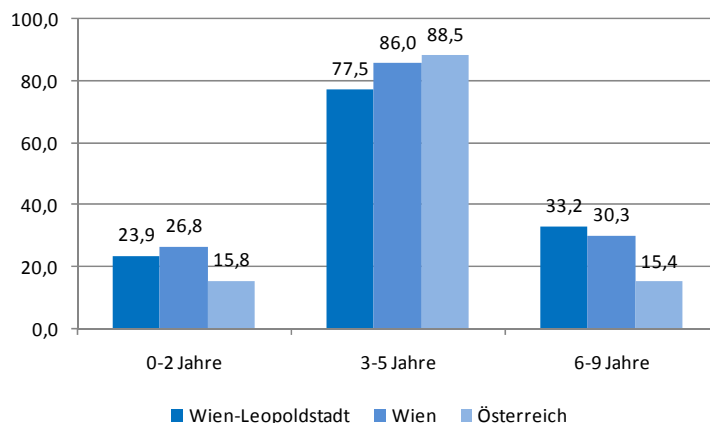
**Abbildung 74: Kindertagesheime nach Betreuungsform 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich**



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Bei den Betreuungsquoten liegen Wien-Leopoldstadt bzw. Wien insgesamt bei den Kleinstkindern (0-2jährige) und den Kinder im schulpflichtigen Alter (6-9jährige) besser als der Österreichschnitt. Bezogen auf die gleichaltrige Wohnbevölkerung wurden 2009 23,9 % der 0-2jährigen in Wien-Leopoldstadt sowie 33,2 % der 6-9jährigen institutionell betreut. Österreichweit waren es in diesen Altersgruppen jeweils nur um die 15 %. Bei den 3-5jährigen weist Wien-Leopoldstadt mit 77,5 % im Vergleich zu Wien und Österreich eine unterdurchschnittliche Betreuungsquote auf.

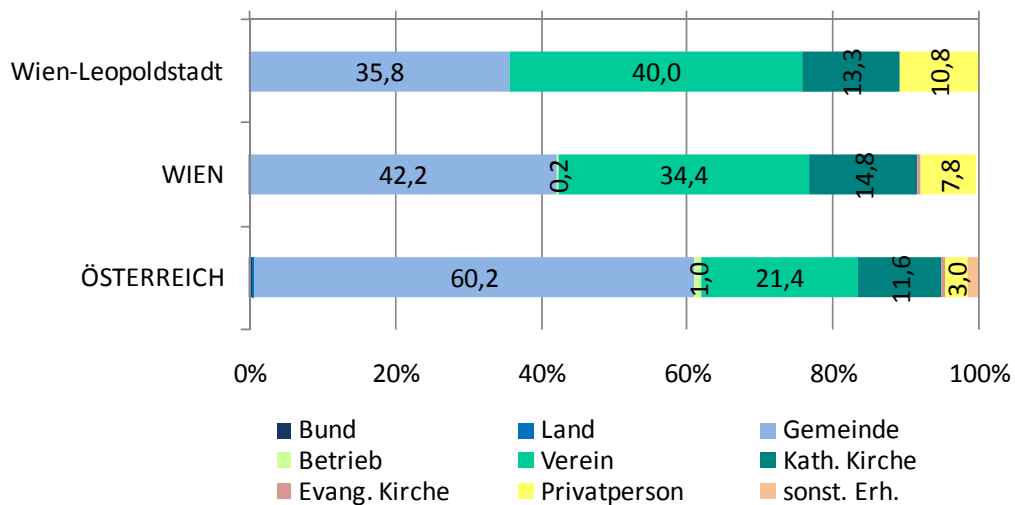
**Abbildung 75: Kinderbetreuungsquoten nach Altersgruppen 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich**



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Während österreichweit für mehr als die Hälfte der Kindertagesheime öffentliche Gebietskörperschaften für die Erhaltung zuständig sind, trifft dies in Wien-Leopoldstadt auf lediglich 35,8 % der Kindertagesheime zu. Den größten Anteil nehmen Vereine mit 40 % ein, mehr als ein Achtel wird von Organisationen der katholischen Kirche, etwa ein Zehntel von Privatpersonen geführt.

**Abbildung 76: Kindertagesheime nach Erhalter 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich**



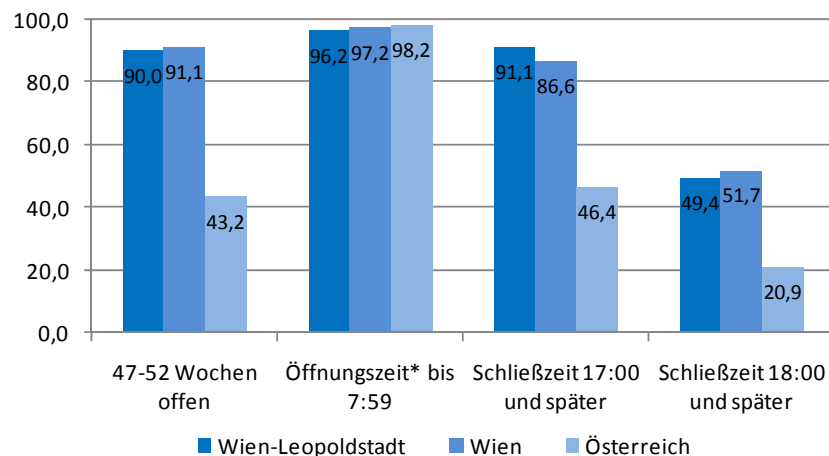
Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Wie bereits angemerkt, ist für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie die zeitliche Verfügbarkeit von Kinderbetreuungseinrichtungen entscheidend. Im Vergleich zum Österreich-Schnitt ist die Angebotssituation hinsichtlich Öffnungszeiten für berufstätige Eltern in Wien-Leopoldstadt und Wien besser. 90 % der institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen hatten 2009 47 (und mehr) Wochen geöffnet, im Österreich-Schnitt traf das auf nur 43,2 % der Einrichtungen zu.<sup>41</sup> Auch bei den Schließzeiten bietet der großstädtische Raum ein deutlich besseres Angebot. Rund 90 % der Wiener Kindertagesheime haben bis 17:00 oder länger geöffnet, gut die Hälfte schließt erst um 18:00 Uhr oder später. Österreichweit hat nur knapp die Hälfte der Kindertagesheime bis 17:00 oder länger geöffnet, ein Fünftel schließt um 18:00 oder später. Unterschiede bestehen allerdings zwischen den Betreuungsformen. Mehr als 95 % der Krippen und Horte haben in Wien-Leopoldstadt bis 17:00 Uhr geöffnet (60 % bis 18:00 oder länger). Von den Kindergärten schließen in Wien-Leopoldstadt 88,2 % um 17:00 oder später (43,1 % 18:00 oder später), bei den altersgemischten Einrichtungen trifft das auf 81 % (bzw. 42,9 %) zu. Österreichweit haben 58,5 % der Krippen bis 17:00 oder länger geöffnet (35,2 % bis 18:00), bei den Kindergärten nur 32,7 % (12,9 % bis 18:00), bei den Horten 79,3 % (35,8 % bis 18:00) und bei den altersgemischten Einrichtungen 62,5 % (26,9 % bis 18:00).

Österreichweit ist der Anteil von Kindern mit berufstätiger Mutter in Krippen und Horten zurückgegangen, von 82,2 % (1999) auf 65,1 % (2009) in den Krippen und von 82,0 % (1999) auf 71,9 % (2009) in den Horten, bei den Kindergärten hat sich der Anteil von Kindern mit berufstätiger Mutter etwas erhöht, von 55,3 % auf 57,9 %. (Statistik Austria 2010: 13)

<sup>41</sup> Die Bandbreite über die Bundesländer hinweg ist sehr groß. Die untere Grenze markiert die Steiermark, dort haben nur 12,7 % der Einrichtungen 47 (und mehr) Wochen pro Jahr geöffnet, Wien markiert die obere Grenze.

**Abbildung 77: Kindertagesheime nach offenen Wochen und Öffnungszeiten 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich**



\* hier nur Krippen und Kindergärten berücksichtigt

Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

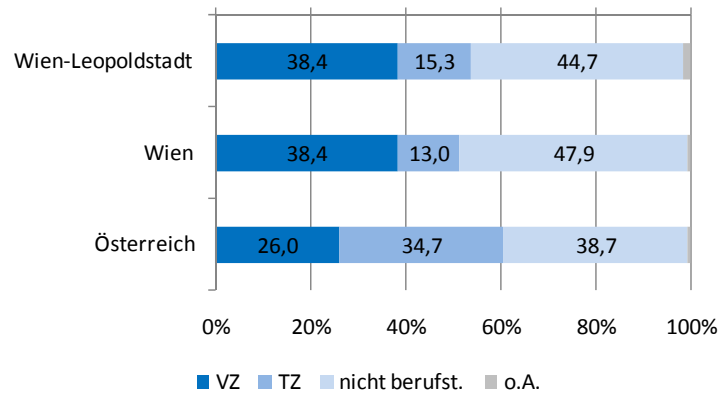
Wien und Wien-Leopoldstadt weisen im Vergleich zu Österreich höhere institutionelle Betreuungsquoten bei den 0-2-jährigen wie auch bei den 6-9-jährigen auf, der Betreuungsanteil bei den Kindergartenkindern ist hingegen unterdurchschnittlich. Die Verfügbarkeit der institutionellen Kinderbetreuungsheime hinsichtlich Betriebstage und Öffnungszeiten (vor allem Schließzeiten) ist in der Großstadt Wien deutlich besser als im Österreich-Schnitt. Bei den Anteilen der Kinder mit berufstätigen Müttern unterscheiden sich Wien-Leopoldstadt und Wien insgesamt vom Österreich-Schnitt. Während im Österreich-Schnitt gut 60 % der betreuten Kinder eine berufstätige Mutter haben, trifft das in Wien und in Wien-Leopoldstadt nur auf gut die Hälfte der betreuten Kinder zu. Allerdings zeigt sich auch, dass von den Müttern, die in Wien berufstätig sind, eine Mehrheit einer Vollzeit-Erwerbstätigkeit nachgeht.

Im Österreich-Schnitt ist eine Mehrheit der berufstätigen Mütter teilzeitbeschäftigt. Beides – die niedrigeren Anteile von berufstätigen Müttern sowie die höheren Anteile von vollzeitbeschäftigten Müttern in Wien – können mit der Angebotssituation in Verbindung gebracht werden. Ist das Betreuungsangebot knapp, etwa in den Bundesländern, so werden die verfügbaren Plätze tendenziell eher von den Berufstätigen genutzt – in den Aufnahmebedingungen von Betreuungseinrichtungen kann geregelt sein, dass Kinder mit zwei berufstätigen Elternteilen Kindern mit nur einem berufstätigen Elternteil vorzuziehen sind.<sup>42</sup> Wie oben ausgeführt, ist in Wien die Angebotssituation hinsichtlich Öffnungszeiten, offene Wochen und Betreuungsformen deutlich besser als im Österreich-Schnitt. Die Vereinbarkeit von Kinderbetreuungspflichten und einer Vollzeiterwerbstätigkeit ist damit für Mütter (Eltern) in Wien hinsichtlich des institutionellen Betreuungsangebots eher möglich als in den anderen Bundesländern. Dass in Wien trotzdem weniger Frauen, die ihr Kind im Kindergarten haben, arbeiten gehen als im Schnitt Österreichs mag aufs erste verwundern, dürfte aber ein Hinweis

<sup>42</sup> Derartige Regelungen können den (Wieder-)Eintritt von Müttern ins Erwerbsleben erschweren – der Kinderbetreuungsplatz setzt eine Erwerbstätigkeit voraus, umgekehrt kann man erst arbeiten gehen, wenn man eine Kinderbetreuung hat.

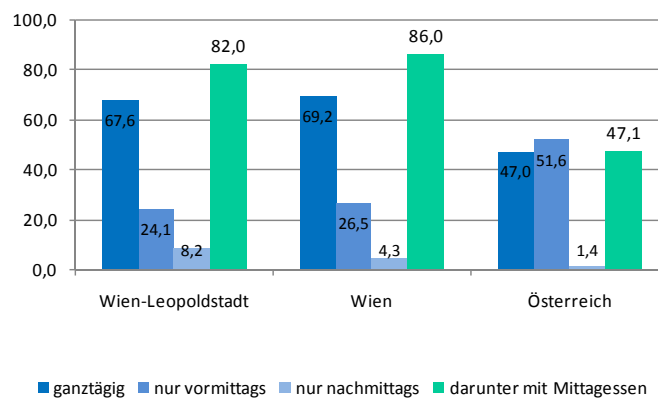
darauf sein, dass es in Wien oft nicht leicht für Personen mit Migrationshintergrund ist, eine Arbeit aufzunehmen, insbesondere wenn sie keine passende Berufsbildung haben.

**Abbildung 78: Kinder in Kindertagesheimen nach Berufstätigkeit der Mutter 2009 im Bezirk Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich**



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

**Abbildung 79: Kinder in Krippen und Kindergärten nach Anwesenheitsdauer und Einnahme von Mittagessen 2009 in Wien-Leopoldstadt, in Wien und Österreich**



Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.

Differenziert nach Betreuungsformen bleibt dieses Bild aufrecht, dh. in Wien-Leopoldstadt und in Wien ist die Mehrheit der berufstätigen Mütter Vollzeit erwerbstätig, während im Österreich-Schnitt die Teilzeitbeschäftigung dominiert. Bei den Krippen und Horten haben 56,5 % bzw. 57,8 % der Kinder eine berufstätige Mutter, bei den Kindergärten und altersgemischten Gruppen 48,5 % bzw. 49,4 % der Kinder. Die Leopoldstadt liegt mit diesen Anteilen bis auf die altersgemischten Gruppen über dem Wiener Durchschnitt, gegenüber dem Österreich-Schnitt sind diese Anteile allerdings unterdurchschnittlich. (vgl. Tabelle 19 im ‚Statistischen und methodischen Anhang‘, Seite 152)

Bei den Anwesenheitszeiten der in Krippen und Kindergärten betreuten Kinder liegt Wien-Leopoldstadt bei den ganztätig betreuten Kindern mit einem Anteil von 67,6 % etwas unter dem Wien-Schnitt aber deutlich über dem Österreich-Schnitt, etwa ein Viertel der Kinder sind in den Leopoldstädter Krippen und Kindergärten nur vormittags anwesend, 8,2 % nur nachmittags. In Wien-Leopoldstadt wie auch in Wien essen deutlich mehr Kinder, acht von zehn, in der Krippe bzw. im

Kindergarten zu Mittag als im Österreich-Schnitt. Abbildung 79 veranschaulicht die Situation in Wien-Leopoldstadt im Vergleich zu Wien insgesamt bzw. zum Österreich-Schnitt.

### **Altenbetreuung/-pflege – Behindertenbetreuung in Wien**

Wien zählte am 31. 12. 2008 70.355 BezieherInnen von Bundespflegegeld und 13.421 BezieherInnen von Landespflegegeld, insgesamt also 83.776 PflegegeldbezieherInnen. Davon waren etwa zwei Drittel weiblich, ein Drittel männlich. Von allen Wiener PflegegeldbezieherInnen erhielten 75,7 % Pflegegeld der Stufe 1 bis 3 (Österreich-Schnitt: 71,8 %). In Wien waren Ende 2008 79,4 % der PflegegeldbezieherInnen (Landes- und Bundespflegegeld) 61 Jahre oder älter (Österreich-Schnitt: 81,3 %).

Insgesamt ist die Zahl der LandespflegegeldbezieherInnen in Wien zwischen 1998 und 2008 um 27,7 % angestiegen. Wien liegt somit etwa im Österreich-Schnitt, was den Anstieg der Landespflegegelder betrifft (Österreich: 28,6 %). Die Zahl der BundespflegegeldbezieherInnen stieg im Österreich-Schnitt zwischen 1998 und 2008 um knapp 30 % an. (vgl. Statistik Austria; BMASK 2010)

Neben den Geldleistungen des Pflegegeldes besteht ein weiterer wichtiger Bestandteil des österreichischen Pflegesystems aus den Sachleistungen. Im Jahr 2008 wurden in Wien 14.582 ältere Personen in einer stationären Einrichtung betreut. 1.751 ältere Menschen waren im Jahr 2008 in teilstationären Einrichtungen (z.B. Tageszentren) untergebracht. Zudem nahmen 24.381 betreuungsbedürftige Personen mobile soziale Dienste in Anspruch. (vgl. BMASK 2010)

Die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung zeigt, dass in Wien 6,0 % der Personen ab 18 Jahren eine (oder relativ selten auch mehrere) hilfs- und pflegebedürftige Person(en) betreuen. In Gesamt-Österreich liegt dieser Anteil bei 6,7 %. Nur 27,3 % der betreuten Personen leben in derselben Wohnung wie die Betreuungsperson (Österreich: 40,1 %), 10,2 % in einer anderen Wohnung desselben Hauses (Österreich: 15,0 %) und 62,6 % anderswo (Österreich: 44,9 %). (vgl. Statistik Austria 2003)

### **Hausarbeit in Wien**

Laut der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2002 (Sonderprogramm Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege) weisen in Wien Frauen eine Gesamtarbeitszeit, also bezahlte und unbezahlte Arbeit, von nur 39,3 Stunden pro Woche auf (Österreich-Schnitt: 45,2 Stunden pro Woche), wohingegen Männer insgesamt 34,0 Stunden pro Woche arbeiten (Österreich-Schnitt: 35,1 Stunden pro Woche). Frauen wenden nur gut ein Drittel ihrer Gesamtarbeitszeit für Haushaltstätigkeiten auf, knapp die Hälfte für Erwerbsarbeit und knapp 20 % für Kinderbetreuung. Im Österreich-Schnitt verwenden Frauen knapp die Hälfte für Haushaltstätigkeiten, gut ein Drittel für Erwerbsarbeit und ebenso knapp 20 % für Kinderbetreuung. Wiener Männer wenden etwa drei Viertel ihrer Gesamtarbeitszeit für Erwerbsarbeit auf und widmen aber 17,0 % ihrer Zeit Tätigkeiten im Haushalt, was deutlich mehr ist als im Österreich-Schnitt (13,5 %). Wie im Österreich-Schnitt wenden Wiener Männer nur etwa 7 % ihrer Zeit für Kinderbetreuung auf.

Im Bundesland Wien führen laut Mikrozensus 2002 54,3 % der Frauen den Haushalt überwiegend oder ganz alleine (Österreich: 56,8 % der Frauen), hingegen führen 41,7 % der Männer den Haushalt

gar nicht oder fast nicht. Im Österreich-Schnitt beläuft sich dieser Anteil auf 59,3 %. (vgl. Statistik Austria 2003)

## **5. Versorgungsstruktur mit sozialen Dienstleistungen und regionale Herausforderungen in Wien-Leopoldstadt**

Die folgenden Ausführungen sind das Resultat von Gesprächen mit ExpertInnen in Wien. Sie vermitteln Einblick in die erlebten Strukturen, Möglichkeiten und Hemmnisse bei der Umsetzung der Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Diensten. Involviert waren in den Gesprächen regionale Akteure/innen in den diversen Funktionen des Sozialschutzes und des Regionalmanagements. Die Gespräche hatten unterschiedliche Perspektiven:

- die der Konsumenten von Dienstleistungen: Kinder, Eltern Pflegebedürftige
- die der Erbringer der Dienstleistung: Kinderbetreuungseinrichtungen, Pflege- und Gesundheitsdienste, Schulen, Arbeitsvermittlung und Qualifizierung
- die der Politik: Gemeinden, Vertreter der Landesregierung und des Beschäftigungspaktes.

Sie vermittelten einen differenzierten Einblick in die derzeitige Versorgungssituation mit sozialen Dienstleistungen, ihre Organisation und Finanzierung. Es konnten einige strukturelle Hindernisse identifiziert werden, die großteils beseitigbar sind, allerdings unter beträchtlichem Koordinationsaufwand und teils mit der Notwendigkeit finanzieller Unterstützung (start-up Finanzierung). Im Kapitel 6 wird auf Handlungsoptionen und Gestaltungsmechanismen und ihre inhärente Logik eingegangen.

Der 2. Wiener Gemeindebezirk erfährt in den letzten Jahren einen merklichen wirtschaftlichen Aufschwung, der sich zum Teil aus der Nähe zur Innenstadt ergibt, zum anderen aus Entwicklungen und Initiativen im Bezirk (U-Bahn-Verlängerung, Wohnungsneubauten, WU-Ansiedelung) infolge des Ausbaus des Areals des vormaligen Nordbahnhofs. Im Zeitraum 2008-2010 wurden in der Leopoldstadt rund 3.000 neue Wohnungen geschaffen (Mietwohnungen, Genossenschaftswohnungen, teils frei finanziertes Eigentum). Neubaugebiete sind dabei das Areal der ehemaligen Wilhelmskaserne (Lage: Engerthstraße/Stuwerviertel), wo 600 neue Wohnungen geschaffen wurden sowie das Areal des Nordbahnhofs, wo in den nächsten Jahren an die 8.000 Wohnungen entstehen werden, bislang gibt es dort schon etwa 2.000. Das massive Bauvorhaben trägt schon jetzt zur Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Die Dynamik wird aber noch zunehmen, wenn vor allem hochqualifizierter Arbeitskräfte im Gefolge der Eröffnung der WU-Wien auf dem neuen Gelände im 2. Bezirk zuströmen. Schon jetzt besteht Interesse von Betrieben, sich dort anzusiedeln, um den kreativen spillover, der aus einer universitären Einrichtung resultieren kann, wahrnehmen zu können. Auch werden im high-tech Bereich der Elektronikproduktion Arbeitsplätze geschaffen. Aus Sicht des Bezirksvorstehers konnte mit den Wohnungsneubauten die Abwanderung gestoppt werden. Dh. die Leute wechseln innerhalb des Bezirks in qualitativ höherwertigen Wohnraum (zB neue Genossenschaftswohnung statt 30 Jahre alte Gemeindewohnung), aber ziehen nicht mehr vom zweiten Bezirk weg.



In der Folge verstärkt sich die Polarisierung der Qualifikationsstruktur der Menschen im 2. Bezirk, d.h. der Anteil von Menschen mit einfachen Qualifikationen, oft mit Migrationshintergrund, ist überdurchschnittlich hoch, ebenso der Anteil von hochqualifizierten Personen, ebenfalls häufig mit Migrationshintergrund. Es bleibt somit eine Herausforderung, Arbeitsplätze für Menschen mit einfachen Qualifikationen zu schaffen und eine migrationssensible Aus- und Weiterbildung zu sichern. Gleichzeitig mit der Entwicklung neuer Arbeits- und Wohngebiete müssen auch die alten Viertel revitalisiert werden, wobei die lokale Bevölkerung einbezogen wird.

### **5.1. Gebietsbetreuung - Grätzelbeirat**

Mithilfe von EU-Ziel-2-Fördermitteln konnte im Volkert-Alliierten-Viertel vor etwa sieben Jahren ein „**Grätzelmanagement**“ (am Volkertplatz) eingeführt werden, das nunmehr in die **Gebietsbetreuung** der Stadt Wien überführt wurde und von der Stadt Wien finanziert wird. Der Hauptstandort der Gebietsbetreuung Stadterneuerung im zweiten Bezirk wurde 2008 vom Karmeliterviertel ins Stuwerviertel (Max-Winter-Platz) verlegt, das zu den aktuellen Sanierungszielgebieten Wiens zählt.<sup>43</sup> Das Volkert-Alliierten-Viertel ist ein Gebiet, wo Menschen mit geringer Ausbildung und hohem Migrationsanteil (AusländerInnenanteil bei ca. 40 %) leben.

Im Volkert- Alliierten-Viertel gibt es einen „**Grätzelbeirat**“, der als Kommunikationsplattform zwischen Politik, Verwaltung und BürgerInnen innerhalb eines überschaubaren Gebiets fungieren sowie Ideen und Initiativen aus dem Grätzel fördern soll. Die Gebietsbetreuung Stadterneuerung im zweiten Bezirk übernimmt dabei die Koordinationsfunktion. Der Grätzelbeirat wurde erstmals im ersten Quartal 2008 einberufen. Er besteht aus VertreterInnen der Politik und Stadt sowie „Grätzeldelegierten“. Die Grätzeldelegierten werden im „Grätzelforum“ von der Bevölkerung gewählt (ein Mal pro Jahr), erstmals ist auch eine Frau mit Migrationshintergrund vertreten. Weiters können Wirtschaftstreibende und Institutionen je einen Delegierten in den Grätzelbeirat entsenden. Der Grätzelbeirat verfügt über eigenes Budget (10.000 Euro pro Jahr), über das Projekte gefördert werden können. 2009 wurde vom Grätzelbeirat ua. das „Grätzl-Blatt“, das „Grätzelfest der Kulturen“ sowie die „Reise um die Welt“ (Tanzstunden und Netzwerk-Veranstaltungen an einer Volksschule) (mit)finanziert.<sup>44</sup>

In der Gebietsbetreuung Stuwerviertel gibt es auch „**Nachbarschaftsgärten**“, wo Personengruppen unterschiedlicher Herkunft zusammen kommen, um die aus fernen Ländern mitgebrachten Samen einzupflanzen, bei der Gartenarbeit miteinander zu reden, sich kennen zu lernen und gemeinsam mit den Pflanzen in der neuen Heimat Wurzeln zu schlagen.<sup>45</sup>

Weiters gibt es die Bassena-Stuwerviertel<sup>46</sup>; das ist eine Einrichtung der außerschulischen Nachmittagsbetreuung im Stuwerviertel (von der Bassena wird auch Nachhilfe angeboten), die außerdem die Parkbetreuung am Max-Winter-Platz macht. Mextreff<sup>47</sup> (Jugendzentrum) ist im Volkert-

<sup>43</sup> Rathauskorrespondenz vom 1.9.2008, abgerufen von: <http://www.wien.gv.at/rk/msg/2008/0901/008.html> (Juli 2010)

<sup>44</sup> Quellen: <http://www.gebietsbetreuung.wien.at/gbdocs/gbstern02/graetzelbeirat.html> (Juli 2010), <http://www.gebietsbetreuung.wien.at/gbdocs/gbstern02/graetzelbeirat2009beispiel.html> (Juli 2010), Gespräch mit Bezirksvorsteher Kubik am 21. Juni 2010

<sup>45</sup> [http://www.gartenpolylog.org/3/wien/europaregionenbeet/GENVielfalt%202009Start\\_3\\_4\\_09.pdf](http://www.gartenpolylog.org/3/wien/europaregionenbeet/GENVielfalt%202009Start_3_4_09.pdf) (Juli 2010)

<sup>46</sup> <http://www.bassena2.at/> (Juli 2010)

<sup>47</sup> <http://mextreff.jugendzentren.at/set.html> (Juli 2010)

Alliierten-Viertel und im Rudolf-Bednar-Park (beim Nordbahnhof) vertreten. Der Jugendtreff „Alte Trafik“ (Volkert-Viertel) bietet einen Treffpunkt für Jugendliche, Beratung und Hilfestellung, Lernhilfe, ein Jugendcafé etc.<sup>48</sup>

Im zweiten Bezirk sind auch eine Mitarbeiterin und ein Mitarbeiter vom „**Fair-Play-Team**“ tätig. Diese sind als Zweierteam von Mai bis September an Abend- und Nachtstunden auf öffentlichen Plätzen und Parkanlagen unterwegs. Mit den Fairy-Play-Teams sollen Konflikte im Vorfeld gemindert sowie das Miteinander im öffentlichen Raum verbessert werden.<sup>49</sup>

Weiter ist das Integrationshaus<sup>50</sup> zu erwähnen, das eine vorbildliche Bleibe für AsylwerberInnen, Flüchtlinge und MigrantInnen in Not ist. Der größte Einzelfördergeber ist der Fonds Soziales Wien mit etwa 25 % des Gesamtbudgets, ergänzt um Spenden, Veranstaltungserlöse, Firmenkooperationen etc.

## **5.2. Die Finanzierung der Gebietsbetreuung**

In der Dezentralisierungsverordnung sind die Zuständigkeiten (inkl. Finanzierung) der Bezirke genau festgelegt. So kam beispielsweise die Kofinanzierung aus den Ziel-2-Mitteln für die Einführung des Grätzelmanagements aus dem Zentralbudget und nicht vom Bezirk. Die Bezirke sind für die substantielle Erhaltung der Kindergärten und Schulen zuständig (Gebäude, Einrichtung). Der Bezirk kann punktuell eingreifen und aus den Verfügungsmitteln des Bezirks einen Beitrag leisten, wenn ein Projekt in den Regelbetrieb übernommen werden soll, muss die Finanzierung von der Stadt kommen. Der Bezirk kann Räumlichkeiten vermitteln (zB Kontakt zu Schulen herstellen, wo Räumlichkeiten am Nachmittag frei sind; Räumlichkeiten der Gebietsbetreuung im Stuwerviertel).<sup>51</sup> Der Bezirk kann aus seinen Mitteln in verschiedenen Bereichen Parkbetreuung (Kinderbetreuung, Kinderanimation) finanzieren, die dann von der Bassena, den Kinderfreunden, Verein Wiener Jugendzentren (und andere Vereine in anderen Bezirken) durchgeführt wird.

Der 2. Bezirk ist auch sonst mit einer guten sozialen Infrastruktur ausgestattet, u.a dem WAFF (Wiener ArbeitnehmerInnenFörderungsFonds), der eine eigene Einrichtung der Stadt Wien für aktive Arbeitsmarktpolitik ist. In Kooperation mit dem WAFF bemüht sich auch das AMS (Arbeitsmarktservice) um die Verbesserung der Beschäftigungschancen der Menschen vor Ort.

## **5.3. Altenbetreuung/Pflege**

Im institutionellen Bereich gibt es im zweiten Bezirk zwei Pensionistenwohnhäuser der Stadt Wien, eines der Caritas, eines vom Maimonides-Zentrum, das im Dezember 2009 eröffnet wurde und von Kolping wird eines gebaut. Weiters ist der Bau des Pflegewohnhauses Leopoldstadt (Engerthstraße) abgeschlossen (306 Plätze), es wird im Herbst 2010 eröffnet werden. (Gespräch mit Bezirksvorsteher Kubik, 21. 6. 2010)

---

<sup>48</sup> <http://www.wien.gv.at/bezirke/leopoldstadt/kinder-jugendliche/altetrafik.html> (Juli 2010), Gespräch mit Bezirksvorsteher Kubik 21. 6. 2010

<sup>49</sup> <http://www.wien.gv.at/freizeit/bildungjugend/fair-play/> (Juni 2010)

<sup>50</sup> <http://www.integrationshaus.at/de/ih/> (Juli 2010)

<sup>51</sup> Gemäß Gespräch mit Bezirksvorsteher Kubik, 21. 6. 2010

Über das Kuratorium Wiener Pensionistenwohnhäuser gibt es Pensionistenklubs, die es auch in den Pensionistenwohnhäusern gibt. In diese Pensionistenklubs kommen nach Angaben des Bezirksvorstehers kaum Personen mit Migrationshintergrund. Es sei bislang nicht gelungen, an die Zugewanderten, die sich nun im Seniorenalter befinden, heranzukommen. Der Bezirksvorsteher sieht als Grund dafür auch den stärkeren Familienverband unter den Zugewanderten.

Weiters werden in Wien alle Personen ab 70 Jahren periodisch angeschrieben und dann (sofern die Betroffenen den Besuch nicht ablehnen) zu Hause besucht, um ihre Bedürfnisse, Wünsche, Nöte und Sorgen zu erheben. Auch hier sei die Nachfrage unter der zugewanderten Community gering.

#### **5.4. Handlungsoptionen für eine nachhaltige Versorgung mit sozialen Dienstleistungen**

Übliche Fragen der Politik im Bereich der Versorgung sind:

- gibt es genug Versorgungseinrichtungen für Kinder, Alte und Betreuungsbedürftige?
- Reicht eine Ausweitung der Zahl der Versorgungseinrichtungen oder braucht es noch etwas anderes?
- Soll sich der Einzelne bzw. Eltern alleine darum kümmern, wie sie die unterschiedlichen Dienste für ihre Angehörigen organisieren?

Antworten sind nicht so einfach in Zahlen abzubilden. Es braucht integrierte Konzepte, die eine umfassende Versorgung sicherstellen. Internationale Erfahrungen zeigen (Kapitel 4), dass es eine Ausweitung der sozialen Infrastruktur braucht, wenn man Männern und Frauen die gleichen Lebenschancen geben will (Gleichbehandlungsargument). Die Infrastruktur ist aber auch die Voraussetzung dafür, dass Frauen entsprechend ihrer Interessen und Ausbildungsniveaus in den Wirtschaftsprozess eingebunden sind. Damit können sie einen Beitrag zur Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums leisten und zur Sicherung der Finanzierbarkeit der sozialen Dienste.

Ohne Beschäftigungswachstum ist die Erhaltung der Qualität der sozialen und Gesundheitsdienste angesichts der Alterung der Bevölkerung schwierig, erfolgt doch der Großteil der Finanzierung in Österreich aus den Lohnnebenkosten (Arbeitgeber- und Arbeitnehmerabgaben). Eine Anhebung der Lohnnebenkosten ist angesichts des steigenden internationalen Wettbewerbs (Globalisierung und technologischer Wandel) keine Option. Die Antwort liegt wohl in der effizienteren Organisation der sozialen Dienste, im Wesentlichen über integrierte Systeme. Darunter versteht man die Einbindung von allen möglichen Versorgungsdiensten und Einrichtungen und die Verknüpfung mit Abholdiensten und Zubringerdiensten ebenso wie die tatsächliche Betreuung, Erziehung, Förderung (etwa Nachhilfe für Kinder und Jugendliche) und Anbindung an die Freizeitgestaltung (Sport, Kunst und Kultur, Spiele etc.). Das heißt, es reicht nicht Versorgungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Es braucht auch die Lösung der regionalen Mobilitätsprobleme im Zusammenhang mit der Versorgung einerseits und der Wahrnehmung von Beschäftigungschancen andererseits.

Dabei können regionale und lokale Experimente einen Erkenntnisgewinn bringen, der ein Ausgangspunkt für nationale Strategien und Politiken sein kann. Am lokalen Experiment zeigen sich

Hemmnisse und der Bedarf an Innovationen im gesetzlichen, organisatorischen und technologischen Bereich.

Aus den Ergebnissen der ExpertInnen-Interviews ergibt sich eine Vielzahl von Handlungsoptionen, durch die das System der sozialen Dienstleistungen effizienter organisiert werden kann. In Wien bieten die Wiener Sozialdienste eine umfassende Palette an sozialen Diensten an (mobile und stationäre Alten- und Pflegeversorgung, Betreuung & Förderung von behinderten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, und sozialökonomische Betriebe (SÖB) für die Arbeitsintegration von Langzeitarbeitslosen). Der Fokus ist nur ansatzweise auf Personen mit Migrationshintergrund, nicht zuletzt weil es nicht leicht ist, diese Personengruppen zu erreichen und anzusprechen. Hier kann das ‚Grätzlmanagement‘ im Rahmen der Gebietsbetreuung wertvolle Unterstützung in der Informationsvermittlung und der Vertrauensstiftung leisten. Es wäre aber auch nötig, verstärkt Personen mit Migrationshintergrund aus dem ‚Grätzl‘ einzuschulen und in die Versorgung mit sozialen Diensten einzubinden.

Was bis dato fehlt ist eine Einrichtung für Vorschulkinder und ihre Mütter nach dem Beispiel von HIPPY in Wien-Meidling.<sup>52</sup> HIPPY ist ein ganzheitliches, interkulturelles und besonders niederschwelliges Bildungs- und Frühförderprogramm für Familien mit Kindern zwischen 4 und 6 Jahren. Es soll bildungs- und sozial benachteiligten Familien, in erster Linie solchen mit Migrationshintergrund, als unterstützende Maßnahme dienen, um die Kinder auf den Schuleintritt vorzubereiten (vgl. Evaluierungsbericht zum Beobachtungszeitraum 1.1.2009-31.12.2009, Programmdurchlauf Wien 2009: 3)<sup>53</sup>. Gleichzeitig wird durch die Hausbesuche von langansässigen integrierten Migrantinnen eine Brücke zur Wiener Gesellschaft gebaut und Verständnis für die Funktionsmechanismen der öffentlichen Einrichtungen und ihrer Rolle in der Unterstützung der Menschen auf ihrem Lebensweg geschaffen.

Über das Angebot von spezifischen Diensten hinaus braucht es aber eine Koordinationsdrehzscheibe für die verschiedenen sozialen Dienste. Hier könnten auch Mobilitätsverbünde, Nachhilfeangebote oder Haushaltsdienste angebunden sein. Eine dezentral agierende Holding-Struktur könnte zwei Regelsysteme überdachen, nämlich die Sozial- und Gesundheitsdienst für die Altenbetreuung und Pflege einerseits und die verschiedenen Vereine und Einrichtungen für Kinderbetreuung andererseits. Dabei gilt auch in Wien der innovativen Lösung des Mobilitätsproblems großes Augenmerk, etwa über die Installierung von Gemeinschaftsautos oder auch Sponsoreautos, die gratis verborgt oder günstig angemietet werden können.

---

<sup>52</sup> HIPPY steht für die Abkürzung Home Instruction for Parents of Preschool Youngsters und bedeutet frei übersetzt „Hausbesuchsprogramm für Eltern mit Vorschulkindern“. In der internationalen Literatur wird das Projekt als ein pädagogisches Unterstützungsprogramm für Eltern beschrieben, um ihre Kinder fit für die Schule zu machen. Es wird großen Wert auf die Unterstützung der Eltern gelegt, ihre Kinder selbst zu fördern, mit Hilfe von standardisierten Spiel- und Lernmaterialien, die von HIPPY International produziert werden. Die Betroffenen müssen für das Lernmaterial einen geringen Selbstkostenbeitrag leisten (vgl. HIPPY International, online).

<sup>53</sup> <http://www.hippy.or.at/index.php?SID=27>

Um den sozialen Dienstleistungssektor erfolgreich auszuweiten, müssten aber, gemäß ExpertInnenmeinung, haushaltsnahe Dienstleistungen aufgewertet werden und die herrschende Schwarzmarktkultur bekämpft werden. Einstimmig war die Meinung, dass Schwarzarbeit nur durch attraktive Alternativen unterbunden werden kann, nicht durch mehr und strengere Kontrollen. Es muss verstärkt die Idee unterstützt werden, dass Haushalte zu Arbeitgebern werden. Dazu kann eine Kombination von Instrumenten zum Einsatz kommen, etwa Dienstleistungs-Schecks, Gutscheine, die Absetzbarkeit der Kosten für soziale Dienste, die nur in Verbindung mit legaler Beschäftigung von ArbeitnehmerInnen durch den Haushalt eingelöst werden können. Wichtig dabei ist eine zentrale Lohnverrechnung, da dies für den einzelnen Haushalt bzw. die Arbeitskraft, die oft nur ein paar Stunden in dem einen oder anderen Haushalt tätig ist, zu komplex und aufwändig ist. Diese Aufgabe könnte zentral etwa von einer NPO/Agentur übernommen werden.

Mit einer Formalisierung des sozialen Dienstleistungssektors geht auch eine Professionalisierung einher, das wurde auch bei den ExpertInnen-Gesprächen thematisiert. Diese Professionalisierung in Form von Zertifizierung von Kompetenzen, Entwicklung von Berufsprofilen und –laufbahnen könnte auch berufliche Veränderungen erleichtern und Übergänge ermöglichen, wenn z.B. nach einigen Jahren in der Alten- und /oder Kinderbetreuung das berufliche Tätigkeitsfeld gewechselt werden will. Qualifizierung von Frauen ist also eine wesentliche Aufgabe in Zusammenhang mit der Restrukturierung des sozialen Dienstleistungssektors. Qualifizierung muss dabei nicht ausschließlich im Kinder- und Altenbetreuungsbereich stattfinden, sondern auch an der Schnittstelle zu den sozialen Diensten, etwa im Gesundheitsbereich, im Schulbereich, in der Jugendbetreuung, im AMS und beim WAFF. Dadurch könnten sich neue Tätigkeitsfelder für Frauen und Männer mit unterschiedlichsten Qualifikationen ergeben.

Als wichtige Ressource im Sozialsektor wird auch die Ehrenamtlichkeit angesehen, die es gilt, einzubinden und attraktiver zu gestalten. Auf diese Weise kann Sozialkapital aktiviert werden. „Gebraucht zu werden“ stellt ein wichtiges Motiv für Ehrenamtlichkeit dar. Ehrenamtlichkeit kann daher speziell für rüstige SeniorInnen attraktiv sein, aber auch für Personengruppen, die (noch) nicht auf dem Erwerbsarbeitsmarkt tätig werden können, etwa AsylwerberInnen. Man könnte so beispielsweise auch Verbände wie den Seniorenbund bzw. Pensionistenverband in die Organisation der sozialen Dienstleistungen einbinden, ebenso wie Flüchtlingsheime.

**Eine zentrale Anlaufstelle** mit entsprechendem Internet-Auftritt als Plattform für alle Sozialeinrichtungen wurde auch bei den ExpertInnen-Gesprächen als wünschenswert eingestuft. Sie sollte eine Anlaufstelle für die verschiedensten Bedarfe, wie etwa Kinderbetreuung und Pflege, sein. Dabei ist das Zugehen auf Personen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen bewusst zu gestalten. Über eine gemeinsame Datenbank könnte nach sozialen Initiativen in dem eigenen Bezirk und im Umfeld gesucht werden, wobei sich die Suche auf Initiativen für Kinder, Jugendliche oder SeniorInnen eingrenzen lässt.

## **6. Soziale Dienste, regionale Infrastrukturmaßnahmen und ihre Finanzierung**

Die komplexe Aufgabe der Planung, Koordination und Umsetzung einer sozialen Infrastruktur kann nicht den Einzelnen aufgelastet und dem freien Markt überlassen werden. Es braucht SpezialistInnen,

die sich zusammen tun und unter Nutzung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien (virtuelles Koordinationszentrum, hotline) individualisierte Lösungen für die zum Teil sehr spezifischen Bedürfnisse finden, die dann in ein effizientes Organisationssystem integriert werden.

### **6.1. Industrialisierung und flexible Spezialisierung der sozialen Dienstleistungen**

Im Kampf um die immer knapper werdenden budgetären Ressourcen werden in den sozialen Diensten Entwicklungen nachvollzogen, die im Bereich der Prozessorganisation der Güterproduktion im Gefolge der Industrialisierung schon viel früher stattgefunden haben. Dabei geht es nicht um die Standardisierung der sozialen Dienste – vergleichbar mit der Standardisierung eines Massenkonsumguts à la McDonald's, sondern um die Effizienzsteigerung der Organisation der sozialen Dienste. Darunter sind all jene Arbeitsschritte zu verstehen, die im Hintergrund der Versorgungsleistung ablaufen, ohne einen Kontakt zu Kindern, SchülerInnen, Kranken oder Alten. Es sind diese Prozesse, die sich im Prinzip analog zur Organisation der Produktion von Gütern in der gewerblichen Wirtschaft ‚industrialisieren‘ lassen. Mit Unterstützung der modernen Informations- und Kommunikationstechnologie lassen sich Organisationsabläufe beschleunigen bzw. neu organisieren. So lassen sich aus der Auslagerung von gewissen Tätigkeiten auf spezielle Agenturen oder auf die eine oder andere Gemeinde in einem Gemeindeverbund (Gehalts- und Lohnverrechnung, Organisation der Betreuungsdienste, der Fahrdienste etc.) Kostenersparnisse erzielen, die für eine Individualisierung und Verbesserung der Versorgungsleistung eingesetzt werden können. Wichtig für die Organisation der sozialen Dienste und ihre Effizienzsteigerung ist die Unterscheidung in personenbezogene Dienste, die individualisiert und professionalisiert werden sollen, und die Organisationsstrukturen dahinter, die sich für die ‚Industrialisierung‘ anbieten.

Ein gutes Beispiel dafür, wie moderne Technologien und Organisationsformen im Zusammenspiel eine Verbesserung der Versorgung bei gleichzeitiger Verringerung der Kosten sicher stellen, liefert die integrierte Altenpflege in Ludesch in Vorarlberg (iap-sozialzentrum@ludesch.at). Eine Vernetzung aller Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, ergänzt um Beratung (Case Management), mobile Hauskrankenpflege, Fahrdienste und Krisenintervention ermöglicht eine umfassende Versorgung bei gleichzeitiger Stabilisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur. Ludesch orientiert sich in dieser Organisationsform am dänischen Pflegemodell, in dem der Staat/die Gemeinden im Zusammenwirken mit den Familien kostengünstige Versorgungswege entwickeln. Der Weg führt weg von Alten- und Pflegeheimen hin zu mobilen Diensten und einem vermehrten Angebot an betreubarem Wohnen. Ergänzt wird die Versorgung um aktives Aufsuchen älterer Personen, um ihre Bedürfnisse zu erfahren und Präventivmaßnahmen setzen zu können, die insgesamt zu Kostenreduktionen führen. Dabei wird auch die ‚24-Stunden-betreuung‘ analog zu Dänemark organisiert, d.h. ein Team ist in einer Zentrale 24 Stunden abrufbar. Die ambulante Pflegeperson ist abrufbar und kann geplante betreuende Hausbesuche vornehmen, aber auch außertourlich Personen in das Nachtzentrum überführen. Diese Innovation in der Altenpflegeorganisation kommt ohne Eingriffe in die Vermögen der Betroffenen bzw. ihrer Angehörigen aus<sup>54</sup>.

---

<sup>54</sup> Das ist ein merklicher Fortschritt gegenüber der gängigen Usance der Vermögenszugriffe durch die öffentliche Hand zur Abdeckung der Pflegekosten in Heimen.

Bei der Umsetzung eines integrierten Systems ist nicht nur an die Koordination der inhaltlichen, funktionalen Aufgaben zu denken, sondern auch an die Koordination der Akteure auf den verschiedenen administrativen Ebenen und Funktionen. Aus der Bündelung der Akteure und der damit verknüpften Finanzierungsquellen kann eine optimale Versorgung bei gleichzeitiger Schonung der Finanzen erfolgen.

Regionale und lokale Experimente wie die oben angeführten können einen Erkenntnisgewinn bringen, der ein Ausgangspunkt für nationale Strategien und Politiken sein kann. Am lokalen Experiment zeigen sich aber auch erst Hemmnisse und der Bedarf an Innovationen im gesetzlichen, organisatorischen und technologischen Bereich.

## **6.2. Die Frage der Finanzierung**

Um „economies of scale“ (Skalenerträge) und eine Professionalisierung der sozialen Dienste sicher zu stellen macht es nicht nur in ländlichen Gemeinden Sinn, sich zusammen zu schließen; sondern auch im städtischen Raum. Eine größer angelegte arbeitsteilige Organisationsform schafft Arbeitsplätze für eine Vielfalt von Kompetenzen, nicht zuletzt auch für Menschen mit einfachen Qualifikationen, die in ihrem Zusammenwirken eine umfassende Betreuung und/oder Förderung der Betroffenen sicher stellen. Damit ist eine qualitativ hochwertige Versorgung bei gleichzeitiger Effizienzsteigerung möglich. Gleichzeitig wird über ein arbeitsteiliges Verfahren die Professionalisierung der sozialen Dienste im weitesten Sinn ermöglicht und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte in diesen Beschäftigungsbereichen.

Für die Umsetzung einer Strukturreform in Richtung integrative soziale Infrastruktur, die auf die Erhaltung der Umwelt und des Wirtschaftsstandortes Rücksicht nimmt, braucht es eine start-up Finanzierung. Die Koordination von den verschiedenen Einrichtungen und Vereinen bedarf wohl einiger finanzieller Anreize, etwa Förderbeiträge in Abhängigkeit von einer gemeinsamen Vorgangsweise, zum Teil auch Integration und Spezialisierung. Für die Umsetzung wäre eine Bund-Länderaktion vorstellbar, die einen Innovationsfonds für die Schaffung eines integrierten Sozialsystems speist, aus dem Gemeinden/Bezirke in Wien unter bestimmten Auflagen Förderungen erhalten können. Dabei kann es sich um rückzahlbare Kredite ebenso handeln wie um Investitionsförderungen. Auch aus den ESF-Förderungen der EU ergeben sich Möglichkeiten für eine Ko-Finanzierung der innovativen Gestaltung gewisser sozialer Dienste.

Eine Möglichkeit der Unterstützung des Projekts wäre die Einrichtung einer Beschäftigungsgesellschaft für Frauen unterschiedlicher Qualifikationen, die je nach Bedarf flexibel eingesetzt werden können ohne dass sie einen Dauerjob in der einen oder anderen Versorgungs-/Betreuungseinrichtung haben. Das wäre eine Möglichkeit, den Einstieg bzw. Wiedereinstieg von Frauen ins Erwerbsleben zu erleichtern, aber auch den Berufswechsel (Schnuppern) zu unterstützen.

## **7. Gedanken zur Theorie des regionalen Wirtschaftswachstums**

Die Faktoren für das Wirtschaftswachstum zu ergründen hat eine lange Tradition. Trotzdem bleiben Unsicherheiten über die Bestimmungsfaktoren des Wirtschaftswachstums erhalten und Meinungsunterschiede zwischen Ökonomen sind heute ebenso wie zu Keynes' Zeiten üblich. Im Bereich der Regionalökonomie kommt den Erklärungsfaktoren für die Unterschiede in der

Wirtschaftskraft von Regionen eine besondere Bedeutung zu, gibt es doch für die politische Gestaltbarkeit viele Möglichkeiten. (Armstrong/Taylor 2000)

Es ist somit die Aufgabe der Raumplanung, regionale Disparitäten auf ein normativ-politisches Maß zu bringen, d.h. auf ein Maß, das von der Gesellschaft als erwünscht oder fair angesehen wird. Dabei übernimmt die Politik die Funktion, die Nutzer der Räume in einen Entscheidungsprozess über das Ausmaß der Disparität bzw. den Nutzungsgrad einzubinden. (Fürst 2005) Auf einer supranationalen Ebene verfolgt die EU das Ziel der Konvergenz, d.h. es werden Fördermaßnahmen gesetzt, die die Verringerung der regionalen Disparitäten zum Ziel haben (Kohäsionsfonds).<sup>55</sup>

Trotz aller Bemühungen und dem offiziell verbreiteten Konvergenz-Optimismus verringern sich die regionalen Disparitäten in den einzelnen EU-MS nicht, ja sie nehmen z.T. sogar zu. Die neue ökonomische Geographie erhellt unser Wissen über die Hintergründe für das Entstehen von regionalen Disparitäten, etwa als Resultat des Abbaus von Handelsbarrieren, d.h. der Einbindung der Regionen in einen internationalen wirtschaftlichen Wettbewerb. (Krugman 1991) Die konventionelle neoklassische ökonomische Theorie verfügt derzeit über keine Antwort, wie die regionalen Disparitäten reduziert werden können.

International ist zu beobachten, dass es im Gefolge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zu einer zunehmenden Urbanisierung kommt. Räumliche Konzentrationsprozesse finden sowohl zwischen Großstädten (Metropolisierung) als auch auf intraregionaler Ebene (Abwanderung aus dem ländlichen/peripheren Raum in Regionalzentren) statt. Das bedeutet, dass der ländliche bzw. periphere Raum infolge von Marktkräften zunehmend entleert wird.

Diese Entwicklungen sind in Zusammenhang mit grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen zu sehen. Traditionelle Vorstellungen über die Lebensweise und Organisationssysteme, die die Erhaltung des Regionalstandorts zum Ziel hatten, verlieren an Bedeutung. Ebenso die traditionellen Lebensformen – unsere Gesellschaften sind von zunehmender Mobilität und Flexibilität geprägt, sowohl in der Arbeitswelt als auch im Privatleben. Raumplanung muss auf diese Entwicklungen reagieren und gestaltend eingreifen. Nach Lendi (2003: 7) steht „Raumplanung für die die zukunftsfähige Erhaltung und Gestaltung des Lebensraumes mit Chancen der individuellen, politischen, wirtschaftlichen (insbesondere unternehmerischen) und sozialen Lebensentfaltung unter Wahrung des ökologischen Gleichgewichts“. Wenn die Gesellschaft davon überzeugt ist, dass die Erhaltung des ländlichen Raums aus unterschiedlichen Gründen wünschenswert ist, müssen sich die institutionellen und gesellschaftlichen Systeme an die geänderten Verhaltensmuster der wirtschaftlichen und sozialen Akteure anpassen. Dabei zählen zu den gesellschaftlichen Systemen auch Werte und ihr Wandel über die Zeit, etwa die Gleichbehandlung der Geschlechter. Letztere impliziert ein Überdenken der traditionellen Rolle der Frauen und Männer in der Gesellschaft und die Implikationen für die Organisation der beiden Arbeitsfelder. Wenn diese grundsätzlichen Fragen nicht gestellt werden, können sie auch nicht beantwortet werden, d.h. aktiv gestaltet werden.

---

<sup>55</sup> European Communities (1987), Article 23 ergänzt den Vertrag von Rom um das Ziel der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion: „...the Community shall aim at reducing disparities between the levels of development of the various regions and the backwardness of the least favoured regions of islands, including rural areas.“



Ökonomische Prozesse und Zwänge nehmen dann ihren Lauf, der mit Individualisierung und Urbanisierung schlagwortartig umschrieben werden kann.

Es ist in diesem Zusammenhang nicht überraschend, dass der Nobelpreis in Ökonomie im Jahre 2009 an zwei Vertreter der Institutionenökonomie ging, Ostrom und Williamson. Ostrom hat in der Begründung der Akademie den Preis für die Überlegungen zur Verwaltung des gemeinschaftlichen Eigentums von Nutzerorganisationen erhalten. Das sind zentrale Fragen zur Organisation des Gemeinwesens, etwa dem Umgang mit knappen lokalen Ressourcen.

Bis dato sieht man Gemeinwesenarbeit als unabhängig vom Wirtschaftssystem. Letzteres braucht nur flankierende und ergänzende Maßnahmen, etwa die Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitskräfte, um zu funktionieren. Jedoch bedeutet die Entwicklung und Stärkung „Lokaler Ökonomien“, dass Gemeinwesenarbeit wie die sozialen Dienste integral in die Funktionsmechanismen des Wirtschaftslebens eingebaut werden, um Nachhaltigkeit sicher zu stellen.

Die Theorie der Gemeinwesenökonomie ist noch in einem Entwicklungsstadium, in dem wissenschaftliche Erkenntnisse aus verschiedenen Disziplinen einfließen, mit dem Ziel, die Wohlfahrt aller in unseren Gesellschaften nachhaltig zu sichern, unter Einbeziehung der Organisation einer nachhaltigen Energieversorgung und Sicherung der Umwelt. Ansätze gelebter Solidarökonomien findet man an vielen Orten der Welt, aber auch in Österreich. Sie werden als Alternativ- oder Komplementärstrukturen wahrgenommen, bergen in sich aber zunehmend Elemente einer nachhaltigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisationsform. (Elsen 2007)

## Literaturverzeichnis

- Armstrong, H., Taylor, J. (2000): *Regional Economics and Policy*, Oxford and Malden, Blackwell Publ.
- Badura, B./Gross, P. (1976): *Sozialpolitische Perspektiven, Eine Einführung in Grundlagen und Probleme sozialer Dienstleistungen*, München.
- Bauer, R. (2001a): Gegenstandsdefinition, Arbeitspapier Nr. 1, in: *Arbeitspapiere des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik*, Frankfurt/Main.
- Bauer, R. (2001b): Über Dienste und Dienstleistungen im Sozialwesen, Zur begrifflichen Klärung, in: *Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Hg.) (2001): Europäische Integration als Herausforderung, Rolle und Reform der sozialen Dienste in Europa, Veröffentlichung des „Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa“*, Frankfurt/Main.
- Baumol, W. J. (1967): *Macroeconomics of unbalanced growth: the Anatomy of Urban Crisis*, *American Economic Review* 57: 415-26.
- Bellermann, M. (2004): *Sozialökonomie, Soziale Güter und Organisation zwischen Ökonomie und Politik*. Freiburg.
- Bergmann, B. (1996): *In Defense of Affirmative Action*, Basic Books, New York.
- Bertrand, M./Goldin, C./Katz, L. F. (2009): *Dynamics of the Gender Gap for Young Professionals in the Financial and Corporate Sectors*, NBER Working Paper, 2009, (14681).
- Bettio, Francesca/Plantenga, Janneke (2004): *Comparing Care Regimes in Europe*. In: *Feminist Economics* 10(1), S. 85-113.
- Biffi, G. (2007A): *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit: die Bedeutung von Einbürgerung, Herkunftsregion und Religionszugehörigkeit*. In: Heinz Fassman (Hrsg.) 2. *Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001-2006*, Drava Verlag, Klagenfurt/Celovec 2007, S. 265-282.
- Biffi, G. (2007B): *The Employment of Women in the European Union*, WIFO-Working Papers 297/2007. [http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/WP\\_2007\\_297\\$.PDF](http://www.wifo.ac.at/www/servlet/www.upload.DownloadServlet/bdoc/WP_2007_297$.PDF)
- Biffi, G. (2006): *Alternde Dienstleistungsgesellschaft*. In: Aiginger, K./Tichy, G./Walterskirchen, E. (Projektleitung und Koordination): *WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Teilstudie 16, WIFO-Gutachtenserie*, Wien.
- Biffi, G. (2004): *Der Einfluss der Zuwanderung auf Österreichs Wirtschaft*, in "Der Einfluss der Immigration auf die österreichische Gesellschaft", *Österreichs Beitrag zur europäischen Pilotstudie 'The impact of immigration on Europe's societies' des Europäischen Migrationsnetzwerks*, [http://www.emn.at/modules/typetool/pnincludes/uploads/pilotstudy\\_emn.pdf](http://www.emn.at/modules/typetool/pnincludes/uploads/pilotstudy_emn.pdf).
- Biffi, G. (2002A): *Kosten und Nutzen des Bildungssystems im internationalen Vergleich*, WIFO-Monatsberichte, 75(6).
- Biffi, G. (2002B): *Die Kosten des österreichischen Bildungssystems und der Wert der Ausbildung*, WIFO-Monatsberichte, 75(6).
- Biffi, G. (2002C): *Der Bildungswandel in Österreich in den neunziger Jahren*, WIFO-Monatsberichte, 75(6).
- Biffi, G. (1997): *Erfassung der 'wahren' Arbeitslosigkeit in Österreich*, WIFO-Monatsberichte, 70(1).
- Biffi, G. (1993): „Gleichstellung von Mann und Frau“, in: Enderle, G., Homann, K., Honecker, M., Kerber, W., Steinmann, H. (Hrsg.), *Lexikon der Wirtschaftsethik*, Herder Verlag, Freiburg/Basel/Wien.
- Biffi, G./Bock-Schappelwein, J. (2006): *Zur Niederlassung von Ausländern und Ausländerinnen in Österreich, 2006*, [http://www.bmi.gv.at/downloadarea/asyl\\_fremdenwesen/NLV\\_2006\\_endg\\_08\\_2006.pdf](http://www.bmi.gv.at/downloadarea/asyl_fremdenwesen/NLV_2006_endg_08_2006.pdf).

- Biffi, G./Bock-Schappelwein, J. (2007): Zur Niederlassung von Ausländern und Ausländerinnen in Österreich, [http://www.bmi.gv.at/downloadarea/asyl\\_fremdenwesen/NLV\\_2007\\_endg\\_08\\_2007.pdf](http://www.bmi.gv.at/downloadarea/asyl_fremdenwesen/NLV_2007_endg_08_2007.pdf).
- Biffi, G./Leoni, T. (2006): Handlungsoptionen für eine Erhöhung der Einkommensgerechtigkeit und Chancengleichheit für Frauen in Oberösterreich, Studie des WIFO im Auftrag der Arbeiterkammer OÖ.
- Biffi, G., Bock-Schappelwein, J., Steinmayr, A., Riesenfelder, A. (2008): MigrantInnen und Arbeitsmarkt in Wien, unveröffentlichte Studie von WIFO und L&R im Auftrag des WAFF und der MA17 in Wien.
- Blanchflower, D. (2004): Self-Employment: More may not be better. NBER Working Paper, (10286), <http://www.nber.org/papers/w10286.pdf>.
- Blau, F. D./Kahn, L. M. (2003): Understanding international differences in the 'gender pay gap', *Journal of Labor Economics* Vol. 21(1):106-144. University of Chicago Press.
- Blume-Jensen, K./Ejrnaes, M./Skyt-Nielsen, H./Würtz, A. (2003): Self-Employment amongst Immigrants: A last Resort? CAM, 2003-08, [http://www.econ.ku.dk/CAM/Files/workingpapers/2003/2003-08\\_Self-employment.pdf](http://www.econ.ku.dk/CAM/Files/workingpapers/2003/2003-08_Self-employment.pdf).
- BMASK (2010): Österreichischer Pflegevorsorgebericht 2008, Wien.
- BMSK (2007): Sozialschutz in Österreich, Wien.
- Boal, F. (1976): Ethnic residential segregation, in: T. D. Hebert and R. J. Johnston (Eds.) *Spatial Processes and Form*, Vol. II, S. 41-79, John Wiley & Sons, London.
- Bock-Schappelwein, J. (2006): Ungleiche Ausbildungsstruktur unter der ausländischen Wohnbevölkerung in Österreich: Herausforderungen für den Aus- und Weiterbildungsmarkt, *Wirtschaftspolitische Blätter*, 53(2), S. 191-204.
- Boraas, S./Rodgers, W. M. (2003): How does gender play a role in the earnings gap? An update, *Monthly Labor Review*, March S- 9-15.
- Borjas, G.J. (1986 (1942)): The Self-Employment experience of Immigrants, NBER Working Paper, <http://www.nber.org/papers/w1942.pdf>.
- Borjas, G.J. (1992): Ethnic Capital and Intergenerational Mobility. *The Quarterly Journal of Economics*, 107(1), S. 123-150.
- Breit, S., Chancengleichheit durch Frühpädagogik? Möglichkeiten und Grenzen der kompensatorischen Wirkung des Kindergartens, Präsentation des Bildungsplanes der Wiener Kindergärten, 17. November 2006.
- Brimicombe, A.J. (2007): Ethnicity, religion and residential segregation in London: evidence from a computational typology of minority communities" *Environment & Planning B, Planning & Design*, 34, S. 904-924, <http://www.uel.ac.uk/geo-information/r-abstract.htm#AllanYr07b>.
- BZPP (Bundeszentrale für politische Bildung) (2000): *Aussiedler, Informationen zur politischen Bildung*, Heft 267, Bonn.
- Carrington, W. J./Troske, K. R. (1997): On Measuring Segregation in Samples with Small Units. In: *Journal of Business & Economic Statistics*, 1997, 15(4), S. 402-409.
- COM (Commission of the European Communities) 418 (2008): Commission Staff Working Document, Biennial Report on Social Services of General Interest, SEC 2179, Brussels.
- Constant, A./Zimmermann, K. F. (2004): Self-Employment Dynamics across the Business Cycle: Migrants versus Natives, IZA Discussion Paper, (1386), <ftp://repec.iza.org/RePEc/Discussionpaper/dp1386.pdf>.
- Crul, M./Heering, L. (2008): *The Position of the Turkish and Moroccan Second Generation in Amsterdam and Rotterdam, The TIES Study in the Netherlands*. Amsterdam University Press, IMISCOE.

- Eckhard, J. (2000): Mediennutzungsverhalten von Ausländern in Deutschland, in; Schatz, Heribert/Holz-Bacha, Christiane/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.); Migranten und Medien. Neue Herausforderungen an die Integrationsfunktion von Presse und Rundfunk, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag, S. 265-271.
- Elsen, S. (2007): Die soziale Ökonomie des Gemeinwesens. Eine problemorientierte Einführung. Weinheim und München: Juventa.
- European Commission (2009): Joint Report on Social Protection and Social Inclusion 2009. Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg.
- European Communities (1987): Single European Act, Official Journal of the European Communities L 169/7.
- Europäische Kommission (1999): Europäisches Raumentwicklungskonzept. Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union, [http://ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/sum\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/sum_de.pdf).
- Fassmann, H., Hatz, G. (2004): Fragmentierte Stadt? Sozialräumliche Struktur und Wandel in Wien 1991-2001. Mitteilungen der Österreichischen Geographischen Gesellschaft, Wien, 146 (Jahresband), S. 61-92.
- Fassmann, H./Schallaböck, U. (2008): Die Bedeutung des Wohnens für Integrationsprozesse, Integrationsplattform gemeinsam kommen wir zusammen, [http://www.integration.at/downloads/P08\\_060\\_Bericht\\_Webversion\\_5\\_wohnen.pdf](http://www.integration.at/downloads/P08_060_Bericht_Webversion_5_wohnen.pdf).
- Feigelfeld, H./Hartig R. (2001): Sag mir wo du wohnst ... - großstädtische Lebensbedingungen marginalisierter Bevölkerungsgruppen in Wien, Feigelfeld, H., Wien.
- Finger, D. (1997): Dienstleistungsschecks in Europa – ein Modell für Deutschland? Beschäftigungseffekte und Kosten für die Volkswirtschaft: fünf Szenarien, Discussion Paper FSI 97-201, WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), Berlin.
- Flecker, J. et.al. (2010): Arbeitszeitverkürzung zur Umverteilung von Arbeit – internationale Beispiele, Wien.
- Fürst, D. (2005): Entwicklung und Stand des Steuerungsverständnisses in der Raumplanung. DISP 163(4): S. 16-27.
- Geisberger, T./Till, M. (2009): Der neue EU-Strukturindikator 'gender pay gap'. Statistische Nachrichten 1/2009, S 64-70.
- Giffinger, R. (1999): Wohnungsmarktbarrieren und Stadtentwicklung, Birkhäuser Verlag, Basel, Berlin, Boston.
- Giffinger, R. (2003): Bevölkerungsentwicklung in Wien: Zu den Chancen und Problemen der Integration von ZuwanderInnen. Kommentar zum Fachworkshop zur Bevölkerungsentwicklung (7.11.2003), <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/step/pdf/bevoelkerung-kommentar-giffinger.pdf> (3.8.2007).
- Giffinger, R./Wimmer, H. (2003): Kleinräumige Segregation und Integration. In: Fassmann, H., Stacher, I. (Hrsg.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht, Drava Verlag, Wien, 2003.
- Goujon, A. et al. (2006): New Times, Old Beliefs: Projecting the Future Size of Religions in Austria, VID Working Paper, 2006, (01), [http://www.oew.ac.at/vid/download/WP2006\\_01.pdf](http://www.oew.ac.at/vid/download/WP2006_01.pdf) (3. 8. 2007).
- Gradstein, M., Justman, M. (2000): Human Capital, Social Capital, and Public Schooling, European Economic Review, , 44, S. 879-890.
- Granato, M. (2004): Feminisierung der Migration - Chancengleichheit für (junge) Frauen mit Migrationshintergrund in Ausbildung und Beruf, Kurzexpertise für den Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn.
- Grünberger, K./Zulehner, Ch. (2009): Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede in Österreich, WIFO-MB 82(2): 139-150.

- Hanika, A. (2005): Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs 2005 bis 2050 (2075), Statistische Nachrichten 11/2005, Statistik Österreich, Wien.
- Hanika, A. (2007): Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs 2007 bis 2050 (2075), Statistische Nachrichten 12/2007, S. 1088-1105.
- Hanika, A. (2009): Bevölkerungsvorausschätzung 2009-2050 sowie Modellrechnung bis 2075 für Österreich, Schnellbericht 8.2, Statistik Austria, Wien.
- Heckmann, F. (1998): Ethnische Kolonien: Schonraum für Integration oder Verstärker der Ausgrenzung? in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Ghettos oder ethnische Kolonien? Entwicklungschancen von Stadtteilen mit hohem Zuwandereranteil. Gesprächskreis Arbeit und Soziales Nr. 85, Bonn, S. 29-41.
- Huber, P./Mayerhofer, P. (2006): Wandel der Sektorstruktur in der Wirtschaftsregion „Centropo Europaregion Mitte“, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Österreichischen Nationalbank, Wien.
- Jochum, E./Strele, M. (2009): Gemeindekooperationen in der Kinderbetreuung, Analyse im Auftrag der Vorarlberger Landesregierung, Kairos-Wirkungsforschung und Entwicklung.
- Kasinitz, P./Mollenkopf, J. H./Waters, M. C./Holdaway, J. (2008): Inheriting the City: The Children of Immigrants Come of Age. Harvard University Press and the Russell Sage Foundation.
- Knox, P. (1990): Urban Social Geography. Longman, London.
- Kogoj, C. (1999): Minderheiten und Medien. Ein kommunikatives Missverhältnis, in Stimme von und für Minderheiten 30, S. 6-7.
- Kohlbacher, J./Reeger, U. (2006): Die Dynamik ethnischer Wohnviertel in Wien. Eine sozialräumliche Longitudinalanalyse 1981 und 2005, Verlag der ÖAW, Wien.
- Krugman, P. (1991): Increasing returns and economic geography, Journal of Political Economy 99(3): 483-499.
- Kurs, O., Ingria (1994): The broken landbridge between Estonia and Finland, GeoJournal 33.1, S. 107-113.
- Lehner, V. (2005): Kinderbetreuung im Vorschulalter: Schweden, Frankreich, Italien – ein Vergleich, Grin Verlag, Norderstedt.
- Lendi, M. (2003): Grundorientierung für die Raumplanung/Raumordnung – Eine Vorlesung. Gastvorlesung, Universität für Bodenkultur, Wien.
- Letablier, M.-T. (2004): Work and Family Balance: A new challenge for policies in France. In Giele-Zollinger-Holst (Hrsg.) Changing Life Patterns in Western Industrial Societies, Oxford: S 189-209.
- Lewis, J./Ostner, I. (1994): Gender and the Evolution of European Social Policies. Zentrum für europäische Sozialpolitik, ZES Arbeitspapier Nr.4/94, Bremen.
- Lichtenberger, E. (1997): Wien zwischen extremer Grenz- und Mittelpunktlage. In: Bürger im Staat, Heft 2, S. 80 ff.
- Lichtenberger, E./Fassmann, H./Mühlgassner, D. (1987): Stadtentwicklung und dynamische Faktorialökologie. Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung (Band 8), Verlag der ÖAW, Wien.
- Macpherson, D./Hirsch, B. (1995): Wages and Gender Composition: Why do women's jobs pay less? Journal of Labor Economics, Vol. 13(3): 426-71.
- Martikainen, T. (2005): Religion, immigrants and integration. AMID Working Paper Series, (43), [http://www.amid.dk/pub/papers/AMID\\_43-2005\\_Martikainen.pdf](http://www.amid.dk/pub/papers/AMID_43-2005_Martikainen.pdf) (3.8.2007).
- Missoc - Mutual Information System on Social Protection: [http://ec.europa.eu/employment\\_social/missoc/db/public/compareTables.do?lang=de](http://ec.europa.eu/employment_social/missoc/db/public/compareTables.do?lang=de), Stand: Juli 2009
- Morrissey, T./Warner, M. E. (2007): Why early care and education deserves as much attention, or more, than prekindergarten alone, Applied Developmental Science 11(2):57-70.

- OECD (2008): A Profile of Immigrant Populations in the 21st Century: Data from OECD Countries, Paris.
- OECD (2005): Ageing and Employment Policies: Austria, OECD, Paris.
- OECD (2002): Babies and Bosses, OECD, Paris.
- ÖRK (Österreichische Rektorenkonferenz) Hrsg. (1989): Lage und Perspektiven der Volksgruppen in Österreich, Wien.
- Pfau-Effinger, B. (2004): Socio-historical paths of the male breadwinner model - an explanation of cross-national differences. In: The British Journal of Sociology 55(3), pp. 377-399.
- Pollan, W. (1997): Große Lohnunterschiede nach Branchen in der Industrie, WIFO-MB 3/1997, Wien.
- Poulsen, M./Johnston, R./Forrest, J. (2001): Intraurban ethnic enclaves: Introducing a Knowledge-based Classification Method. Environment and Planning, 19, S. 2071-2082.
- Schneider, Ulrike/Badelt, Christoph/Hagleitner, Joachim (2007): Der Nonprofit Sektor in Österreich. In: Badelt, Christoph/Meyer, Michael/Simsa, Ruth (Hrsg.): Handbuch der Nonprofit-Organisationen – Strukturen und Management, Schäffer-Poeschel Verlag, Stuttgart, S. 55-80.
- Shevky/Bell (1955): Social Area Analysis: Theory, Illustrative Application, and Computational Procedures. Stanford University Press.
- Soysal, Y. (1994): Limits to Citizenship. University of Chicago Press, Chicago.
- Statistik Austria (Hg.) (2003): Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Pflege – Ergebnisse des Mikrozensus September 2002, Wien.
- Statistik Austria (Hg.) (2010): Kindertagesheim-Statistik 2009/10, Wien
- Stewart, D. W./Shamdasani, P. N./Rook, D. W. (2007): Focus Groups – Theory and Practise. Sage Publications, Inc., Thousand Oaks, California.
- Trukeschitz, Birgit (2006): Im Dienst sozialer Dienste. Ökonomische Analysen der Beschäftigung in sozialen Dienstleistungseinrichtungen des Nonprofit Sektors, Frankfurt.
- Visser, J./Hemmerijck A. (1998): Ein holländisches Wunder? Reform des Sozialstaates und Beschäftigungswachstum in den Niederlanden, Campus Verlag, Frankfurt/Main.
- Wiener Integrationsfonds (Hrsg.) (1999): MigrantInnen in Wien. Daten&Fakten&Recht. Report, 1998, Teil II. Wien.
- <http://www.iwkoeln.de/tabid/2691/ItemID/24230/Default.aspx> Tabellarischer Vergleich des Mutterschutzes und Elternurlaub/geldes in der EU

# Statistischer und methodischer Anhang

## *Zur methodischen Vorgehensweise*

### Qualitative Interviews

Um ein Grundverständnis von (sozio-)demografischen und ökonomischen Rahmenbedingungen und den vorhandenen Strukturen des sozialen Dienstleistungssektors in den Modellregionen zu erlangen, wurden in Wien qualitative ExpertInnen-Interviews durchgeführt. Derartige (leitfadengestützte) Interviews haben den Vorteil, dass neue, bislang noch nicht bedachte Aspekte in die Untersuchung mit einfließen können und besitzen somit explorativen Charakter.

Die ExpertInnen-Interviews wurden dokumentiert, transkribiert und quantitativ aufbereitet.

#### **1. ExpertInnen-Interview für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Leopoldstadt:**

Ort: Büro des Bezirksvorstehers

Zeit: 21. Juni 2010, 9:00 bis 10:00 Uhr

TeilnehmerInnen:

G. Biffli (Donau-Universität Krems)

I. Skrivanek (Donau-Universität Krems)

G. Kubik (Bezirksvorsteher)

#### **2. ExpertInnen-Interview für den 2. Wiener Gemeindebezirk, Leopoldstadt:**

Ort: AMS Wien

Zeit: 21. Juni 2010, 14:00 bis 16:00 Uhr

TeilnehmerInnen:

G. Biffli (Donau-Universität Krems)

I. Skrivanek (Donau-Universität Krems)

C. Finster (AMS Wien)

## ***Verwendete Daten***

### **Volkszählung 2001**

Die Volkszählung 2001 ist die letzte Bevölkerungsbefragung, die mit Zählorganen und Fragebögen durchgeführt wurde. Zukünftig wird es in Österreich nur mehr Registerzählungen geben, wobei das Zentrale Melderegister um Informationen aus anderen Basisregistern ergänzt wird. 2011 wird die erste umfassende Registerzählung durchgeführt – 2006 gab es die erste ‚Proberegisterzählung‘.

Die Daten aus der Volkszählung 2001 stellen somit die umfangreichsten und aktuellsten Informationen zur Bevölkerungs- und Haushaltsstruktur in Österreich dar. Darüber hinaus erlauben es die Daten aus der Volkszählung, eine Differenzierung nach Bezirken und teilweise auch nach Zählbezirken vorzunehmen, sowie eine Differenzierung der Bevölkerung nach Herkunft.

Die Analyse beruht auf Daten der Volkszählung nach Zählbezirken. Die Ebene der Zählbezirke ist insofern sinnvoll, da sie zum "größeren Teil mit historisch-topographischen Stadtvierteln bzw. Verbauungsgebieten identisch" sind und daher nicht nur rein "statistische Räume" darstellen (Lichtenberger et al., 1987, S. 144). Ein Zählbezirk entspricht von der Größe her in etwa dem einer 'Nachbarschaft', und dürfte daher auch dem Wahrnehmungsradius der BewohnerInnen entsprechen. Weiters ist dies auch eine relevante Ebene für verschiedene Aspekte der Infrastruktur (Geschäfte, Lokale, Schulen). Auch eine Ghettobildung wäre auf dieser Ebene sichtbar zu machen.

Problematisch, weil immer noch zu hoch aggregiert, ist diese Ebene jedoch, wenn es darum geht, lokale Konzentrationen von zahlenmäßig kleinen Minderheiten zu untersuchen. Nur die größeren Minderheiten können in einem Gebiet dominant (im Sinne der Brimicombe-Typologie Enclave: focused, polarised, concentrated) sein. Selbst die hohe Konzentration von IsraelitInnen im zweiten Wiener Gemeindebezirk kann aufgrund der kleinen absoluten Zahl in der Typologie nicht dargestellt werden. Ob dies auf noch niedrigerer Ebene anders wäre, ist unklar, da unbekannt ist, wie sich die Aufteilung auf Baublockebene gestaltet.

### **Arbeitsmarktdatenbank (AMDB)**

Die Längsschnittdaten der Arbeitsmarktdatenbank (kurz: AMDB) beruhen auf Rohdaten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger sowie des Arbeitsmarktservices Österreich. Es handelt sich dabei um (anonymisierte) personen- und betriebsbezogene Daten zum österreichischen Arbeitsmarktgeschehen. In der Arbeitsmarktdatenbank werden die Rohdaten des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger mit den AMS-internen Vormerk-, Förder- und Leistungsbezugsdaten verknüpft.

Mit diesen Daten kann für alle Personen, die Versicherungszeiten aufweisen, eine durchgehende „Erwerbskarriere“ gebildet werden, das sogenannte „Erwerbskarrierenmonitoring“ (EKM). Im Unterschied zu anderen Datenbasen werden in der AMDB die Daten nicht zu einem bestimmten Stichtag eingefroren sondern laufend aktualisiert. Bedingt dadurch sowie aufgrund definitorischer Unterschiede weichen AMDB-Auswertungen, etwa zum Bestand der Arbeitslosen oder unselbständig Beschäftigten, von den offiziell veröffentlichten Statistiken ab.

### ***Erwerbsquote/Beschäftigungsquote***

**Bevölkerung:** Zur Ermittlung einiger Quoten ist der Bevölkerungsstand erforderlich. Dieser wurde auch aus den AMDB-Daten (unter Verwendung der Wohnortsvariable) ermittelt.

**Beschäftigtendaten:** Bei der Auswertung der Beschäftigten-Daten wurde die Gliederung des Erwerbsstatus gemäß Erwerbskarrierenmonitoring der AMDB verwendet. Diese weist jeder Person zu einem Stichtag einen Erwerbsstatus zu (überschneidungsfreie Episoden). Für Personen mit zeitlich überlappenden Versicherungsepisoden wird für jeden Zeitpunkt ein Erwerbsstatus ermittelt. Gemäß festgelegter Datenhierarchie wird bei Personen, die zum gleichen Zeitpunkt unselbständig und selbständig erwerbstätig waren, ausschließlich der Status unselbständig gezählt. Im Unterschied zur



offiziellen Beschäftigtenstatistik des Hauptverbands, bei der Beschäftigungsverhältnisse gezählt werden, werden im AMDB-Erwerbskarrierenmonitoring Personen gezählt. Dieser sowie weitere definitorische Unterschiede führen dazu, dass beispielsweise die aus der AMDB ermittelten Zahlen zur unselbständigen Beschäftigung von anderen Quellen abweichen.

Die Gruppe der unselbständig Beschäftigten umfasst all jene, die die Versicherungsgrenze im Jahr 2009 überschritten haben und als Angestellte, ArbeiterInnen, freie DienstnehmerInnen oder WerkvertragsnehmerInnen bzw. im öffentlichen Dienst beschäftigt waren. Geringfügig Beschäftigte sind somit nicht enthalten, Präsenz- und Zivildienstleistende sowie Kindergeld-/Karenzgeld-bezieherInnen mit aufrechtem Dienstverhältnis werden nicht mitgezählt.

Für die Bundesländer-Ebene der Auswertungen ist festzuhalten, dass die über die BVA („Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter“) versicherten Beschäftigten nicht regional den Bundesländern zugeordnet werden können. Im Jahresdurchschnitt 2009 waren dies in der Altersgruppe 15-64 ca. 9,4 % der unselbständig Beschäftigten. Damit Bundesländer-Auswertungen mit dem Österreich-Gesamtdurchschnitt vergleichbar sind, werden – wo erforderlich – Österreich-Auswertungen ohne die bei der BVA versicherten Beschäftigten durchgeführt, diese werden dann näherungsweise als „Österreich Privatwirtschaft“ bezeichnet.

Für Wien lassen sich generell keine Auswertungen auf Bezirksebene machen (Ausnahme Arbeitslose), es können daher jeweils nur Bundesland-Ergebnisse präsentiert werden.

**Daten zu den selbständig Erwerbstätigen** stehen bis zur Bundesland-Ebene zur Verfügung, eine Regionalisierung auf Bezirksebene ist nicht möglich.

**Arbeitslose:** Wie oben festgehalten, zeichnet sich die AMDB durch laufendes Monitoring aus, d.h. während die offiziellen Arbeitslosen- und Beschäftigtenzahlen mit dem Stichtag eingefroren werden, wird in der AMDB auch der Status während des Monats sowie Nachmeldungen berücksichtigt. Dieser grundlegende Unterschied zur offiziellen Arbeitslosenstatistik führt dazu, dass der monatliche österreichische Arbeitslosenbestand gemäß AMDB um jeweils ca. 10.000 über der offiziellen Statistik liegt.

### ***Migrationshintergrund***

In den Auswertungen wird zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund differenziert. Zur Gruppe der „Personen mit Migrationshintergrund“ zählen dabei all jene, die entweder ausländische StaatsbürgerInnen sind oder eingebürgert wurden (= MigrantInnen der 1. Generation).

Die in der AMDB verfügbare Migrationshintergrunds-Variable basiert auf den Personendaten des Hauptverbands, die mit den Informationen des AMS und den Daten zur Ausländerbeschäftigung verknüpft werden (Staatsbürgerschaft, Einbürgerungen). In der Datenbank ist nur die Staatsangehörigkeit, nicht jedoch das Geburtsland einer Person erfasst. Mithilfe der ‚historischen‘ Informationen zu den erfassten Personen können Personen identifiziert werden, die früher einmal eine andere Staatsbürgerschaft als die österreichische hatten. Damit ist es möglich, Einbürgerungsprozesse abzubilden bzw. „Personen mit Migrationshintergrund“ zu erfassen und ihren Integrationspfad auf dem Arbeitsmarkt zu verfolgen.

## Berechnete Quoten

Die einzelnen Modellregionen werden auch über die Beschäftigtenstruktur charakterisiert.

Wenn es um die Frage der Arbeitsmarktsituation einer Region geht, können zwei unterschiedliche Blickwinkel von Interesse sein: Zum einen die Arbeitsplatzsituation in der Region – also wie viele (unselbständig) Beschäftigte gibt es in der betrachteten Region? Zum anderen die Bevölkerung in der Region – welcher Anteil der Bevölkerung ist erwerbstätig? Grundsätzlich werden in der Arbeitsmarktstatistik die Beschäftigten am Arbeitsort gezählt, die Arbeitslosen dahingegen am Wohnort. Für die Modellregionen wurden die unselbständig Beschäftigten sowohl nach Arbeits- als auch nach Wohnort ausgewertet und zur Bevölkerung in Beziehung gesetzt. Mit der Auswertung nach Arbeitsort wird die Arbeitsbevölkerung (NichtpendlerInnen + EinpendlerInnen) erfasst, die Auswertung nach Wohnort liefert die wohnhaft Beschäftigten (NichtpendlerInnen + AuspendlerInnen). Der Vergleich von Arbeitsbevölkerung und wohnhaft Beschäftigten gibt Anhaltspunkte über die PendlerInnenbewegungen in die/aus der betrachteten Region, eine Auswertung der Ein- und AuspendlerInnen ist nicht möglich.

Zwei gängige Indikatoren zur Erwerbsintegration der Bevölkerung stellen die **Beschäftigungsquote** und die **Arbeitslosenquote** dar. Es wurde eine „**Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten**“ in der Privatwirtschaft berechnet. Diese wurde definiert als Anteil der unselbständig Beschäftigten im Alter von 15-64 Jahren an der Bevölkerung derselben Altersgruppe. Die **Arbeitslosenquote** wurde nach der „traditionellen“ Methode berechnet, das heißt als Anteil der beim AMS als arbeitslos vorgemerkten Personen an den unselbständig Beschäftigten und Arbeitslosen. Die Beschäftigungsquote der abhängig Beschäftigten stellt die Situation in der „Privatwirtschaft“ (dh. ohne BVA-Versicherte) dar.

Die beiden Quoten wurden für Wien und Österreich („Privatwirtschaft“) berechnet und zwar getrennt für Männer und Frauen sowie differenziert nach Personen ohne Migrationshintergrund und Personen der 1. Migrationsgeneration (AusländerInnen und Eingebürgerte). Die Auswertungen wurden für die Altersgruppe 15-64 durchgeführt und stellen jeweils Jahresdurchschnitte dar.

## Eurostat

Die Eurostat-Daten zu den Erwerbspersonen basieren auf Haushaltsbefragungen in den EU-Mitgliedstaaten, die nach dem „Labour Force“-Konzept erhoben werden. Um die internationale Vergleichbarkeit von Arbeitsmarktdaten sicherzustellen, wird dieses einheitliche Konzept angewendet, das von der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festgelegt wurde. Dabei handelt es sich um eine repräsentative Stichprobe der Haushalte, die zu ihrem Erwerbsverhalten befragt werden (mehr dazu auf [http://www.ilo.org/wow/Newsbriefs/lang--en/WCMS\\_081595/index.htm](http://www.ilo.org/wow/Newsbriefs/lang--en/WCMS_081595/index.htm)).

Nach dem Labour-Force-Konzept gilt als **erwerbstätig**, wer in der Referenzwoche mindestens eine Stunde als Unselbständige/r, Selbständige/r oder mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet hat.<sup>56</sup> Im Gegensatz dazu steht das Lebensunterhaltskonzept, dem zufolge Erwerbsarbeit erst dann

---

<sup>56</sup>[http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment\\_unemployment\\_ifs/methodology/definitions](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_ifs/methodology/definitions)

als solche erfasst wird, wenn eine gewisse Mindeststundenanzahl, seit 2004 sind es zehn Stunden pro Woche, gearbeitet wird. Die Abgrenzung hat immer wieder Änderungen erfahren, von ursprünglich 14 Stunden in den 1970er Jahren auf 12 Stunden bis 2003.<sup>57</sup>

Als **arbeitslos** gilt nach dem Labour-Force Konzept, wer nicht erwerbstätig ist, innerhalb der nächsten beiden Wochen eine Arbeit aufnehmen kann und während der vier vorhergehenden Wochen aktiv Arbeit gesucht hat oder schon eine Stelle gefunden hat und diese in den nächsten drei Monaten antritt.<sup>58</sup>

## Kindertagesheimstatistik

Eine wichtige Informationsgrundlage zum Umfang der institutionellen Kinderbetreuung in Österreich bildet die Kindertagesheimstatistik. Die Daten zur Kindertagesheimstatistik werden jährlich von den Bundesländern selbst erhoben, die Analyse, Auswertung und Publikation der Daten erfolgt durch Statistik Austria. Erhebungstichtag für das Berichtsjahr 2009/2010 war grundsätzlich der 15. Oktober 2009. In der Kindertagesheimstatistik werden die institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen erfasst, die folgende Kriterien erfüllen: regelmäßige und ganzjährige Kinderbetreuung, betrieben mit öffentlicher Förderung, durch ausgebildetes Personal, ohne Anwesenheit der Eltern, an mindestens 30 Wochen pro Jahr, an mindestens 4 Tagen pro Woche, an mindestens 15 Stunden pro Woche. Tageseltern, Spielgruppen, Internate, Ganztageschulen und Schülerheime sind in dieser Statistik nicht enthalten. Dies gilt auch für Kinderbetreuungseinrichtungen, die nur in den Sommermonaten geöffnet haben (saisonmäßig geführte Einrichtungen).

Die Erhebung erfolgt in den Bundesländern nach einheitlichen Kriterien, teils gibt bestehen aber zwischen den Bundesländern unterschiedliche Zuordnungen. So werden in Tirol Kindergruppen, die die definierten Kriterien institutioneller Kinderbetreuung erfüllen, bei den Krippen ausgewiesen. In Niederösterreich werden in Kindergärten geführte altersgemischte Gruppen nicht als eigene Kindertagesheimstandorte geführt. Für die Anwesenheitsdauer der Kinder (ganztägig, vormittags, nachmittags) kommen, sofern gegeben, die landesspezifischen Regelungen zur Anwendung, ansonsten wird bei einer Anwesenheitsdauer von sechs oder mehr Stunden von einer ganztägigen Anwesenheit ausgegangen. (Statistik Austria 2010: 19)

Außerdem ist darauf hinzuweisen, dass als Erhalter der Kinderbetreuungseinrichtung der Träger der Bewilligung gilt. Daraus kann allerdings nicht abgeleitet werden, dass (allein) der Erhalter die Kosten trägt. So gelten bei den öffentlichen Kindergärten großteils die Gemeinden als Erhalter, ein Teil der Finanzierung kommt aber aus Landesmitteln (zB Personalkosten für KindergartenpädagogInnen); ein Betriebskindergarten, der in den Räumlichkeiten des Betriebs angesiedelt ist und voll vom Betrieb finanziert wird, kann dennoch einen anderen Erhalter haben (zB Betrieb beauftragt Verein mit Führung des Kindergartens).

---

<sup>57</sup> [www.wien.gv.at/statistik/daten/pdf/glossar-beschaeftigung.pdf](http://www.wien.gv.at/statistik/daten/pdf/glossar-beschaeftigung.pdf)

<sup>58</sup> Siehe [http://www.statistik.at/web\\_de/static/arbeitsmarktstatistik\\_-\\_jahresergebnisse\\_2007\\_schnellbericht\\_030570.pdf](http://www.statistik.at/web_de/static/arbeitsmarktstatistik_-_jahresergebnisse_2007_schnellbericht_030570.pdf), S. 77

Die Information zur Berufstätigkeit der Mütter von in Kindertagesheimen betreuten Kindern beruht auf einer Selbsteinschätzung der Eltern (inkl. Ausmaß der Erwerbstätigkeit – Vollzeit, Teilzeit).

**Tabelle 19: Anteil der Kinder mit berufstätiger Mutter (Vollzeit, Teilzeit zusammen) nach Betreuungsform 2009 in den Modellbezirken, Bundesländern und Österreich**

	Krippen	Kindergärten	Horte	altersg. Einrichtungen
<b>Wien-Leopoldstadt</b>	56,5	48,5	57,8	49,4
<b>Wien</b>	51,9	47,6	53,8	58,6
<b>Österreich</b>	<b>65,1</b>	<b>56,9</b>	<b>71,9</b>	<b>65,3</b>

Q.: St.At. Kindertagesheimstatistik, Sonderauswertung; DUK-Berechnungen.